

Kein Taktieren mehr

Ein Fall von Wahlbetrug im Mai 2010 hatte eine breite Debatte über das Briefwahlrecht ausgelöst. Ein Jahr später wurde ein Initiativantrag der Koalitionsparteien und des BZÖ in Begutachtung gezogen – und am 16. Juni wurde das Wahlrechtsänderungsgesetz im Parlament beschlossen.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 soll die Abgabe der Stimmen bei der Briefwahl einfacher und sicherer machen.

Auslöser dieser jüngsten Gesetzesänderung war der Bürgermeister der burgenländischen Gemeinde Unterrabnitz im Bezirk Oberpullendorf. Dieser hatte – eigenhändig – Wahlkarten gefälscht, um das Ergebnis für seine Partei, die ÖVP, aufzubessern. Vorerst reagierte er auf diesbezügliche Vorwürfe abwehrend, er könne sich das nicht erklären. Bis er dann bei der „Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von

Korruption“ ein umfassendes Geständnis ablegte und von seinem Amt abgelöst wurde.

Und schon zuvor hatten vor allem die Grünen (und in Wien), den Verdacht geäußert, es käme in Pensionistenwohn-, in Pflegeheimen und in Spitälern zu untersuchungswürdigen Vorgängen rund um die Briefwahl, bei der es regelmäßig zu verschiedenen Beeinflussungen der Wahlberechtigten gekommen sein soll. Während die FPÖ die Briefwahl für In-

länder als solche überhaupt abschaffen und sie nur den AuslandsösterreicherInnen vorbehalten wollte, einigten sich die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP mit dem BZÖ und den Grünen auf dessen Beibehaltung und verabschiedeten am 16. Juni im Nationalrat das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 in Dritter Lesung: es soll nun, so ist man überzeugt, sicherer und einfacher sein.

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

Otto von Habsburg, ältester Sohn des letzten regierenden Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn, langjähriger Europaabgeordneter und Ehrenpräsident der Internationalen Paneuropa-Union, ist in den frühen Morgenstunden des 4. Juli 2011 in seinem Haus in Pöcking im Alter von 98 Jahren verstorben. Am 13. Juli wird sein Leichnam in der Basilika Mariazell, am 16. Juli in Wien aufgebahrt und in der Wiener Kapuzinergruft, der Kaisergruft der Habsburger, beigesetzt werden. Wir werden in unserer Ausgabe 98, die ab dem 1. August verfügbar sein wird, ausführlich über das Leben und den letzten Weg des Otto von Habsburg berichten.

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 97

Wahlrechtsänderungsgesetz		Digitale Agenda	52
Kommentar aus Sicht des BMeiA	8	Arbeitsmarkt widerstand der Krise	
Kommentar aus Sicht des AÖWB	9	überraschend gut	53
Ökostrom-Novelle		Österreich hält Wachstumskurs...	55
Novelle macht Österreich		4,1 Mrd. Euro für den	
unabhängig von Atomstrom	10	Sommerurlaub	56
Kein Ansturm aus dem Osten		Bronze-Medaille für	
Erste Zahlen nach der Arbeits-		Österreichs Wirtschaft	57
markttöffnung am 1. Mai	13	Tauernautobahn durchgehend	
Gemeinden bekennen sich zum		vierspurig befahrbar	58
Nulldefizit	15	Wieder auf Schiene	61
Oberösterreich zieht Bilanz	17	Regionalprognosen 2010-2030	62
Donauraum-Strategie	20	G'scheit unterwegs in Wien	64
Der Mensch im Mittelpunkt		Weniger Ehescheidungen...	66
der Diplomatie	22	SALON 2011 – Der härteste	
Wissenschaftsminister auf		Weinwettbewerb des Landes	67
bilateralem Besuch in Israel	23	»Groß Gold« für B. Frischmuth	68
Wien wird als Zentrum in		»Goldenes Komturkreuz« für	
Abrüstungsfragen gestärkt	25	Gregor Henckel Donnersmark	69
EVTZ als Turbo für die		Ludwig Hirsch erhielt den	
Zusammenarbeit	26	Goldenen Rathausmann	70
Regionalpolitik – Weltpolitik, Nach-		Weichenstellung für den	
trag zum Europa-Forum Wachau	27	Hochschulbereich	71
Südtirols Landeshauptmann		Neuer Supercomputer für	
zu Besuch in Wien	29	die Wiener Wissenschaft	72
Wiens Klimt-Warm-up in		Weltweit einzigartiges	
Down Under	30	Mikroskop an der TU Graz	73
10 Jahre Euro-Münzen	32	Innsbrucks Quanten-Nachwuchs	
17. AuslandsNiederöster-		erneut erfolgreich	74
reicherInnen-VIP-Treffen	33	Venedig – Seemacht, Kunst und	
Weltbund-Tagung		Karneval auf der Schallaburg	75
Auslandsösterreichertreffen 2011	34	Meisterwerke im Fokus »Josef	
»Burgenland Journal«		Danhauser. Bilderzählungen«	78
Gesamtverkehrskonzept	35	Weltrekord für einen Schiele	82
Das hohe Niveau im		Österreichisches Kulturforum bringt	
Sozialbereich absichern	36	junge KünstlerInnen nach NY	83
Gemeinsam mit Bratislava		ANSICHTSSACHEN. Menschenbilder	
die Region stärken	37	Museums Moderner Kunst Kärnten	85
Vision für professionelle		Celestina – Kunstaussstellung	
Ausbildung wird Realität	38	auf Hochosterwitz	86
Grenzenlos mobil vernetzt	39	Revolution am Bodensee	
BEWAG baut weltgrößte		André Chénier auf der Seebühne	87
Windkraftanlage	41	91. Salzburger Festspiele	89
Die Geschichte des Burgenlandes		»Jedermann« hoch über Salzburg	91
Teil 5 unserer Serie	42	Serie »Österreicher in Hollywood«	
Weg der Autonomie weitergehen	49	von Rudold Ulrich. Diesmal: die	
Polen übernimmt die EU-		Sängerin Fritzi Scheff	93
Ratspräsidentschaft	50	Imperiales Wien	95



1. Mai: Kein Ansturm aus dem Osten S 13



Gemeinden: Bekenntnis zum Nulldefizit S 15



Wissenschaftsminister in Israel S 23



»Josef Danhauser. Bilderzählungen« S 78



Imperiales Wien S 95

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schober-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung nach Rückfrage und bei Quellenangabe erlaubt. Fotos S. 1: <http://www.bilderbox.biz>; Seite 2: [kommunalnet/ Gemeindebund](http://www.bilderbox.biz); <http://www.bilderbox.biz>; BMWF / Anna Rauchenberger; Belvedere, Wien; Österreich Journal / Michael Mössmer.

Innenpolitik

➤ Im Rahmen der Tagesordnung der 110. Plenarsitzung am 16. Juni verhandelte der Nationalrat das Wahlrechtsänderungsgesetz und eine damit in Zusammenhang stehende Novellierung des Strafregistergesetzes. Bei bundesweiten Wahlen wird es künftig nicht mehr möglich sein, Stimmen nach Wahlschluß abzugeben. Das Verbot für Mitglieder des Hauses Habsburg, bei Bundespräsidentenwahlen zu kandidieren, wird aufgehoben. In Zukunft soll auch nicht mehr jede Verurteilung zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe automatisch den Verlust des aktiven Wahlrechts nach sich ziehen.

Briefwahl wird sicherer und einfacher

Innenministerin Johanna Mikl-Leitner wies in ihrem Debattenbeitrag besonders auf die Wichtigkeit von Wahlen hin, die das „Fundament unserer rechtsstaatlichen Demokratie“ darstellten. Mit den jetzigen Verbesserungen werde die Briefwahl sicherer und einfacher, dies sei auch im Interesse der Wählerinnen und Wähler. Die Mobilität werde immer größer, viele seien gerade am Wahltag aus beruflichen, gesundheitlichen oder Urlaubsgründen nicht am Wohnort. „Unser Ziel muß es sein, so viele Menschen wie möglich – vor allem auch kranke und ältere – zu motivieren, vom Wahlrecht Gebrauch zumachen“, so die Ministerin.

In fast allen europäischen Ländern gebe es schon seit langem die Briefwahl. In Deutschland nehme das Briefwahlrecht beispielsweise jede/r fünfte Wählerin bzw. Wähler in Anspruch. Die Ministerin zeigte sich stolz darüber, daß es nach zahlreichen Diskussionen und Verhandlungen gelungen sei, dieses auch in Österreich umzusetzen. Das sei eine jahrelange Forderung der ÖVP gewesen, 2007 seien die gesetzlichen Maßnahmen dafür gelegt worden, und 2008 hatten dann die Wähler erstmals die Chance, dieses auch zu nützen. In diesem Zusammenhang dankte Mikl-Leitner dem scheidenden Abgeordneten Wilhelm Molterer als „Kämpfer für das Briefwahlrecht“, der federführend für die ÖVP die Verhandlungen führte, viele Meilensteine gesetzt habe und für die ÖVP eine „tragende Säule“ gewesen sei.

Die Briefwahl sei eine „wahre Erfolgsgeschichte“, wies die Ministerin darauf hin, daß von über 500.000 Wahlkartenempfängern 375.000 vom Briefwahlrecht Gebrauch gemacht haben. „Es wurde von Anfang an akzeptiert, respektiert und angenommen. Das dokumentiert, daß dies ein richtiger Schritt in die richtige Richtung war.“

Wichtig bei den aktuellen Änderungen sei der Aspekt der Sicherheit. Zur Verhinderung einer mißbräuchlichen Beantragung müsse sich in Zukunft jede Wählerin bzw. jeder Wähler bei der Antragstellung mindestens einmal ausweisen. Auch die Stimmabgabe werde sicherer. Hier wurde Vorsorge getroffen, daß Boten zwar die Wahlkarte übergeben, aber nicht sofort wieder mitnehmen dürfen, um eine Beeinflussung zu verhindern. Durch die Streichung der Nachfrist



Johanna Mikl-Leitner
Bundesministerin für Inneres (ÖVP)
Foto: ÖVP NÖ

zählen nur mehr jene Wahlkarten, die bis zur Schließung des Wahllokals einlangen. Nun gelte es, die Änderungen auch den Wahlbehörden mitzuteilen, weshalb eine umfassende Informationsveranstaltung im Innenministerium geplant sei.

Im Fokus der letzten Monate stand auch die Diskussion über den Wahlausschluß für verurteilte Straftäter. „Jetzt haben wir ganz klare Regeln festgelegt“, zeigte sich die Ministerin zufrieden. Der Ausschluß sei in Zukunft Einzelfallentscheidung. Ausgeschlossen seien Straftäter, die eine unbedingte Freiheitsstrafe von mehr als fünf Jahren haben. „Es kann nicht sein, daß jene, die gegen demokratiepolitische Regelungen verstoßen, auch noch mit dem Recht, wählen zu dürfen, ausgezeichnet werden“, so Mikl-Leitner. Hier müsse man zwischen Straffälligen und Kriminellen sowie anständigen Bürgerinnen und Bürgern unterscheiden.

Lösung der meisten Probleme

SPÖ-Verfassungssprecher Peter Wittmann erklärte, „die Probleme, die die Briefwahl aufgeworfen hat, sind mit dieser Wahlrechtsänderung gelöst“. Problematisch seien die Identifikationsmöglichkeit bei der Abholung der Wahlkarte gewesen sowie die Wahlmöglichkeit nach dem Wahltag, die taktisches Wählen ermöglicht habe. Die Briefwahl abzuschaffen, hält Wittmann für „keine gute Idee, fast alle europäischen Staaten bieten ihren Bürgern die Briefwahl an, was zu

einer höheren Wahlbeteiligung führt. Zwölf Prozent der Wählerstimmen werden per Wahlkarte abgegeben, sechs Prozent davon werden tatsächlich im Sinne einer Briefwahl per Post retourniert. Diese Zahlen rechtfertigen, die Briefwahl weiterhin anzubieten.“

Nun müsse entweder bei Bestellung oder bei Abholung bzw. Zustellung eine Identifikation erfolgen. Die Identifikation bei elektronischer Bestellung könne mittels elektronischer Signatur oder mittels Ausweiskopie erfolgen. Weiters werden in Zukunft Wahlkarten, die nicht abgeholt oder zugestellt werden konnten, eingesammelt. Bei einer Hotline könne dann erfragt werden, wo die Karte abgeholt werden könne, um am Sonntag noch wählen zu können.

Wittmann warf auch die grundsätzliche Frage auf, ob die Briefwahl eine Ausnahme oder die Regel sein soll. In Art. 26 Abs. 6 BVG sei dies eindeutig geregelt. Briefwahl sei ein Ausnahmefall bei Verhinderung. „Die



Abg.z.NR Peter Wittmann
Verfassungssprecher der SPÖ
Foto: Parlamentsdirektion / Mike Ranz

Briefwahl soll weiterhin eine Ausnahme bleiben“, so Wittmann, der auch die Möglichkeit der elektronischen Wahl ansprach. „Zwischen einer politischen Wahl und dem Wählen eines ‚Dancing Stars‘ besteht ein Unterschied und dessen soll sich der Bürger, die Bürgerin, auch bewußt sein.“

Zur Wahlmöglichkeit verurteilter Straftäter sagte der Abgeordnete, daß mit der Wahlrechtsänderung alle Kriterien des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs erfüllt seien: „Ein Ausschluß vom Wahlrecht bedarf in Zukunft des individuellen Spruchs eines Richters und ist außerdem von der Schwere der Straftat und der Höhe der Strafe abhängig“, so Wittmann.

»Schummel-Wählen« wird abgeschafft

Der FPÖ-Abgeordnete Harald Stefan hatte im Vorfeld der Abstimmung erklärt, die Lösung des Problems könne „nur sein, die Möglichkeit der Briefwahl – außer für Auslandsösterreicher – komplett zu strei-

Innenpolitik

chen. Wir haben schon eine viel zu lange Experimentierphase und wissen genau, daß Manipulationen, die zum Teil auch bereits gerichtlich bestätigt sind, zuhauf vorkommen. Daraus müssen endlich die richtigen



Abg.z.NR Harald Stefan
Verfassungssprecher der FPÖ
Foto: Parlamentsdirektion / Mike Ranz

Konsequenzen gezogen werden.“ Eingangs der Debatte im Hohen Haus zeigte er sich aber erfreut darüber, daß der Kritik seiner Fraktion an der Briefwahl Rechnung getragen worden sei. Damit werde das „Schummel-Wählen“ endlich abgeschafft, wie generell das System der Wahlkarten optimiert werde. Zufrieden sei er auch damit, daß das Kuriosum endlich abgeschafft werde, daß Mitglieder der Familie Habsburg nicht passiv für das Amt des Bundespräsidenten wahlberechtigt seien.

Wenn man das Wahlrecht so ernstnehme, wie man es ernstnehmen müsse, dann sei es unabdingbar, bei der Briefwahl überaus sensibel vorzugehen, erklärte der Redner, denn die Bevölkerung müsse auch weiterhin davon überzeugt sein, daß Wahlergebnisse ordnungsgemäß zustande kommen.

Viele Österreicher wollen die Briefwahl

BZÖ-Verfassungssprecher Ewald Stadler sagte, „man muß sich nun entscheiden, will man die Briefwahl oder will man sich nicht. Eine sehr große Zahl von Österreichern will diese Briefwahl. Diesen Wunsch respektieren wir natürlich. Es war ursprünglich ein Wahlmodell, das in erster Linie für die Auslandsösterreicher gedacht war, aber wegen der Mobilität der Wähler, hat man nun dies im Wahlrecht untergebracht. Ich halte das für legitim und gegenüber den Bürgern für angebracht“, so Stadler. Umgekehrt müsse man auch versuchen, Mißbrauchsmöglichkeiten so weit als möglich zu beseitigen.

„Es ist sicher kein Zufall gewesen, daß ein burgenländischer Bürgermeister dabei erwisch wurde, wie er bei einer Wahl mit den Stimmzetteln der Briefwähler geschwin-

delt hat. Daher ist am demokratischen Bewußtsein zunächst anzusetzen“, sagte Stadler. „Nun kann die Verschärfung der Strafbestimmungen im Strafgesetzbuch zur Entwicklung des demokratischen Bewußtseins beitragen. Es ist daher vernünftig, die Innen- und die Justizministerin mit einer Evaluierung, wie dies die Entschließungsanträge auch beinhalten, zu beauftragen, um dann die notwendigen Nachjustierungen vornehmen zu können“, stellte Stadler fest.

Letztlich sei die Novelle der Versuch, die Mißbrauchsmöglichkeiten soweit wie nur möglich hinten zu halten, um insbesondere das taktische Wählen unmöglich zu machen. „Das geht nun damit nicht mehr, denn zum



Abg.z.NR Ewald Stadler
Verfassungssprecher des BZÖ
Foto: Parlamentsdirektion / Mike Ranz

Wahlschluß müssen die Briefwahlkarten da sein“, erklärte Stadler. Es müsse aber auch möglich sein, die Stimmabgabe unter Wahrung des Wahlgeheimnisses für Briefwähler sicherzustellen.

Die Wahlleiter müsse man nun entsprechend einschulen, denn einfacher sei ihre Tätigkeit nicht geworden. „Letztlich muß aber das demokratische Bewußtsein einfach greifen, daß man Respekt vor dem Wahlrecht, vor dem Wahlgeheimnis und vor der Autonomie des Bürgers in seiner Entscheidungsfreiheit entwickelt. Das ist der entscheidende Ansatz, dem man mit diesem Wahlrecht versucht, Rechnung zu tragen“, meinte Stadler.

Zur Ausweitung der Wahlbefugnisse für Strafgefangene erklärte Stadler, daß es auch in diesem Bereich Anpassungen gebe. „Es ist richtig, daß in Zukunft der Richter entscheiden muß, ob er dem betroffenen Verurteilten das aktive und passive Wahlrecht aberkennt.“

Problem war Vorgehen mancher demokratischer Institutionen

„Wir Grüne haben diese längst überfällige Reform durchgesetzt“, sagte Daniela Musiol, Verfassungssprecherin der Grünen, und freut sich über die weitreichenden Ver-

besserungen im Wahlrecht. Das Ergebnis könne sich sehen lassen und sei auch deshalb positiv zu bewerten, weil es im Vorfeld der Beschlußfassung eine breite Diskussion und die Anhörung von ExpertInnen sowie verschiedenen Stellen gegeben habe (siehe „Österreich Journal“ Ausgabe Nr. 91 vom 23. 12. 2010: „Änderungen bei der Briefwahl gefordert“ – ExpertInnen-Hearing im Palais Epstein: http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_091.htm). Auch sei man bereit gewesen, auf die Argumente anderer einzugehen. Bei der Briefwahl sei es gelungen, „die Mißbrauchsmöglichkeiten möglichst auszuschließen“, stellte Musiol fest und wies darauf hin, „daß das Problem nicht mangelnde Mündigkeit der BürgerInnen gewesen ist, sondern das Vorgehen mancher demokratischer Institutionen“, wobei die Rednerin BürgermeisterInnen, andere AmtsträgerInnen sowie Pflegeheime nannte. Man werde die Durchführung der Briefwahl aber auch in Zukunft weiter beobachten müssen, zeigte sich Musiol überzeugt und sprach sich für die Einführung eines vorgezogenen Wahltags aus. Dazu legte sie auch einen Abänderungsantrag vor, der darüber hinaus auf eine weitere Einengung der Wahlausschließungsgründe für



Abg.z.NR Daniela Musiol
Verfassungssprecherin der Grünen
Foto: Parlamentsdirektion / Mike Ranz

Strafgefangene abzielt. „Den Grünen wäre es lieber“, so Musiol, „wenn es keine Ausschließungsgründe gibt, die nun vorgenommenen Verbesserungen sind aber zu begrüßen, da die Ausschließung eines individuellen Richterspruchs bedarf“. Damit sei man von der bisherigen Automatik abgegangen. Musiol befürwortete weiters die Streichung des Habsburger-Paragraphen, denn in der Demokratie sollte jeder mitreden können, „der von Entscheidungen betroffen ist. Außerdem ist es befremdlich, wenn man beim Wahlschluß auf eine ganze Familie abstellt, denn dies sagt nichts über die demokratiepolitische Haltung ihrer einzelnen Mitglieder aus.“

Quellen: Parlamentskorrespondenz u.a.

Beschluss des Nationalrates

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, die Nationalrats-Wahlordnung 1992, das Bundespräsidentenwahlgesetz 1971, die Europawahlordnung, das Wählerevidenzgesetz 1973, das Europa-Wählerevidenzgesetz, das Volksabstimmungsgesetz 1972, das Volksbefragungsgesetz 1989, das Volksbegehrengesetz 1973 und die Strafprozeßordnung 1975 geändert werden (Wahlrechtsänderungsgesetz 2011)

Wir haben an dieser Stelle die für Sie als AuslandsösterreicherInnen relevanten Gesetzespassagen herausgelöst. Bei Interesse finden Sie den gesamten Text unter dem Link http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/BNR/BNR_00381/fnameorig_223325.html
Die Redaktion

2. § 25 Abs. 2 lautet

„(2) Die Auflegung des Wählerverzeichnisses hat der Bürgermeister vor Beginn des Einsichtszeitraums ortsüblich kundzumachen. Die Kundmachung hat auch den Einsichtszeitraum, die für die Einsichtnahme bestimmten Tagesstunden, die – ausgenommen an Sonntagen und an Feiertagen – nicht unter vier Stunden bemessen sein dürfen, die Bezeichnung der Amtsräume, in denen das Wählerverzeichnis aufliegt, die Amtsstelle, bei der Einsprüche gegen das Wählerverzeichnis eingebracht werden können, sowie die Bestimmungen des Abs. 3 und der §§ 28 und 33 zu enthalten. Bei der Festsetzung der für die Einsichtnahme bestimmten Tagesstunden ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Einsichtnahme auch außerhalb der normalen Arbeitszeit ermöglicht wird. An Sonntagen und an Feiertagen kann die Ermöglichung der Einsichtnahme unterbleiben.“

3. § 39 lautet:

„§ 39. (1) Die Ausstellung der Wahlkarte ist bei der Gemeinde, von der der Wahlberechtigte in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde, beginnend mit dem Tag der Wahlausschreibung schriftlich oder mündlich unter Angabe des Grundes gemäß § 38 Abs. 1 zu beantragen. Eine telefonische Beantragung ist nicht zulässig. Der Antrag kann schriftlich bis spätestens am vierten Tag vor dem Wahltag gestellt werden. Mündlich kann der Antrag bis spätestens am zweiten Tag vor dem Wahltag, 12.00 Uhr, gestellt werden. Ebenfalls bis zum letztgenannten Zeitpunkt kann ein Antrag schriftlich gestellt werden, wenn eine persönliche Übergabe der Wahlkarte an eine vom Antragsteller bevollmächtigte Person möglich ist. Im Ausland

kann die Ausstellung und Ausfolgung der Wahlkarte auch im Weg einer österreichischen Vertretungsbehörde beantragt werden. Beim mündlich gestellten Antrag ist die Identität durch ein Dokument glaubhaft zu machen. Beim schriftlich gestellten Antrag kann die Identität, sofern der Antragsteller nicht amtsbekannt ist oder der Antrag im Fall einer elektronischen Einbringung nicht mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist, auch auf andere Weise, insbesondere durch Angabe der Passnummer, durch Vorlage der Ablichtung eines amtlichen Lichtbildausweises oder einer anderen Urkunde glaubhaft gemacht werden. Die Gemeinde ist ermächtigt, die Passnummer im Weg einer Passbehörde und Lichtbildausweise oder andere Urkunden im Weg der für die Ausstellung dieser Dokumente zuständigen Behörde zu überprüfen. Im Fall des § 38 Abs. 2 hat der Antrag das ausdrückliche Ersuchen um den Besuch durch eine besondere Wahlbehörde gemäß § 73 Abs. 1 und die genaue Angabe der Räumlichkeiten, wo der Antragsteller den Besuch durch eine besondere Wahlbehörde erwartet, zu enthalten. Bei Personen, die sich in öffentlichem Gewahrsam befinden, hat der Antrag eine behördliche Bestätigung über die Unterbringung aufzuweisen.

(2) Ein Wahlberechtigter mit Hauptwohnsitz im Ausland, der in die Wählerevidenz (§ 2a des Wählerevidenzgesetzes 1973) eingetragen ist, ist, sofern seine Wohnadresse in der Wählerevidenz erfasst ist, von der Gemeinde, von der er in die Wählerevidenz eingetragen wurde, umgehend nach Ausschreibung der Wahl des Nationalrats im Postweg über die Möglichkeit der Ausübung des Wahlrechts im Weg der Briefwahl zu verständigen. Hierbei ist er über die Möglichkeiten zur Antragstellung, gegebenenfalls auch über eine Antragstellung per Internet, in Kenntnis zu setzen. Die Verständigung kann per E-Mail erfolgen, wenn der Gemeinde eine E-Mail-Adresse bekannt ist. An

Personen, die eine amtswegige Ausstellung der Wahlkarte gemäß § 2a Abs. 6 oder § 9 Abs. 4 des Wählerevidenzgesetzes 1973 beantragt haben, sind Wahlkarten zu übermitteln, sobald der Gemeinde die entsprechenden Vordrucke sowie die amtlichen Stimmzettel zur Verfügung stehen.

(3) Die Wahlkarte ist als verschließbarer Briefumschlag herzustellen und hat die in der Anlage 3 ersichtlichen Aufdrucke zu tragen. Durch entsprechende technische Vorkehrungen ist sicherzustellen, dass die den Wahlberechtigten betreffenden persönlichen Daten, insbesondere dessen Unterschrift, vor Weiterleitung an die Bezirkswahlbehörde, durch eine verschließbare Lasche abgedeckt sind und dass es nach Verschließen der Wahlkarte durch entsprechende Perforation möglich ist, die persönlichen Daten des Wählers sowie dessen eidesstattliche Erklärung bei der Bezirkswahlbehörde sichtbar zu machen, ohne dass dadurch die Wahlkarte bereits geöffnet wird. Die Lasche hat entsprechend der technischen Beschaffenheit der Wahlkarte Aufdrucke mit Hinweisen zu ihrer Handhabung im Fall der Stimmabgabe mittels Briefwahl sowie zur Weiterleitung der Wahlkarte zu tragen. Bei Wahlkarten, die mittels automationsunterstützter Datenverarbeitung ausgestellt werden, genügt anstelle der Unterschrift des Bürgermeisters die Beisetzung seines Namens; eine Beglaubigung durch die Kanzlei ist nicht erforderlich.

(4) Wird dem Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte stattgegeben, so sind neben der Wahlkarte auch ein amtlicher Stimmzettel und ein verschließbares Wahlkuvert, auf dem die Nummer des Landeswahlkreises aufgedruckt ist, auszufolgen. Letztere sind in den im Abs. 3 genannten Briefumschlag zu legen. Der Briefumschlag ist dem Antragsteller auszufolgen. Der Antragsteller hat den Briefumschlag bis zur Stimmabgabe sorgfältig zu verwahren. Mit dem Briefumschlag ist auch ein von den Landeswahl-

Innenpolitik

behörden zur Verfügung zu stellendes Beiblatt auszufüllen, auf dem die veröffentlichten Wahlvorschläge des Landeswahlkreises angeführt sind. Im Fall einer postalischen Versendung ist das Kuvert, in dem sich die Wahlkarte befindet, mit dem Vermerk „Wahlkarte für die Nationalratswahl XXXX“ zu kennzeichnen.

(5) Für die Ausfolgung oder die Übermittlung beantragter Wahlkarten gilt:

1. Im Fall der persönlichen Ausfolgung einer Wahlkarte hat der Antragsteller eine Übernahmebestätigung zu unterschreiben. Ist der Antragsteller hierzu nicht in der Lage, so ist hierüber ein Aktenvermerk aufzunehmen.

2. Bei Pfleglingen in Heil- und Pflegeanstalten (§ 72) ist die Wahlkarte im Fall einer postalischen Versendung mittels eingeschriebener Briefsendung ausschließlich an den Empfänger selbst zu richten. In diesem Fall ist die Briefsendung mit dem Vermerk „Nicht an Postbevollmächtigte“ zu versehen.

3. Werden Wahlkarten an den in Z 2 genannten Personenkreis durch Boten überbracht, so ist die Übernahmebestätigung durch den Pfegling selbst zu unterfertigen. Ist der Antragsteller hierzu nicht in der Lage, so ist hierüber ein Aktenvermerk aufzunehmen.

4. Bei nicht in Z 2 genannten Antragstellern ist die Wahlkarte im Fall einer postalischen Versendung mittels eingeschriebener Briefsendung zu versenden, es sei denn, die Wahlkarte wurde mündlich beantragt, der elektronisch eingebrachte Antrag war mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen oder die amtswegige Ausstellung der Wahlkarte erfolgte aufgrund eines Antrags gemäß § 2a Abs. 6 oder § 9 Abs. 4 des Wählervidenzgesetzes 1973.

5. Werden Wahlkarten an den nicht in Z 2 genannten Personenkreis durch Boten oder im Weg einer österreichischen Vertretungsbehörde übermittelt, so ist analog zu § 16 Abs. 1 und 2 des Zustellgesetzes – ZustG vorzugehen, mit der Maßgabe, dass eine Wahlkarte auch an wahlberechtigte Personen ausgefolgt werden kann, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Ausfolgung kann ohne Nachweis erfolgen, wenn die Wahlkarte mündlich beantragt wurde

oder der elektronisch eingebrachte Antrag mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen war.

6. Schriftlich beantragte Wahlkarten, die vom Antragsteller persönlich abgeholt werden, dürfen seitens der Gemeinde nur gegen eine Übernahmebestätigung ausgefolgt werden. Ist der Antragsteller hierzu nicht in der Lage, so ist hierüber ein Aktenvermerk aufzunehmen. Bei Ausfolgung einer schriftlich beantragten Wahlkarte an eine vom Antragsteller bevollmächtigte Person hat diese die Übernahme der Wahlkarte zu bestätigen.

7. Die sofortige Mitnahme einer durch einen Boten überbrachten und zur Stimmabgabe mittels Briefwahl verwendeten Wahlkarte durch diesen ist unzulässig.

(6) Empfangsbestätigungen über Wahlkarten, die durch Boten oder im Weg einer österreichischen Vertretungsbehörde ausgefolgt wurden, sind in jedem Fall an jene Gemeinden zu übermitteln, die die Wahlkarten ausgestellt haben. Die Weiterleitung der den österreichischen Vertretungsbehörden vorliegenden Empfangsbestätigungen auf elektronischem Weg ist zulässig. Schriftlich gestellte Anträge, Empfangsbestätigungen, Aktenvermerke sowie eine Zusammenstellung der auf elektronischem Weg eingelangten Anträge sind nach Ablauf der Frist gemäß Abs. 1 der Gemeindewahlbehörde zu übermitteln. Diese hat die ihr übermittelten Unterlagen dem Wahlakt der Gemeinde anzuschließen.

(7) Duplikate für abhanden gekommene Wahlkarten dürfen von der Gemeinde nicht ausgefolgt werden. Unbrauchbar gewordene Wahlkarten, die noch nicht zugeklebt und bei denen die eidesstattliche Erklärung noch nicht unterschrieben wurde, können an die Gemeinde retourniert werden. In diesem Fall kann die Gemeinde nach Erhalt der Wahlkarte ein Duplikat ausstellen. Eine unbrauchbar gewordene Wahlkarte ist in einem solchen Fall mit entsprechendem Vermerk zu kennzeichnen und der Gemeindewahlbehörde zu übermitteln. Diese hat die Wahlkarte dem Wahlakt der Gemeinde anzuschließen.

(8) Die Gemeindewahlbehörden haben dafür Sorge zu tragen, dass als Wahlkarten gekennzeichnete Sendungen (Abs. 4 letzter Satz), die in den örtlich zuständigen Post-

geschäftsstellen hinterlegt worden sind, zum Zeitpunkt der letzten Schließung der jeweiligen Postgeschäftsstelle vor dem Wahltag abgeholt und am Wahltag für eine Ausfolgung an den Antragsteller bereitgehalten werden. Zu diesem Zeitpunkt sind in den Postgeschäftsstellen hinterlegte, nicht behobene als Wahlkarten gekennzeichnete Sendungen (Abs. 4 letzter Satz) auszusondern und für eine Übergabe an eine von der Gemeindewahlbehörde entsendete Person bereitzuhalten. Die Gemeindewahlbehörden haben das Bundesministerium für Inneres über allenfalls in ihrem Bereich aufbewahrte, als Wahlkarten gekennzeichnete Sendungen (Abs. 4 letzter Satz) in Kenntnis zu setzen. Das Bundesministerium für Inneres hat geeignete Maßnahmen, z.B. Einrichtung einer Telefon-Hotline, zu treffen, dass Antragsteller über den Ort der Aufbewahrung von als Wahlkarten gekennzeichneten Sendungen (Abs. 4 letzter Satz) in Kenntnis gesetzt werden können. Bei österreichischen Vertretungsbehörden hinterlegte, nicht behobene Wahlkarten sind nach dem Wahltag zu vernichten. Die Gemeinde, die eine solche Wahlkarte ausgestellt hat, ist hierüber auf elektronischem Weg in Kenntnis zu setzen.

(9) Ein Wahlberechtigter ist von der Gemeinde ehest möglich in Kenntnis zu setzen, wenn seinem Antrag auf Ausstellung einer Wahlkarte nicht Folge gegeben wurde.“

§ 40 Abs. 1 lautet:

„(1) Die Ausstellung der Wahlkarte ist im Wählerverzeichnis in der Rubrik ‚Anmerkung‘ bei dem betreffenden Wähler mit dem Wort ‚Wahlkarte‘ in auffälliger Weise zu vermerken. Bis zum neunundzwanzigsten Tag nach dem Wahltag haben die Gemeinden gegenüber jedem im Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten auf mündliche oder schriftliche Anfrage Auskunft zu erteilen, ob für ihn eine Wahlkarte ausgestellt worden ist. Zu diesem Zweck haben Gemeinden nach Weitergabe der Wählerverzeichnisse an die Gemeindewahlbehörde bis zum angeführten Zeitpunkt Kopien der Wählerverzeichnisse bereit zu halten, sofern sie nicht über andere Aufzeichnungen, z.B. in einer EDV-Applikation, über die ausgestellten Wahlkarten verfügen. Bei einer Anfrage hat der Wahlberechtigte seine Identität glaubhaft zu machen.“

§ 60 lautet:

„§ 60. (1) Das Wahlrecht kann von denjenigen Wählern, denen entsprechend den

Innenpolitik

§§ 38 und 39 Wahlkarten ausgestellt wurden, auch im Weg der Übersendung der verschlossenen Wahlkarte an die zuständige Bezirkswahlbehörde ausgeübt werden (Briefwahl). Die Stimmabgabe mittels Briefwahl kann unmittelbar nach Erhalt der Wahlkarte erfolgen.

(2) Hierzu hat der Wähler den von ihm ausgefüllten amtlichen Stimmzettel in das beige-farbene Wahlkuvert zu legen, dieses zu verschließen und in die Wahlkarte zu legen. Sodann hat er auf der Wahlkarte durch eigenhändige Unterschrift eidesstattlich zu erklären, dass er den amtlichen Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt hat. Anschließend hat er die Wahlkarte zu verschließen. Die Wahlkarte ist entweder so rechtzeitig an die Bezirkswahlbehörde zu übermitteln, dass die Wahlkarte dort spätestens am Wahltag, 17.00 Uhr, einlangt, oder am Wahltag in einem Wahllokal des Stimmbezirks der Bezirkswahlbehörde während der Öffnungszeiten des Wahllokals abzugeben. Wahlkarten, die bei einer Stimmabgabe im Ausland bei einer österreichischen Vertretungsbehörde oder einer österreichischen Einheit bis zum sechsten Tag vor dem Wahltag, bei einer Vertretungsbehörde außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder außerhalb der Schweiz bis zum neunten Tag vor dem Wahltag, einlangen, sind von der Vertretungsbehörde oder der österreichischen Einheit an die zuständige Bezirkswahlbehörde weiterzuleiten. Die Weiterleitung einer nach dem sechsten Tag vor dem Wahltag, in Vertretungsbehörden außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder außerhalb der Schweiz nach dem neunten Tag vor dem Wahltag, einlangenden Wahlkarte durch eine österreichische Vertretungsbehörde oder eine österreichische Einheit an die zuständige Bezirkswahlbehörde ist zulässig, wenn gewährleistet erscheint, dass die Wahlkarte dennoch rechtzeitig bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangen kann, oder der Wahlberechtigte in Kenntnis gesetzt wird, dass ein Einlangen möglicherweise nicht mehr rechtzeitig gewährleistet ist. Die Kosten für eine Übermittlung der Wahlkarte an die Bezirkswahlbehörde im Postweg hat der Bund zu tragen.

(3) Die Stimmabgabe im Weg der Briefwahl ist wichtig, wenn

1. die eidesstattliche Erklärung auf der Wahlkarte nicht oder nachweislich nicht durch den Wahlberechtigten abgegeben wurde,

2. die Wahlkarte kein Wahlkuvert enthält,

3. die Wahlkarte nur ein anderes oder mehrere andere als das beige-farbene Wahlkuvert enthält,

4. die Wahlkarte zwei oder mehrere beige-farbene Wahlkuverts enthält,

5. das Wahlkuvert, abgesehen vom Aufdruck der Nummer des Landeswahlkreises, beschriftet ist,

6. die Prüfung auf Unversehrtheit (§ 90 Abs. 1) ergeben hat, dass die Wahlkarte

derart beschädigt ist, dass ein vorangegangenes missbräuchliches Entnehmen oder Zurücklegen des inliegenden Wahlkuverts nicht ausgeschlossen werden kann,

7. aufgrund eines Verklebens der unter der Lasche gelegenen Felder der Wahlkarte die Daten oder die Unterschrift des Wählers nicht mehr sichtbar gemacht werden können oder

8. die Wahlkarte nicht spätestens am Wahltag, 17.00 Uhr, bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde eingelangt oder bis zu diesem Zeitpunkt in einem Wahllokal des Stimmbezirks abgegeben worden ist ...“ ■

Wahlkarte Nationalratswahl XXXX

Fortlaufende Zahl im Wählerverzeichnis	Vorname, Familienname oder Nachname	Geburtsjahr
Gemeinde	Straße/Gasse/Platz, Hausnummer	

Eidesstattliche Erklärung (bei einer Stimmabgabe mittels Briefwahl):

Mit nebenstehender Unterschrift erkläre ich eidesstattlich, dass ich den inliegenden amtlichen Stimmzettel persönlich, unbeobachtet und unbeeinflusst ausgefüllt habe.

Bezirk	Wahlsprenzel	Regionalwahlkreis
Ort, Datum	(Stempel der Vertretungsbehörde oder der österreichischen Einheit bis zum sechsten Tag vor dem Wahltag, bei einer Vertretungsbehörde außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder außerhalb der Schweiz bis zum neunten Tag vor dem Wahltag, einlangenden Wahlkarte durch eine österreichische Vertretungsbehörde oder eine österreichische Einheit an die zuständige Bezirkswahlbehörde weiterzuleiten. Die Weiterleitung einer nach dem sechsten Tag vor dem Wahltag, in Vertretungsbehörden außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder außerhalb der Schweiz nach dem neunten Tag vor dem Wahltag, einlangenden Wahlkarte durch eine österreichische Vertretungsbehörde oder eine österreichische Einheit an die zuständige Bezirkswahlbehörde ist zulässig, wenn gewährleistet erscheint, dass die Wahlkarte dennoch rechtzeitig bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangen kann, oder der Wahlberechtigte in Kenntnis gesetzt wird, dass ein Einlangen möglicherweise nicht mehr rechtzeitig gewährleistet ist. Die Kosten für eine Übermittlung der Wahlkarte an die Bezirkswahlbehörde im Postweg hat der Bund zu tragen.)	

Ante: Die oben genannte Person ist berechtigt, ihr Wahlrecht auch außerhalb des Ortes, an dem sie im Wählerverzeichnis eingetragen ist, auszuüben. Duplikate für stehenden gekommene Wahlkarten dürfen in keinem Fall ausgeteilt werden.

Mit dieser Wahlkarte können Sie Ihre Stimme für die Nationalratswahl XXXX auf folgende Weise abgeben:

- Mittels Briefwahl vom Inland oder vom Ausland aus, ab Erhalt der Wahlkarte:**
 - Füllen Sie bitte den amtlichen Stimmzettel aus.
 - Legen Sie den amtlichen Stimmzettel in das beige-farbene gummierte Wahlkuvert und kleben Sie dieses zu.
 - Geben Sie bitte das beige-farbene verschlossene Wahlkuvert in dieses Wahlkartenkuvert.
 - Geben Sie die eidesstattliche Erklärung durch Ihre eigenhändige Unterschrift in der dafür vorgesehenen Rubrik ab und kleben Sie das Wahlkartenkuvert ebenfalls zu.
 - Sorgen Sie dafür, dass die Wahlkarte spätestens am Wahltag (XX. XXXXX XXXX), 17.00 Uhr, bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangt. Die zuständige Bezirkswahlbehörde ist jene Wahlbehörde, deren Anschrift auf der Wahlkarte aufgedruckt ist. Sie können Ihre Wahlkarte z. B. in einen Postbriefkasten werfen, auf einer Postgeschäftsstelle abgeben oder bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde, die die Wahlkarte auch am Samstag vor der Wahl sowie am Wahltag in der Zeit von 8.00 Uhr bis 17.00 Uhr entgegennimmt, abgeben. Sie haben weiters die Möglichkeit, die Wahlkarte am Wahltag bei jedem geöffneten Wahllokal Ihres Stimmbezirks abzugeben.
 - Bei einer Stimmabgabe im Ausland wird die Wahlkarte, wenn Sie diese bei einer österreichischen Vertretungsbehörde oder einer österreichischen Einheit bis zum XX. XXXXX XXXX (bei Vertretungsbehörden ausserhalb des Europäischen Wirtschaftsraums oder der Schweiz bis zum XX. XXXXX XXXX), an die Bezirkswahlbehörde weitergeleitet.
- Vor einer Wahlbehörde im Inland am Wahltag:**
 - In jeder Gemeinde Österreichs können Sie zumindest in einem für Wahlkartenwähler(innen) eingerichteten Wahllokal Ihre Stimme abgeben. Beachten Sie bitte die unterschiedlichen Öffnungszeiten der Wahllokale.
 - Bewahren Sie die Wahlkarte bis zum Wahltag (XX. XXXXX XXXX) sorgfältig auf. Übergeben Sie bei der Stimmabgabe im Wahllokal die unausgefüllte Wahlkarte samt Inhalt dem (der) Wahlleiter(in) im Wahllokal. Er (Sie) wird Ihnen die weiteren Schritte bei der Stimmabgabe erklären.
 - Legen Sie bitte dem Wahlleiter (der Wahlleiterin) eine Urkunde oder sonstige amtliche Bescheinigung (zum Beispiel einen amtlichen Lichtbildausweis) vor, aus der Ihre Identität einwandfrei ersichtlich ist.
 - Wenn Ihnen der Besuch des zuständigen Wahllokals am Wahltag infolge mangelnder Geh- und Transportfähigkeit oder Bettlägerigkeit, sei es aus Krankheits-, Alters- oder sonstigen Gründen, oder wegen ihrer Unterbringung in gerichtlichen Gefangenenhäusern, Strafvollzugsanstalten, im Maßnahmenvollzug oder in Hafträumen unmöglich ist, können Sie mit dieser Wahlkarte in einem Anstaltssprenzel – falls eingerichtet – oder vor einer besonderen Wahlbehörde (auch „fliegende Wahlkommission“ genannt) Ihre Stimme abgeben.

Nähere Auskünfte erteilen Ihnen:

- das Bundesministerium für Inneres (Anschrift: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, Telefon: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, Fax: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, E-Mail: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, Internetadresse: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX).
- das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, (Anschrift: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, Telefon: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, Fax: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, E-Mail: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX, Internetadresse: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX).
- jede Vertretungsbehörde (Botschaft, Generalkonsulat, Konsulat).

Bitte beachten Sie: Bei einer Stimmabgabe mittels Briefwahl muss die Wahlkarte bis spätestens am Wahltag, XX. XXXXX XXXX, 17.00 Uhr, bei der zuständigen Bezirkswahlbehörde einlangen oder die Wahlkarte kann bis zur Schließung eines Wahllokals Ihres Stimmbezirks abgegeben werden. Abhanden gekommene Wahlkarten darf die Gemeinde keinesfalls ersetzen!

Ein Faksimile der künftigen Wahlkarte für eine Nationalratswahl (Anlage 3 zur Änderung des Bundes-Verfassungsgesetzes, Vorderseite)

Wahlrechtsänderungsgesetz 2011

Kommentar aus Sicht des BMeiA – von Gesandter Brigitta Blaha,
Leiterin der AuslandsösterreicherInnen Abteilung

Mit der Zustimmung des Bundesrates am 30. Juni 2011 ist das parlamentarische Verfahren zur Annahme des Wahlrechtsänderungsgesetzes 2011 soeben abgeschlossen worden. Damit wurde der rechtliche Rahmen für die nächsten bundesweiten Wahlen (zum Nationalrat, zum Europäischen Parlament und für das Amt des Bundespräsidenten) festgelegt.

Im Gefolge der Bundespräsidentenwahl im Vorjahr kam es bekanntlich zu einer innenpolitischen Debatte über die Zuverlässigkeit des österreichischen Wahlkartensystems, nicht zuletzt ausgelöst durch Medienberichte von möglichen Unregelmäßigkeiten auf lokaler Ebene. Darüber hinaus wurden nicht zuletzt dank der erstmaligen Beobachtung einer österreichischen Wahl durch ein Team des Büros für demokratische Institutionen und Grundrechte (ODIHR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und durch Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) weitere Gesichtspunkte offensichtlich, welche Reformen in punktuellen Bereichen des österreichischen Wahlrechts erforderlich machten. Nach den Wahlrechtsänderungsgesetzen 2007, 2009 und 2010 erfolgt somit eine weitere Feinjustierung.

Das medial präsenteste Thema in- und außerhalb Österreichs in diesem Zusammenhang war wohl die Zulassung von „Mitgliedern ehemals regierender Häuser“ zur Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten. Diese Neuerung machte sogar eine Änderung der Bundesverfassung erforderlich, welche im Rahmen des Wahlrechtsänderungsgesetzes 2011 von einer qualifizierten Mehrheit im österreichischen Parlament verabschiedet wurde. Ferner kommt es zur Neufassung der Bestimmungen über das Wahlrecht für Strafgefangene. Durch diese beiden Änderungen wird der Kreis der Menschen, die an der österreichischen Demokratie mitwirken können erweitert, wodurch die Partizipation verbessert und die Umsetzung internationaler Grundrechtsstandards durch Österreich vorangetrieben werden.

Von besonderer Bedeutung für die AuslandsösterreicherInnen sind jedoch die

Änderungen im Bereich des Briefwahlrechts. Die Ausübung des Briefwahlrechts soll sicherer, der Weg der einzelnen Wahlkarte nachvollziehbarer und die Möglichkeiten des Mißbrauchs, beispielsweise durch eine Stimmabgabe nach Wahlschluß, zurückgedrängt werden.



Gesandte Brigitta Blaha

Leiterin der AuslandsösterreicherInnen-
Abteilung im BMeiA

Künftig werden nur jene Wahlkarten mit ausgezählt, die am Wahltag selbst bei Schluß der Wahllokale (17:00 Uhr am Wahlsonntag) bei den Bezirkswahlbehörden oder in einem Wahllokal eingelangt sind. Diese Neuerung wirkt sich positiv im Sinne einer rascheren Verfügbarkeit des Endergebnisses aus. Der frühere „Wahlschluß“ für WahlkartenwählerInnen im In- und Ausland machte eine Vorverlegung der maßgeblichen Stichtage vor der Wahl erforderlich. Der Termin für die Einbringung der Wahlvorschläge und alle damit zusammenhängenden Fristen wurden um eine Woche vorverlegt. Somit können auch die Wählerevidenzgemeinden eine Woche früher als bisher mit der Ausstellung und Versendung der Wahlkarten beginnen. Unter dem Strich verkürzt sich der zur Rücksendung der ausgefüllten Wahlkarten zur Verfügung stehende Zeitraum lediglich um drei Kalendertage.

Für die AuslandsösterreicherInnen bedeutet dies konkret, daß es noch wichtiger wird, möglichst früh die Eintragung in der Auslandswählerevidenz zu beantragen und von der seit 2008 bestehenden Möglichkeit des „Wahlkartenabonnements“ Gebrauch zu machen. Durch die Möglichkeit der Stimmabgabe sofort nach Erhalt der Wahlkarte und die mit der vorangegangenen Wahlrechtsänderung eingeführte weltweit portofreie

Rücksendung, sollte jedenfalls gewährleistet sein, daß die Stimmen der AuslandsösterreicherInnen rechtzeitig bei den Wahlbehörden einlangen.

Wie in der Vergangenheit stehen das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten und die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland auch weiterhin als erste Ansprechpartner der AuslandsösterreicherInnen in Wahlangelegenheiten zur Verfügung. Die Abgabe der ausgefüllten Wahlkarten an den Vertretungsbehörden ist – neben dem Postweg – auch weiterhin möglich. Die Wahlkarte sollte zur Gewährleistung der rechtzeitigen Weiterleitung an die inländische Wahlbehörde spätestens am sechsten (außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums und der Schweiz am neunten) Tag vor dem Wahltag abgegeben werden.

Die Abgeordneten zum Nationalrat brachten ihre Wertschätzung der AuslandsösterreicherInnen und die besondere Berücksichtigung ihrer Anliegen unter anderem dadurch zum Ausdruck daß sie, zeitgleich mit der Verabschiedung der Gesetzesänderung im Nationalrat auch einen Entschließungsantrag an die Bundesministerin für Inneres richteten. Darin wird die Innenministerin aufgefordert, im Zusammenwirken mit den Bundesländern geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine frühere Aussendung der Wahlkarten zu ermöglichen. Dadurch sollen die praktischen Auswirkungen der Kürzung der Rücksendungsfristen für die WählerInnen möglichst gering gehalten werden, was vor allem den AuslandsösterreicherInnen zugute kommen wird. Die diesbezügliche Praxis soll im Hinblick auf die angestrebte Beschleunigung der Abläufe nach der Durchführung zweier bundesweiter Wahlen überprüft werden.

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten wird auch weiterhin in enger Abstimmung mit den zuständigen Behörden im Inland seinen Beitrag zur benutzerfreundlichen und reibungslosen Abwicklung österreichischer Wahlen im Ausland leisten.

Es ist nie zu früh, sich in die Wählerevidenz eintragen zu lassen. ■

<http://www.bmeia.gv.at>

Wahlrechtsänderungsgesetz 2011

Kommentar aus Sicht des Auslandsösterreicher
Weltbundes von AÖWB-Vizepräsident Jürgen Em

Mit dem neuen Wahlrechtsänderungsgesetz 2011, welches der Nationalrat beschlossen hat und am 1. Oktober 2011 in Kraft treten soll, können die ÖsterreicherInnen im Ausland (*in Folge: AÖ*) nicht voll zufrieden sein. Die AÖ haben sich 1989 nach langer Zeit das Wahlrecht erkämpft und anschließend dann lange aus Praktikabilitätsgründen der Wahlmöglichkeitsteilnahme die Einführung der Briefwahl gefordert und schließlich erreicht und zwar nicht nur für sich, sondern auch für die Österreicher im Inland. Sie sollte aber auch zur gleichberechtigten Wahlmöglichkeit werden und nicht wie bisher nur zur Ausnahme. Das neue Wahlgesetz hat dies wiederum nicht geändert.

Wichtig war und ist den AÖ, sich in den demokratischen Prozeß einbringen zu können. Deshalb begrüßen sie auch, daß mit dem neuen Wahlrechtsänderungsgesetz gewährleistet wird, daß sogenanntes taktisches Wählen nach der Bekanntgabe von vorläufigen Wahlergebnissen ausgeschlossen wird durch die Festsetzung des Einlangens der Wahlkarten bis zum Schließen der Wahllokale um 17:00 Uhr am Wahltag. Doch andererseits können sich die AÖ mit einer faktischen Verkürzung, der ihnen für die Wahl zur Verfügung stehenden Frist um praktisch 3 Tage nicht einverstanden erklären. Diese neuen Fristen des Einlangens der Wahlkarten bis 17:00 Uhr am Wahltag anstatt wie bisher am 8. Tag danach. Bisher ergab sich de facto eine Frist von insgesamt 28 Tagen für die AÖ, die sich in etwa auf 20 Tage für die Versendung der Wahlunterlagen an die Wähler (nach Abschließung der Wahlvorschläge, der Herstellung der Amtlichen Stimmzettel sowie deren Übermittlung an die Wahlbehörden) und 8 Tage für das Einlangen der Wahlkarten nach der Wahl verteilen. Wenngleich einzusehen ist, daß von seiten der Politik, um „taktisches Wählen“ auszuschließen, diese Nachfrist aufgehoben wurde, kann aber nicht akzeptiert werden, daß dies zu einer Verschlechterung für die AÖ führt. Auch wenn das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 die Einbringung von Wahlvorschlägen etc. eine Woche vorverlegt, ergeben sich insgesamt nur dem Schein nach wieder 28 Tage, faktisch jedoch eine Verkürzung um 3 Tage auf nur 25 Tage, da in Österreich

am Samstag und am Wahlsonntag vor Ende der Wahl um 17:00 keine Post mehr ausgetragen werden kann und somit am Freitag eingeworfene Wahlbriefpost nicht mehr rechtzeitig ankommt und damit ungültig ist. Hier hätten im besonderen auch die langen Postwegzeiten vor allem aus den außereuro-

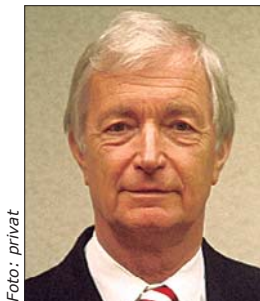


Foto: privat

Jürgen Em
Vizepräsident des Auslands-
österreicher Weltbunds

päischen Ländern berücksichtigt werden müssen. Falls von einigen AÖ die Stimmabgabe in konsularischen Vertretungen bevorzugt wird, erhöht sich diese Verkürzung der effektiven Zeit noch auf ca. 1 Woche, sodaß statt 28 Tage nur etwa 21 Tage zur Verfügung stehen – Zeitverschiebungen noch nicht eingerechnet –, was für Zu- und Rücksendung der Wahlunterlagen vor allem im außereuropäischen Raum eine Teilnahme an österreichischen Wahlen sehr erschwert bzw. eventuell sogar unmöglich macht und viele AÖ von den Wahlen ausschließt.

Die AÖ haben in einer Stellungnahme zum Initiativantrag auf diese Problematik rechtzeitig aufmerksam gemacht, aber leider haben diese ihre Argumente sich nicht im Wahlrechtsänderungsgesetz niedergeschlagen. Dies ist für die AÖ äußerst bedauerlich, denn vor allem diejenigen von ihnen, die in Übersee leben, hatten mit den bisherigen Fristen schon zeitliche Schwierigkeiten, da die Postwege dorthin lang sind.

Wäre es wirklich mit einigem guten Willen für die Politik so schwierig gewesen statt 28 Tage auf 31 Tage zu verlängern, um wenigstens die praktische Gleichstellung der Frist zu vorher herzustellen? Dies hätte doch möglich sein können. Man muß halt Wahlen und die Einbringungsfristen von Wahlvorschlägen und Kandidaten ein wenig früher

planen, und da kann es doch nicht auf 3 Tage ankommen. Andere Länder, die jahrzehntelange Erfahrungen mit der Briefwahl haben wie z. B. Deutschland, machen es ja vor und haben sogar 35 Tage Frist.

Dazu kommt noch, da der Zeitpunkt des Beginns der Ausgabe von Wahlkarten durch Gesetz nicht exakt geregelt ist und somit auch die Zurverfügungstellung der Stimmzettel etc. durch die zuständigen Wahlbehörden, diese nun angeleitet werden sollen, Maßnahmen zu ergreifen, schneller diese Unterlagen in Zukunft flächendeckend zur Verfügung zu stellen, um die de facto Verkürzung durch das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 zu mildern. Nach der Durchführung von zwei bundesweiten Wahlereignissen ist dann vorgesehen zu prüfen, ob die getroffenen Maßnahmen dazu geführt haben, daß die flächendeckende Bereitstellung der Wahlkarten im angestrebten Ausmaß beschleunigt werden konnte. Heißt das eigentlich, nebenbei bemerkt, daß diese Behörden bisher zu langsam gearbeitet haben? Vor allem heißt es aber, daß schon jetzt eine eventuell nötige Novellierung ins Auge gefaßt wird. Hätten die Politiker nicht schon jetzt eine mutige Entscheidung treffen können und nicht das auf die lange Bank schieben, denn es vergehen dabei unnötig viele Jahre. Entscheidungsfreudigkeit ist von den Politikern gefordert und nicht Hinausschieben von Entscheidungen.

Der Wahlkalender war bisher für die AÖ, vor allem die weiter weg in Übersee wohnen, nicht perfekt und ist durch das Wahlrechtsänderungsgesetz 2011 nicht besser geworden.

Aus Sicht der AÖ wäre für die Zukunft die Einführung von e-voting, natürlich nach Lösung aller sicherheitstechnischen Problemen, eine moderne Möglichkeit des Wählens und eine Erleichterung der demokratischen Ausübung des Wahlrechts für die AÖ durch erzielten Zeitgewinn bei der Rücksendung der Wahlstimme. Andere Länder wie z. B. Estland machen es schon vor. Man muß nur von Seiten der Politik wollen und sich den derzeit noch bestehenden Problemen stellen und nach Lösungen suchen und den Blick nach vorne richten durch Einbindung moderner Techniken. ■

<http://www.weltbund.at>

Ökostrom-Novelle

Ökostrom-Gesetz im Ministerrat – Novelle macht Österreich unabhängig von Atomstrom – Ambitionierter, effizienter und finanzierbarer Ausbau des Ökostroms – Neues Ziel von über 80 Prozent Ökostrom – Jährliches Fördervolumen verdoppelt



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Die Windkraft kann einen bedeutenden zusätzlichen Beitrag für eine saubere und sichere Stromversorgung in Österreich leisten.

Wirtschafts- und Energieminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) sieht die am 15. Juni im Ministerrat erfolgte Einigung auf das neue Ökostrom-Gesetz als wichtigen Meilenstein für Österreich. „Durch den effizienten Ausbau des Ökostroms lösen wir neue Investitionen in grüne Technologien aus und können unseren Strombedarf künftig selbst decken. Spätestens 2015 sind wir unabhängig von Atomstrom-Importen“, hob Mitterlehner hervor. „Wir verdoppeln das jährliche Fördervolumen und bauen die Anlagen-Warteliste ab, setzen aber auch gezielte Anreize für eine stärkere Marktorientierung und Wettbewerbsfähigkeit. Daher steigt der Ökostrom-Anteil zu vertretbaren Kosten für Haushalte und Unternehmen“, so Mitterlehner.

Neues Ökostrom-Ziel von über 80 Prozent bis 2020

Die Novelle wird den europäischen Spitzenplatz Österreichs beim Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch

sichern und ausbauen. Bis 2020 soll der Ökostrom-Anteil von derzeit fast 70 auf über 80 Prozent steigen. In Abstimmung mit der Ökostrom-Branche wurde ein ambitioniertes Ausbauprogramm im Gesetz festgeschrieben. Demnach liegt das realistische Ausbaupotenzial in Österreich bis 2020 bei über zehn Terawattstunden (TWh), was umgerechnet dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von rund 2,9 Millionen Haushalten entspricht. So werden etwa die Windkraft-Kapazitäten von derzeit 1000 Megawatt (MW) auf 3000 MW verdreifacht. Die Photovoltaik-Kapazitäten werden von aktuell 100 MW bis 2020 auf 1100 MW mehr als verzehnfacht. Damit werden auch die Ziele der Energiestrategie Österreich bzw. des Nationalen Aktionsplans Erneuerbare Energien übertroffen. Neu ist, daß die Zielerreichung alle zwei Jahre von der E-Control bewertet und gegebenenfalls nach oben revidiert werden kann. „Dadurch können wir zum Beispiel auf Innovationen bei der Photovoltaik rechtzeitig reagieren und unsere Aus-

baupläne noch weiter steigern“, so Mitterlehner zur neuen Revisionsklausel.

Ebenfalls festgeschrieben wird, daß die Atomstromimporte spätestens 2015 durch Ökostrom bilanziell substituiert werden. Durch die Novelle sowie den Ausbau der Wasserkraft stehen 2015 zusätzliche Kapazitäten von rund fünf TWh zur Verfügung, womit die durchschnittlich pro Jahr nach Österreich importierten Atomstrommengen von derzeit 3,3 TWh deutlich übertroffen werden.

Verdoppelung des jährlich verfügbaren Fördervolumens

Die jährliche Förderzuwachssumme steigt von 21 auf 40 Millionen Euro, was einer Verdoppelung entspricht. Diese Summe wird auf Basis einer Potenzialanalyse unter den diversen Technologien aufgeteilt, um einen vernünftigen Energiemix zu gewährleisten. Fördermittel, die in einem Jahr nicht aufgebraucht werden, stehen der jeweiligen Technologie im Folgejahr zur Verfügung. Für

Innenpolitik

Wind stehen 11,5 Millionen Euro zur Verfügung, für Biomasse- und Biogas 10 Millionen Euro, für Photovoltaik 3,8 Millionen Euro sowie für Kleinwasserkraft 1,5 Millionen Euro. Weitere 13,2 Millionen Euro gehen in einen „Resttopf“, der bei Bedarf flexibel unter Wind und Kleinwasserkraft sowie unter kosteneffizienten Photovoltaik-Anlagen, die den erzeugten Strom in erster Linie selbst verbrauchen, aufgeteilt wird. Zusätzlich stehen für Kleinwasserkraft-Anlagen jährlich 14 Millionen Euro an Investitionszuschüssen zur Verfügung.

Mit den jährlich verfügbaren Fördermitteln von 40 Millionen Euro werden die Errichter und Betreiber von Ökostromanlagen über 13 Jahre (bei rohstoffabhängigen Anlagen bis 15 Jahre) mit garantierten Einspeisetarifen von den Stromkonsumenten unterstützt. Das System funktioniert so, daß den Anlagenbetreibern ihre Investitions- und Finanzierungskosten komplett ersetzt werden und sie zusätzlich einen Gewinn von mindestens sechs Prozent erhalten.

Rascher und kompletter Abbau der Anlagen-Warteliste

Neben der Erhöhung des jährlich verfügbaren Kontingents wird die Anlagen-Warteliste durch ein Tarifvolumen von insgesamt über 100 Millionen Euro komplett abgebaut. Einerseits wird damit die Warteliste bei Kleinwasserkraft über Investitionszuschüsse von rund 20 Millionen Euro aufgelöst. Andererseits gibt es für jene 152 Wind- und rund 4.200 Photovoltaik-Anlagen geförderte Einspeisetarife, die ohne Novelle derzeit bis zu den Jahren 2015 bzw. 2023 auf der Warteliste gereiht sind. Gleichzeitig wird Platz für neue Anträge geschaffen. Die als Gegenleistung für die Vorreihung im Begutachtungsentwurf vorgesehenen Tarifaufschläge von bis zu 30 Prozent werden deutlich reduziert und zeitlich gestaffelt. Selbst danach liegt das Förderniveau immer noch über dem von Deutschland.

„Wir schaffen durch unser Modell einen Anreiz für rasche und effiziente Investitionen“, erläutert Mitterlehner. „Unser Ziel ist, daß sich die Fördertarife möglichst bald dem Niveau des Marktes annähern und wir in Zukunft noch mehr Spielraum für den Ökostrom-Ausbau haben. Die Technologien verbessern sich laufend“, so Mitterlehner.

Fördersystem bleibt finanzierbar und steuerbar

Durch die höheren Förderungen und den Abbau der Warteliste steigt das jährliche

Finanzierungsvolumen von circa 350 Millionen Euro auf insgesamt rund 500 Millionen Euro im Jahr 2015. „Die vielen Vorteile des Ökostrom-Ausbau wie die Unabhängigkeit von Atomstrom und neue Green Jobs müssen uns auch etwas wert sein“, betont Mitterlehner. Ein Haushalt mit durchschnittlichem Stromverbrauch (jährlich 3500 Kilowattstunden) wird durch den Abbau der Wartelisten und die aufgestockten Förderungen im Jahr 2015 rund 12 Euro mehr zahlen – also 47 Euro statt jetzt 35 Euro. Neu ist



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Atomstrom-Importe sollen in Österreich bereits 2015 obsolet sein.

allerdings, daß diese Summe für rund 300.000 einkommensschwächere Haushalte mit 20 Euro pro Jahr gedeckelt wird.

Nicht sinnvoll wäre eine gänzliche Aufhebung des Förderdeckels. „Damit würden wir jede Steuerungsmöglichkeit aufgeben und die Kosten würden wie in Deutschland aus dem Ruder laufen“, bekräftigt Mitterlehner. Während der österreichische Durchschnittshaushalt derzeit 35 Euro pro Jahr zahlt, kostet die Ökostromförderung die deutschen Haushaltskunden schon jetzt über 100 Euro. Auch deswegen mussten die Tarife für die dortigen Anlagenbetreiber mehrmals drastisch reduziert werden.

Neues Kostenbegrenzungsmodell für energieintensive Unternehmen

Damit es zu keinen gravierenden Nachteilen im internationalen Wettbewerb gegenüber anderen EU-Ländern wie Deutschland oder Frankreich kommt, enthält die Novelle ein neues Kostenbegrenzungsmodell für die energieintensive Industrie. Der Zahlungsaufbringungsmechanismus wird EU-konform geändert sowie effizienter und transparenter gestaltet. Die Ökostromentgelte werden künftig an die Netztarife gekoppelt. Die besonders energieintensive Industrie zahlt somit anteilmäßig einen niedrigeren Betrag als ihrem Stromverbrauch entsprechen würde.

Faymann: Wichtiger Schritt am Weg zur Unabhängigkeit von Atom-Strom

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) bezeichnete das im Ministerrat beschlossene Ökostromgesetz als einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur für das Jahr 2015 angepeilten Unabhängigkeit von Atom-Strom-Importen. „Wir zeigen damit vorbildhaft, daß wir auf alternative Energien und Energieeffizienz setzen“, sagte Faymann. Durch das neue Ökostromgesetz werden die jährlich zur Verfügung stehenden Fördermittel von 21 auf 40 Millionen Euro nahezu verdoppelt. Mit dem zusätzlichen Geld sollen vor allem bisher unerledigte Förderanträge behandelt werden. Der Fokus soll dabei auf Windenergie gelegt werden, die am dichtesten am Marktpreis operiert.

Für 300.000 einkommensschwache Haushalte in Österreich konnte eine Deckelung von 20 Euro pro Jahr bei Ökostrom-Kosten auf der Stromrechnung erreicht werden. Auch insgesamt sinkt die Belastung der Haushalte im Vergleich zu früher, sie tragen künftig rund 35 Prozent der Kosten statt wie bisher mehr als 40 Prozent.

Widmann: Einstimmiges Ökostrom-Gesetz in Nationalrat wäre großer Wurf

Der vorliegende Ökostrom-Gesetzesentwurf „birgt die Chance in sich, einstimmig beschlossen zu werden, wenn sich Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner in einigen wesentlichen Punkten noch bewegt“, erklärte BZÖ-Energiesprecher Rainer Widmann. Dazu zähle der Abbau des Förderstaus bei Ökostromanlagen zu fairen Bedingungen ebenso wie das verbindliche Festschreiben eines Ökostromanteils von 25 Prozent bis 2020 in jährlich herunter gebrochenen Etappenzielen. Darüber hinaus gebe es von den jeweiligen Branchenvertretern – Biomasse, Wasserkraft, Windkraft und auch

Innenpolitik

der Fotovoltaik – noch berechnete sachliche Forderungspunkte, die berücksichtigt werden sollten. Damit stünde einem gemeinsamen großen Wurf in Richtung erneuerbarer Energie wenig im Wege, erklärte Widmann.

Glawischnig: Taugliche Verhandlungsgrundlage, Entscheidendes fehlt noch

„Energieminister Mitterlehner zeigt mit dem nachgebesserten Entwurf fürs Ökostromgesetz endlich Einsicht dafür, daß eine echte Energiewende dringend eingeleitet werden muß. Der im Ministerrat beschlossene Entwurf bedeutet eine Chance für Erneuerbare Energien“, sagt Grünen-Chefin Eva Glawischnig. Sie ist erfreut darüber, daß die massive Kritik ihrer Partei und vor allem der Umweltschutzorganisationen und der betroffenen Wirtschaft dazu geführt hat, daß maßgebliche Blockaden für die Weiterentwicklung dieses Sektors abgemildert wurden. Glawischnig: „Nun liegt uns eine taugliche Verhandlungsgrundlage vor. SPÖ und ÖVP brauchen noch die Stimmen einer der Oppositionsparteien. Aber nur die Grünen Stimmen würden das Gesetz mit einem Gütesiegel versehen. Für unsere Zustimmung wird es aber noch entscheidende Nachbesserungen brauchen. Der Förderdeckel ist unserer Ansicht nach weiterhin viel zu niedrig angesetzt.“ Für die Grünen ist die neue Version des Gesetzes ein positives Startzeichen für die Verhandlungen – „für das Herzstück eines zukunftsweisenden Ökostromgesetzes fehlt aber noch Wesentliches“.

Leitl: Übermäßige Belastung für Gewerbe und Industrie nicht vertretbar

„Das im Ministerrat beschlossene Ökostromgesetz 2012 unterscheidet sich in wesentlichen Punkten vom Begutachtungsentwurf“, sagte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl. So werde das jährlich zur Verfügung stehende Förderbudget von 21 auf 40 Millionen Euro erhöht. Zugleich seien die privaten Haushalte von den Mehrkosten des Ökostromausbau ausgenommen. „Dadurch entsteht eine Belastungsschiefe zu Lasten der kleinen und mittleren Betriebe.“ Ein Lichtblick für Leitl ist die Entlastung der energieintensiven Unternehmen, welche der Gefahr der Abwanderung dieser Betriebe in Länder mit geringeren Energiekosten begegnet. Diese Entlastung benötige aber die Zustimmung der EU. „Die Wirtschaft verlangt hier ein gleichzeitiges Inkrafttreten von Fördermaßnahmen und dem Schutz für energieintensive Betriebe.“ Leitl: „Ökostromausbau ist in Ordnung – wenn die Kosten an-

gemessen auf einen gewissen Zeitraum und fair auf alle Konsumentengruppen verteilt werden. Diese Balance fehlt dem vorliegenden Ministerratsbeschluß leider.“ Er verlangt, das geplante Gesetz nochmals bis zum Parlamentsbeschluß zu überarbeiten, um ein ausgewogenes Gesamtergebnis zu ermöglichen.

Koren: Wettbewerbsnachteil für Betriebe abfedern

„Das heute im Ministerrat beschlossene neue Ökostromgesetz bedeutet eine Kostenexplosion für alle Stromkonsumenten“, erklärte der Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Peter Koren. „Die Verdoppelung des jährlichen Förderbudgets sowie der komplette Abbau der Warteschlangen kostet den Konsumenten in Summe immerhin zusätzlich drei Milliarden Euro über die gesamte Laufzeit. Umso dringlicher ist daher angesichts der Kostenexplosion eine Kostenbegrenzung für energieintensive Unternehmen“, fordert Koren.

„Die Industrie wartet seit Jahren auf eine wirksame Kostenbegrenzung, die in vielen europäischen Ländern bereits selbstverständlich ist.“ Die geplante Umstellung der Finanzierung auf einen pauschalierten Zuschlag zum Systemnutzungs- und Verlustentgelt leiste einen wesentlichen Beitrag, um den Wettbewerbsnachteil der österreichischen energieintensiven Betriebe gegenüber anderen EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich, Schweden oder Norwegen abzufedern. „Diese Entlastung wird aber mit dem Gesetzesbeschluß nicht wirksam. Hier sehen wir einen dringenden Nachbesserungsbedarf. Eine abermalige einseitige Aufstockung der Fördermittel, ohne eine gleichzeitig wirksame Entlastung für die energieintensive Industrie, wäre ein fatales Signal für den Standort“, meinte Koren.

Kronberger: Start mit angezogener Handbremse

Der Bundesverband Photovoltaic Austria (PVA) anerkennt, daß Minister Reinhold Mitterlehner konstruktiv an der Novelle zum Ökostromgesetz gearbeitet hat. Die Rücknahme der 30prozentigen Kürzung der Tarife, der auf der Warteliste stehenden Antragsteller und der Ersatz durch ein gestaffeltes System, muß sich in der Praxis beweisen, ist aber ein Fortschritt gegenüber dem ersten Entwurf. Die Erweiterung des Ausbauzieles auf 1,1 Gigawattpeak installierter Photovoltaikleistung in Österreich bis 2020 ist zu langfristig konzipiert und bedarf einer Beschleunigung.

„Es ist ein Start mit angezogener Handbremse, die gelockert werden muß. Die 1,1 GWp müssen bis 2015 erreicht werden, nur dann leisten sie einen echten Beitrag zum Ersatz von Atomstromimporten. Nach 2015 erreicht Photovoltaikstrom die sogenannte Netzparität und wird kurz darauf zum Selbstläufer“, ist Hans Kronberger vom PVA überzeugt. Daher seien die geplanten Investitionen aus den Jahre 2015 bis 2020 vorzuziehen. Damit könne ein Ausbauvolumen erreicht werden, das es ermöglicht, bis spätestens 2017 die PV auf Basis der Netzkosten marktfähig zu machen“, so Kronberger. Nun sei das Parlament am Zuge: Die drei Oppositionsparteien seien gefordert, die Handbremse zu lösen.

Moidl: IG Windkraft positiv zu Ökostromgesetz

Positiv beurteilt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft, die vom Ministerrat beschlossene Regierungsvorlage für ein Ökostromgesetz 2012. Im Zuge der Verhandlungen im Parlament seien wenige, aber entscheidende Details anzupassen.

„Die Windkraft kann einen bedeutenden zusätzlichen Beitrag für eine saubere und sichere Stromversorgung in Österreich leisten. Dafür sind langfristig stabile Rahmenbedingungen erforderlich. Die Regierungsvorlage für ein Ökostromgesetz 2012 ist ein wichtiger Schritt dafür“, so Moidl. Sie wurde im Vergleich zum Begutachtungsentwurf bereits deutlich verbessert. Insbesondere die Zielsetzungen für 2020, die Aufstockung der Mittel sowie die Bereinigung von Hürden in der Abwicklung der Ökostromförderung sind aus Investorensicht entscheidend.

Nun bedürfe es laut Moidl noch der Anpassung weniger, aber entscheidender Details im Parlament, dies vor allem bei der Frage des Abbaus der Warteschleife bei Windkraftprojekten. Von großer Bedeutung seien auch eine erfolgreiche Verhandlung mit der EU-Kommission im Notifizierungsverfahren sowie ein rasches Inkrafttreten der Neuregelung. ■

Die Regierungsvorlage „Bundesgesetz über die Förderung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern (Ökostromgesetz 2012 – ÖSG 2012)“ wurde an den parlamentarischen Ausschuß für Wirtschaft und Industrie zugewiesen, wo sie beraten und dann den Abgeordneten zum Nationalrat zu Debatte und Beschlußfassung weitergeleitet werden wird. Termin steht dafür noch keiner fest.

Kein Ansturm aus dem Osten

Es liegen nun erste Zahlen über die Zuwanderung von Arbeitskräften nach der Arbeitsmarkttöffnung am 1. Mai vor. So nahmen im Mai zusätzlich rund 8700 Arbeitnehmer vor allem aus Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Polen eine Arbeit in Österreich auf.



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

»Vor den zusätzlich prognostizierten Zuwanderern braucht man sich nicht zu fürchten. Diese werden vielmehr den Fachkräftemangel in wichtigen Branchen ausgleichen«, erklärte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner zur Arbeitsmarkttöffnung.

Mit 1. Mai 2011 liefen die Übergangsfristen für die EU-Mitgliedsstaaten Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien und Ungarn aus. Arbeitskräfte aus diesen Staaten haben seither Arbeitnehmerfreizügigkeit und können unter den gleichen Voraussetzungen wie österreichische Staatsbürger jede beliebige Beschäftigung aufnehmen und ausüben. Sie haben Anspruch auf jenes Bruttoentgelt, das den für österreichische Arbeitnehmer bzw. Arbeitnehmerinnen geltenden Kollektivvertrags- und Mindestlohnregelungen entspricht und müssen entsprechend zur Sozialversicherung angemeldet werden.

Die Übergangsfristen waren u.a. Österreich deshalb zugestanden worden, um Zeit für das Schaffen von Schutzmaßnahmen für einen funktionierenden Arbeitsmarkt und gegen Lohn- und Sozialdumping zu schaffen. Ein Verschieben des Auslaufens dieser Fristen über den 30. April 2011 hinaus war EU-

rechtlich nicht möglich, auch wenn die FPÖ dies vehement gefordert und vor einer „Überschwemmung“ des heimischen Arbeitsmarktes gewarnt hatte. FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache etwa meinte, in Osteuropa würde „über eine Million Arbeitslose“ auf die Öffnung des Arbeitsmarktes warten. FPÖ-Sozialsprecher Herbert Kickl reagierte auf Aussagen von Sozialminister Rudolf Hundstorfer in einer ORF-„Pressestunde“: „Es bleibt dabei: Der rote Sozialminister hat keinen Plan und liefert die heimischen Arbeitnehmer dennoch eiskalt der billigen Konkurrenz aus dem Osten aus. Ernsthaft zu behaupten, daß nur 15.000 bis 25.000 Menschen nach dem 1. Mai auf unseren Arbeitsmarkt drängen werden, kann man nicht mehr als fahrlässig bezeichnen, das ist schon vorzüglich falsch“, so Kickl.

Der oberösterreichische BZÖ-Abgeordnete Rainer Widmann sagte, daß „die Österreicher Angst und Unwissenheit vor einer

Arbeitsmarkttöffnung für Personen aus Osteuropa haben, ist nachzuvollziehen und durchaus berechtigt“. Es könne nicht sein, „daß man einer Arbeit nachgeht und schließlich nicht davon leben kann. Die Öffnung des Arbeitsmarktes wird eine Verschärfung dieser Situation bringen, daher muß die Regierung in diesem Bereich rasch gegensteuern“, forderte Widmann. Durch die Öffnung des Arbeitsmarktes würden alleine durch viele neue Tagespendler viele oberösterreichische Regionen betroffen sein, so Widmann.

„Von einem Massenansturm kann keine Rede sein“, sagte Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) am 28. April. „Jetzt geht es vielmehr darum, die Chancen der Öffnung optimal zu nützen. Die Öffnung der Märkte und der verstärkte Handel mit anderen Staaten haben Österreich in den vergangenen Jahrzehnten beträchtliche Wohlstandsgewinne ermöglicht. Eine Abschottung bewirkt das genaue Gegenteil.“

Innenpolitik

Allein die Ostöffnung seit dem Jahr 1989 hat Österreich laut einer Wifo-Studie ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,33 Prozent pro Jahr und zusätzlich 57.000 Arbeitsplätze gebracht. Die Exporte nach Osteuropa haben in Österreich die Produktion stimuliert und insgesamt die Einkommen erhöht. Dadurch ist auch die Inlandsnachfrage um 2,4 Prozent gestiegen. „Österreichs Unternehmen haben die Märkte in Osteuropa schnell erschlossen und so zusätzliche Umsätze und Arbeitsplätze im Inland generiert. Gleichzeitig haben sie damit ihre Firmenzentralen in Österreich abgesichert und ausgebaut“, sagte Mitterlehner.

Wie eine Studie des IHS und der Donau-Universität Krems im Auftrag des Wirtschaftsministeriums zeigt, werden in den Jahren 2011 und 2012 insgesamt zwischen 20.000 und 25.000 Arbeitskräfte aus den acht neuen EU-Mitgliedsstaaten nach Österreich kommen. „Schon jetzt sind 90.000 Arbeitskräfte aus Osteuropa aufgrund von Sondervereinbarungen in Berufen, in denen es in Österreich zu wenige Arbeitskräfte gibt, bei uns beschäftigt. Vor den zusätzlich prognostizierten Zuwanderern braucht man sich also nicht zu fürchten. Diese werden vielmehr den Fachkräftemangel in wichtigen Branchen ausgleichen und so zu mehr Wachstum und Aufschwung beitragen“, so Mitterlehner. Gleichzeitig helfe die Arbeitsmarkt-Öffnung mittel- und langfristig bei der Bewältigung des demographischen Wandels der Gesellschaft, zum Beispiel im Sozial- und Pflegebereich.

Erste Zahlen liegen vor – der Ansturm blieb aus

„Es liegen nun erste Zahlen über die Zuwanderung von Arbeitskräften nach der Arbeitsmarktöffnung am 1. Mai vor“, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) etwas mehr als zwei Wochen nach dem Stichtag. „So nahmen im Mai zusätzlich rund 8700 Arbeitnehmer vor allem aus Ungarn, Tschechien, der Slowakei und Polen eine Arbeit in Österreich auf. Das macht zwei Promille der 3,4 Millionen unselbstständig Beschäftigten in Österreich aus. Von einem Ansturm von Beschäftigten aus diesen Staaten kann man daher keineswegs sprechen.“ Die Gesamtzahl der Beschäftigten aus den neuen EU-Staaten beträgt 84.855.

„Im Vergleich zum 1. Mai haben wir heute um fast 30.000 Arbeitslose weniger zu vermelden. Gleichzeitig steigt die Beschäftigung, sodaß die neuen ArbeitnehmerInnen aus unseren Nachbarländern problemlos auf

dem österreichischen Arbeitsmarkt unterkommen konnten. Viele der ArbeitnehmerInnen aus Polen, Tschechien, der Slowakei oder Ungarn sind als Saisoniers beschäftigt, so daß es hier zu keiner Wettbewerbssituation mit einheimischen Arbeitnehmern gekommen ist“, sagte der Minister.

Aus Ungarn sind rund 3000 ArbeitnehmerInnen gekommen, aus Polen 2500, 1500 aus der Slowakei, 650 aus Slowenien und 800 aus Tschechien.

Im Mai sei „ein gewisser Rückstau“ an Anstellungen „abgearbeitet“ worden, so Hundstorfer. Viele Arbeitgeber – wie in landwirtschaftlichen Betrieben – haben auf die Arbeitsmarktöffnung gewartet, um problemlos Arbeitskräfte aus dem Osten anstellen zu können. Es sei daher zu erwarten, daß sich nun mit jedem Monat die Zahl der neuen Arbeitskräfte aus den östlichen Nachbarstaaten verflachte. „Wir gehen daher weiter davon aus, daß die Umfragen und die Studien, die wir vor der Arbeitsmarktöffnung durchführen ließen und die eine Zuwanderung im Ausmaß von 20.000 bis 25.000 Arbeitnehmern prognostizieren, auf das ganze Jahr umgelegt zutreffen werden“, schloß Hundstorfer.

Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl erklärte, einen Monat nach der Arbeitsmarktöffnung habe sich deutlich gezeigt, daß der von einigen Skeptikern heraufbeschworene Massenansturm von Ost-Arbeitskräften nicht stattgefunden habe: „Die Panikmache ging völlig ins Leere, wie die jüngsten Daten zeigen, der Andrang ist bisher gering. Qualifiziertes Fachpersonal aus dem Ausland, das die österreichische Wirtschaft immer dringender braucht, steht keineswegs Schlangel bei uns. Das bedeutet, daß der Fachkräftemangel anhält und sich noch zu verschärfen droht.“

ÖGB-Präsident Erich Foglar sagte, seit Beginn sei die Diskussion über den Beitritt der acht Länder, für deren BürgerInnen am 1. Mai 2011 der österreichische Arbeitsmarkt geöffnet worden sei, geprägt von Sorgen, Ängsten und Befürchtungen gewesen. „Der Arbeitsmarkt ist einer der sensibelsten Märkte, die es gibt, und wenn man Akzeptanz schaffen will, muß man die Menschen mitnehmen, sich ihrer Sorgen annehmen und für die wahren Probleme Lösungen erarbeiten.“ Österreich habe die Vorbereitungszeit sehr gut genutzt: „Jetzt haben wir den 1. Mai hinter uns, der Ansturm ist wie erwartet ausgeblieben“, und es gebe das Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping, das notwendig sei sowohl für die ArbeitnehmerInnen, aber auch

für die Unternehmen zum Schutz vor unfäirrem Wettbewerb. Nun sei es notwendig, dessen Einhaltung zu kontrollieren. Foglar: „Wenn man nicht schaut, daß ein Vertrag eingehalten wird, dann ist er das Papier nicht wert, auf dem er steht. Und das gleiche gilt für ein Gesetz.“

AK-Präsident Herbert Tumpel sagte, die Erfahrungen aus den Jahren um den Zusammenbruch der kommunistischen Regime in den Nachbarländern, als 150.000 Arbeitskräfte nach Österreich gekommen seien, hätte die ArbeitnehmerInnenvertretung bewogen zu sagen: „Ja zur Erweiterung der EU, aber wir müssen höllisch darauf aufpassen, daß der Arbeitsmarkt nicht aus dem Gleichgewicht gerät. Dabei waren wir erfolgreich. Österreich war eines der wenigen Länder, die das erkannt haben und Maßnahmen umgesetzt haben.“ Ein Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping gebe es nur hier, sowie einen flächendeckenden Mindestlohn in den Kollektivverträgen. „Jetzt gilt es, das wirklich in der Praxis umzusetzen, denn ein Gesetz hält sich nicht von selbst ein“, schloß Tumpel.

Aus Sicht der Industrie war die Arbeitsmarktöffnung aufgrund von Fachkräftemangel und demographischer Entwicklung ein längst fälliger Schritt. Laut einer Synthesis-Prognose werden aufgrund der günstigen konjunkturellen Aussichten und der guten Auftragslage bis 2015 insgesamt 185.000 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Das Arbeitskräfteangebot liegt um rund 38.000 Personen darunter.

Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, müsse Österreich für mobile, weltweit umworbene Talente interessant sein. Die Industrie forderte seit langem ein kriteriengeleitetes Zuwanderungsmodell für Österreich und begrüßt daher auch die Einführung der „Rot-Weiß-Rot-Karte“, mit der gut ausgebildete Migranten aus Drittstaaten ab 1. Juli 2011 bzw. qualifizierte Fachkräfte in Mangelberufen ab 1. Mai 2012 nach Österreich zuwandern können.

Für den Erfolg des neuen Zuwanderungsmodells sind allerdings über die Gesetze hinaus Rahmenbedingungen entscheidend. Es braucht dringend eine Migrationsplattform für Zuwanderung, die es interessierten Zuwandernden durch Klarheit, Transparenz und Information ermöglicht, sich für Österreich zu entscheiden. Im Bereich der Integration, der Bewußtseinsbildung und bei Anerkennung von Abschlüssen ist noch viel zu tun. ■

<http://www.arbeitsmarktoeffnung.at>

Gemeinden bekennen sich zu Nullfdefizit

Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer bekräftigte am Abschlußtag des 58. Gemeindetages seine Forderungen nach einer finanziellen Entlastung der Gemeinden, der vollständigen Übernahme der Kinderbetreuung durch die Gemeinden...



Foto: kommunalnet / Gemeindebund

Bummvoll ist das Veranstaltungszentrum in Kitzbühel bei der Fachtagung mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Ein klares Bekenntnis zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gab Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer am 10. Juni beim Gemeindetag in Kitzbühel ab. „Wir sind die einzige Gebietskörperschaft, die sich zu einem Nulldefizit in den nächsten Jahren verpflichtet hat“, erinnerte Mödlhammer in seiner Ansprache. „Das wird eine gewaltige Kraftanstrengung, aber wir sind zuversichtlich, daß wir das Nulldefizit länderweise schaffen werden“, so Mödlhammer.

Ärger über Milchmädchenrechnung einiger Verwaltungswissenschaftler

Ärgerlich zeigte sich Mödlhammer über viele öffentliche Wortmeldungen der letzten Wochen. „Wenn ich höre, wie immer wieder so genannte Experten und Wissenschaftler behaupten, daß man in den Gemeindeverwal-

tungen so viel einsparen könnte, dann ärgere ich mich über die Unkenntnis und die Mißachtung der Faktenlage.“

In den heimischen Gemeinden sind derzeit rund 75.000 MitarbeiterInnen beschäftigt. Davon arbeiten freilich nur rund 20 Prozent in der Verwaltung. „Der Großteil unserer MitarbeiterInnen sind in der Dienstleistung tätig, in den Kindergärten, Pflegeheimen, Straßendiensten, usw.“, so Mödlhammer. „Die gesamte Verwaltung aller österreichischen Gemeinden kostet pro Jahr zwischen 450 und 600 Mio. Euro. Wenn ich da eine Milliarde einsparen will, dann müßten wir unsere Verwaltung gleich zweifach einsparen“, so Mödlhammer. „Wir sollten uns vor den falschen Propheten hüten, die landauf und landab erzählen, wie viele Milliarden man in den Gemeindeverwaltungen sparen könnte.“

Pflegefinanzierung »wichtiger Etappensieg«

Positiv äußerte sich Mödlhammer über die jüngst erzielte Einigung bei der Pflegefinanzierung. „Wir haben hier einen wichtigen Etappensieg erreicht, bis 2014 sind zumindest die Steigerungen bei den Pflegekosten abgefangen. Wir brauchen in diesem Bereich aber dringend eine langfristige Lösung, die uns Finanzierungssicherheit über 2014 hinaus bietet.“ Die Finanzierung der Pflege werde die Gemeinden noch viele Jahre beschäftigen.

Insgesamt, so Mödlhammer, gehe es derzeit mit den Gemeindeeinnahmen wieder leicht aufwärts. Die gute Konjunktur und die vielen Sparmaßnahmen hätten gute Ergebnisse gebracht. „Wir haben freilich einen gewaltigen Rückstau an Investitionen zu bewältigen. In den letzten beiden Jahren muß-

Innenpolitik

Foto: kommunalnet / Gemeindebund



Vor der Haupttagung: Bundeskanzler Werner Faymann, Gemeindebundpräsident Bgm. Helmut Mödlhammer und Tirols Landeshauptmann Günther Platter (v.l.)

ten viele Projekte zurückgestellt werden, weil die Einnahmen so eingebrochen sind. Immer noch sind aber die Gemeinden die größten öffentlichen Investoren Österreichs und tragen auch große Verantwortung für die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt.“

Ländlicher Raum in akuter Gefahr

Mit großer Besorgnis konstatierte der Gemeindebund-Präsident die Gefährdung der ländlichen Räume. „Zwei Drittel der österreichischen Gemeinden sind von Abwanderung betroffen, dazu kommt noch die Überalterung.“ Nur, wer Investitionen in die Infrastruktur vornehme, habe eine Chance, diesen Trend umzukehren. „Wo die Infrastruktur nicht mehr paßt, gehen die Betriebe und kurze Zeit später auch die Menschen weg. Ich will keine Entwicklung wie in der Schweiz oder Frankreich, wo man ganze Talschaften einfach aufgegeben hat.“

Mödlhammer forderte daher zum wiederholten Mal die Erarbeitung und Umsetzung eines Masterplans für den ländlichen Raum ein. „Wir müssen definieren, welche infrastrukturellen Einrichtungen in welchen Gebieten nötig sind, um zumindest annähernd eine Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen zu schaffen bzw. zu erhalten.“

Aufgabenreform vor Verwaltungsreform

Klare Worte fand Mödlhammer zur immer wieder diskutierten Verwaltungsreform. „Ich habe dieses Gerede satt. Wir brauchen eine Aufgabenreform, die klar regelt, wer

wofür zuständig ist und dafür auch das Geld bekommen soll. Erst dann können wir sinnvollerweise über eine Verwaltungsreform reden. Die Kinderbetreuung etwa können die Gemeinden locker in alleiniger Zuständigkeit übernehmen, da brauchen wir keine vier Ministerien und neun Bundesländer, die da mitreden. Dafür wäre der Spitalsbereich in anderen Händen besser aufgehoben.“

In der Diskussion rund um die Gemein-

dezusammenlegungen stellte Mödlhammer klar: „Ich habe überhaupt nichts gegen freiwillige Zusammenlegungen, ich wehre mich aber gegen von oben verordnete Fusionen. Man muß sich sehr gut überlegen, was man damit auch zerstören kann und ob das gewünschte Ergebnis dafür steht. Die potentiellen Einsparungen in der Verwaltung sind marginal, das zeigen uns die Beispiele aus der Schweiz. Darüber hinaus riskiert man damit einen völligen Zusammenbruch des freiwilligen Engagements.“ Die Berechnungen aus den Rechnungsabschlüssen der Gemeinden zeigen überdies: Die höchsten Verwaltungs- und Personalkosten haben Gemeinden zwischen 20.000 und 50.000 Einwohnern. „Größer heißt nicht immer billiger“, so Mödlhammer.

Positives Schlußresümee

Abschließend resümierte Mödlhammer: „Wir können uns bei diesem Gemeindetag über einige erreichte Erfolge freuen. Wir haben andererseits auch noch gewaltige Herausforderungen vor uns liegen. Wenn es aber jemanden gibt, der diese Aufgaben bewältigen kann, dann sind es wir Kommunalpolitiker in den Gemeinden. Wir genießen das mit Abstand höchste Vertrauen in der Bevölkerung. Dieser Verantwortung sind wir uns bewußt und werden dem entsprechend arbeiten und handeln.“ ■

<http://www.gemeindebund.at>

Foto: kommunalnet / Gemeindebund



Bürgermeister soweit das Auge reicht: Österreichs Gemeinden sind unregiert, alle Ortschefs sind am Kitzbüheler Hauptplatz.

Oberösterreich zieht Bilanz

Mit Ende Juni 2011 schließt Landeshauptmann Josef Pühringer seine halbjährige Vorsitzperiode der Landeshauptleutekonferenz ab.



Foto: Land OÖ/Kraml

Gruppenfoto (v.l.): LH Günther Platter (Tir), LH Bgm. Michael Häupl (Wien), LH Erwin Pröll (NÖ), LH Josef Pühringer (OÖ), LH Gabi Burgstaller (Sbg), LH Gerhard Dörfler (Ktn), LH Herbert Sausgruber (Vbg) und LH Franz Voves (St,k)

Folgende Themen wurden umgesetzt beziehungsweise in die Wege geleitet:

Um die **Pflege** älterer Mitmenschen zu sichern, haben sich Bund und Länder auf der Finanzreferentenkonferenz im März 2011 auf die Installierung eines Pflegefonds geeinigt. Nach FAG-Schlüssel beteiligen sich der Bund zu 2/3, Länder und Gemeinden zu 1/3. Bund, Länder und Gemeinden finanzieren damit die notwendigen Verbesserungen der stationären Pflege und Betreuung daheim. Die Gesamthöhe für 2011-2014 beträgt 685 Millionen Euro, und zwar für das Jahr 2011 100, für das Jahr 2012 150, für das Jahr 2013 200 und für das Jahr 2014 235 Millionen Euro.

Verbunden ist damit auch ein weiterer Schritt zur Verwaltungsvereinfachung. In Zukunft werden die Pflegegeld-Anträge nicht mehr von 303 verschiedenen Stellen abgewickelt, sondern zentral. Die Verfahrensdauer soll zudem deutlich verkürzt werden. „Es geht um Menschen in sehr ernstesten Situationen, und deshalb ist Sicherheit und schnelle Abwicklung besonders wichtig“, so LH Josef Pühringer.

Auf der Landeshauptleutekonferenz am 19. Mai 2011 in Bad Hall wurden dann noch die Details fixiert: Die Mittel werden an die Ländern und Gemeinden für das Jahr 2011 im November ausbezahlt, ab 2012 in zwei Tranchen jeweils im Frühjahr und im Herbst. Auch die Einbeziehung der 24-Stunden-Betreuung konnte grundsätzlich geklärt werden. Ab 2015 soll im Finanzausgleich die gesamte Pflege - insgesamt der 24-Stunden-Betreuung - eingeschlossen werden.

Der Stabilitätspakt als »Schuldenbremse«

Der ebenfalls auf der Finanzreferentenkonferenz ausverhandelte Stabilitätspakt zwischen Bund, Länder und Gemeinden legt zum einen den neuen Defizitpfad fest, zum anderen verpflichtet er die Gebietskörperschaften zu mehr Transparenz bei den Finanzen. Konkret sieht der Plan vor, daß die Länder heuer ein maximales Defizit von 0,75 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aufweisen. 2012 dürfen es 0,6, 2013 und 2014 jeweils 0,5 Prozent sein. So will man im Jahr auf ein gesamtstaatliches Defizit von

2,9 Prozent kommen und somit die EU-Vorgaben erfüllen.

Auf der Landeshauptleutekonferenz in Bad Hall fand die offizielle Unterzeichnung des Stabilitätspaktes durch den Vorsitzenden LH Josef Pühringer, Finanzministerin Maria Fekter, Sozialminister Rudolf Hundstorfer sowie Städtebundspräsident Bürgermeister Dr. Michael Häupl und Gemeindepräsident Helmut Mödlhammer statt.

Föderalismus: Mehr Spielraum in der Gesetzgebung

Bei der Landeshauptleute-Konferenz in Bad Hall wurde von den Bundesländern eine gemeinsame Föderalismus-Erklärung, das „Programm der österreichischen Bundesländer zur Weiterentwicklung des föderalen Bundesstaates“, beschlossen. Die Vorschläge beinhalten unter anderem mehr Spielraum in der Gesetzgebung, eine „Entrümpelung“ der Verfassung und den Entfall des Einspruchsverfahrens der Gesetzesbeschlüsse des Landtages nach Art. 98 B-VG.

Die Länder sind weder Reformverweigerer noch -blockierer. Wir sind gegen Kan-

Innenpolitik

tönligkeit und Kleinstaaterei. Auch die Länder haben hohes Interesse an einer Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. Die Länder sind eigenständige Mitglieder des Bundesstaates. Sie sind keine nachgeordneten Organe des Bundes. Unser Ziel muß es sein, die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Bund und Ländern zu stärken, die politischen Verantwortlichkeiten deutlicher zuzuordnen sowie eine zweckmäßige und effiziente Aufgabenerfüllung aller Gebietskörperschaften sicher zu stellen.

Föderalismus heißt Bürgernähe. Die Lösung anstehender Probleme in der Nähe des Bürgers ist oft die beste Problemlösung. Das Subsidiaritätsprinzip muß daher Richtschnur allen staatlichen Handelns sein. Bürgernähe und Subsidiarität ermöglichen eine bessere Beteiligung der Bürger an der Verwaltung und auch an der Gesetzgebung. Zudem schafft Föderalismus Wettbewerb und Innovation. Dieser Innovationswettbewerb ist effizienzfördernd in doppeltem Sinne: Zum einen treibt er die Länder vorwärts, sich tatsächlich anzustrengen, um neue und bessere Lösungen für Herausforderungen zu suchen und hierbei in den Wettbewerb mit anderen zu treten. Im Zuge des OÖ LH-Vorsitzes wurde auch das Jubiläum „60 Jahre Verbindungsstelle der Länder“ gefeiert, bei der auch eine Festschrift herausgegeben wurde. Diese zeichnet nicht nur die Entwicklung der Länder seit der Gründung der Zweiten Republik auf, sie ist auch eine mehr als 800 Seiten starke Dokumentation des Willens der neun österreichischen Bundesländer, bei der gesamtstaatlichen Entwicklung des föderalen Bundesstaates mitzuwirken.

1. Gemeinsames Länderpositionspapier zur österr. Gesundheitsreform

Erstmals haben sich die Länder auf ein einheitliches Länderpositionspapier zur Gesundheitsreform verständigt. In der Gesundheitsreferent/innen-Konferenz im März 2011 in Bad Schallerbach wurde ein gemeinsames Verhandlungspapier verabschiedet, mit dem die Ländervertreter in die Reformkommission entsandt wurden. Als Vertreter wurden die beiden Gesundheitsreferenten, Oberösterreichs LH Josef Pühringer, und die Wiener Gesundheits-Stadträtin Sonja Wehsely, nominiert. Seitens der Länder wurde auf der GesundheitsreferentInnen-Konferenz betont, daß ein föderal organisiertes Gesundheitswesen kein Hemmschuh für sinnvolle Reformen, sondern eine kostengünstige, qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versor-



Landeshauptmann Josef Pühringer (l.) und Landesamtsdirektor Eduard Pesendorfer ziehen Bilanz über den oberösterreichischen Vorsitz der LH-Konferenz

gung möglich ist. Reformen im Spitalsbereich in den Ländern Oberösterreich, Steiermark und Wien haben gezeigt, daß die Länder zu großen Reformen bereit sind.

Einig sind sich Gesundheitsminister Alois Stöger und die Gesundheitsreferenten der Länder, daß die Bundeskompetenzen zur Steuerung des Gesundheitssystems ausgebaut werden müssen. Pühringer fordert die Finanzierung von Spitälern, Ambulanzen und niedergelassenen Ärzten aus einem von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen gespeisten Topf. Allerdings sollte es einen Topf in jedem Bundesland geben. „Bei dieser Reform geht es vor allem darum, die PatientInnen dort zu behandeln, wo es für sie am besten und am sinnvollsten ist. Wir müssen den ‚Verschiebehahnhof‘ für die Kosten zwischen Spitälern, Ambulanzen und niedergelassenen Ärzten auflösen“, so Pühringer.

Militärkommanden müssen in den Ländern bleiben

Verteidigungsminister Norbert Darabos war der Einladung Pühringers gefolgt, um mit den Landeshauptleuten über die aktuelle Wehrpflicht-Debatte zu sprechen.

Die Länder betonten ihre Forderung nach Erhaltung des Bundesheeres in einer Stärke, die die Erfüllung von Katastropheneinsätzen weiterhin ermöglicht, eine Ersatzlösung für den Zivildienst – sollte dieser entfallen – die nicht von den Ländern und Gemeinden getragen werden müssen sowie die Erhaltung der Militärkommanden in den Ländern.

Pühringer verwies darauf, daß alleine in Oberösterreich die Kosten für einen mög-

lichen Ersatz der Zivildienertätigkeiten 17 Millionen Euro im Jahr ausmachen würden. „Das Bundesheer ist notwendig für Extremsituationen, Spezialaufträge wie Gebirgseinsätze, etc. Dies ist für die Länder von allergrößter Bedeutung.“

Minister Darabos gab den Länderchefs die Zusicherung, daß – unabhängig welches Wehrpflicht-Modell zum Tragen kommt – es künftig 12.500 Einsatzbereite für den Katastrophenschutz geben wird. Zusätzliche 1000 SoldatInnen sollen für den Auslandseinsatz tätig sein.

Beschlossen wurde von den Landeshauptleuten auch eine Unterstützung des Anliegens eines Freiwilligen Sozialen Jahres.

15a-Vereinbarung: Ausbau der Ganztagschule

Um den steigenden Bedarf an Betreuungspätzen abzudecken, erhalten die Länder Bundesmittel in Höhe von rund 200 Millionen Euro, die sie für die Anschaffung bzw. Erneuerung der dafür nötigen Infrastruktur sowie für den Einsatz des Betreuungspersonals für den Freizeitteil der schulischen Tagesbetreuung bis 16:00 Uhr verwenden können.

Bis 2015 soll an der Hälfte der Schulen Nachmittagsbetreuung angeboten werden. Die Zahl der Plätze soll von derzeit 105.000 auf 210.000 inkl. Hortbetreuung ausgebaut werden.

15a-Vereinbarung: Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen

2009 wurde zwischen Bund und Ländern die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über

Innenpolitik



Foto: Land OÖ

LH Pühringer unterschreibt Stabilitätspakt. Re.: BM f. Finanzen Maria Fekter und Bgm. Michael Häupl in seiner Funktion als Städtebundpräsident. Ganz li: Helmut Mödlhammer, Gemeindebundpräs. u. Sozialminister Rudolf Hundstorfer

die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen abgeschlossen. Als Beitrag zu den daraus entstandenen Mehrkosten hat der Bund den Ländern in den Kindergartenjahren 2009/10 und 2010/11 je 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

Mit der Verlängerung dieser Vereinbarung wurde vom Bund die weitere Kostenbeteiligung in den kommenden zwei Kindergartenjahren in der Höhe von jeweils 70 Millionen Euro zugesagt.

LH Pühringer ist über den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze für Unter-Drei-Jährige erfreut, schließlich handelt es sich um die erste Bildungseinrichtung für Kinder. Für die Jahre 2012 bis 2014 stehen wieder jeweils 15 Millionen Euro Anschubfinanzierung zur Verfügung.

15a-Vereinbarung in der Erwachsenenbildung

Im Bereich Erwachsenenbildung sprach sich die Landeshauptleutekonferenz dafür aus, daß die 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Förderung grundlegender Bildungsabschlüsse für Erwachsene inklusive Grundbildung/Basiskompetenzen („Förderinitiative Erwachsenenbildung“) mit 1. Jänner 2012 in Kraft treten soll.

Auch dem Abschluß einer 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über die Anerkennung des Qualitätsrahmens für die Erwachsenenbildung „Ö-Cert“ stimmte die LH-Konferenz grundsätzlich zu. Näheres soll von einer Arbeitsgruppe geklärt werden.

Initiative des Bundesrates

Einstimmig wurde auch eine Gesetzesinitiative des Bundesrates angenommen, die eine bessere Gemeinde- und Bezirkskooperationen ermöglichen soll.

Auslandsaktivitäten und Veranstaltungen

Auch die Auslandsaktivitäten von LH Pühringer waren im ersten Halbjahr 2011 durch den Vorsitz in der Landeshauptleute-Konferenz und das Schwerpunktthema „Föderalismus“ geprägt.

Im Februar 2011 reiste Pühringer als Vorsitzender der LH-Konferenz mit Bundesratspräsident Gottfried Kneifel nach Düsseldorf und Berlin und traf unter anderem mit BR-Präsidentin und Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Bundestagspräsident Norbert Lammert zusammen.

„Dieser Besuch sollte ein Signal dafür sein, daß sich nicht nur Nationalstaaten, sondern auch Länder und Regionen stärker als bisher vernetzen und austauschen müssten. Das gilt vor allem für wirtschaftlich starke Regionen, die ähnlich gelagerte Interessen haben. Nur gemeinsam können sie in Brüssel stark auftreten und ihre Anliegen durchbringen. Dieser Besuch ist aber auch ein starkes Zeichen dafür, daß die traditionell engen Beziehungen der Nachbarn Deutschland und Österreich nur dann wirklich eng sind, wenn auch sie föderal aufgebaut sind“, erklärten Bundesratspräsident Gottfried Kneifel und LH Josef Pühringer nach Arbeitsgesprächen mit der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidentin Hannelore Kraft sowie Landtagspräsident Eckhard Uhlenberg.

Im April und Mai 2011 standen Reisen nach München, Berlin und Hamburg auf dem Programm, verbunden mit Wirtschaftsdelegationen und Terminen bei Bundespräsident Christian Wulff, Bundesminister Ronald Pofalla und dem Ersten Bürgermeister Hamburgs Olaf Scholz.

Erst kürzlich war Pühringer in seiner Funktion als Vorsitzender der LH-Konferenz bei einem Arbeitsgespräch mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso in Brüssel.

Dort brachte Pühringer seine Bedenken zur CO₂-Problematik in Europa vor. „Wir stehen selbstverständlich zu den Klimaschutzziele, es darf aber in diesem Zusammenhang keine Vertreibung der energieintensiven Betriebe aus Europa geben. Auch Vorleistungen von Betrieben – in OÖ sind wir hier Vorreiter – müssen angerechnet werden“, so der Landeshauptmann. Barroso angestrebtes Ziel sei eine weltweit rechtliche verbindliche Regelung.

Pühringer forderte zudem vom Kommissionspräsidenten einen künftigen Anti-Atomkurs der EU einzuschlagen. Die völlig veränderte Haltung Deutschlands zu Atomkraftwerken sowie die ganz klare Haltung der Italiener gegen Atomenergie zeigt ein europaweites Umdenken. Barroso bekräftigte, daß die bevorstehenden Streßtests mit aller Strenge durchgeführt würden und es durchaus zu Schließungen von Werken kommen würde. Weitere Themen waren die Regionalförderungen nach 2014 sowie die EU-Verkehrsprojekte TEN-T. Pühringer machte auf die europäische Wichtigkeit der Pyhrn-Schober-Achse aufmerksam und verlieh dieser Verkehrsverbindung somit noch einmal Nachdruck.

Weitere Höhepunkte im Zuge des LH-Vorsitzes waren die Dreierkonferenz der Vorsitzenden der Länder- und Kantonsversammlungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz im März 2011 im Linzer Landhaus.

8. Juli 2011: Offizielle »Hofübergabe« an Salzburg

Mit 1. Juli 2011 endet der OÖ LH-Vorsitz unter LH Pühringer. Offiziell wird die „Stafel“ am 8. Juli 2011 an der oberösterreichisch-salzburgischen Grenze bei Trimmelkam/St. Pantaleon an Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller übergeben. ■

Donauraum

10 Jahre nach der feierlichen Gründung der Donauraumkooperation in Wien wurde aus dieser österreichisch-rumänischen Idee ein europäisches Kernprojekt.

Am 27. Mai 2002 erfolgte im Rahmen einer Konferenz im Wiener Rathaus die feierliche Annahme des Gründungsdokuments („Deklaration“) für die Einrichtung einer Donauraumkooperation („Danube Cooperation Process“). Neben der damaligen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, EU-Kommissar Chris Patten und dem Spezialkoordinator für den Stabilitätspakt, Erhard Busek, hatten die Außenminister oder Staatssekretäre der 13 Donaurainerstaaten das Gründungsdokument unterzeichnet.

Nach den Worten Ferrero-Waldners würden die „13 heute hier anwesenden Staaten Deutschland, Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Moldau und Bosnien-Herzegowina gemeinsam mit EU-Kommissar Patten und Stabilitätskoordinator Busek ein Stück Geschichte schreiben. Mit der feierlichen Gründung der Donauraumkooperation werden wir dazu beitragen, politische und wirtschaftliche Bruchstellen zu überwinden und die Gemeinsamkeit, die Zusammenarbeit, die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund zu stellen.“

Nachdem die Anrainerstaaten der Donau „viel zu lange“ durch den Eisernen Vorhang getrennt waren und darüber hinaus die kriegserischen Auseinandersetzungen auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien die „politische, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung in Südosteuropa empfindlich gestört haben“, bestünde nun in den Augen der Ferrero-Waldners die „historische Chance“, mit der gemeinsamen Deklaration eine Art neue „Verfassung“ für die künftige Zusammenarbeit zu verabschieden.

Dabei würde jedoch keine neue Institution mit neuen Strukturen und Kosten ins Leben gerufen werden. In flexibler Zusammenarbeit im Rahmen mehrerer Konferenzen werde es darum gehen, gemeinsam wichtige Anliegen zu bearbeiten, Ziele zu definieren und Programme zu entwickeln. Besonderes Augenmerk solle der wirtschaftlichen Dynamisierung des Raumes, der Belebung des Tourismus, Verkehrs- und Schifffahrtsfragen, Umweltproblemen und der verstärkten kulturellen Zusammenarbeit geschenkt werden.



Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Außenminister Michael Spindelegger (M) und EU-Währungskommissar Olli Rehn beim Press-Point vor Beginn der Sitzungen der EU-Außenminister in Luxemburg

Die Beteiligung der Europäischen Kommission und des Stabilitätspakts dokumentiere dabei klar das „europäische Format“ der Initiative. „Wenn wir gerade im Rahmen der EU immer von Subsidiarität und Regionalisierung sprechen“, so Ferrero-Waldner, „dann ist unsere heutige Veranstaltung ein gelebtes Beispiel für diese Schlagworte“. Getragen sei die Kooperation der 13 Donaurainerstaaten weiters von „jenem Gedanken, der auch am Beginn der Gründung der Europäischen Union stand: Durch Zusammenarbeit und wirtschaftliche Kooperation Staaten und Völker zusammenzuführen und so eine gemeinsame friedliche Zukunft zu sichern“. Als persönliche Freude wertete es dabei die Außenministerin, daß „die Donau als großer europäischer, geschichtsträchtiger und identitätsstiftender Strom somit wieder ein gemeinsames Bindeglied darstellt“.

Neuneinhalb Jahre und unzählige Treffen auf unterschiedlichsten Ebenen in allen Anrainerstaaten später hat dann die Europäische Kommission Anfang Dezember 2010 die „Europäische Strategie für den Donauraum“ vorgestellt, die den Rahmen für eine neue Makroregion in Europa definiert. Die Vorteile einer besseren Vernetzung und die hervorragenden Ergebnisse von bisherigen Gemeinschaftsprojekten bieten Anlaß, um auf gute Perspektiven für die Zukunft des Donauraums zu hoffen.

Mehr Wohlstand durch mehr Verbindung und Zusammenarbeit

Das weitere Einzugsgebiet der Donau umfaßt eine Region von ca. 800.000 km², in der rund 120 Millionen Menschen leben. Es erstreckt sich über 14 Staaten, von denen acht EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Österreich, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Bulgarien und Rumänien) und sechs nicht oder noch nicht EU-Mitgliedsstaaten sind (Kroatien, Serbien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina, Ukraine und Moldau).

Österreich hat sich schon vor der EU-Erweiterung 2004/7 um eine stärkere Kooperation zwischen den Ländern dieser Region – von denen einige nach wie vor starken Aufholbedarf haben – bemüht und 2002 gemeinsam mit Rumänien, wie bereits erwähnt, den Donaukooperations-Prozeß initiiert.

Es erwies sich aber, daß ohne eine „Europäisierung“ diese Bemühungen nicht recht von der Stelle kamen. Und so waren es wieder Österreich und Rumänien, die die Initiative für die Schaffung einer EU-Strategie für den Donauraum ergriffen.

Der Startschuß dazu fiel beim Europäischen Rat im Juni 2009: die Europäische Kommission wurde von den Staats- und Regierungschefs beauftragt, bis Ende 2010 eine solche Strategie – die zweite Makroregionale Strategie nach der Ostsee-Strategie – zu erarbeiten.

Österreich, Europa und die Welt

Nach einem intensiven Austausch mit und auf Basis von Beiträgen und Vorschlägen von den Staaten, Gebietskörperschaften und anderen, auch nicht-staatlichen stakeholdern der Region hat die Europäische Kommission ein Strategiepapier sowie auch einen konkreten Aktionsplan, das eigentliche Arbeitspapier, erstellt.

Der Aktionsplan besteht aus vier großen Säulen

- Vernetzung des Donauraumes (Transport-Infrastruktur, Energie sowie Kultur, Tourismus),
- Umweltschutz im Donauraum (Wasserqualität, Umweltrisiken sowie Biodiversität),
- Schaffung von Wohlstand im Donauraum (Wissensgesellschaft durch Forschung, Bildung und Informationstechnologien, Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen sowie Investitionen in Menschen und Qualifikationen) und
- Stärkung des Donauraumes (Institutionelle Kapazität und Kooperation sowie Sicherheit gegen Organisierte Kriminalität).

Die vier Säulen sind in elf Prioritätsbereiche unterteilt, für die Institutionen aus den Teilnehmerstaaten die Koordinationsfunktion übernehmen werden.

Vor kurzem wurde Österreich von der Europäischen Kommission mit der Übernahme von Koordinierungsverantwortung / Projektführerschaft in drei Prioritätsbereichen, nämlich „Verbesserung der Mobilität und Multimodalität in den Binnenwasserstraßen“, „Investitionen in Menschen und Qualifikationen“ und „Verbesserung der institutionellen Kapazität und Zusammenarbeit“ In Zusammenarbeit mit je einem weiteren Land des Donauraumes betraut.

Österreichische Institutionen haben die Koordinationsaufgabe in drei Bereichen der Strategie übernommen: „Investitionen in Menschen und Qualifikationen“, „Verbesserung der institutionellen Kapazität und Zusammenarbeit“ sowie Binnenwasserstraßen. Die Vereinbarkeit von besserem Schutz und besserer Nutzung der Donau als Verkehrsweg unter Beweis zu stellen und sich hier auch speziell mit österreichischem Know-how einzubringen, ist eines der Kernanliegen Österreichs.

Donauraumstrategie für die Menschen

Im Rahmen der jährlichen Sitzung der ARGE Donauländer, die seit nunmehr 20 Jahren die Zusammenarbeit im Donauraum

betreibt, beschäftigte man sich am 4. Mai im Wappensaal des Wiener Rathauses mit der „Donauraumstrategie“ der Europäischen Kommission. Die Konferenz wird von der ARGE Donauländer in Kooperation mit der Versammlung der Regionen Europas und dem Ausschuß der Regionen initiiert.

Wiens Landeshauptmann, Bürgermeister Michael Häupl, der in den Jahren 2010/11 den Vorsitz führt, stellte bei der Eröffnung fest: „Die Stadt Wien und die Bundesländer haben sich zusammen mit dem Bund und den Städte- und Regionalnetzwerken mit der ARGE bei der Erarbeitung des ‚Aktionsplans‘ für die Donauraumstrategie sehr stark eingebracht. Dabei ist es gelungen, die Rolle der Städte, Gemeinden und Regionen bei der Umsetzung der Strategie zu verankern. Dies wird dadurch untermauert, daß drei Regionen, nämlich Baden Württemberg, Bayern und Wien – auch als Stadt – eine Koordinationsrolle bei der Umsetzung jeweils eines der elf Schwerpunktbereiche übertragen bekommen.“

Der Bürgermeister betonte weiters, daß es Aufgabe sei, die Lebensqualität der Menschen in den Städten und Regionen zu heben – nur dann komme dieses große europäische Projekt bei ihnen auch an. Für Häupl ist der Schwerpunktbereich „Governance und Kooperation“ einer der Schlüsselbereiche, da er den Austausch von Know How in der Zusammenarbeit aller Ebenen der Verwaltung, in der Lösung öffentlicher Verwaltungsprobleme, der Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft, der Stärkung städtischer und regionaler Netzwerke durch Wissenstransfer in modernen Technologien und Strategien und die Intensivierung der Metropolenkooperation beinhalte. Diesen Schwerpunktbereich koordinieren Wien und Slowenien gemeinsam. Die ARGE Donauländer könne sich bei der weiteren Entwicklung der Donauraumstrategie als regionale Organisation einbringen wie auch konkrete Projekte, Ideen und Vorstellungen initiieren. „Vor allem für die Regionen, die noch nicht Mitglied der EU sind, kann die ARGE Serviceleistungen anbieten“ so Häupl weiter.

In den anschließenden Panels nahmen vor allem die politischen VertreterInnen Bezug auf die Notwendigkeit, den 115 Millionen EinwohnerInnen des Donauraums die Vorteile und den Nutzen der Donauraumstrategie näher zu bringen. Ivo Nesroudal, stellvertretender Landeshauptmann von Bratislava sprach davon, daß der „Eiserne Vorhang in den Köpfen abzubauen“ sei. Barbara Schwarz, niederösterreichische Landesrätin,

wies die Möglichkeit, Know How weiter zu geben, etwa beim Hochwasserschutz: „Wir müssen den Menschen klar machen, daß internationale Zusammenarbeit dabei Vorteile bringt, ebenso wie bei der Arbeitsmarkteröffnung. Damit können wir auch der Angstmacherei begegnen.“

Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig nannte als besonders wichtige Aufgabe, leistbaren Wohnraum zu schaffen, wofür Wien mit jahrzehntelanger Erfahrung Beispiel sein könne. In Zukunft gehe es vor allem auch um Energiesparen, Klimaschutz oder thermische Sanierung. Ludwig verwies auch auf das Projekt CENTROPE als erste internationale interregionale Kooperation, deren Erfahrungen auch in der Donauraumstrategie Anwendung finden könnten.

Der Rat stimmt zu

Am 13. April 2011 wurden die Schlußfolgerungen beim Rat für Allgemeine Angelegenheiten angenommen – die formelle Annahme der EU-Strategie für den Donauraum erfolgte schließlich am 24. Juni 2011.

„Ich habe mich von Beginn meiner Tätigkeit als Außenminister an für eine stärkere Beachtung des Donauraumes eingesetzt und gemeinsam mit meinem rumänischen Amtskollegen eine EU-Strategie für den Donauraum initiiert. Aus dieser österreichisch-rumänischen Idee wurde ein europäisches Kernprojekt. Heute arbeitet die Europäische Kommission gemeinsam mit den Anrainernstaaten an der konkreten Ausgestaltung der Strategie“, so Außenminister Michael Spindelegger zur Annahme durch den Europäischen Rat.

Der Außenminister unterstrich das Spezifikum der Donauraumstrategie, die – im Unterschied zur Ostseestrategie – von Anfang an auch Nicht-EU-Staaten miteinbezieht: „Die Strategie ist richtigerweise eine für den Donau-Raum und nicht bloß für den Donau-Fluß. Sie soll dazu beitragen, die Interessen einiger der reichsten und einiger der ärmsten Teile Europas ausgewogen zu berücksichtigen. Die unterschiedlichen Ansichten, was besseren Schutz und bessere Nutzung der Donau betrifft, sollen in der Strategie bestmöglich vereinbart werden.“ ■

Entsprechende Beiträge des BMeiA

<http://www.bmeia.gv.at/ausenministerium/suche.html?typ=search&donauraum&lang=&Submit=suchen>
Lesen Sie in unserer „Österreich Journal“-Ausgabe 98 (erscheint am 1. August 2011) ein Interview mit dem Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft Donauländer, Peter de Martin.

<http://www.argedonau.at>

Der Mensch im Mittelpunkt der Diplomatie

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger präsentiert Außen- und Europapolitischen Bericht 2010

Auch 2010 stand der Mensch im Mittelpunkt der Tätigkeiten des Außenministeriums“, stellte Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger anlässlich der Präsentation des Außen- und Europapolitischen Berichts 2010 fest. „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses leisten weltweit für die Österreicherinnen und Österreicher unter oft schwierigen und manchmal auch gefährlichen Umständen hervorragende Arbeit. Durch diesen wichtigen Einsatz konnte auch bei den Krisen, mit denen wir in den letzten Monaten durch politische Umwälzungen in Nordafrika oder Erdbeben in Japan konfrontiert waren, tausenden Österreicherinnen und Österreichern geholfen werden.“

Zum ersten Mal heißt der Bericht in diesem Jahr nicht nur Außen-, sondern Außen- und Europapolitischer Bericht. Mit diesem neuen Titel soll der Bedeutung der Europapolitik in seiner internen und externen Dimension für die österreichische Außenpolitik Rechnung getragen werden. „Um diese Bedeutung Europas auch zuhause im direkten Kontakt erlebbar und spürbar zu machen, habe ich meine EU-Dialogtour durch die Bundesländer fortgesetzt und bin mit Bürgerinnen und Bürgern über ihre Anliegen und Sorgen betreffend die EU direkt ins Gespräch gekommen. Auch habe ich die Gemeinderäte-Initiative ins Leben gerufen, um den Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, Fragen betreffend die EU direkt an einen ihnen bekannten Ansprechpartner zu richten“, so Spindelegger weiter.

„2010 habe ich im Rahmen der EU einen Westbalkan-Impuls gesetzt mit dem Ziel, daß die Länder der Region bis 2020 Mitglieder der EU werden. Besonderes freut es mich zudem, daß die mit meinem rumänischen Amtskollegen initiierte Donauraumstrategie mittlerweile zu einem Kernprojekt der EU geworden ist“, verwies Spindelegger auf den Beschluß der EU-Strategie am 23. Juni 2011.

„Ein weiteres Anliegen ist es mir, das große Potential, das die Zukunftsregion zwisch-

schen Schwarzem und Kaspischem Meer bietet, zu nutzen. Aus diesem Grund habe ich in der Hauptstadt Aserbeidschans eine Botschaft eröffnet, die es Österreich erleichtern soll, zur politischen Stabilität der Region beizutragen und als Türöffner für öster-



Foto: Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Außenminister Michael Spindelegger

reichische Unternehmen zu fungieren. Ich freue mich auch, daß es mir gelungen ist, vor wenigen Tagen ein speziell dieser Region gewidmetes Treffen des Weltwirtschaftsforums in Wien zu organisieren“, betonte Spindelegger.

„Der Mensch stand auch im Mittelpunkt unserer zweijährigen Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, wo wir uns unter anderem den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten, die Stärkung der Herrschaft des Rechts und die Förderung der Rolle der Frau in der Bewältigung von Konflikten und im Wiederaufbau

als Schwerpunkte gesetzt haben“, informierte der Außenminister. „Dieses Engagement für den Menschen möchten wir auch während unserer Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat, in den wir vor wenigen Wochen von der UNO-Generalversammlung gewählt worden sind, und im Exekutivrat der UNESCO, für den wir uns ebenfalls beworben haben, fortsetzen“, unterstrich Spindelegger. „Unser internationales Engagement findet auch darin seinen Ausdruck, daß Wien als internationale Drehscheibe für Dialog seit Jahrzehnten geschätzt wird. Zu den in Österreich bereits bestehenden internationalen Organisationen sind in den letzten Monaten die Internationale Antikorruptionsakademie, das UNO-Büro für Abrüstungsfragen und das Wiener Zentrum für Abrüstung und Non-Proliferation hinzugekommen.“

„Österreich wird sich mit seinem Know-how in der Entwicklungszusammenarbeit weiterhin dort einbringen, wo wir einen Mehrwert leisten können. Es bedarf heute neuer Ansätze für Wachstums- und Entwicklungschancen der am wenigsten entwickelten Länder“, betonte der Außenminister.

„Die Auslandskulturpolitik wurde 2010 erfolgreich als außenpolitisches Instrumentarium weltweit eingesetzt um ein positives Bild unseres Landes in der Welt zu schaffen und so unter anderem auch den Tourismus nach Österreich zu stimulieren. Dies ist eines der Beispiele, wie die österreichische Diplomatie positive Effekte für Österreichs Wirtschaft schafft“, unterstrich Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger abschließend. ■

Der Außen- und Europapolitische Bericht 2010 ist in elektronischer Form auf der Webseite des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten <http://www.bmeia.gv.at> abrufbar (siehe untenstehenden Link) und kann unentgeltlich in Buchform – ebenfalls beim Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten – bestellt werden (Abteilung VI.8, Minoritenplatz 8, 1014 Wien; abtvi8@bmeia.gv.at; Tel.: 0 50 11 50-3321). http://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/media/2-Hauspolitik_Zentrale-Hauspolitik_Berichte-Haus- und Europapolitischer_Bericht_2010.pdf

Wissenschaftsminister auf bilateralem Besuch in Israel

Ziel ist es, die Kooperationen zwischen Israel und Österreich im Bereich Wissenschaft und Forschung auszubauen.

Karlheinz Töchterle begann am 18. Juni seinen dreitägigen Arbeitsbesuch in Israel und damit seine erste bilaterale Reise als Wissenschafts- und Forschungsminister. Es standen u.a. der Besuch von Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie Treffen mit Amtskollegen am Programm. „Israelische Universitäten und Forschungseinrichtungen sind weltweit führend und bieten wertvolle Anknüpfungspunkte. Ziel ist es, die Kooperationen zwischen Israel und Österreich im Bereich Wissenschaft und Forschung auszubauen“, so der Minister.

Im Wintersemester 2010 gab es an den heimischen Universitäten 51 israelische Studierende, an den Fachhochschulen waren 48, an den Privatuniversitäten fünf. Die meisten Studierenden waren dabei an der Universität Wien sowie der Wirtschaftsuniversität Wien. Zwischen österreichischen und israelischen Universitäten und Institutionen gibt es derzeit vier Universitätspartnerschaften: Die Akademie der bildenden Künste in Wien arbeitet mit der Bezalel Academy of Arts and Design in Jerusalem zusammen, die Johannes Kepler Universität Linz mit der University of Haifa, die Universität Wien mit der Hebrew University sowie die Wirtschaftsuniversität Wien mit der Tel Aviv University. Es gibt weitere EU-Kooperationen im Hochschulbereich, derzeit in den Programmen Erasmus Mundus sowie Tempus. Im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm gibt es 122 Projekte, in denen Einrichtungen der beiden Länder kooperieren.

Im aktuellen Studienjahr wurden drei Stipendien an israelische Studierende und Forschende vergeben, davon eines im Stipendienprogramm „Ernst Mach – weltweit“ für einen neunmonatigen Aufenthalt einer israelischen Doktorandin, die an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte für ihre Dissertation forscht. Die beiden weiteren Stipendien sind jene der Stipendienstiftung der Republik Österreich und wurden für jeweils vier Monate zur Durchführung von Forschungsarbeiten an der Universität Wien (Institut für Ger-



Alle Fotos: BMWF / Anna Rauchenberger

Karlheinz Töchterle am Dach des Österreichischen Hospiz in Jerusalem



IST Austria-Präsident Thomas Henzinger, Minister Karlheinz Töchterle und Haim Harari vom Davidson Institute (v.l.)

manistik und Institut für Judaistik) an junge israelische Forscher vergeben. Im Lektoratsprogramm des Wissenschaftsministeriums gibt es in Israel einen Lektoratsstandort in Beer Sheva an der Ben Gurion University of the Negev.

„Das starke Bekenntnis zur Grundlagenforschung und die hohe gesellschaftliche Akzeptanz für Wissenschaft und Forschung sind in Israel absolut vorbildhaft. Israelische Einrichtungen und die Arbeit der engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaft-

Österreich, Europa und die Welt

ler sind eine wertvolle Inspiration“, so Töchterle. „Israel zählt in der Grundlagenforschung mit seinen exzellenten Universitäten und Forschungseinrichtungen zu den weltweit führenden Ländern“, so der Minister. Eine dieser exzellenten Forschungseinrichtungen ist das „Weizmann Institute of Science“ in Rehovot, wo Töchterle von Präsident Daniel Zajfman zu einem Besuch und Rundgang empfangen wurde. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand der Technologie- und Wissenstransfer, der in Österreich künftig verstärkt betrieben werden soll. „Das Weizmann Institute of Science agiert auf diesem Gebiet absolut vorbildhaft“, verweist der Minister darauf, daß seit Bestehen des Instituts rund 1.400 Patente angemeldet wurden. Weiters wurden seit Beginn der 1970er Jahre rund 170 Abkommen mit israelischen Unternehmen über die Nutzung verschiedener Patente des Instituts unterzeichnet und zahlreiche Unternehmen gegründet. Die im BMWF eingerichtete nationale Kontaktstelle für Angelegenheiten des geistigen Eigentums unterstützt österreichische Hochschulen und Forschungseinrichtungen beim Wissens- und Technologietransfer. Darüber hinaus sind die Universitäten im Rahmen der Leistungsvereinbarungen mit dem Ministerium verpflichtet, eine Strategie in diesem Bereich zu entwickeln.

Das nach dem anerkannten Chemiker, ersten Präsidenten des Instituts und späteren Staatspräsidenten, Dr. Chaim Weizmann benannte „Weizmann Institute of Science“ zählt zu den weltweit führenden Forschungsinstituten im Bereich Naturwissenschaften und Mathematik. Es umfaßt fünf Fakultäten: Mathematik und Informatik, Physik, Biochemie, Chemie und Biologie. Großgeschrieben wird dabei die Interdisziplinarität, die auch durch die Campus-Infrastruktur gefördert wird und Inspiration für das Institute of Science and Technology Austria (IST Austria) in Klosterneuburg war. Das jährliche Budget beträgt rund 200 Millionen US-Dollar, kaum 30 Prozent davon sind öffentliche Mittel. Rund 70 Prozent werden somit durch Drittmittel (Fördermittel für ForscherInnen, Spenden, Verwertungen von Erfindungen) eingeworben. Zur Zeit forschen drei Österreicher am Institut.

Am „Davidson Institute of Science Education“ traf der Minister mit Präsident Haim Harari zusammen, der wesentlich zum Aufbau des IST Austria beiträgt. Und das sehr erfolgreich, wie IST Austria Präsident Thomas Henzinger, der den Minister auf der Reise begleitet, mit Hinweis auf den jüngst



Minister Karlheinz Töchterle mit einem jungen israelischen Wissenschaftler beim Besuch des »Science Garden«

erschienenen Evaluierungsbericht betonte: Die im Jänner von einem hochkarätigen Komitee durchgeführte Evaluierung stellt dem IST Austria ein erstklassiges Zeugnis aus. Das „Davidson Institute of Science Education“ wurde 2001 als Erweiterung des „Weizmann Institute of Science“ gegründet. Schwerpunkt ist der Ausbau zahlreicher Aktivitäten im Bereich der Wissenschaftsvermittlung, besonders Fortbildungsprogramme für LehrerInnen sowie die Vermittlung von naturwissenschaftlichem Wissen für Kinder und Jugendliche. In diesem Zusammenhang verwies der Minister auf das 2007 vom Wissenschaftsministerium erfolgreich gestartete Programm „Sparkling Science“, in dem SchülerInnen Seite an Seite mit WissenschaftlerInnen zu diversen Themen forschen.

An der Tel Aviv University, die 1956 gegründet wurde und neun Fakultäten um-

faßt, traf der Minister mit Präsident Prof. Joseph Klafter und mehreren Professoren zusammen, die in Projekten gemeinsam mit österreichischen Partnern forschen. Derzeit studieren rund 29.000 Studierende an der Tel Aviv University, die alle ein Aufnahmeverfahren (Kombination aus Schulabschlußnoten und Tests) durchlaufen haben. Die Studienbeiträge betragen – wie an allen öffentlichen Universitäten in Israel – 2000 Euro pro Jahr. Zahlreiche ProfessorInnen an der Tel Aviv University gehören in den zukunftsweisenden Bereichen Nanowissenschaften und -technologie sowie Bioinformatik und -technologie zu den weltweit führenden WissenschaftlerInnen. Partneruniversität der Tel Aviv University ist die Wirtschaftsuniversität Wien, an der derzeit zehn Israeli studieren. Im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm gibt es Kooperationen u.a. mit der Universität Graz, der Technischen

Österreich, Europa und die Welt

Universität Graz, der Universität Wien, der Technischen Universität Wien, der Universität für Bodenkultur, der Universität Linz, der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und dem Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung.

Tief betroffen und berührt

„Tief betroffen und berührt“ war der Wissenschafts- und Forschungsminister bei seinem Besuch in Yad Vashem, der Gedenkstätte und Forschungseinrichtung für den Holocaust, am 20. Juni 2011. Der Minister legte u.a. in Begleitung von IKG-Präsident Ariel Muzicant einen Kranz nieder. „Dieser Ort trägt wesentlich dazu bei, daß die Erinnerung an diese schreckliche Zeit eine beständige Mahnung bleibt“, so der Minister. Nach dem Besuch des Holocaust-Museum besuchte der Minister das Children Memorial und trug sich in das Gästebuch ein.

Im Anschluß war Karlheinz Töchterle an der Hebrew University zu Gast, an der Österreich im Rahmen des 1998 eingerichteten „Center for Austrian Studies“ engagiert ist. Der Minister traf dort u.a. mit zwei österreichischen Studierenden zusammen: Eugen Banauch von der Universität Wien ist derzeit als Institutslektor an der Universität tätig und Nicolas Bechter ist als Postgraduate-Student für zehn Monate in Jerusalem, um seine Doktorarbeit zu schreiben. Weiters gibt es an der Hebrew University den von Österreich finanzierten Kardinal-König Lehrstuhl. Derzeitiger Inhaber ist Prof. Michael Silber. Der Minister berichtete nach dem Treffen an der Hebrew University vom „großen Interesse beider Länder an der verstärkten Kooperation über die Geistes- und Sozialwissenschaften hinaus – gerade auch in den Naturwissenschaften gibt es noch enormes Potential“. Er freut sich auch über den regen Austausch: so kommen etwa kommenden Sommer 30 Studierende der Hebrew University nach Österreich, um an österreichischen Universitäten Deutsch-Sprachkurse zu besuchen und die österreichische Kultur kennenzulernen.

Im Rahmen seiner Reise hat der Minister noch Arbeitsgespräche mit dem israelischen Wissenschafts- und Technologieminister Daniel Hershkovitz und dem israelischen Bildungsminister Gideon Sa'ar absolviert. Am späten Nachmittag gab es Gelegenheit, die Altstadt zu besichtigen. Anschließend gab es einen Empfang im österreichischen Hospiz zur Heiligen Familie, bei dem der Minister auch auf in Israel lebende ÖsterreicherInnen getroffen war. ■



Karlheinz Töchterle in der Gedenkstätte und Forschungseinrichtung für den Holocaust, Yad Vashem

Wien wird als Zentrum in Abrüstungsfragen gestärkt

Staatssekretär Wolfgang Waldner empfing am 22. Juni den Hohen Repräsentanten der UNO für Abrüstungsfragen, Untergeneralsekretär Sergio Duarte, zu einem Gedankenaustausch. „Es ist uns ein wichtiges

die hier ansässige Expertise nutzen, um das Kontrollregime gegen die Verbreitung von Atomwaffen zu stärken und bei der Abrüstung voranzukommen“, betonte der Staatssekretär. Auf Initiative Österreichs fin-



Staatssekretär Wolfgang Waldner (hier beim »Europaforum Wachau« 2011)

Anliegen, den Wiener UNO-Amtssitz auszubauen und weiter zu stärken. Im Bereich der Abrüstung und Non-Proliferation gibt es konkrete und ermutigende Erfolge“, zeigte sich Waldner zufrieden mit den Plänen der UNO, im Herbst ein neues Büro für Abrüstungsfragen in Wien anzusiedeln.

Wien werde durch das neue Büro als Zentrum für Abrüstungsfragen gestärkt. Schon jetzt sind durch die Präsenz der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) und der Atomteststoppbehörde (CTBTO) alle drei Säulen des Atomwaffensperrvertrags (NPT) in Wien vertreten. „Wir müssen

det das nächste NPT-Vorbereitungstreffen im Mai 2012 in Wien statt. Die Rolle Wiens als wichtiger Pfeiler des Atomwaffensperrvertrages konnte dadurch nachhaltig verankert werden.

Waldner dankte Duarte auch für die gute Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ersuchte ihn, dem wiedergewählten UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon Glückwünsche zu bestellen. Ban Ki-moon, der auch einen „5 Punkte Plan für nukleare Abrüstung“ vorgelegt hat, zeigt starkes Engagement für Abrüstungsfragen und wird dabei auch von Österreich unterstützt. ■

EVTZ als Turbo für die Zusammenarbeit

Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit nimmt die Arbeit auf



Foto: Land Tirol

Auf dem Weg zur Sitzung auf Castell Thun: LH Günther Platter, LH Lorenzo Dellai und LH Luis Durnwalder (v.l.)

Die drei Landesregierungen von Tirol, Südtirol und dem Trentino trafen einander am 14. Juni auf Castell Thun hoch über dem Eingang des Nonstals, um die Schwerpunkte der Europaregion für die erste Phase nach der Institutionalisierung festzulegen.

Nachdem Rom im Mai die Teilnahme von Südtirol und dem Trentino am gemeinsamen Europäischen Verbund für Territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) genehmigt hatte, wurde in dem aus dem 13. Jahrhundert stammenden Castell die Satzung des EVTZ von den drei Landeshauptleuten Günther Platter (Tirol), Luis Durnwalder (Südtirol) und Lorenzo Dellai (Trentino) unterzeichnet. Schwerpunkte für den EVTZ sind Energie, Grüner Korridor, Gesundheit, Bildung und Jugend sowie Universitäten und Forschung.

„Mit dem EVTZ steht das gemeinsame Haus. Die Politik muß dieses jetzt mit Leben füllen. Mit dem EVTZ ergreifen wir die Chance für eine noch engere und tiefere Zusammenarbeit innerhalb der Europaregion Tirol. Die EU bietet alle Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Umso mehr will ich diese Entwicklung forcieren. Bozen und Trient sind uns in vielen Bereichen einfach näher als Wien oder Rom“, erklärt LH Günther Platter.

„Allein können wir vieles, gemeinsam aber noch viel mehr“, sagte LH Luis Durnwalder, der an die europäische Aufgabe erinnerte, die die Euregio zu erfüllen habe: „Wir müssen dafür sorgen, daß es einen harmonischen Übergang zwischen zwei großen Kulturkreisen gibt.“ Im Rahmen des EVTZ könnten gemeinsame Projekte schneller, bes-

ser und billiger vorangebracht werden, und zwar im Sinne der Bürger: „Wenn nämlich die Bevölkerung keine spürbaren Vorteile aus der Euregio zieht, dann kann diese auch nicht florieren“, so der Landeshauptmann.

Lorenzo Dellai erklärte, daß die drei Länder nicht nur eine gemeinsame Geschichte verbinde, sondern auch eine gemeinsame Vision der Zukunft – „die Vision einer grenzüberschreitenden, mehrsprachigen, ‚glokalen‘ Euregio“, die sich durch eine straffe Organisation auszeichne, die wiederum auf dem Euregiobüro in Bozen aufsetzen werde.

Der Europäische Verbund für Territoriale Zusammenarbeit gibt der Europaregion eine neue Qualität der Zusammenarbeit. Erstmals kann die Europaregion nach außen mit einer Adresse auftreten und es steht eine Struktur für eine einheitliche Trägerschaft von Leuchtturmprojekten der Europaregion bereit.

Die drei Länder bringen sich gemeinsam mit Zukunftsthemen in den Verbund ein. Dabei nutzen Tirol, Südtirol und das Trentino ein noch sehr junges Instrument des EU-Rechts. Der EVTZ der Europaregion ist der erste EVTZ im Alpenraum und der erst 17. in ganz Europa. Damit setzt Tirol neue Maßstäbe in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Die drei Landesregierungen haben die Schwerpunkte für die Aufbauphase des EVTZ festgelegt. Im Bereich der Energie wurde vereinbart, möglichst schnell die Stromverbindung am Brenner wiederherzustellen und alle maßgeblichen Energieunternehmen in einen Informations- und Kooperationsmechanismus einzubinden.

Darüber hinaus verstärken die drei Länder ihre Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien. Im Grünen Korridor werden die Abwärme des BBT für die Fernwärme genützt, die Infrastruktur für Wasserstoff- und Elektromobilität durch saubere Tankstellen ermöglicht und gemeinsam mit den Gemeinden, Unternehmen und Forschungseinrichtungen grenzüberschreitende Energieprojekte ausgearbeitet. So sollen auch Lösungen für eine nachhaltige Mobilität im Tourismus entwickelt und die Radwege der Europaregion mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen „e-Bike-tauglich“ gemacht werden.

Im Bereich Gesundheit wird die Zusammenarbeit in der Medizinforschung, der Medizinausbildung, des elektronischen Datenmanagements und des Medizintechnik-einkaufs gestärkt. Darüber hinaus sprechen sich die drei Landesregierungen für einen weiteren Ausbau der Bildungs- und Universitätskooperationen aus.

„Mit dem Brennerbasistunnel ist bereits ein konkretes Vorzeigeprojekt auf Schiene. Die Geschlossenheit der Europaregion war letztendlich ausschlaggebend für die Verwirklichung. Mit dem grünen Korridor am Brenner als fixer Bestandteil des Gesamtprojektes BBT steht das nächste gemeinsame Projekt vor der Umsetzung. Neben einer engeren Zusammenarbeit im Tourismus und der Energie sehe ich gerade im Bereich der Forschung und Entwicklung viel Potential, als High-Tech-Region im Herzen Europas“, so LH Platter.

http://europa.eu/legislation_summaries/agriculture/general_framework/g24235_de.htm

Regionalpolitik – Weltpolitik

»Regionalpolitik – Weltpolitik. Wettbewerbsfähige Regionen in einer globalisierten Welt« lautete das Thema des Europa-Forums Wachau im vergangenen Mai – wir berichteten in der Ausgabe 96. Hier reichen wir nun die Aussagen von Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger nach.*)

Meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Weltpolitik-Regionalpolitik: Auf den ersten Blick betrachtet, kommt man zu einem voreiligen Schluß – nämlich, daß das eine mit dem anderen wenig zu tun hat. Wenn man daran denkt, daß in der Weltpolitik Fragen von Krieg und Frieden mitzuentscheiden sind, erhebt sich die Frage, wie das in den Regionen einen Einfluß haben kann. Und umgekehrt: wenn man Regionalpolitik betrachtet, wo es um das Zusammenleben von unmittelbaren Nachbarn geht – was soll das mit Weltpolitik zu tun haben?

Aber das ist nur der erste Blick. Auf den zweiten Blick sieht es schon anders aus. Dazu ein Beispiel: Wir haben vor einiger Zeit eine Donauraumstrategie der Europäischen Union angeregt. Sie ist ein lebendiges Beispiel dafür geworden, wie Weltpolitik und Regionalpolitik heute zusammenspielen müssen. Denn das Wichtige ist, daß der Außenpolitiker auf regionale Interessen Bezug nimmt, wie auch der Regionalpolitiker darauf Rücksicht zu nehmen hat, was das größere Ganze ist.

Mit der Donauraumstrategie haben wir begonnen, eine Regionalpolitik neuer Art zu entwickeln.

Sie alle kennen das Konzept: Die Länder und Regionen entlang der Donau beginnen sich viel stärker zu vernetzen, und sie beginnen gemeinsame Projekte im Donauraum, nicht nur unmittelbar am Fluß, zu entwickeln. Das ist eine ganz entscheidende Neuerung in der Regionalpolitik der Europäischen Union.

Wir erwarten im Juni einen Beschluß des Europäischen Rates, der diese Donauraumstrategie formell verankert (siehe Seite 17). Die Vorarbeiten sind hervorragend gediehen. Wir haben uns als Österreicher voll und ganz eingebracht. Es war auch unsere Idee – sie ist von Österreich und Rumänien ausgegangen –, so eine makro-regionale Strategie auf-

zusetzen. Die Europäische Kommission hat sodann elf prioritäre Arbeitsbereiche identifiziert. In drei davon hat Österreich die Führung übernommen:

Erstens: die Verbesserung der Mobilität und der Multimodalität. Stichwort Binnenwasserstraßen. Unser Verkehrsministerium wird das gemeinsam mit Via Donau betreuen und versuchen, daß wir die Infrastruktur entlang der Donau viel stärker in den Vordergrund stellen.

Zweitens: Investitionen in Menschen und Qualifikationen. Dort wird unser Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, aber auch das Unterrichtsministerium, für die Koordinierung Verantwortung tragen. Dieser Bereich war uns besonders wichtig; wir wollten die sozioökonomischen Effekte in die Donauraumstrategie mit einbeziehen.

Drittens: die Verbesserung der institutionellen Kapazität und Zusammenarbeit. Diesen Bereich wird die Stadt Wien besonders betreuen. Wir haben also nicht nur Ministerien, die zuständig sind, sondern haben ganz bewußt auch einen regionalen Partner verantwortlich dafür gemacht, diesen Prioritätenbereich zu begleiten.

Wir sind überzeugt, daß mit dieser Strategie genau das Verhältnis Weltpolitik-Regionalpolitik eine neue Dimension bekommt. Warum? Es ist entscheidend für die Außenpolitik der Europäischen Union, daß Nachbarschaftspolitik mit einer solchen neuen Facette versehen wird. Es sind ja nicht nur Mitgliedsländer der Europäischen Union entlang der Donau angesiedelt, sondern auch andere Staaten.

Die gemeinsame Arbeit an der Donauraumstrategie wird eine neue Qualität ergeben, wo Außenpolitik, Nachbarschaftspolitik als eine weltpolitische Aufgabe mit einer regionalen Facette versehen wird.

Auf der anderen Seite werden die Regionalpolitik der Europäischen Union und die Politiken der Regionen auf diese größeren Zusammenhänge Rücksicht nehmen müssen.

Ich glaube, das ist wirklich ein gelungenes Beispiel, wie man Weltpolitik und Regionalpolitik heute verbinden kann. Und ich bin sehr froh, daß diese Strategie auch ein bißchen eine Veränderung für die regionalpolitische Seite der Europäischen Union auslösen wird, denn wir haben Weiteres vor.

Ich darf heute auch erwähnen, daß nach der Donauraumstrategie ein neues Projekt kommt.

Wir haben die Idee, eine Alpenstrategie für die Europäische Union aufzusetzen. Wir wollen gerne, daß alle Alpenländer miteinander in der Regionalpolitik einen solchen makroregionalen Rahmen setzen. Warum?

Wir Alpenländer haben ganz ähnliche Probleme: Etwa in der Verkehrspolitik, Alpenquerung ist für uns alle ein schwieriges Unterfangen. Wir haben Probleme in der Ökologie; wir wissen, daß die Gletscher schmelzen. Wir haben ähnliche Probleme, zum Beispiel was die Bergbauern betrifft.

Wir sehen also, da wird vieles miteinander in einer solchen Alpenstrategie zu erledigen sein, und ich lade die anderen Alpenländer zu dieser Initiative ein: von Slowenien bis Frankreich, und selbstverständlich auch Liechtenstein und die Schweiz.

Meine Damen und Herren,

Ein weiterer wichtiger Punkt im Verhältnis Weltpolitik-Regionalpolitik. Ich darf beginnen, wo gestern Innenministerin Johanna Mikl-Leitner aufgehört hat: bei der Frage der Grenzkontrollen.

Johanna Mikl-Leitner hat gesagt: wir dürfen nicht alles über Bord werfen; wir müssen, was die Schengen-Kontrollen betrifft, vorsichtig vorgehen, anlaßbezogen und nicht generell neue Grenzkontrollen in Europa wieder einführen. Ich halte das für ganz und gar richtig.

Wir stehen vor einer Herausforderung, die vielleicht noch gar nicht so richtig begonnen hat. Wir wissen nicht, wie sich die Lage in Nordafrika und im Nahen Osten weiter entwickeln wird. Doch wir müssen uns vorbereiten.

*) Es gilt das gesprochene Wort. Unseren Bericht über das Europa-Forum Wachau finden Sie hier: http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_096.htm

Österreich, Europa und die Welt

Anlaßbezogen zwischen den Schengen-Ländern Kontrollen wieder einführen: Das ist die richtige Art und Weise wie wir vorgehen sollen. Aber wir sollen nicht darüber nachdenken, wieder generell zwischen unseren Ländern Grenzen zu errichten. Denn die Errungenschaft der freien Grenzen ist eine große, und wir als Europäer sollten sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Wir wissen, daß wir viele Fragen in dem Zusammenhang zu lösen haben. Da geht es nicht nur um die Frage von Grenzkontrollen, sondern auch um Asyl und um die Frage von Migration.

Gerade wir Österreicher kennen die Zahlen, was den Arbeitsmarkt betrifft, wie sehr wir auch Arbeitskräfte brauchen aus anderen Ländern. Wir sollten deshalb nach klaren Regeln vorgehen, und das müssen wir aktiv tun. Wir haben jetzt ein System der Rot-Weiß-Rot-Card, das uns das erleichtert wird. Ich bin überzeugt, das wird uns auch in Fragen der neuen Integrationsschritte, die wir benötigen, durchaus dienlich sein.

Meine Damen und Herren,

Ich komme zu einem weiteren Thema, wo wir uns aktiv einbringen müssen: das ist die Frage der Zukunft der europäischen Regionalpolitik. Auch das ist bald zu entscheiden. Wir haben eine neue Finanzperiode der EU vor uns, und das erfordert Entscheidungen, wo wir die Gewichte hinlegen.

Da gibt es natürlich große Spannungen. Auf der einen Seite eine Agrarpolitik, die auch viel Mittel der Europäischen Union erfordert, wo wir aber als Österreicher einen klaren Standpunkt haben: Wir wollen, daß die Agrarmittel, die heute in der Europäischen Union für die Existenz der Bauern und unserer Landwirtschaft ausgeschüttet werden, auch bleiben: in der ersten Säule, was Direktförderungen betrifft, aber auch in der zweiten Säule, wo es darum geht, mit Programmen auch in der Richtung Ökologie und Entwicklung einiges zu bewerkstelligen.

Da stehen wir dahinter, das wollen wir auch unterstützen. Da wollen wir uns mit den Partnern in der Europäischen Union abstimmen, daß wir nicht beginnen, in Frage zu stellen, was uns in letzter Zeit auch sehr geholfen hat: gesunde Lebensmittel, die Erhaltung auch der kleinräumigen Landwirtschaft. Wir wollen nicht in die Richtung von industriellen Großbetrieben gehen; das wollen wir nicht, dagegen werden wir uns stark machen.

Auch auf der anderen Seite, bei der Regionalpolitik, die ja auch 38 Prozent der

Mittel der Europäischen Union ausmacht, müssen wir Akzente setzen. Wir sind überzeugt, daß wir alle Regionen im Fokus haben müssen und nicht nur ganz wenige und einzelne. Daß wir die Möglichkeit schaffen müssen, die regionale Entwicklung auch mit neuen makroregionalen Strategien mit Leben zu erfüllen.

Ende Juni wird die Europäische Kommission einen Vorschlag machen, der ein umfassendes Paket auslösen wird; da werden wir sorgsam auch unsere Entscheidungen treffen. Entscheidend für uns ist im Augenblick, daß wir auch klar machen: Die österreichische Bundesregierung muß eine Entscheidung treffen, daß wir auch kofinanzieren, denn ohne Kofinanzierung gibt es keine Möglichkeit, Mittel aus der Europäischen Union anzusprechen. Das wollen wir. Wir werden uns den rechten Zeitpunkt dafür aussuchen, das auch klar zu machen.

Meine Damen und Herren,

Ich komme zu meinem letzten Punkt, was die Fragen der Welt- und Regionalpolitik betrifft: Wir brauchen auch eine Aufarbeitung dessen, was uns zwischen den Regionen und zwischen den Ländern in der Vergangenheit auseinanderdividiert hat. Herr Premierminister Pahor hat die Fragen zwischen Slowenien und Kroatien angesprochen und wie wichtig es war, einen Prozeß zu finden, wie man diese Fragen löst, damit die Völker nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Das müssen auch wir mit unseren Nachbarn weiter so vorantreiben.

Ich darf ein ganz konkretes Beispiel nennen: Der Präsident unserer Nachbarrepublik Tschechien, Václav Klaus, hat vor kurzem bei einer Feier und Gedenkstunde im ehemaligen Konzentrationslager Theresienstadt gesagt: Es gab auch nach dem Zweiten Weltkrieg eine Verletzung der Menschenrechte, die Tötung von vielen Menschen, die damals aus der Tschechoslowakei vertrieben wurden. Er hat ganz bewußt dort Bezug darauf genommen und hat diese Verbrechen angesprochen. Zum ersten Mal, daß ein Staatsoberhaupt der Tschechischen Republik so etwas gesagt hat.

Ich möchte das heute ganz besonders würdigen. Wir müssen auch in unserem Verhältnis zu den Nachbarn aufarbeiten, versöhnen – auch zeigen, daß wir in einer regionalen Dimension heute ausgezeichnet zusammenarbeiten und daß diese Schatten der Vergangenheit nicht mehr in die Gegenwart hereinreichen.

Darum möchte ich mich auch an dieser Stelle heute beim Europa-Forum in der Wachau herzlich bedanken, bei Präsident Václav Klaus für diese Worte, für diese Geste, die er damit gesetzt hat.

Für mich ist klar, daß nicht aufgewogen werden darf gegen die Verbrechen des NS-Regimes, die die Auslöser auch für diese Akte der Revanche damals gewesen sind. Das kann man nicht vergleichen. Aber wichtig ist, daß man aufarbeitet, was auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der Vertreibungsfrage geschehen ist und damit zu einem guten Miteinander beiträgt.

Meine Damen und Herren,

Ich glaube also, Regionalpolitik und Weltpolitik haben miteinander viel zu tun. Das haben wir auch bei dieser Tagung im heurigen Jahr hier am Göttweiger Berg miterleben können. Es gibt eine Fülle von Herausforderungen, die uns in der Weltpolitik bevorstehen: etwa die Entwicklungen in Nordafrika und im Nahen Osten.

Aber wir haben eines gelernt, besonders in Niederösterreich: eine Zone der Freiheit, eine Zone der Nachbarschaft, wie es uns die Europäische Union ermöglicht hat, die ist ganz anders zu bewerten als das, was davor war. Die Zeiten des Eisernen Vorhangs sind, Gott sei Dank, vorbei, über 20 Jahre schon. Alles, was wir danach aufgeholt haben, wie wir profitiert haben auch vom Beitritt unserer Nachbarländer in die Europäische Union, war eine gewaltige Erfolgsstory, von der wir heute zehren.

Das soll uns auch die Motivation sein bei den Problemen, die wir heute haben. Wir haben noch nicht alles überwunden, da stimme ich vollkommen überein. Wir haben noch sehr viele Aufgaben vor uns in der Regional- und Weltpolitik, aber diese unglaubliche Dynamik, die Europa auch heute noch ausstrahlt, die muß uns die Zuversicht geben, daß wir auf dem richtigen Weg sind, daß wir etwas miteinander gestalten können in dem Europa. Dabei wird uns auch das Europa-Forum Wachau in den nächsten Jahren weiter begleiten.

In diesem Sinn darf ich mich noch einmal herzlich bedanken bei allen internationalen Gästen, bei Ihnen, meine Damen und Herren, daß Sie auch heuer uns treu geblieben sind, für alle Diskussionsbeiträge. Und ich hoffe, daß wir noch einen guten Ausklang unserer Tagung finden.

Herzlichen Dank!

Südtirols Landeshauptmann zu Besuch in Wien

Luis Durnwalder zu Gesprächen bei Bundespräsident Heinz Fischer und Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger

Österreich werde die Entwicklung der Südtirol-Autonomie weiterhin genau verfolgen: Dies sagte Bundespräsident Heinz Fischer beim Zusammentreffen mit Landeshauptmann Luis Durnwalder am 30. Juni und verwies auf das ausgezeichnete Vertrauensverhältnis zwischen Wien und Bozen.

Das Treffen von Landeshauptmann Durnwalder mit Bundespräsident Fischer war das zweite innerhalb weniger Wochen. Anfang Juni war Fischer in Brixen zu Gast (siehe Seite 49), diesmal war die Wiener Hofburg Ort der Zusammenkunft. Beim Brixner Treffen hatten Durnwalder und Landesrat Richard Theiner, der auch wieder mit dabei war, bereits einige Themen angerissen, die nun weitergesponnen wurden. „Uns – der Präsidentschaftskanzlei und der österreichischen Regierung – ist ein regelmäßiger Meinungsaustausch wichtig. Dank des gegenseitigen Vertrauens ist der Informationsfluß bestens. Wir verfolgen jedenfalls die Entwicklungen in Südtirol sehr aufmerksam“, sagte der österreichische Bundespräsident. Vor diesem Hintergrund sprachen Durnwalder, Theiner und der ebenfalls anwesende Chef der Tiroler Landesregierung Günther Platter über den Stand der Beziehungen zwischen Österreich und Italien, besonders in jenen Bereichen, die Südtirol, aber auch das Bundesland Tirol betreffen.

Was das Bundesland Tirol angeht, sagten sowohl Bundespräsident Fischer als auch Landeshauptmann Platter, daß man nördlich des Brenners die Südtiroler Anliegen immer unterstütze und daß man nun in verschiedenen Bereichen gemeinsame Lösungen anstrebe und konkretisieren möchte.

LH Durnwalder bei Spindelegger

Mailänder Abkommen, aktuelle Durchführungsbestimmungen, doppelte Staatsbürgerschaft und Selbstbestimmung: Das waren die Themen, die Durnwalder am Wiener Minoritenplatz mit Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger besprochen hat. Durnwalder hat dieses Treffen zum Anlaß genommen, um die österreichische Regierung über die jüngsten Entwicklungen zu unterrichten. „Ich habe Spindelegger über



Foto: BMeIA / Bernhard J. Holzner © HOPI-MEDIA

Landeshauptmann Luis Durnwalder und Außenminister Michael Spindelegger (r.)

die Auswirkungen des Mailänder Abkommens und die damit verbundenen Verhandlungen zum Übergang von Kompetenzen vom Staat auf das Land informiert“, so Durnwalder. Außerdem habe die Delegation dem Außenminister die jüngsten Durchführungsbestimmungen erläutert.

Zweiter Schwerpunkt des Gesprächs war die doppelte Staatsbürgerschaft. Durnwalder und Theiner haben Spindelegger das Gutachten des Verfassungsrechtlers Walter Obexer übergeben. Außenminister Spindelegger betonte, daß die österreichische Regierung derzeit auf mehreren Ebenen Gutachten einhole, um die Auswirkungen einer doppelten Staatsbürgerschaft festzustellen sowie die Kompatibilität mit der österreichischen Verfassung zu überprüfen. „In den kommenden Monaten, wenn die Gutachten der Regierung vorliegen, wird es ein weiteres Treffen zwischen Bundesregierung und Südtirol geben“, erklärt Durnwalder die nächsten Schritte.

Im Außenministerium ist außerdem über die Begnadigung der Südtirol-Aktivisten gesprochen worden. Spindelegger hat der Delegation um Landeshauptmann Durnwalder mitgeteilt, daß er über dieses Thema mit seinem italienischen Amtskollegen Franco Frattini gesprochen habe. „Spindelegger hat

uns zugesagt, daß er nach dem heutigen Treffen erneut das Gespräch mit Frattini suchen werde“, so Durnwalder.

Auch das Thema Selbstbestimmung kam wieder auf das Tapet. Man sei sich einig darüber gewesen, so Durnwalder, daß die Selbstbestimmung ein unveräußerliches Recht eines jeden Volkes sei, daß es derzeit aber keinen Grund gebe, dieses Recht einzufordern, weil Italien die geltenden Verträge einhalte. Deshalb werde man weiter auf die Autonomie bauen. Dies sei derzeit der richtige Weg, sagte Durnwalder.

„Der Außenminister legt Wert darauf, aus erster Hand über die Entwicklungen in Südtirol informiert zu werden. In diesem Licht ist auch dieses Gespräch zu sehen“, so Durnwalder.

Nach den Treffen mit Fischer und Spindelegger unterstrich Durnwalder die Wichtigkeit eines funktionierenden Informationsaustausches zwischen Südtirol und Österreich: „Wir sind froh, daß unser Land der Bundesregierung und Bundespräsident Fischer ein wichtiges Anliegen ist und daß uns Regierung und Staatsoberhaupt freundschaftlich verbunden sind.“ Nach den Treffen in Wien reiste Durnwalder noch weiter nach Salzburg, tags darauf am Treffen der Arge Alp-Regierungschefs teilnahm. ■

Wiens Klimt-Warm-up in Down Under

Von 18. Juni bis 9. Oktober 2011 sind Wiener Kunstschatze wie Gustav Klimts „Porträt Emilie Flöge“ und „Fritza Riedler“ im Rahmen der Ausstellung „Vienna: Art & Design – Klimt, Schiele, Hoffmann, Loos“ in der National Gallery of Victoria in Melbourne zu sehen. Aus diesem Anlaß lud Wiens Tourismusdirektor Norbert Kettner ausgewählte australische Medien- und ReisebranchenvertreterInnen zu einem exklusiven Abendevent samt Rundgang durch die Ausstellung mit den Kuratoren Christian Witt-Döring und Paul Asenbaum. Zahlreiche Leihgaben von Wien Museum, Belvedere, Leopold Museum, Secession, PSK-Museum, Hofmobiliendepot, MAK, Universität für angewandte Kunst und privaten Leihgebern wurden zur Ausstellung unter strengsten konservatorischen Auflagen und nach tatkräftiger Unterstützung der Österreich Werbung im Vorfeld nach Melbourne gebracht. Ebenso zu sehen sind Teile von Interieurs, die zum Fundus der Galerie gehören und die Ausstellung perfekt ergänzen: Die 1903 von Adolf Loos entworfene Einrichtung des Wiener Apartments der Familie Langer, sowie jene der Familie Gallia im von Josef Hoffmann 1912/13 geschaffenen Design. Ein Nachfahre der Gallias, der Kurator und Buchautor Tim Bonyhady, wirkte ebenso an der Ausstellung mit und war Gast des WienTourismus.

„Wenn es um Gustav Klimt geht, hat Wien die Themenführerschaft. Keine andere Stadt beherbergt so viele seiner Werke und 2012 werden hier mehr davon zu sehen sein als je zuvor. Die Ausstellung in Melbourne ist eine ideale Plattform, dies vor einer einschlägigen Zielgruppe zu verkünden und zu bewerben“, so Kettner. Zusammen mit



Foto: RK / Janusz Molinski

Österreichs Botschafter Hannes Porias, die australische Parlamentsabgeordnete und Parlamentssekretärin des Premiers für Kunst, Heidi Victoria, Tourismusdirektor Norbert Kettner, Direktor der National Gallery of Victoria, Gerard Vaughan, Kurator und Buchautor Prof. Tim Bonyhady vor Klimts »Fritza Riedler« (v.l.) in der »National Gallery of Victoria in Melbourne« (Bild unten)

Wien-Tourismus-Medienmanagerin Astrid Pockfuß begrüßte er bei dem Event rund 20 ReisejournalistInnen und VertreterInnen der Reisebranche, darunter die auflagenstarke Tageszeitung „The Age“.

In einer eigens eingerichteten „Vienna Lounge“ kann Wiener Kaffeehauskultur vor Ort bei Melange und Apfelstrudel stilecht erlebt werden – der Eintritt ist frei, der Besuch der Ausstellung möglich, aber nicht zwingend. Unter dem Motto „past meets present“ spricht die „Vienna Lounge“ damit auch eine jüngere Zielgruppe an. Für die Dauer der Ausstellung geht dort seit 22. Juni jeden Mittwoch das abendliche Event „Art after Dark“ über die Bühne: Lokale DJs werden da, wo ansonsten das Café aufgebaut ist, mit zeitgemäßer Musik eine Brücke schlagen

und Kunst der Wiener Moderne mit dem Heute verbinden: ein Erlebnis für die Gäste, die dort vom Wien-Journal bis zur „Klimt-Jahr 2012“-Broschüre viele Informationen über Wien vorfinden. Insgesamt 16 Mal bis zum Ende der Ausstellung wird „Art after Dark“ bei freiem Eintritt bis 21 Uhr geöffnet sein.

Reges Interesse an der Bundeshauptstadt herrschte auch in Sydney, wo der WienTourismus Zwischenstation einlegte. Hier begrüßte Kettner weitere 20 ausgewählte ReisejournalistInnen und Reiseanbieter bei einem gemeinsamen Abendessen. Auch sie wurden aus erster Hand über Wiens neueste Kunst- und Kulturangebote sowie das Klimt-Jahr 2012 informiert.

<http://www.ngv.vic.gov.au>



Foto: Donald/tong / GNU Free Documentation License.

Österreich, Europa und die Welt

Österreich zum Vizepräsidenten der UNO-Generalversammlung gewählt

Österreich wird in der 66. UNO-Generalversammlung, die am 13. September 2011 beginnen wird, einen der beiden Vizepräsidenten aus der Gruppe der westeuropäischen und anderen Staaten stellen. Dies entschied die Generalversammlung am 22. Juni per Akklamation. Nach der Mitgliedschaft im UNO-Sicherheitsrat 2009/2010 und seiner erstmaligen Wahl in den Menschenrechtsrat im Mai 2011 übernimmt Österreich damit erneut eine führende Aufgabe im

Rahmen der Vereinten Nationen. Zuletzt war die Funktion eines Vizepräsidenten der Generalversammlung von Österreich 2002 wahrgenommen worden.

Zum Präsidenten der Generalversammlung wurde der Vertreter von Katar bei den Vereinten Nationen, Nassir Abdulaziz Al-Nasser, gewählt. Er wird im September den ehemaligen Schweizer Bundespräsidenten Joseph Deiss in dieser Funktion ablösen. ■

<http://www.un.org>

Erste »grüne« Botschaft Österreichs geht in Indonesien in Betrieb

Der Sektionsleiter für Infrastruktur im Außenministerium, Nikolaus Marschik, und der österreichische Botschafter in Indonesien, Klaus Wölfer, begleiteten am 22. Juni die Inbetriebnahme des neuen österreichischen Botschaftsgebäudes in Jakarta. Bei der kleinen Zeremonie, die auf den 484. Jahrestag der Stadtgründung fiel, waren auch der Vize-Gouverneur von Jakarta und der Generalsekretär im indonesischen Außenministerium anwesend. Auf dem Gelände im Zentrum der Millionenstadt Jakarta wurden erstmals die österreichische und die europäische Flagge gehißt.

Das G20-Land Indonesien ist – neben China und Indien – mit über 6 Prozent Wirtschaftswachstum der dritte Motor der Zukunftsregion Asien. Indonesien ist mit Abstand die größte Volkswirtschaft der südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN und hat derzeit auch deren Vorsitz inne.

Mit dem neuen Botschaftsgebäude entwarfen und errichteten Wiener Architekten im tropischen Klima ein Passivhaus mit österreichischem Know-how und in nachhaltiger und ökologisch verträglicher Weise. Entsprechend den indonesischen Klimabedingungen werden traditionelle Techniken, lokale Materialien und moderne Technologie in sinnvoller Kombination eingesetzt, um Raumqualität, Klimakomfort und Nachhaltigkeit für Botschaftsmitarbeiter wie Besucher zu gewährleisten.

Das Gebäude erreicht durch seine Fensterorientierung in Richtung Nord/Süd, die Beschattung durch Mauer- und Dachvorsprünge und Bepflanzung eine klare Reduktion des Kühl- und Entfeuchtungsbedarfs. Zudem wird durch kompakte Außen-

oberfläche und hohe Gebäudedichtigkeit mit Wärmedämmung und Sonnenschutzglas eine weitere Reduktion der Feuchtigkeit und Erhitzung erzielt.

Die Sonneneinstrahlung wird über eine Kollektoranlage zur Kühlung und Entfeuchtung sowie für die Warmwasserbereitung genutzt, und eine Photovoltaikanlage trägt dazu bei, daß der Energieverbrauch der neuen Botschaft lediglich 17 Prozent eines konventionellen Gebäudes beträgt.

Das neue Botschaftsgebäude in Jakarta unterstreicht das Engagement des österreichischen Außenministeriums in der 580 Millionen-Wachstumsregion Südostasien und dient auch als Visitenkarte für die Stärken der österreichischen Wirtschaft in Indonesien.

Die feierliche Eröffnung des innovativen Gebäudes soll in einigen Monaten in Anwesenheit von Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger erfolgen. ■

<http://www.aussenministerium.at/jakarta>

Honorarkonsulat Hermannstadt eröffnet

Der österreichische Botschafter in Rumänien, Michael Schwarzingler, eröffnete am 7. Juni im Rahmen einer eindrucksvollen Feier ein neues Honorarkonsulat in Sibiu/Hermannstadt, der Kulturhauptstadt Europas 2007. Zum Honorarkonsul wurde Andreas Huber ernannt. Die Amtsräume befinden sich im historischen „Bischofshaus“ im Zentrum der Altstadt. Die Eröffnungsansprachen hielten Botschafter Schwarzingler, Sozialattachée Barbara Schöfnagel, Oberbürgermeister Klaus Johannis, Kreisratspräsident Martin Bottesch und Präfekt Trihenea Constantin. ■

68 Prozent für EU-Beitritt Kroatiens

Mit Kroatien würde ein Land Teil der Union werden, das auch von den Österreichern durchwegs mit positiven Gefühlen in der EU begrüßt würde. Dies zeigt eine Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik.

Die Österreicher stehen positiv zum EU-Beitritt Kroatiens – und das mit steigender Tendenz. Nur 18 Prozent sprachen sich im September 2010 gegen die kroatische Mitgliedschaft aus (12 Prozent war diese Frage „egal“). Im Jahr 2004 waren noch 34 Prozent explizit gegen den Beitritt des südosteuropäischen Landes. Je näher die EU-Mitgliedschaft rückt und je konkreter die Beitrittsperspektive wird, desto geringer wird auch die Skepsis der Österreicher.

Kroatien kommt auf deutlich höhere Zustimmungswerte als die früheren Beitrittsländer Tschechien, Slowakei, Bulgarien und Rumänien. Nur Ungarn hatte vor seinem Beitritt ähnlich hohe Zustimmungswerte. Die Gründe für die positive Stimmung gegenüber Kroatien sind vielfältig: Es gibt keine wesentlichen bilateralen Streitpunkte und auch die geographische und kulturelle Nähe spielt bei der Einschätzung der Österreicher eine Rolle.

Skepsis herrscht bei den Österreichern, was eine Erweiterung der EU um zusätzliche Länder betrifft. Im März 2010 lagen die Zustimmungswerte für Bosnien-Herzegovina bei 29 Prozent, für Montenegro bei 28 Prozent, für Serbien bei 25 Prozent, für Mazedonien (FYROM) bei 24 Prozent, für den Kosovo bei 20 Prozent und für Albanien bei 19 Prozent. ■

<http://www.oefge.at>

10 Jahre Euro-Münzen

Das Motiv der Gedenkmünze steht fest – und stammt von einem Österreicher!

Mit mehr als 50 ersten Plätzen und mehreren internationalen Titeln wäre Helmut Andexlinger in anderen Disziplinen längst ein gefeierter Star. In seiner Branche hoch angesehen, ist er der Allgemeinheit jedoch weitestgehend unbekannt. Was der junge Oberösterreicher so gut kann? Er macht Geld. Viel Geld. Nicht für sich, sondern für andere.

Helmut Andexlinger ist Münz-Designer in der Münze Österreich AG. Sein jüngster Erfolg ist auch sein bisher größter, wie er sagt. Für ihn persönlich und für Österreich. Denn ab Jänner 2012 werden in den Geldbörsen der 330 Mio. Bürger der Euro-Zone seine 2-Euro-Münzen klimpern. Das ist das von der Europäischen Kommission am 30. Juni vorgestellte Ergebnis einer Online-Abstimmung.

2012 jährt sich zum zehnten Mal die Einführung der Euro-Münzen und Banknoten. Diesem Anlaß widmen alle Euro-Länder die Ausgabe eines gemeinsamen, im gesamten Währungsraum gültigen 2-Euro-Stücks. Ab Jänner werden 90 Mio. der „Andexlinger-Münze“ in allen 17 Euro-Ländern in den Umlauf gebracht.

Einer Online-Abstimmung vorangegangen waren mehr als 800 Einreichungen aus dem gesamten Euro-Raum. Aus diesen wählten Experten fünf Motive, die ohne Angabe ihres Ursprungs zur Abstimmung im Internet standen. Die Regeln untersagten bis zur Bekanntgabe des Resultats, den Ursprung von Entwürfen zu nennen. „Weder meine Familie, noch Freunde und Kollegen wussten von meiner Einreichung“, verrät Andexlinger. „Als mein Entwurf dann unter den Top-Fünf zur Abstimmung stand, durfte ich erst recht nichts verraten.“ Über das endgültige Münzbild entschied allein das elektronische Voting. Von den 35.000 Teilneh-

mern aus allen Ländern entschieden sich 34 Prozent für das Münzdesign aus Österreich. „Ich selbst hab‘ übrigens nicht mitgestimmt.

als Währung mit weltweiter Bedeutung. Rundherum sind jene Lebensbereiche angeordnet, für die der Euro eine bedeutende

Rolle spielt. An erster Stelle stehen für Andexlinger ganz klar die Menschen. Sie stellt er in Form einer Familie und Wohnhäusern dar. Des weiteren symbolisieren Schiffe den Handel, das EZB-Gebäude die Finanzwelt und eine Fabrik die Industrie. Windräder zur Energiegewinnung betonen den Fortschritt, den der Euro mit ermöglicht. Dieses Münzbild wird um die Nennung des jeweiligen Ausgabelandes, um die Jahreszahl und um Andexlingers Monogramm ergänzt.

Helmut Andexlinger ist der jüngste Münz-Designer der Münze Österreich AG. 1973 in Linz geboren, konnte er schon während seiner Ausbildung an der HTL in Steyr

Wettbewerbe zur Gestaltung von Medaillen für sich entscheiden. Seit 1996 ist Andexlinger neben Thomas Pesendorfer und Herbert Wähner, zwei weitere oberösterreichische Münzgestalter mit Weltruf, bei der Münze Österreich AG für die Gestaltung von nationalen und internationalen Münzdesigns mitverantwortlich. Andexlinger ist vielfacher Träger internationaler Preise, etwa des „Best Gold Coin of the Year-Award“ aus den USA und des in Deutschland vergebenen „Münze des Jahres-Bewerbes“.

In der Münze Österreich AG werden alle österreichischen Euro- und Cent-Münzen produziert. Allein im Jahr 2010 waren es 441,6 Mio. Stück. Das Haus hat sich mit den weltweit erfolgreichen Anlagemünzen „Wiener Philharmoniker“ aus Gold und Silber sowie hochwertigen Münzen für Sammler einen Namen gemacht. Daneben erfreuen sich diese Produkte auch als Geschenke zunehmender Beliebtheit. ■

<http://austrian-mint.at>



Ich wollte dem Schicksal freien Lauf lassen“, läßt Andexlinger wissen.

Neben der vertrauten Seite mit der Europa-Karte zeigt Andexlingers Münzbild den Euro – genauer gesagt das Euro-Symbol –



Helmut Andexlinger

Foto: Münze Österreich AG

Foto Münze: ec.european commission 2011

17. AuslandsNiederösterreicherInnen-VIP-Treffen

30. August bis 1. September 2011 im NÖ Landhaus

St. Pölten – Generalthema: »Kommunikation 2011+«

Dienstag, 30. August 2011

bis 16.00 Uhr Eintreffen in St. Pölten - Check-in im Hotel Metropol

- 16.15 Uhr Bustransfer vom Hotel Metropol zum
Renaissanceschloß Schallaburg
- 17.15 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Venedig – Seemacht,
Kunst und Karneval“
- 18.30 Uhr Gemütliches Beisammensein für die ANÖ

Mittwoch, 31. August 2011

- 9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus
- 9.30 Uhr Eröffnungsveranstaltung im Ostrarrichisaal,
Haus 1A, 2. Stock
- Begrüßung: Peter de Martin, Leiter der Geschäfts-
stelle für AuslandsniederösterreicherInnen
 - Vortrag: GF und Chefredakteur Prof. Harald
Knabl, NÖ Pressehaus Druck- und Verlags-
gesellschaft m.b.H.
 - Vortrag: FH-Prof. Dipl.Ing. Markus Seidl,
Fachhochschule St. Pölten, Digitale Medien-
technologie
- Moderation: Tom Bläumauer
- 10.30 Uhr Kaffeepause
- 10.50 Uhr Beginn der Arbeitskreise - 1. Teil
- Wirtschaft & Technologie/Umwelttechnik
(Ostrarrichisaal)
Thema: „Kommunikationsverhalten – Änderun-
gen in den letzten Jahrzehnten, Kommunika-
tionskultur, multikulturelles Kommunikationsverhal-
ten“
Impulsreferat: Prof.Dr.Mag. Kolarz-Lakenbacher,
Siemens AG Österreich, Niederlassungsleitung
St. Pölten
Moderation: Mag. Herbert HALBWIDL
Im Rahmen des Arbeitskreises findet am Nach-
mittag eine Führung im ORF Landesstudio
Niederösterreich statt.
 - Kunst, Kultur & Wissenschaft
(Industrieviartelsaal)
Thema: „Die Kommunikation in den verschiede-
nen Genres der Kultur“
Impulsreferat: Wirkl.Hofrat Mag. Hermann
Dikowitsch, Leiter der Abteilung Kultur und
Wissenschaft
Moderation: Dr. Ilona Slawinski
Im Rahmen des Arbeitskreises findet am Nach-
mittag eine Führung im ORF Landesstudio
Niederösterreich statt.
 - Bildung & Jugend (Mostviertelsaal), Thema:

„Chancen und Risiken von Facebook & Co.“

Impulsreferat: Dipl.Ing. Johannes Weber,

Fa. internex GmbH in Gmünd

Moderation: Mag. Christina Kiehas

Im Rahmen des Arbeitskreises findet am Nach-
mittag eine Führung im ORF Landesstudio
Niederösterreich statt.

12.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen - 1. TEIL

anschl. Mittagsbuffet, NÖ Saal I und II, 2. Stock

14.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitskreise/Workshops – 2. Teil

**Im Rahmen der Arbeitskreise finden um 14.00,
15.00 und 16.00 Uhr Führungen im ORF
Landesstudio Niederösterreich statt.**

17.30 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen – 2. Teil

anschl. Vernissage der ANÖ-Ausstellung,

Haus 1A, Ausstellungsbrücke:

Prof. Peter Schmid, Niederlande

Maria Hofer und Louk Van Kooten, Niederlande

18.45 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus zum Hotel Metropol

19.00 Uhr Abendessen im Hotel Metropol

Donnerstag, 2. September 2009

- 9.00 Uhr Spaziergang bzw. Shuttlebus vom Hotel Metropol
zum NÖ Landhaus
- 9.30 Uhr Fortsetzung und gemeinsamer Abschluß aller
Arbeitskreise im NÖ Landhaus, Landtagssitzungssaal,
Haus 1b, 2. Stock
- Impulsreferat: „Wie kommuniziert das Land
Niederösterreich nach außen hin“,
Abteilung LAD1-Informationstechnologie
Moderation: Tom Bläumauer
- 10.20 Uhr Ende der Arbeitskreissitzungen
- Kaffeepause im Foyer des Landtagsschiffes
- 10.45 Uhr Abschlußveranstaltung mit Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, im Landtagssitzungssaal
Moderation: Tom Bläumauer
- Musik - Ensemble der Militärmusik Niederösterreich
- Begrüßung und Kurzbericht: Peter de Martin
- Präsentation der Ergebnisse der drei Workshops
- Festansprache von LH Dr. Erwin Pröll
 - Überreichung der ANÖ-Nadel an die erstmaligen
ANÖ-Teilnehmer
 - Schlußworte: Peter de Martin
- anschl. Mittagsempfang gegeben von Landeshauptmann
Dr. Erwin Pröll, Foyer des Landtagsschiffes
- 14.00 Uhr Transfer für die TeilnehmerInnen zum Hotel Metropol
bzw. Bahnhof St. Pölten. Evtl. Weiterreise zum Welt-
bundtreffen nach Wien (1. bis 4. September)

<http://www.noel.gv.at/aoe>

Weltbund-Tagung Auslandsösterreichertreffen 2011

1. bis 4. September 2011 in Wien

Der Weltbund veranstaltet jedes Jahr für seine Mitglieder und deren Freunde ein großes, internationales Treffen in Österreich, anlässlich dessen auch die Generalversammlung abgehalten wird. Es ist Tradition, daß diese Weltbund-Tagung im Wechsel immer in einem anderen Bundesland abgehalten wird. Neben den Arbeitssitzungen umfaßt das Programm ein reiches kulturelles Angebot und wird durch repräsentative Empfänge der offiziellen Stellen abgerundet. Sie haben die Möglichkeit sich über Internet für die Weltbund-Tagung/Auslandsösterreichertreffen 2011 in Wien anzumelden. Kontakt: Dr. Irmgard Helperstorfer.

http://www.weltbund.at/aktuelles_termine.asp

Donnerstag, 1. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Palais Ferstel,
Strauchgasse 4, 1010 Wien
- 14.00 - 16.00 Uhr **Stadtrundgänge**
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
Altstadt: „Entdecken Sie das alte Wien!“
Versteckte Hinterhöfe, alte Paläste, Spione
und Schmuggler, mit Beethoven und Goethe
gespickt usw.
Treffpunkt: Freyung/Schottenkirche
„Geheimnisse der Altstadt“
Mit dem Blutgassenviertel, vorbei an der
Synagoge, an ehemaligen Mozart-
Wohnstätten usw.
Treffpunkt: Freyung/Schottenkirche
- 19.00 Uhr **Abend im Schweizerhaus,**
Wiener Prater, Prater 116, 1020 Wien
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!

Freitag, 2. September 2011

- 09.00 - 18.00 Uhr **Registrierung:** Palais Ferstel,
Strauchgasse 4, 1010 Wien
- 09.00 - 10.00 Uhr **Führung durch die Staatsoper**
Ort: Staatsoper, Opernring 2, 1010 Wien
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
- 09.00 - 11.00 Uhr **Stadtrundgänge**
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!
Kunst & Architektur: „Architekturspazier-
gang: Von der Romanik bis zum Jugendstil“
Kostbarkeiten, Ein- und Ausblicke und span-
nende Besonderheiten ...
Treffpunkt: Stephansplatz (Ecke
Jasomirgottstraße)
**„Jugendstil und Jhdt.-Wende: Vom Loos-
haus zur Postsparkasse Otto Wagners“,**
Architektur und Interieur-Design.
Mit Innenbesichtigungen.
Treffpunkt: Albertinaplatz (bei Hrdlicka-
Denkmal)

„Der Dritte Mann: Wien auf den Spuren eines Filmklassikers“

Erleben Sie die Altstadt von Drehort zu Dreh-
ort: unkonventionell, lebendig und spannend!
Treffpunkt: U4 Stadtpark vis-à-vis Hotel
Intercontinental

- 14.00 - 18.00 Uhr **Generalversammlung 1. Teil**
Palais Ferstel, Strauchgasse 4, 1010 Wien
- 19.30 - 22.30 Uhr **Wien-Abend** auf Einladung des Bürger-
meisters und Landeshauptmannes
Dr. Michael Häupl beim Heurigen Wolff,
Rathstraße 50, 1190 Wien

Samstag, 3. September 2011

- 10.00 - 12.00 Uhr **Festakt mit Auszeichnung des „Auslands-
österreichers des Jahres 2010“** Ort:
Rathaus, Großer Festsaal, Eingang Lichten-
felsgasse, Aufgang Feststiege, 1080 Wien
- 12.15 Uhr **Festessen auf Einladung des Bundes-
ministers** für europäische und internationale
Angelegenheiten, Dr. Michael Spindelegger
Ort: Rathaukeller, Rathaus, 1080 Wien,
Eingang Rathausplatz 1
- 14.30 - 17.30 Uhr **Generalversammlung 2. Teil**
Palais Ferstel, Strauchgasse 4, 1010 Wien
- 20.30 Uhr **Abschlußball des Auslandsösterreich-
Weltbundes,** Ort: Rathaus, Großer Festsaal,
Eingang Lichtenfelsgasse, Aufgang
Feststiege, 1080 Wien

Sonntag, 4. September 2011

- 09.30 Uhr **Katholischer Gottesdienst** im Stephansdom,
Stephansplatz 1, 1010 Wien
- 10.00 Uhr **Evangelischer Gottesdienst** in der Evangeli-
schen Kirche, Dorotheergasse 18, 1010 Wien
- 12.00 Uhr **Abschlußmittagessen**
Ort: Brandauers Schloßbräu, Hietzing, Am
Platz 5, 1130 Wien, Essen € 20,- auf eigene
Rechnung; Getränke auf Rechnung des
AÖWB.
Verbindliche Anmeldung unbedingt erforderlich!

Gesamtverkehrskonzept

Niessl: »Schnelle Verbindungen und bequeme Pendlerstrecken sollen in Kombination mit Effektivität und Sparsamkeit im Südburgenland für ein umfassendes Angebot im Bereich des Öffentlichen Verkehrs sorgen.«

Um auch im südlichen Burgenland die Verbindungen im Öffentlichen Verkehr zu gewährleisten, wird nun eine genaue Bedarfserhebung durchgeführt und ein Schienengesamtverkehrskonzept erstellt, um zu sehen, wo Mankos vorherrschen und auch wo Doppelverkehre einzusparen sind. „Schnelle Verbindungen und bequeme Pendlerstrecken sollen in Kombination mit Effektivität und Sparsamkeit im Südburgenland für ein umfassendes Angebot im Bereich des Öffentlichen Verkehrs sorgen“, so Landeshauptmann Hans Niessl bei einer Pressekonferenz mit Verkehrskoordinator Peter Zinggl.

vor. Es wurden 650 Telefoninterviews mit BürgerInnen in zehn südburgenländischen Gemeinden geführt (Bildein, Eberau, Großmürbisch, Güssing, Heiligenbrunn, Inzenhof, Kleinmürbisch, Moschendorf, Strem und Tschanigraben). „Nun sollen gemeinsam mit den Gemeinden im Südburgenland die Ergebnisse evaluiert und bedarfsgerechte Maßnahmen – sowohl auf Gemeindeebene als auch auf Ebene des Landes – erarbeitet werden. Die Frage, die wir uns stellen müssen ist: Muß alles mit Linienverkehr geführt werden, oder gibt es Bereiche, wo die nötigen Fahrgastzahlen für einen Linienverkehr

auf Basis des im Burgenländischen Gesamtverkehrskonzept enthaltenen Taktknotenkonzeptes und unter Einbeziehung der Ergebnisse der Bedarfserhebung eine Optimierung des bestehenden Angebots erfolgen.

Neue Förderrichtlinie betreffend kommunale Regionalverkehrsvorhaben

Demnächst werden Förderrichtlinien präsentiert, die die Bedingungen festlegen, zu denen das Land Regionalverkehrsvorhaben der Gemeinden, insbesondere Gemeindebusse und ergänzende Linienverkehre, durch Übernahme von 25 bis 35 Prozent des Betriebsabgangs unterstützt.

Regionale Mobilität in den Dorferneuerungsrichtlinien

Auf Basis der zuletzt neu beschlossenen Dorferneuerungsrichtlinien können Gemeinden bei der Erstellung von Studien zum Mobilitätsbedarf sowie bei der Anschaffung von Bussen finanziell unterstützt werden.

Bahnstrecke Friedberg – Oberwart

Pendlerverkehre und der Verkehr nach Wien sind durch Ausweitung der Busverkehre sichergestellt. Künftig sind 22 Buspaare täglich auf dieser Strecke im Einsatz. „Die Abfahrtszeiten der neu geführten Busse orientieren sich an jenen des bisherigen Bahnverkehrs. Die Busse sind im Schnitt ca. 15 Minuten früher in Wien als die Bahn. Die Direktzüge nach Wien werden derzeit täglich von ca. 50 und die Busse nach Wien täglich von ca. 750 Pendlern genutzt. Auch der Schülerverkehr ist durch Führung zusätzlicher Busse sichergestellt.

„Mit dem Bus kommen die Pendler schneller und bequemer zu ihren Arbeitsplätzen. Die Kosten für die Eisenbahn belaufen sich pro Jahr auf rund 750.000 Euro – hier muß man im Sinne der Sparsamkeit und der Effektivität genau überprüfen, was sinnvoll ist. Es ist auch geplant, die Busse – zunächst in Form eines Pilotprojektes – auf Ökogas umzustellen. Dies könnte im Burgenland im Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing erzeugt werden und damit wäre der Bus auch eines der ökologischsten Fortbewegungsmittel“, so Niessl abschließend. ■



Foto: Bgld. Landesmedienervice

LH Hans Niessl (li.) und Verkehrskoordinator Peter Zinggl in Eisenstadt

Mehrere Punkte sollen die aktuellen Maßnahmen beinhalten. Das Burgenländische Gesamtverkehrskonzept wird durch ein Schienenverkehrsgesamtkonzept erweitert, das von Land, Bund und ÖBB gemeinsam erstellt wird. „Damit soll eine noch klarere Prioritätensetzung und Beurteilung bei künftigen Infrastrukturausbaumaßnahmen, Effizienzsteigerungsmaßnahmen und Leistungsrücknahmen möglich sein“, betont Niessl. Das Schienenverkehrsgesamtkonzept wird im Herbst vorliegen.

Bereits Ende Juni lagen die ersten Ergebnisse einer groß angelegten Bedarfserhebung zum öffentlichen Verkehr im Südburgenland

einfach nicht zusammengebracht werden und ein bedarfsorientiertes System mit Gemeindebussen die bessere und effizientere Lösung wäre?“, erläutert der burgenländische Verkehrskoordinator, Peter Zinggl.

»Südliches Burgenland«

Das Burgenländische Gesamtverkehrskonzept soll durch ein eigenes Gesamtverkehrskonzept für das südliche Burgenland ergänzt werden. Dieses Konzept wird gemeinsam mit der Verkehrsverbund Ostregion GmbH unter Einbindung von Verkehrsplannern erstellt. Es soll die neue Verkehrssituation im Südburgenland beurteilt werden und

Das hohe Niveau im Sozialbereich absichern

LR Rezar präsentiert Sozialbericht für den Zeitraum 2009 und 2010

Das Burgenland hat in den vergangenen Jahren im Sozialbereich eine äußerst dynamische Entwicklung genommen und zählt heute in etlichen Bereichen zu den am besten versorgten Bundesländern Österreichs. Dokumentiert werden diese Fakten im bereits vierten Burgenländischen Sozialbericht, der den Zeitraum 2009 und 2010 beleuchtet. Eine wichtige Maßnahme war die Erhöhung des Pflegegeldes um 4 bis 6 Prozent im Jahr 2009. Wegen der deutlich gestiegenen Nachfrage an Pflegeheimplätzen wurde ein umfangreiches Ausbauprogramm von Heimplätzen gestartet. Alleine im Jahr 2010 hat die öffentliche Hand insgesamt 120 Millionen Euro für die Pflegesicherung und Betreuung investiert. Und: erstmals erhalten auch Lehrlinge einen Fahrtkostenzuschuß.

„Als sozialpolitischer Meilenstein kann die österreichweite Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ab September 2010 bezeichnet werden. Damit wurden die bisher länderspezifisch unterschiedlich hohen Sozialhilfe-Richtsätze durch einheitliche Mindeststandards ersetzt. Für das Burgenland bedeutet dies eine wesentliche monatliche Erhöhung der finanziellen Unterstützungen. Auch erhalten jetzt alle LeistungsbezieherInnen eine E-Card und damit einen einfacheren Zugang zur gesundheitlichen Versorgung“, so Sozial- und Gesundheitslandesrat Peter Rezar in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit WHR Elvira Waniek-Kain, Leiterin des Hauptreferates Sozialwesen, und dem Autor des Sozialberichtes, Erich Craß. Die Ausweitung bereits bestehender Hilfsangebote, die Anhebung von Förderungen sowie die Schaffung neuer Unterstützungsstrukturen und gesetzlich abgesicherter Ansprüche hatten in den vergangenen Jahren die Entlastung breiter Bevölkerungsgruppen zum Ziel. Nun gelte es, dieses hohe Niveau abzusichern, betont Rezar.

Die öffentliche Hand hat im Jahre 2010 insgesamt 120 Millionen Euro in den Bereich Pflege investiert. Im Bereich der Jugendwohlfahrt wurden 1074 Minderjährigen Unterstützung der Erziehung gewährt.

Deutlich ausgeweitet wurde auch der BezieherInnenkreis für den Fahrtkostenzuschuß. So wurde die Mindestentfernung von



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Sozial- und Gesundheitslandesrat Peter Rezar und WHR Elvira Waniek-Kain, Leiterin Sozialwesen, mit dem Autor des Sozialberichtes, Erich Craß (v.l.)

25 km auf 20 km gesenkt und erstmals erhalten auch Lehrlinge einen Fahrtkostenzuschuß. Außerdem wurden im Bereich der Arbeitnehmerförderung – dazu gehören der Fahrtkostenzuschuß, die Lehrlingsförderung und die Qualifikationsförderung – 5375 Anträge positiv erledigt. 4751 Studierende haben im letzten Jahr einen Zuschuß zum Semesterticket erhalten. Dafür wurden 243.374 Euro aufgewendet.

Maßnahmenpaket zur Pflegevorsorge geschnürt

Eine wichtige Leistung, die immer mehr Menschen betrifft ist die Pflege. Der Landesrat: „Die Lebenserwartung ist erfreulicherweise gestiegen. Dies wirkt sich aber auch in einem deutlich höheren Bedarf an Pflege- und Betreuungsleistungen aus. Den weitaus größten Pflegedienst des Landes stellen die pflegenden Angehörigen dar. Deren Entlastung durch mehr grundlegende Information sowie durch Beratung und praktische Unterstützung im Pflegealltag kommt daher besondere Bedeutung zu.“ So wurde ab dem Jahr 2008 die Förderung für die kostenlose Pflegeberatung zu Hause stark angehoben und durch Ausweitung des Kreises

der Anspruchsberechtigten intensiviert. Die Senioren-Tagesbetreuung wurde weiter ausgebaut und der Zugang zu Unterstützungsleistungen vereinfacht.

Zur Bewältigung des Schnittstellenproblems beim Übergang von der Spitalspflege in den ambulanten Bereich wurde ab 2009 der flächendeckende Ausbau des Entlassungsmanagements in den Spitälern in Form eines Reformpool-Projektes realisiert. Dafür stehen nun im Burgenland in allen Krankenanstalten elf EntlassungsmanagerInnen zur Verfügung. „Diese Maßnahme bedeutet eine wesentliche finanzielle Entlastung der Krankenanstalten, weil Patienten nicht zu früh entlassen werden. Eine zu frühe Entlassung hat oft zur Folge, daß Patienten schnell wieder ins Spital kommen.“

Weitere 2009 umgesetzte wichtige Maßnahmen waren die Erhöhung des Pflegegeldes um 4 bis 6 Prozent sowie eine wesentliche Verbesserung bezüglich der Einstufungen von schwer geistig oder psychisch behinderten Personen und schwerstbehinderten Kindern und Jugendlichen. Zudem können Angehörige pflegebedürftiger Personen, die ihr Pflegegeld vom Land erhalten „Zuwendungen für pflegende Angehörige“

beanspruchen, wenn sie an der Erbringung der Pflegeleistung verhindert sind und „Ersatzpflege“ finanzieren müssen.

Die sogenannte „24-Stunden-Betreuung“ durch ausländische Hilfskräfte wurde legalisiert. Die als finanzielle Unterstützung der Legalisierungskosten vorgesehene Förderung betrug 2010 rund 3,4 Mio. Euro für 1.261 Personen. Das Land hat dazu 40 Prozent beigesteuert. Derzeit sind über 2970 Personenbetreuerinnen im Burgenland gewerblich gemeldet.

Abschaffung des Kinderregresses, mehr Heimplätze

Durch die Abschaffung des Kinderregresses ab 2009, der Zuzahlungspflicht von Kindern für die Heimunterbringung oder ambulante Pflege der Eltern, ist die Nachfrage nach Heimplätzen gestiegen. In fast allen Einrichtungen gab es deshalb Wartelisten. Um den Druck von den Einrichtungen zu nehmen und um zu gewährleisten, daß alle jene, die stationäre Pflege unbedingt benötigen, diese auch bekommen können, wurde als Bewilligungskriterium für die Übernahme der Pflegeheimkosten aus Sozialhilfemitteln, das Vorliegen von zumindest der Pflegestufe 4 festgelegt. In Härtefällen ist auch bei Vorliegen einer niedrigeren Pflegestufe eine Kostenübernahme möglich.

Wegen der deutlich gestiegenen Nachfrage an Heimplätzen wurde 2009 ein umfangreiches Ausbauprogramm von Heimplätzen gestartet. „Inzwischen befinden sich zehn Pflegeheime in Bau oder Umbau bzw. in der Planungsphase. Drei neue Heime – Deutschkreutz, Olbendorf und Eisenstadt – haben bereits Anfang 2009 den Betrieb aufgenommen und in vier Heimen – Kittsee, Gols, Nikitsch und Raiding – wurden die Plätze aufgestockt“, sagt Rezar.

Bund und Länder richten Pflegefonds ein

Pflegefonds Bund und Länder haben sich im März 2011 auf die Einrichtung eines Pflegefonds zur Sicherung und zum bedarfsgerechten Auf- und Ausbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebotes in der Langzeitpflege geeinigt. Zur Finanzierung der Mehraufwendungen in den Jahren 2011 bis 2014 werden insgesamt 685 Mio. Euro bereitgestellt, wovon zwei Drittel der Bund und ein Drittel Länder und Gemeinden beitragen.

Der Sozialbericht ist auf der Homepage des Landes Burgenland verfügbar unter <http://www.burgenland.at/berichte>

Gemeinsam mit Bratislava die Region stärken

Das Burgenland und die slowakische Metropole Bratislava bauen ihre Zusammenarbeit sukzessive aus.



Foto: Bgld. Landesmedien Service

Der Austausch von Geschenken ist Teil diplomatischer Gepflogenheiten: LH Hans Niessl (l.) mit dem Oberbürgermeister von Bratislava, Milan Ftáčnik.

Die Grundlage dafür gelegt wurde bei einem offiziellen Besuch einer Burgenland-Delegation mit LH Hans Niessl an der Spitze beim Oberbürgermeister von Bratislava, Milan Ftáčnik. Der thematische Bogen grenzüberschreitender Zusammenarbeit spannt sich vom Tourismus bis zur Wirtschaft, sagt Niessl. Diskutieren will man auch Kooperationen im Bildungsbereich und der Straßeninfrastruktur.

Der Grund für die verstärkte Zusammenarbeit ist ein pragmatischer, betont Niessl: „Ab 2013 will die EU verstärkt grenzüberschreitende Projekte fördern. Wir müssen regional denken. Das Burgenland hat eine zentrale Lage zwischen den beiden Städten Wien und Bratislava. Die slowakische Metropole ist schon allein wegen der räumlichen Nähe ein wichtiger Partner für das Burgenland – und Wien natürlich auch.“ Man müsse bereits jetzt ausloten, welche grenzüberschreitenden Projekte möglich seien und welche Fördermöglichkeiten die Europäischen Union bietet.

Wichtige Anknüpfungspunkte sind der Tourismus und die Wirtschaft, sagen Niessl und der Oberbürgermeister von Bratislava, Milan Ftáčnik unisono.

Als nächster Schritt sollen auf Beamtenebene Arbeitsgruppen mit burgenländischen und slowakischen Experten gebildet werden. Ins Boot holen will Niessl auch die Wirtschaftskammer und burgenländische Unternehmer. Aufgabe der Arbeitsgruppen wird sein, „Nägel mit Köpfen“ zu machen. „Schon im Sommer soll das eine oder andere Projekt auf die Reihe gebracht werden“, kündigt Niessl an. Die Experten sollen auch die Bereiche Bildung und Straßeninfrastruktur auf mögliche Kooperationen abklopfen.

„Die gesamte Region hat eine sehr gute Zukunftschance, sie ist auch besser durch die Wirtschaftskrise gekommen als andere Regionen Europas. Es geht auch darum, den Menschen die in dieser Region leben, eine hohe Lebensqualität zu bieten und ein hohes Einkommen zu ermöglichen“, so der burgenländische Landeshauptmann abschließend. ■

Vision für professionelle Ausbildung wird Realität

Benedek-Kaserne Bruckneudorf: Gleichenfeier für Neubau der Heerestruppendschule

Im Rahmen eines Festaktes erfolgte in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, mit Verteidigungsminister Norbert Darabos und Landeshauptmann Hans Niessl an der Spitze, am 1. Juni 2011 in der Benedek-Kaserne in Bruckneudorf die Gleichenfeier, das sogenannte Richtfest, für das neue Institutsgebäude der Heerestruppendschule, einer Einrichtung, die mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 28 Millionen Euro im Niedrigenergiehausstatus errichtet wird und wesentlich zur Modernisierung bzw. permanenten Weiterentwicklung des Österreichischen Bundesheeres beitragen soll. Die Fertigstellung ist für Ende 2011 geplant.

Bundesminister Darabos und Landeshauptmann Niessl würdigten in diesem Zusammenhang das Österreichische Bundesheer als stets national, aber auch international verlässlichen Partner, wenn es um den Erhalt von Frieden, Freiheit und Demokratie geht, wenn es zu Katastrophen kommt, oder wenn die Sicherheit der Burgenländerinnen und Burgenländer gewährleistet werden soll.

Mit der Realisierung der Heerestruppendschule soll den Anforderungen an die Soldaten des 21. Jahrhunderts durch eine Konzentration der Führung, Straffung der Ausbildung und Optimierung der Anforderungsprofile in dem Bereich der Waffen- und Fachausbildung Rechnung getragen werden. Während die Akademien des Österreichischen Bundesheeres die Basis der allgemeinen Führungsausbildung schaffen, soll im Bereich der Heerestruppendschule das nötige praktische Können für die Kommandanten in den Waffengattungen vermittelt werden. Die Heerestruppendschule soll hinkünftig das Schulzentrum des Österreichischen Bundesheeres für die qualifizierte und gefechts-technische Kaderaus- und -weiterbildung für den Bereich der Kampf- und Kampfunterstützungswaffengattungen sein.

Die Heerestruppendschule ist die Bildungseinrichtung für Führungskräfte der Waffengattungen Artillerie, Aufklärung, Jäger, Panzer und Panzergrenadier sowie Pioniere, konzentriert sich auf die praktische Ausbildung von der gefechts-technischen bis zur taktischen Ebene und stellt damit dem



Foto: Bgld. Landesmedienervice

Bundesminister Norbert Darabos (m.r.) und Landeshauptmann Hans Niessl (m.l.) mit zahlreichen Fest- und Ehrengästen bei der Gleichenfeier



Foto: B18-Architekten - Franz Bernhart, Christian Krakora

Bis 2012 werden mehr als 12 Millionen Euro in die Errichtung der neuen Heerestruppendschule Bruckneudorf investiert werden.

Österreichischen Bundesheer bestens ausgebildete Kommandanten zur Erfüllung der Einsatzaufgaben bereit. Sie ist maßgeblicher Träger des Kampfes der verbundenen Waf-

fen im Bereich der Ausbildung und stellt folglich Synergien im Sinne einer waffengattungsübergreifenden Zusammenarbeit sicher. ■

Grenzenlos mobil vernetzt

Neuer GreMo-Seebus macht touristische Highlights ganzjährig erreichbar



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Bgm. Andreas Steiner (Podersdorf), Dietmar Keller (GF Neusiedler See Tourismus), Roman Michalek (Mobilitätszentrale Burgenland), Bgm. Josef Zinl (Frauenkirchen), Alois Ometzberger (ÖBB Postbus), KR Heinz Stiasny (GF Postbus GmbH), Landeshauptmann Hans Niessl, KR Bert Jandl (VILA VITA Pannonia), Klaus Hofmann (GF St. Martins Therme & Lodge), Bgm. Helmut Huber (Wallern) und Walter Gisch (GF Podersdorf Tourismus)

Bahn – Bus – Fahrrad – Fähr – vernetzt und aufeinander abgestimmt! So präsentiert sich die Region Neusiedler See – Seewinkel ab dem 2. Juli 2011 und zwar mit dem neuen GreMo-Seebus 365 Tage im Jahr. „Die Welterbergregion rund um den Neusiedler See und insbesondere der grenzüberschreitende Nationalpark ist vor allem für Fahrradfahrer und Naturliebhaber eine beliebte Ausflugs- und Urlaubsdestination. Das Projekt ‚GreMo – grenzenlos mobil am See‘ vernetzt sämtliche touristische Highlights der Region und macht sie für alle Besucher ohne Pkw erreichbar“, so Landeshauptmann Hans Niessl im Rahmen der Präsentation dieses innovativen Projektes im Feriendorf Vila Vita Pannonia.

Der Probebetrieb im Rahmen des ETZ-Projektes „GreMo-Pannonia“ läuft bis 30. November 2012. Ziel ist es, den Bus bis dahin sowohl für Touristen, als auch für die einheimische Bevölkerung zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Mobilität in der Region Neusiedler See – Seewinkel zu etablieren. Ausgehend vom Bahnhof Frauenkirchen dreht der GreMo-Seebus vier Mal täglich seine Runde und bringt Touristen sowie Einheimische in die St. Martins Therme, zum Zicksee, über Wallern zum Feriendorf VILA VITA Pannonia, nach Apetlon und Illmitz bis nach Podersdorf zum Strandplatz und wieder zum Bahnhof Frauenkirchen.

Der Probebetrieb für den GreMo-Seebus ist gleichzeitig ein Testlauf für die derzeit in Ausarbeitung befindliche neue Förderricht-

linie für den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr. Dabei werden Kriterien festgelegt, die über einen Weiterbetrieb nach Beendigung der Testphase entscheiden. Im Zuge der Projektentwicklung für den GreMo-Seebus wurde deshalb besonders auf die Vernetzung bestehender Angebote bzw. auf die Verknüpfung mit dem überregionalen Bahnverkehr geachtet. So wird es in Zukunft möglich sein, beispielsweise in weniger als 90 Minuten vom Wiener Südbahnhof in die St. Martins Therme zu kommen.

Neben einer Verlinkung der wichtigsten touristischen Angebote abseits der Bahnstrecke der Neusiedler Seebahn wurden die Haltestellen weitgehend im Bereich von „nextbike Verleihstellen“ situiert, wobei über den Fährhafen in Illmitz aber auch das Westufer des Sees an dieses neu geschaffene System angebunden werden soll. Der grenzüberschreitende Charakter dieses im Rahmen des ETZ Österreich-Ungarn Programms umgesetzte Projekt kommt durch die Anbindung des gesamten Raumes zwischen Kapuvár und Sopron über den Bahnhof Fertőszentmiklós zum Ausdruck.

Bei der Fahrpreisgestaltung für den GreMo-Seebus wurde auf die geltende Tarifstruktur des Verkehrsverbundes Ostregion Rücksicht genommen. So kostet die Einzelfahrt für Erwachsene 1,80 Euro, für Kinder die Hälfte. Mit der Neusiedler See Tourismus GmbH konnte eine Vereinbarung getroffen werden, daß Inhaber der Neusiedler See Card das neue Angebot, ebenso wie alle

anderen öffentlichen Verkehrsmittel der Region, gratis in Anspruch nehmen können. Dazu der Landeshauptmann abschließend: „Damit wird kostengünstig ein sehr komfortables Angebot einer bequemen und umweltfreundlichen Mobilität geschaffen, denn unser vordergründiges Ziel ist es, die wirtschaftliche Dynamik und die touristischen Bemühungen in dieser Region mit den Interessen der Natur und des Umweltschutzes in Einklang zu bringen und durch Vernetzung den Mobilitätsbedürfnissen, aber auch der besonderen ökologischen Bedeutung des Weltkulturerbes gerecht werden.“

Das Projekt „Grenzüberschreitende Mobilität Burgenland – Westungarn“ („GreMo-Pannonia“) ist ein Projekt der bgld. Landesregierung mit der Raaberbahn AG, dem Verkehrsverbund Ostregion und der ÖBB Postbus GmbH mit der ÖBB Personenverkehr AG im Rahmen des EU-Programms grenzüberschreitenden Kooperation Österreich-Ungarn 2007-2013 „creating the future“. Das EU geförderte ETZ-Programm (Europäische Territoriale Zusammenarbeit) unterstützt grenzüberschreitende Kooperationsprojekte im Grenzraum Österreich-Ungarn. Ziel des Programms ist es, die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Kontakte im Grenzraum Österreich-Ungarn zu intensivieren, um die regionale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die regionalen Disparitäten zu vermindern. ■

<http://www.b-mobil.info>

Jubiläum als Motivation für die Zukunft

Franz Liszt, Universalgenie aus Raiding, war einer der progressivsten Musiker seiner Zeit, eine der zentralen Figuren des 19. Jahrhunderts, ein Erneuerer und Visionär. In den vergangenen Jahren hat sich das Liszt Festival Raiding als eine der international vielbeachteten und wichtigsten Spielstätten für die Musik von Franz Liszt etabliert. Besonders im Jubiläumsjahr 2011 konnte eine Vielzahl an kulturellen Aktivitäten im Burgenland die Menschen für das Genie aus Raiding begeistern und ihnen sein Leben und Wirken näher bringen. 2012 sollen dem Publikum wieder in der Struktur des bewährten 4-Jahreszeiten-Festivals viele neue, außergewöhnliche, spannende und interessante Aspekte des gigantischen Oeuvres Franz Liszts zu Gehör gebracht werden.

„Mit dem Bau des Konzerthauses in Raiding, der Neugestaltung des Museums im Geburtshaus sowie einer Neuausrichtung des jährlichen Festivalprogramms haben wir in den vergangenen Jahren die Grundlagen für eine Intensivierung der Liszt-Pflege im Burgenland geschaffen, die im Liszt-Jahr ‚Lisztomania 2011‘ ihren Höhepunkt erreicht. Das Leben und Werk des großen Meisters wird sowohl an seinem Geburtsort, als auch im ganzen Land dargestellt. Durch dieses besondere Kulturjahr werden sowohl die künstlerischen, als auch die kulturtouristischen Bemühungen des Landes Burgenland fortgesetzt. Mit erstklassigen Pianisten, außergewöhnlichen Ensembles, Meistern der Stimme und genialen Chören schließt das Liszt Festival Raiding 2012 qualitativ nahtlos an das Jubiläumsjahr an“, betonte Kulturlandesrat Helmut Bieler.



Foto: Bgld. LandesmedienService

GF Josef Wiedenhofer, Kulturlandesrat Helmut Bieler, Intendant Johannes Kutrowatz, Herbert Czech und Waldquelle-GF, Intendant Eduard Kutrowatz (v.l.)

Unter dem Motto „Liszt & Schubert“ stehen im Januar mit außergewöhnlichen Künstlern und zahlreichen Werken der Klavier-, Chor- und Kammermusik die Beziehungen zwischen den beiden großen Komponisten im Mittelpunkt. Goethes titanenhafter „Faust“ ist Namensgeber für die Konzerte im März, wobei alle drei Ebenen des Faustischen als wichtige Aspekte des Lebens und der Werke Liszts dargestellt werden: das Streben nach Größe und Unsterblichkeit, das ewig Weibliche, aber auch die latente Gefahr des teuflisch Zerstörerischen.

Im Juni wird die „Russische Seele“ aus verschiedensten Perspektiven beleuchtet und stellen Franz Liszt in Bezug zu Tschaiowsky, Mussorgsky und Rachmaninoff; Novum sind dabei die „LISZT MaraTÖNE“,

bei denen gleich drei herausragende junge Pianisten zu hören sind. Die „Pilgerjahre“ als Motto der Konzerte im Oktober versprechen mit dem berührenden „Brahms-Requiem“, allen drei Bänden der „Années de pèlerinage“ sowie den Ungarischen Rhapsodien in der Orchesterfassung von Franz Liszt ein Höchstmaß an Gesangskultur, romantischer Klavierkunst und orchestraler Klangpracht. Abonnements für das Liszt Festival Raiding 2012 sind ab sofort erhältlich.

Der Einzelkartenverkauf wird im September 2011 starten. Der burgenländische Getränkehersteller „Waldquelle“ wird mit vier Millionen Etiketten auf seinen Mineralwasserflaschen kräftig die Werbetrommel rühren.

<http://www.lisztomania.at>

Songtexte gegen Gewalt

Beim international ausgeschriebenen Literaturwettbewerb „Goldenes Kleeblatt gegen Gewalt“ wurden heuer Song- und Liedertexte gegen Gewalt gesucht. Die TeilnehmerInnen waren diesmal eingeladen, das Thema Gewalt aufzuarbeiten. Im Landesmuseum überreichte Landesrätin Verena Dunst die diesjährigen Preise. Julia Jeraldine Heinemann, Michael Bohlmann und Gabi Eder wurden für ihre Werke ausgezeichnet. „Ich gratuliere den GewinnerInnen ganz herzlich und bedanke mich für das großartige Engagement gegen Gewalt. Weiters bedanke ich mich auch bei der Jury, die die schwere Aufgabe hatte, die besten Werke aus den vielen guten Beiträgen herauszufiltern.“

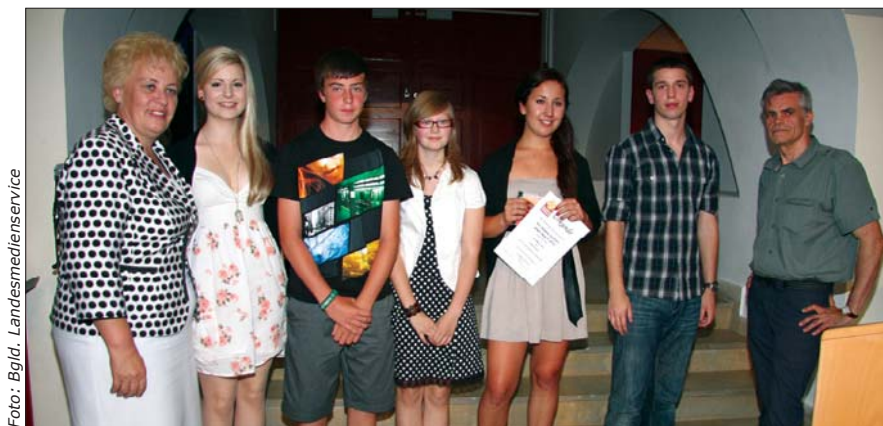


Foto: Bgld. LandesmedienService

Landesrätin Verena Dunst mit Julia Jeraldine Heinemann und Kinder- und Jugendanwältin Christian Reumann (Forum Gewaltfreies Burgenland) bei der Preisverleihung

BEWAG baut weltgrößte Windkraftanlage

Burgenland und die BEWAG Gruppe als Vorreiter bei der Nutzung der Windkraft.

Verantwortungsvolle Energiepolitik muß auf die unerschöpflichen Quellen der Natur setzen“, meint Michael Gerbavits, Vorstandssprecher der BEWAG Gruppe und erklärt: „Das Burgenland zeigt vor, welches Potential die Windkraft bietet, wenn die Rahmenbedingungen stimmen.“ Diesen Weg hat die BEWAG zusammen mit den Verantwortlichen des Burgenlandes bereits vor Jahren eingeschlagen. Die BEWAG liefert ihren Kunden nachweislich 100 Prozent Ökostrom aus Österreich. Gerbavits: „Mit unseren Ausbauplänen sind wir Partner des Landes bei der Umsetzung der ‚Strategie 2013‘. Ziel ist es, so viel Strom aus erneuerbaren Energien zu erzeugen, wie im Land verbraucht wird. Das Burgenland wird so Öko-Nummer eins in Europa!“

Die erste Wind-Ausbaustufe zwischen 2003 und 2005 hat das Burgenland zu einem Ökoland gemacht. Im Burgenland drehen sich heute 206 Windenergieanlagen, 138 davon mit einer Leistung von 242 MW gehören der BEWAG Tochter Austrian Wind Power. Mit der Errichtung der beiden Anlagen vom Typ Enercon E126 und weiteren 200 Megawatt Windkraftleistung in der Pipeline baut die Austrian Wind Power ihre Führungsposition aus.

Foto: Burgenländische Elektrizitätswirtschafts-Aktiengesellschaft (BEWAG)



High-Tech-Produkt E 126

Im Burgenland in Potzneusiedl werden zwei Enercon-Anlagen des Typs E 126 errichtet. Mit einer Leistung von je 7,5 MW stehen dann zwei der drei weltweit größten High-Tech-Anlagen im Burgenland und liefern pro Anlage Strom für mehr als 4.000 Haushalte. „Den derzeitigen österreichischen Marktanteil von knapp 50 Prozent wird Enercon in den nächsten Jahren noch weiter ausbauen“, erwartet Frank Ihme, Vertriebsleiter für Osteuropa und Österreich von Enercon. „Deswegen haben wir unser Service Center im Burgenland angesiedelt, hier werden wir bis zu 200 nachhaltige, hoch qualifizierte Jobs schaffen sowie gezielte Lehrlingsqualifizierungsmaßnahmen vornehmen.“

Beeindruckend sind die technischen Daten. Alleine das Fundament der Anlage hat einen Durchmesser von 29 Metern, das Be-

tonvolumen beträgt 1400 m³ und der Bewehrungsstahl wiegt 120 Tonnen. „Wir sind sehr stolz darauf, Hersteller der größten Windkraftanlagen der Welt zu sein und daß wir diese Anlagen gemeinsam mit der Austrian Wind Power als Forschungsstation betreiben.“, so Ihme.

Die Austrian Wind Power hat die Behördenverfahren für weitere 200 Megawatt Leistung abgeschlossen und die Turbinenlieferungen vertraglich gesichert. In den nächsten drei Jahren plant das Unternehmen Investitionen in Windprojekte von rund 350 Mio. Euro. Rechnet man die Projekte anderer Windstromerzeuger dazu, werden im Burgenland in den nächsten Jahren mehr als 520 MW errichtet. Der Anlagentyp der nächsten Ausbaugeneration wird eine 3 MW Maschine mit einem Rotordurchmesser von 101 Metern sein, die Strom für 1.800 Haushalte erzeugt.

Positive Ökostromnovelle entscheidend für die Zukunft

„Die Windkraft könnte einen bedeutenden zusätzlichen Beitrag für eine saubere und sichere Stromversorgung in Österreich leisten. Es braucht eine klare Entscheidung der Politik für optimale Rahmenbedingungen beim neuen Ökostromgesetz. In den letzten Wochen wurde der Entwurf für ein Ökostromgesetz 2012 bereits deutlich verbessert“, erklärt Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft, und führt weiter aus: „Es bedarf noch der Anpassung weniger, aber entscheidender Details, dann ist das neue Gesetz ein Erfolg.“

Endgültig könne dies jedoch erst nach dem Beschluß im Nationalrat und nach erfolgreicher Verhandlung mit der EU-Kommission im Notifizierungsverfahren beurteilt werden. ■

<http://www.bewag.at>

Die Geschichte des Burgenlandes

Anlässlich des Jubiläums »90 Jahre Burgenland« im Jahr 2011 setzen wir mit Teil 5 unsere Serie fort mit Industrie und Gewerbe im 19. Jahrhundert, der einsetzenden Auswanderung und dem Beginn der Sommerfrische.

Von Michael Floiger, Karl Heinz Gober, Oswald Guber, Hugo Huber und Josef Naray*)

Industrie- und Gewerbestandorte

Die Industriebetriebe des 19. Jahrhunderts im westungarischen Raum waren Produktionsstätten, die an die Rohstoffe gebunden waren.

Der Braunkohlebergbau war an die Kohlevorkommen in Neufeld a. d. Leitha, in Ritzing/Helenenschacht, in Mariasdorf/Tauchen, Unterkohlstätten, Schreibersdorf, Henndorf, Bubendorf-Kogl-Pilgersdorf, Karl, Neckenmarkt und Siegraben gebunden.

Den Antimonbergbau in Neustift und Schlaining gab es schon seit 1770, einen geordneten Abbau erst seit 1859. Erst im Jahre 1990 wurde der einst blühende Bergbau eingestellt. Heute finden einige „Kumpel“ Arbeit im Kur- und Thermenhotel Bad Tatzmannsdorf. Um Bernstein arbeitete bereits Mitte des 16. Jahrhunderts ein Schwefelkiesbergwerk, in Glashütten bei Schlaining wurde Schwefelkies- und Kupferbergbau betrieben. In den Jahren 1855/56 sollen in Bernstein 20 q Mineralfarben („q“ ist ein Erzgewicht; 20 q entsprechen etwa 11.320 Kilogramm, Anm.) erzeugt worden sein. In Redlschlag eröffnete man 1907 ein Kupferbergwerk.

Um die Jahrhundertwende entdeckte der Rechnitzer Kaufmann Karl Marx in seinem Gemeindegebiet eine Asbestlagerstätte. 1902 begann man mit den Schürfungen.

In der Stein- und keramischen Industrie waren die Ziegeleien in Walbersdorf (Jahresproduktion: 3,6 Mio Stück Ziegel), in Neufeld, Wimpassing, Lutzmannsburg, Großpetersdorf, Kulm, St. Michael, Deutsch Minihof, Güssing, Jennersdorf, Neusiedl/See und Kittsee die wichtigsten.

Der „Römersteinbruch St. Margarethen“ erreichte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die Ringstraßenbauten in Wien enormen Auschwung. Eine rege Bautätigkeit



*) Wir haben – mit freundlicher Genehmigung des Burgenländischen Landesarchivs, des Landesschulrats für Burgenland und des Verlags Ed. Hölzel Gesellschaft m.b.H. Nfg KG, Wien, – Text und Bilder dieser Serie dem Lehrbuch für die Unterstufe „Geschichte des Burgenlandes“ entnommen.

setzte in Wien ein. Das Rathaus, der Justizpalast, das Natur- und Kunsthistorische Museum, die Votivkirche, die Staatsoper und viele Palais wurden aus St. Margarether Kalksandstein erbaut. Sehr gefragt war der Kalksandstein auch in Preßburg, Ödenburg, Raab und Steinamanger.

Im Jahre 1889 errichtete der Ödenburger Großhändler und Fabriksbesitzer Samuel Lennck am Leithagebirge bei Müllendorf eine Kalkbrennerei und eine Kreidefabrik. Die Nachfrage nach Schlämmerkreide für die Gummi- und Chemiefabriken in Wien und Budapest war sehr groß. Müllendorf hatte seit 1879 einen Bahnanschluß; daher kam es 1898 in der Nähe des Bahnhofes zur Errichtung der „Müllendorfer Schlamm-Kreide-Fabrik“.

Der Tonabbau in Stoob führte dort 1893 zum Aufbau einer „Tonfachschule“. Fürst Paul Esterházy ließ 1896 eine Tonwarenfabrik errichten, wo auch Sparherde und Kachelöfen erzeugt wurden.

Der Serpentin in Bernstein ist schon aus der Jungsteinzeit bekannt. Seit 1860 versuchte Josef Höfer aus diesem hell- bis dunkelgrünen Gestein Schmuck und Ziergegenstände herzustellen. Für die damaligen Kurgäste aus Tatzmannsdorf waren diese Produkte begehrte Kaufobjekte.

Im Bereich des Hansags wurde Torf abgebaut. Erzherzog Albrecht gewann bei Andau ab 1880 jährlich ca. 15.000 bis 16.000 q Torf (≈ 8500 bis 9000 to).

Die chemische Industrie hatte ihre Zentren in Neudörf, Neufeld, Pinkafeld, Zurndorf, Bernstein und Eisenstadt.

Johann Knura erwarb um 1880 die bedeutendste Zündwarenfabrik Ungarns in Neudörf a. d. Leitha. In Zurndorf errichtete 1887 die Firma Schmückher u. Co. eine Meganit-(Dynamit)-Fabrik, die bis nach dem Ersten Weltkrieg bestand. Schon 1885 errichtete Johann Medinger in Neufeld a. d. Leitha eine Weinsäurefabrik, die nach einigen Erweiterungen zu einer der bedeutendsten chemischen Fabriken in der Doppelmonarchie wurde und heute als „Waldheim-Chemie“ noch besteht.

Im Jahre 1911 wurde in Kittsee eine Asphalt- und Bitumenfabrik errichtet, die bis zum Ersten Weltkrieg betrieben wurde.

In der Holzverarbeitung waren die Orte mit Dampfsägewerken in Lockenhaus, Lackenbach, Oberwart, Stegersbach und Güssing führend.

Große Getreidemühlen gab es in Frauenkirchen, Trausdorf, Wulkaprodersdorf, Matersdorf, Pöttelsdorf, Lackenbach, Necken-

markt, Großwarasdorf, Strebersdorf, Antau, Oslip, Markt Allhau, Stegersbach, Rudersdorf und Urbersdorf.

Die Zuckerfabrik in Hirm wurde von Peter Daniel Rothermann gemeinsam mit seinem Schwager Ignaz Hartig, seinem Schwieger-



Ritzinger Helenenschlacht – Braunkohletagebau



Ringziegelofen in Lutzmannsburg



Römersteinbruch St. Margarethen

sohn Conrad Patzenhofer und Ernst Bauer 1850 als „erste ungarische Zuckerfabrik“ gegründet. Die Siegendorfer Zuckerfabrik wurde 1853 von Conrad Patzenhofer mit Josef Baechle gegründet, nachdem 1852 ein Rübenliefervertrag mit dem Gutspächter in Siegendorf geschlossen worden war.

Die Nutzung der Mineral- oder Sauerquellen erfolgte neben den bekannten „Cur-Orten“ Sauerbrunn und Tatzmannsdorf auch in Sulz bei Güssing, wo es auch seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts einen „Cur-Betrieb“ mit mehrmaligem Besitzerwechsel gab. Bis zur Gegenwart liefert die „Vitaquelle“ das begehrte „Güssinger-Mineralwasser“.

Oberwart war das Zentrum der Eisen- und Stahlwarenerzeugung: im Eisenhammerwerk Karl und Julius Fuith wurden Beile, Äxte, Hauen, Hacken und Bohrer erzeugt, bei Josef Dirnbeck wurden Gebrauchswerkzeuge – Meisel, Zangen und Bohrer – hergestellt. Johann Fülöp jun. erzeugte Taschenmesser und Dessertbestecke.

Pinkafeld entwickelte sich zum „Schlosser-Zentrum“: die Schlosser „schlossen“ sich zusammen und verkauften Fensterbeschläge und Eisengeräte in ganz Westungarn.

In Eisenstadt arbeitete sich Ignaz Nuss vom Kupferschmied zum Hersteller von Feuerlösch- und Wasserinstallationsgeräten empor. Diese Betriebsgründung war für die um 1890 gegründeten westungarischen Feuerwehren von größter Bedeutung.

In St. Gotthard und in Jennersdorf entstanden Uhrenfabriken. 1895 errichtete die Schweizer Uhrenfirma Bellemont und Comp, in St. Gotthard (Szentgotthard) mit vier weiteren Schweizer Firmen eine Uhrenfabrik, die einzige in Ungarn. 1912-1914 bestand in Jennersdorf eine Außenstelle der St. Gottharder Uhrenfabrik. Täglich wurden von 30 Mitarbeitern 144 „Roskopf-Uhren“ mit der Gravur „Exposition Jennersdorf“ erzeugt.

In der Textilindustrie bedeutend waren die Tuchmacher in Lockenhaus, Rechnitz und Pinkafeld. Die Kotzen- und Lodenfabrik Ferdinand Lirsch – Theodor Martin war aus der Tuchmachergenossenschaft (seit 1878) Pinkafeld hervorgegangen.

Der Kaufmann Alexander Putsch richtete in Pinkafeld in einer aufgelassenen Papierfabrik eine Kotzenfabrik ein. Sie war die größte Tuch- und Kotzenfabrik im Ödenburger Kammerbezirk und beschäftigte 1896 50 Facharbeiter und 30 Tagelöhner. In Güssing entstand 1904 eine Seidenfabrik, in Neudörf 1906 eine Fabrik für Militär- und Uniform-



Saisonarbeiter bei der Getreideernte werden vom Gutsverwalter kontrolliert.

bekleidung und 1909 die „Erste ungarische mechanische Putzbaumwollfabrik Brüder Preis & Co“. Letztere wurde 1917 um eine Spinnerei, Zwirnerei und Färberei erweitert.

Eine der größten Fabriken Westungarns war die Jutefabrik in Neufeld a. d. Leitha (1899 erbaut), die über 2000 Mitarbeiter beschäftigte. 1903 errichtete Johann Huber aus Böhmen in Wimpassing a. d. Leitha die „Erste ungarische Seidenfabrik“. Wegen finanzieller Schwierigkeiten wurde 1907 die Produktion eingestellt. 1911 übernahm sie die „Vereinigte Bandfabriken AG“, die sie zu einer Herrenhutschleifenweberei umbaute.

Um den ungarischen Bedarf an wasserdichten Stoffen, Plachen und Zelten zu decken, übernahm 1904 die Wiener Firma „M. J. Elsinger und Söhne“ in Neudorf a. d. Leitha die ehemalige Zunderfabrik und begann die Erzeugung von wasserdichten Webstoffen.

In der „Lendvaischen Posamentier-Fabrik“ Neudorf stand 1905 durch Sigmund Lendvay die Erzeugung von Militär- und Uniformartikeln im Vordergrund. Johann Schwarz errichtete 1863 in einer aufgelassenen Spinnerei in Unterwaltersdorf eine Bandfabrik, wo er Frauen aus dem Ort und aus dem nicht weit entfernten Hornstein (damals bei Westungarn) beschäftigte. Die Frauen aus Hornstein waren Wochenpendler. Für sie schuf er im Werksgelände Unterkünfte, wo sie von Montag bis Samstag wohnten. Für die Mitarbeiter gründete er eine billige Betriebskrankenkasse und eine Lehrlingschule, in der die Lehrlinge von ihren Meistern im Bandweben unterrichtet wurden. Die gute Ausbildung seiner Mitarbeiter

war für Johann Schwarz die Basis seines Unternehmens. 1905 errichtete die Firma Johann Schwarz und Sohn in Hornstein eine Bandfabrik, die Herrenhutbänder erzeugte.

Auf der Suche nach Arbeit ...

Landwirtschaftliche Wanderarbeiter

Seit dem 16. Jahrhundert waren die Eigenwirtschaften der Grundherren angewachsen. Für deren Bewirtschaftung bedurfte es eines großen Arbeitsaufwandes. Die



Dreschen am Gutshof – die Mechanisierung der Landwirtschaft setzte zuerst an den Gutshöfen ein.

Untertanen leisteten durch ihre Roboten die notwendigsten Arbeiten. Aber für bestimmte Arbeiten zogen die Grundherren allmählich Arbeiter heran, welche sie entlohnten. Die Entlohnung bestand aus Geld und/oder Naturalien.

Nach der sogenannten Bauernbefreiung im Jahre 1848 mussten nun die Bauern ihren ehemaligen Grundherren keine Roboten mehr leisten. Die Arbeit auf den Gutshöfen (Meierhöfen) verrichteten ab nun ausschließ-

lich Lohnarbeiter. Und der Bedarf an Arbeitskräften stieg nach 1848 außerdem noch stark an, weil die Gutshöfe ihre Wirtschaften intensivierten. Erfolgte die Bewirtschaftung der herrschaftlichen Güter lange Zeit extensiv (Schafzucht, Getreidebau), so begann sich durch eine stärkere Orientierung auf die



Sämaschine von Ochsen gezogen – nur Gutshöfe konnten sich teure Geräte leisten.

Absatzmärkte die intensive Bewirtschaftung durchzusetzen. Es wurden zum Beispiel neue Fruchtfolgen eingeführt, Weideland in Ackerland umgewandelt, sowie Vieh- und Milchwirtschaft betrieben.



Im Seewinkel führten Pferdebahnen zu den größeren Gutshöfen – im Bild in Frauenkirchen.



Ebenfalls in Frauenkirchen wurde dieses Ochsespann aufgenommen.

Es entstanden viele neue Gutshöfe. Ein enormer Zuzug von Landarbeitern war die Folge. Um das Gebäude des Gutsverwalters gruppierten sich bald kleine geschlossenen Wohnsiedlungen der ständig beschäftigten Landarbeiter. Auf manchen Gutshöfen richtete man für die Kinder sogar eine Schule ein! Auf einigen großen Gutshöfen lebten

ständig hunderte Leute. Unter diesen sogenannten Hofleuten herrschte eine deutliche gesellschaftliche Abstufung: etwa vom Gazda („Schaffer“) über die Schweinemeister, Melker, Pferde- und Ochsenknechte hinunter bis zum niedrigsten Schweinehirten.

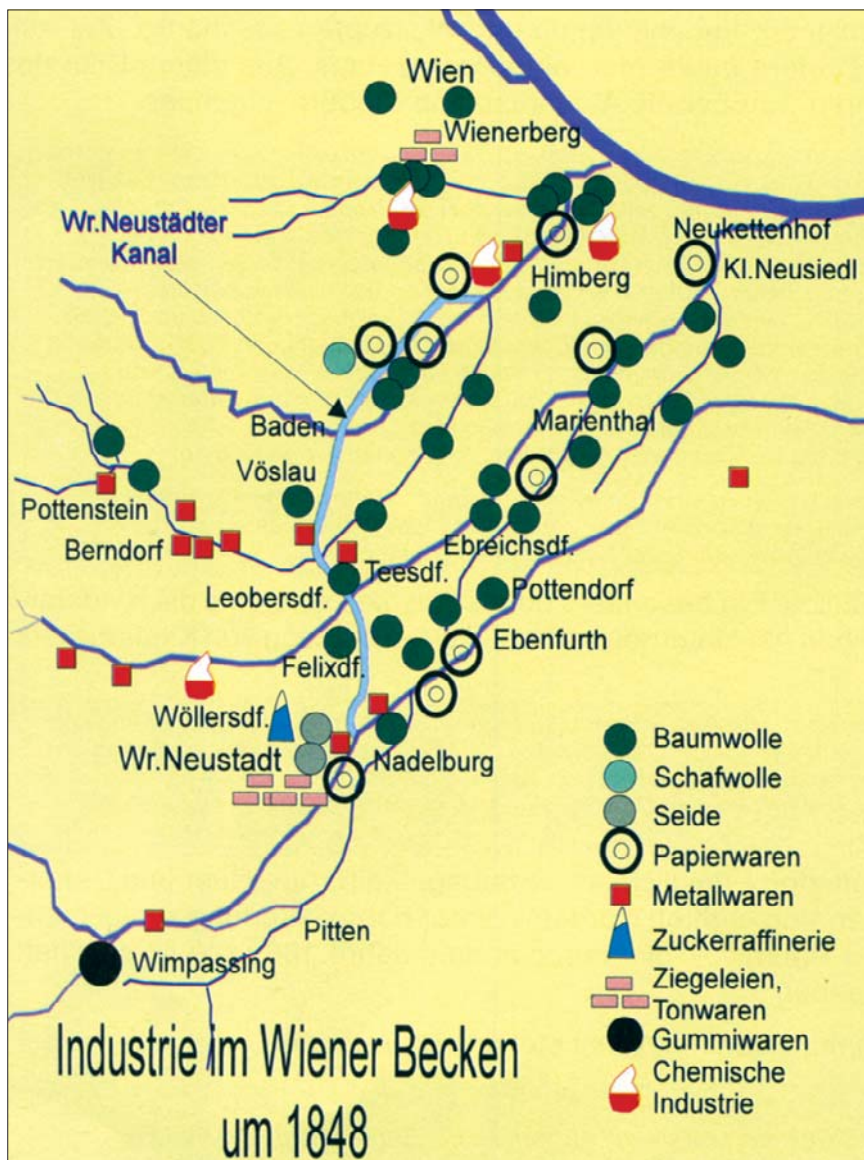
Zu den Arbeitsspitzen, etwa zur Getreideernte, benötigten die Gutshöfe zusätzlich zu den Hofleuten noch Saisonarbeiter. Diese landwirtschaftlichen Wanderarbeiter kamen oft aus weit entfernten Gegenden. Auf den Gutshöfen des Neusiedler Bezirkes etwa wurden Arbeitspartien aus der Slowakei, aus Schlesien, aus Böhmen und Mähren sowie aus dem heutigen südlichen Burgenland angeworben. Für gelegentlich anfallende Arbeiten holte man auch Tagelöhner aus den umliegenden Dörfern.

Die Anwerbung von Wanderarbeiterpartien wurde mittels eines Vertrages fixiert. Verhandelt wurde zwischen Gutsverwalter und dem sogenannten Tennmeister, der die Arbeiter vertrat. Die Arbeiterpartien, welche der Tennmeister organisierte, standen unter seiner Führung und Befehlsgewalt. Am Gutshof, während der Arbeit, hatte der Tennmeister die Anordnungen des Gutsverwalters zu befolgen.

Die Saisonarbeit begann für manche Arbeiterpartien des heutigen südlichen Burgenlandes schon Ende März Anfang April. Ganze Familien zogen oft mit ihren nicht mehr schulpflichtigen Kindern auf die Gutshöfe im Norden des Landes. Man ging aber auch



John Thornton – 1771 in Manchester geboren – war aufgrund seiner technischen Kenntnisse imstande, einen bis dahin in Österreich noch nicht bekannten Industriezweig einzurichten: eine Baumwollspinnerei auf Maschinen englischer Art.



ins „Österreichische“ (Marchfeld, südliches Wiener Becken). Die Rüben- und Maisarbeit zählte zu den ersten Arbeiten, dann folgte der Getreideschnitt. Nach der Beendigung der Getreideernte kehrten die Wanderarbeiter gelegentlich für kurze Zeit in ihre Dörfer zurück. Zur Kartoffel- und Rübenenernte kamen sie dann wieder auf die Gutshöfe. Nur den Winter verbrachten die Landarbeiter zu Hause. Klein- und Schulkinder wurden normalerweise nicht zur Saisonarbeit mitgenommen. Diese wurden in Abwesenheit ihrer Eltern von Verwandten betreut. So manches Kind sah monatelang seine Eltern nicht.

Industrielle Wanderarbeiter

Besonders viele Arbeiter aus den westungarischen Grenzorten fanden Beschäftigung in den Fabriken des südlichen Wiener Beckens. Zahlreiche Familien mit ihren Kindern wohnten und arbeiteten in der Fabrik. Der

Anteil westungarischer Wanderarbeiter war besonders hoch in den Fabriken Pottendorf, Schönau, Sollenau, Weigesdorf, Neunkirchen, Ebenfurt und Wiener Neustadt. Die meisten dieser Fabriken waren Textilfabriken.

Die Spinnfabrik in Ebenfurth zum Beispiel beschäftigte an die zwei Drittel (300 Arbeiter) aus westungarischen Dörfern: aus Neufeld, Hornstein, Steinbrunn, Müllendorf und Großhöflein. In der Industrie von Neunkirchen waren Kroaten aus Baumgarten und Wulkaprodersdorf beschäftigt. In der Spinnfabrik von Wiener Neustadt fanden Arbeiter aus Neudörf, Pötsching und Siegleß Beschäftigung. In die Spinnfabrik in Pottendorf pendelten viele Arbeiter aus Hornstein und Wimpassing.

In Pottendorf, unweit der Leithagrenze, entstand einer der größten Textilbetriebe Europas. Zwei Bankdirektoren hatten sich näm-

lich entschlossen, eine Baumwollspinnerei mit Maschinen englischer Art zu errichten. Mit John Thornton aus Yorkshire fanden sie den geeigneten Mann für ihr Vorhaben. Dieser war in Hamburg beschäftigt gewesen und brachte die technischen Kenntnisse des englischen Maschinenbaus mit. Angeblich hatte Thornton in einem Holzfaß den Kanal überquert und die Pläne der neuen Spinnmaschinen verbotenerweise aus England geschmuggelt.

Deshalb sei er auch als Verräter von der englischen Regierung in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. England hatte zu dieser Zeit bei Todesstrafe die Ausfuhr von Maschinen, Maschinenteilen oder Konstruktionsplänen verboten. Da sich die Geldmittel der Bank für den von Thornton geplanten Fabriksbau als zu knapp erwiesen, gründete man eine finanzkräftige Gesellschaft. Dieser Finanzgruppe gehörte auch Fürst Nikolaus II. Esterházy an. Dieser erlaubte Thornton die Aufstellung der ersten Spinnmaschine im Schloß Pottendorf. Die ersten Spinnmaschinen wurden noch von Menschenhand angetrieben. Nach Fertigstellung der Fabriksgebäude (1804) wurden sie mit Wasserkraft betrieben.

Nach einigen Jahren kam es zu einem spürbaren Mangel an Arbeitskräften. Dafür gab es zwei Ursachen: einerseits erweiterte Thornton ständig den Fabriksbetrieb, andererseits mußte die Rohbaumwolle händisch geklopft und geputzt werden. Deswegen wurden u. a. in Hornstein und Steinbrunn zwei Putzhäuser für je 150 Arbeiterinnen gebaut. Den Arbeitskräftemangel versuchte man auch bald durch Kinderarbeit zu beheben. Und tatsächlich stieg die Zahl der Kinder in der Fabrik ständig an. Diese waren beim Wollauflegen, Fadenknüpfen und Wollzupfen beschäftigt. Zur Aufnahme ortsfremder Kinder aus weit entfernten Dörfern baute man ein eigenes Haus.

Im 19. Jahrhundert war Kinderarbeit in den Fabriken üblich. Ein besonders hohes Ausmaß erreichte die Kinderarbeit aber in der Textilindustrie. Im Gewinnstreben der Unternehmer war die Ausbeutung von Kindern stets einkalkuliert.

Die Fabriksherren forderten von den Beschäftigten Pünktlichkeit, Ordnung, Fleiß, Ausdauer und Gehorsam. Alle zu beachtenden und zu befolgenden Vorschriften wurden in einer Fabriksordnung zusammengefaßt. Die Fabriksordnung der Pottendorfer Baumwollspinnerei aus dem Jahre 1860 soll beispielhaft einen Einblick in die industrielle Arbeitswelt geben (siehe Kasten).

Ueber Arbeitszeit und Obliegenheiten der in der Fabrik in Arbeit stehenden Personen

Auszug aus der Fabriksordnung der Pottendorfer Baumwollspinnerei aus dem Jahre 1860

§ 9: Die Dauer der Arbeitszeit ist in der Regel auf 13 Stunden täglich, mit Ausnahme der Sonn- und gebotenen Feiertage, mit Unterbrechung einer Stunde, von 12 bis 1 Uhr für das Mittagsmahl, festgesetzt. Bei Arbeitern zwischen 14 und 16 Jahren ist die Arbeitsdauer täglich 12 Stunden, bei Kindern unter 14 Jahren täglich 10 Stunden.

§ 10: Sollten unvorgesehene Unfälle erfordern, daß zur Erhaltung des nötigen Ineinandergreifens der Production der Bedarf eines oder des anderen Fabrikzweiges während einiger Zeit mittelst Vor- oder Nacharbeiten zu decken wäre, so ist jeder Meister, Arbeiter und Professionist unweigerlich verpflichtet, gegen das von der Direction zu bestimmende Entgelt, die anbefohlene Arbeit zu leisten, so wie auch im Falle eines allgemeinen Bedrängnisses, nämlich bei Wasser- und Feuersgefahr, Jedermann verbunden ist, sich zu allen, seinen Kräften entsprechenden Arbeiten und zu jeder Stunde verwenden zu lassen, da der volle und ungestörte Betrieb der Fabrik im eigenen Interesse jedes dabei Bediensteten liegt. Arbeiter unter 16 Jahren werden zur Arbeit nach 9 Uhr abends und vor 5 Uhr morgens nicht verwendet.

§ 11: Kindern, welche die Fabriksschule besuchen, ist gestattet, während der Dauer des Unterrichtes, mit Genehmigung der Herren Localdirectoren, die Arbeit zu verlassen.

§ 12: Die Fabriksglocke gibt eine Viertel-Stunde vor dem Beginn der Arbeit das erste Zeichen; zwischen diesem und dem zweiten Zeichen haben sich die Arbeiter auf ihren Arbeitsplätzen einzufinden, da bei dem zweiten Glockenzeichen die Arbeit beginnt. Derjenige, welcher eine Viertelstunde nach dem zweiten Glockenzeichen, nach welchem der Portier das Tor zu schließen und nur auf Anmelden der Arbeiter zu öffnen hat – in der Fabrik erscheint, ist mit einem Fünftel Taglohn, die noch später Erscheinenden aber sind, nach Beschaffenheit der Umstände, mit einem Viertel bis einem halben Taglohn zu bestrafen.

§ 13: Während der Arbeitszeit sind gegenseitige Besuche in den Fabriks-Localitäten untersagt, auch ist es Niemanden gestattet, ohne Erlaubniß seines Vorstandes sich aus der Fabrik zu entfernen, den ihm

angewiesenen Arbeitsplatz oder irgend eine ihm aufgetragene Arbeit zurückzuweisen, widrigenfalls er mit dem Verlust von einem Viertel bis einem halben Taglohn zu bestrafen ist.

§ 14: Auch die Beendigung der Arbeitszeit wird durch ein Zeichen der Fabriksglocke kundgegeben, wonach sich sämtliche Arbeiter aus der Fabrik zu begeben haben, mit Ausnahme der bestellten Wächter und der allenfalls zur Herstellung einer dringenden Reparatur beordneten Professionisten. – Ehe die Arbeiter die Fabrik verlassen, sind sie jedoch gehalten, ihre betreffende Arbeit oder Maschinen in Ordnung zu bringen und zu reinigen, widrigenfalls dieselben ein Fünftel Taglohn verlieren sollten.

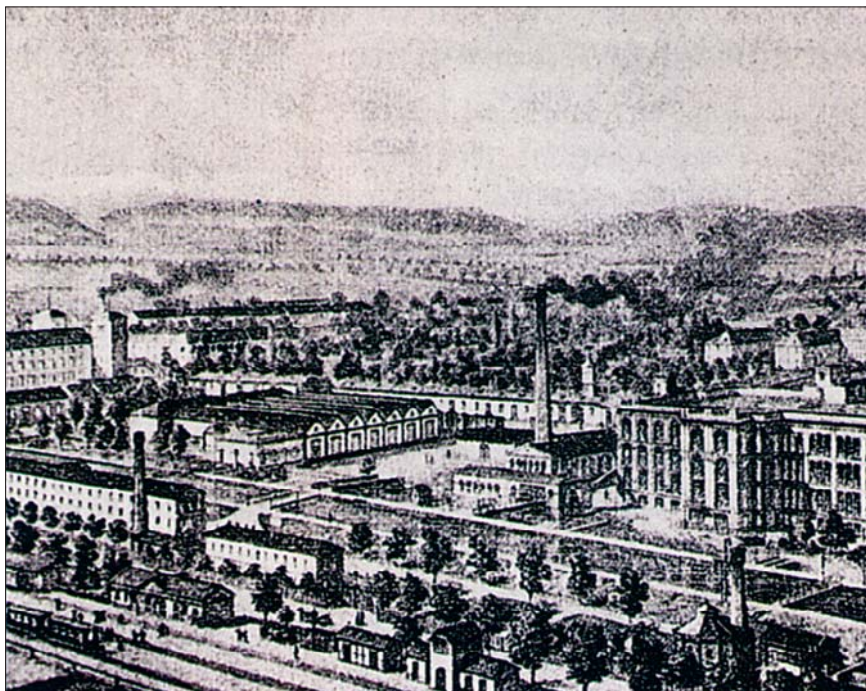
§ 15: Der Ein- und Ausgang ist sämtlichen Fabriksarbeitern nur an dem Haupteingange, der Portierwohnung vorüber, gestattet, und wird jede Benutzung eines anderen Ein- und Ausganges mit Verlust von einem Viertel oder halben Taglohn belegt.

§ 23: Den Spinnern wird eine menschenfreundliche Behandlung ihrer bei den Maschinen beschäftigten Kindern zur strengsten Pflicht gemacht. Für jede übertriebene Züchtigung und verletzende Behandlung der Kinder wird der Schuldige mit einer Geldbuße oder selbst mit Entlassung aus der Fabrik bestraft und nach Umständen sogar den Behörden zur Amtshandlung übergeben werden.

§ 28: Das Tabakrauchen innerhalb der Fabriksumfassung ist ebenso strenge wie das Mitsichnehmen von Tabakspfeifen, Zigarren, Reib- oder Zündhölzern und überhaupt jedes zündenden Stoffes verboten, und wird jede Betretene, ebenso wie jene welche im Unterstand rauchend getroffen werden, sogleich entlassen.

§ 29: Trinkgelage in den Räumen der Fabrik sind strenge untersagt und werden auf gemachte Anzeige der Meister, wozu solche verpflichtet sind, also auch die allsogleiche Entlassung der Betreffenden und der Zuträger nach sich ziehen.

*Die Direction der k.k. priv. Pottendorfer Baumwoll-Spinnerei und Weberei.
Wien, am 1. Juni 1860*



K.K. Priv. Pottendorfer Baumwollspinnerei und Zwirnerei

... nach Amerika

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts boten landwirtschaftliche Saisonarbeit und industrielle Wanderarbeit nur einem kleinen Teil der Bevölkerung des heutigen Burgenlandes eine Lebensgrundlage. Deshalb verließen Menschen ihre Dörfer, um der drückenden Armut zu entfliehen. Sie wanderten aus; die meisten in die Vereinigten Staaten von Amerika (*das „Österreich Journal“ hat darüber ausführlich berichtet. Lesen Sie dazu mehr in der Ausgabe 86 auf den Seiten 32 bis 40 http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_086.htm*).

Die ersten Überseewanderer verließen einzeln oder in kleinen Gruppen ihre Heimat. Sie zogen weit in den amerikanischen Kontinent hinein, bis nach Kansas, Nebraska oder Dakota. Hier bauten sie sich – oft nahe an der damaligen Grenze zum Indianerland – ihre Farmen auf.

Ein besonders interessantes Beispiel für die frühe Amerikawanderung ist Josef Haider aus Walbersdorf: Er zieht zu seinem 53jährigen Bruder, der Witwer und kinderlos ist. Dieser Bruder muß allerdings schon mehr als ein Jahrzehnt in Amerika gewesen sein. Er besitzt nämlich zwei Häuser, 160 Joch Ackerland und 80 Joch Wald. Josef Haider soll all dies erben. Deshalb sucht er beim Stuhlrichteramt in Mattersdorf um Erlaubnis zur Auswanderung an. Aus seinem Ansuchen ist folgendes zu entnehmen: Er, Josef Haider, besitzt in Walbersdorf ein Söllnerhaus. Dieses verkauft er, um u. a. die Reisekosten abzudecken. Er möchte über Bre-

men auswandern, wo er im Hafen einen Brief seines Bruders mit Geld erhalten wird. Josef Haider ist 40 Jahre alt, Familienvater von vier unversorgten Kindern und von Beruf Zimmermann. Er hat ein geschätztes Vermögen von 6000 Gulden und keinerlei Schulden, was ihm von seiner Gemeinde bestätigt wird. – Die Behörden reagierten rasch. Schon am 12. Juni 1855 unterzeichnet er in Ödenburg die notwendigen Dokumente – auch die Verzichtserklärung auf das Staatsbürgerrecht. Er nimmt den begehrten Paß in

Empfang und verläßt wenig später mit seiner Frau Theresia und den minderjährigen Kindern Elisabeth, Theresia, Maria und Michael seine Heimat.

Zwischen 1870 und 1890 begann die Amerikawanderung allmählich größere Ausmaße anzunehmen. Der Auswanderungsstrom erfaßte zuerst das nördliche, dann das mittlere und zuletzt das südliche Burgenland.

Um 1890 begann die Amerikawanderung schlagartig anzusteigen und entwickelte sich bis zum Ersten Weltkrieg zu einer Massenauswanderung. Ein richtiges Auswanderungsfieber erfaßte die Dörfer. War die frühe Auswanderung eine Siedlungswanderung, so kann nunmehr diese Auswanderungswelle als Industrierwanderung bezeichnet werden. Einwanderer aus dem heutigen Burgenland ließen sich nun als Industriearbeiter in Chicago, Pennsylvania und auch in New York nieder.

Neben den wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Massenauswanderung ist auch die Tätigkeit der deutschen Schiffahrtsgesellschaften erwähnenswert. Sie betrieben geschickte Propaganda. Ihr Agentennetz erfaßte fast jedes Dorf und für viele gaben die Agenten den letzten Anstoß zur Auswanderung.

Bis 1914 wanderten rund 30.000 Burgenländer nach Übersee aus. Allerdings war auch die Zahl der Rückwanderer beträchtlich. Rund 5000 kamen wieder in ihre Heimat zurück. Viele wollten einige Jahre in Amerika Geld verdienen, um dann ihr Er-



Überbevölkerung führte zu Bodenknappheit – viele verloren im Dorf ihre Lebensgrundlage. Dieses Foto entstand 1921 in Pamhagen.



Ansichtskarte von Sauerbrunn, entstanden um 1899

spartes in der heimischen Landwirtschaft oder in einem Gewerbe zu investieren.

Für viele Auswanderer wurde Ellis Island zur „Insel der Tränen“, denn im Hafen von New York angekommen zu sein, bedeutete noch lange nicht, das gelobte Ziel erreicht zu haben. Die amerikanischen Einwanderungsbehörden hatten auf einer kleinen Insel vor New York einen festungsartigen Bau errichtet. Hier mußten die Einwanderer die verschiedensten Fragen beantworten und sich einer strengen medizinischen Untersuchung stellen. Nicht wenige wurden abgewiesen und hatten die bittere Rückreise anzutreten!

Die Sommerfrische

Bad Tatzmannsdorf wird zum
»Ungarischen Franzensbad«

Unter Graf Casimir Batthyány (1807-1854) erfolgte der Aufstieg Tatzmannsdors zum „Kurort und Modebad“. Der frühere Quellensumpf wurde trockengelegt und ein schöner Kurgarten errichtet.

Der Kurort Tatzmannsdorf / Tarcsafürdő zeigte sich am Beginn des 19. Jahrhunderts mit Hauptbrunnen, Gästehaus und Frühstücksterrasse. Das Kurpublikum kam aus dem gesamten Habsburgerreich.

Neben Trinkkuren entwickelten sich bald die Bäderkuren. Im Jahre 1856/57 wurden im neuerrichteten Kurhaus jährlich 5000 bis 5500 Bäder verabreicht und 140.000 Flaschen Mineralwasser „verführt“.

Die sogenannten Brunnenärzte veröffentlichten im 19. Jahrhundert „Verhaltensregeln bei dem Trink- und Badegebrauch des Tatzmannsdorfer Mineralwassers“.

Der Badebetrieb ging in der Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Graf Gustav Batthyány

war ständig abwesend, er weilte als Botschaftssekretär in London. Die Anlagen verpachtete er an seinen Wirtschaftsbeamten.

Graf Franz Batthyány (1804-1869), der seit 1863 im Besitz von Tatzmannsdorf und Jormannsdorf war, erneuerte die Anstalt.

Im Jahre 1889 wurde die Moorbehandlung eingeführt. Zunächst wurde das Material in der Umgebung von Wiesfleck gewonnen. Aber erst durch die Entdeckung des Moorfeldes zwischen Unterschützen und Oberwart mit hochwertigem Badetorf war die Entwicklung von Tatzmannsdorf/Tarcsafürdő zu einem bedeutenden Moorbad gegeben.

Das „Eisenmoor vom weltberühmten Frauen- und Herzbad Tarcsa“ galt in Ärztekreisen wie bei Fachgelehrten des Auslandes

als vorzüglich. Die im Wasser löslichen Eisen- und organischen Stoffe konnten mit den Analysen des Franzensbader Moores in Böhmen verglichen werden. Daher wurde Tatzmannsdorf/Tarcsafürdő als „Ungarisches Franzensbad“ bezeichnet.

1903 verpachtete Graf Gabor das Heilbad an die Herzspezialisten aus Steinamanger, Julius Glück und Bartá Kornél. Graf Gabor verkaufte das Bad 1919; mit ihm starb die Tatzmannsdorfer Linie der Grafen Batthyány aus, die seit 1752 Grundherren von Tatzmannsdorf gewesen waren. Die Karlsquelle, das Hotel Batthyány, die Franzquelle und die Brunnenskulptur „Die Helfende“ erinnern noch an dieses Grafengeschlecht. ■

Serie

Teil 1: Von den Jägern und Bauern der Steinzeit bis zum Niedergang des Römischen Reiches

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_092.htm

Teil 2: Vom beginnenden Frühmittelalter bis zu Andreas Baumkircher, dem Herrn von Schlaining.

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_093.htm

Teil 3: Von der Periode der Türken- und Kuruzzenkriege (1529-1711) bis zur Gegenreformation im 17. Jhd

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_094.htm

Teil 4: Vom Leben im 18. Jahrhundert bis

zum anbrechenden Industriezeitalter

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_096.htm

Bildnachweis

Leopold Banny, Lackenbach; Burgenländisches Landesarchiv, Eisenstadt; Burgenländisches Landesmuseum, Eisenstadt; Michael Floiger, Loipersbach; GRU-Mediathek Lutzmannsburg, Fotoarchiv Atelier am Berg, Mattersburg; Hugo Huber, Weiden am See, Fotostudio Muik, Güssing; Gerhard Mollay, Neusiedl am See.



Ein Blick in den Kurpark von Bad Tatzmannsdorf, das schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts als beliebtes Reiseziel für Kurgäste aus dem gesamten Kaiserreichs war.

Weg der Autonomie weitergehen

Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer hat bei seinem ersten offiziellen Südtirol-Besuch Landeshauptmann Durnwalder zu einem Arbeitsessen getroffen.

Bei einem Arbeitsessen im Brixner „Finsterwirt“, das auf ausdrücklichen Wunsch des österreichischen Bundespräsidenten zustande kam, informierte Heinz Fischer Südtirols Landeshauptmann Luis Durnwalder über die Gespräche, die er in den vergangenen Tagen mit dem italienischen Staatsoberhaupt Giorgio Napolitano in Warschau und in Rom geführt hatte. „Österreich schenkt dem Thema Südtirol nach wie vor große Aufmerksamkeit“, so Fischer.

Durnwalder erklärte Fischer die aktuellen Entwicklungen der vergangenen Monate: „Bei unserem Gespräch ist es um die doppelte Staatsbürgerschaft gegangen, die Referenden auf gesamtstaatlicher Ebene und jene zur Selbstbestimmung in einigen Südtiroler Orten. Außerdem habe ich den Bundespräsidenten auch über die faschistischen Relikte in unserem Land und die Bemühungen um deren Entschärfung auf dem laufenden gehalten.“

Was die doppelte Staatsbürgerschaft angehe, sagte Fischer, daß Österreich die Frage ernst nehme: „Das Thema wird eingehend behandelt und das Außenministerium nimmt derzeit eine detaillierte Prüfung vor. Zunächst gilt es die rechtlichen Aspekte abzuklären, dann erst können politische Schritte gemacht werden. Jede Aussage von politischer Seite wäre also zum heutigen Zeitpunkt verfrüht.“

Der Chef der Landesregierung legte dem Bundespräsidenten auch seinen Standpunkt zu den Volksbefragungen zur Selbstbestimmung, die in einigen Südtiroler Orten stattfinden, dar: „Ich habe Fischer erklärt, daß Unterschriftensammlungen zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts im Gange sind. Wir stehen aber nach wie vor zur Autonomie und wollen diesen Weg weitergehen.“ Auch Fischer unterstrich: „Für mich ist Autonomie der griechische Begriff für Selbstbestimmung. Wir stehen voll und ganz zur Autonomie und sind vertragstreu. Österreich will eine lebendige Autonomie und will, daß die Südtiroler sich im Rahmen der Autonomie bestmöglich entwickeln können.“

Zum aktuellen Thema Feuernacht erklärte Bundespräsident Fischer, daß er kein Urteil über dieses geschichtliche Ereignis in wenigen Worten fällen könne. „Ich stimme



Foto: Präsidialkanzlei/Tatic

Landeshauptmann Luis Durnwalder (l.) mit Bundespräsident Heinz Fischer.

dem Landeshauptmann in dieser Frage zu, wenn er sagt, daß man mit Geschichte sehr sorgsam umgehen muß. Dies gilt besonders auch für dieses Thema“, so Fischer. Im Zusammenhang mit der Feuernacht sagte der Bundespräsident außerdem, daß es in Sachen Begnadigung der politischen Häftlinge keine Neuigkeiten gebe und deshalb über dieses Thema heute auch nicht gesprochen worden sei.

Schließlich ging es in Brixen auch um die Vorbereitung des nächsten Treffens, das schon für Ende Juni in Wien auf dem Programm steht.

Es sei sein Wunsch gewesen, Durnwalder zu treffen, sagte Fischer, der vom österreichischen Gemeindetag in Kitzbühel kam und am Abend im Burgenland zur Geburtstagsfeier von Landeshauptmann Hans Nissl erwartet wurde. Südtirol solle spüren, daß dem

Land von Wien „nach wie vor große Aufmerksamkeit“ gewidmet werde.

Durnwalder betonte vor den Journalisten, Österreich habe die Schutzfunktion über Südtirol. Die SVP setze weiter auf die Autonomie. Solange sie eingehalten werde, gebe es keinen Grund, den Vertrag zu kündigen und einen anderen Weg zu gehen. Auch die „Überlegungen“ von hochrangigen Wirtschaftsvertretern, zurück zu Österreich oder zu einem Freistaatmodell zu gehen, wolle er nicht überbewerten.

Ende Juni will die Südtirol-Delegation unter Führung von SVP-Obmann, LR Richard Theiner und Durnwalder, die aktuellen Fragen in der Bundeshauptstadt thematisieren. Unter anderem steht ein Treffen mit Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger am Programm. ■

<http://www.provinz.bz.it>

Antrittsbesuch von Landtagspräsident Minniti

Mitte Mai hat Mauro Minniti nach seiner umkämpften Wahl das Präsidentenamt im Südtiroler Landtag übernommen. Am 14. Juni stattete er Landeshauptmann Luis Durnwalder einen ersten offiziellen Besuch ab.

„Schwerpunkt unseres Gesprächs war die Zusammenarbeit zwischen Landtag und

Landesregierung“, so der Landeshauptmann nach dem Treffen. „Unter anderem haben wir über die im Landtag zur Behandlung aufliegenden Gesetzentwürfe der Landesregierung gesprochen und über die Voraussetzungen für eine möglichst effiziente Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewalten“, so der Landeshauptmann. ■

Polen übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

Mit 1. Juli begann die Präsidentschaft Polens im Rat der Europäischen Union. Polen folgt auf Ungarn, das ein halbes Jahr lang die Präsidentschaft innehatte.



© European Union, 2011

Hochrangiges Treffen in Warschau, dem Sitz der Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011: links im Bild EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, rechts Polens Ministerpräsident und EU-Ratsvorsitzender Donald Tusk.

Die polnische Präsidentschaft beginnt zu einer Zeit, in der die EU vor vielen schwerwiegenden wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Herausforderungen steht. Das Arbeitsprogramm und der Arbeitsplan der polnischen Präsidentschaft sind eine Antwort auf diese Herausforderungen. Schon jetzt kann Polen auf die Unterstützung seiner Ziele durch viele europäische Länder und Gemeinschaftseinrichtungen rechnen. Die Umfragen zeigen, daß die Präsidentschaft auch von der polnischen Bevölkerung unterstützt wird – die so europabegeistert wie kaum eine andere in der EU ist.

In den kommenden sechs Monaten soll eine Integration des EU-Binnenmarktes angestrebt werden mit dem Ziel, das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen. Die Bemühungen gelten auch einer erneuten Erweiterung der Union und einer engeren Zusammenarbeit mit den Nachbarn, was für eine größere Stabilität dieser Region der Welt sowohl im Süden als auch im Osten sorgen wird. Ein weiteres Ziel liegt in der Stärkung der Energie-, Ernährungs- und militärischen Sicherheit Europas. Mit der polnischen Präsidentschaft beginnt auch eine äußerst wichtige Diskussion über den neuen EU-Haushalt für die Jahre 2014-2020.

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk empfing am 1. Juli den Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, den Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, sowie den ungarischen Premierminister Viktor Orbán, von dem er die EU-Präsidentschaft symbolisch übernahm, in Warschau.

Dem Beginn der polnischen Präsidentschaft verliehen die Feierlichkeiten im Grossen Theater, der Nationaloper, mit einer Neuaufführung der Oper „König Roger“ von Karol Szymanowski Glanz.

Polnischer Regierungschef zum EU-Ratsvorsitz

Der polnische Ministerpräsident Donald Tusk stellte im Sejm Informationen zu den Prioritäten des polnischen EU-Ratsvorsitzes vor. Er betonte, daß die Regierung während der Präsidentschaft den Stellenwert Polens als verantwortungsvolles und geschätztes Land nicht nur aufrechterhalten, sondern noch ausbauen will.

„Von der Präsidentschaft wird die Fähigkeit zur Mitwirkung an der politischen Führung erwartet, die nicht darin besteht, Routineentscheidungen zu treffen, sondern der EU als Ganzes zu dienen“, betonte der Re-

gierungschef. „Es ist von größter Bedeutung, daß wir während der Präsidentschaft den Stellenwert Polens, als ein in EU-internen Debatten angesehenes Land mit einem hohen Verantwortungsgefühl für die EU-Außenpolitik, aufrechterhalten und weiter ausbauen“, so Tusk. Diesen Status eines verantwortungsbewußten Landes werde Polen ebenso im Bereich der Abwicklung seiner eigenen wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten aufrechterhalten und ausbauen.

Polen habe sich den Ruf eines Landes erarbeitet, das zu einem Antriebsmotor der EU avancieren kann. „Polen gilt heute als einer der leider wenigen Vorreiter in der EU, die sich bemühen, in vielen Angelegenheiten eine gesamteuropäische Sicht zur Geltung kommen zu lassen“, stellte der Ministerpräsident fest. Polen habe sich seit dem Beginn der Krise vehement dem aufkeimenden Etatismus und Nationalismus widersetzt, wie in Aktivitäten und Erklärungen mancher EU-Politiker und Mitgliedsstaaten sichtbar werde.

Während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft sei es wichtig, mit guten politischen Initiativen aufzuwarten. „Wir haben ein großes Interesse daran, daß die polnische

Europa



EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso (l.) und Polens Ministerpräsident und EU-Ratsvorsitzender Donald Tusk.

Präsidentschaft sich im Gedächtnis der Europäer z.B. durch den Abschluß einiger seit langem laufender Prozesse verankert“, erläuterte Tusk. „Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen mit Kroatien während unserer Präsidentschaft zum Abschluß gebracht werden, was bedeuten würde, daß der Beitrittsvertrag mit diesem Land während der polnischen Präsidentschaft unterzeichnet wird“. Auch der Abschluß der Verhandlungen mit der Ukraine über das Assoziierungsabkommen und die erweiterte Handelszone liege weiterhin im Rahmen der Möglichkeiten. „Dies wäre das erste bedeutende i-Tüpfelchen im Prozeß der Annäherung der Ukraine an Europa“, so Tusk.

„Ich bin der Auffassung, daß auch diejenigen, die sich in eiserner Opposition zu meiner Regierung befinden, sich in diesen wenigen Monaten bemühen sollten, unser Heimatland zu schonen und ihm unkluge und aggressive, auf das Wesen des polnischen Nationalinteresses zielende verbale Attacken zu ersparen“, betonte der Ministerpräsident.

Eu-Parlament und EU-Kommission eröffnen Büros in Breslau

Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments, und Viviane Reding, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, haben am ersten Tag des polnischen EU-Ratsvorsitzes das „Europa-Haus“, das regionale Vertretungsbüro der Europäischen Union, eröffnet. Dem Büro kommt eine zentrale Rolle beim Aufbau der Kontakte zu den Kommunalbehörden, Journalisten und Bürgern im Südwesten Polens zu. Polen gehört nun zu den EU-Mitgliedsstaaten, die über

eine oder mehrere regionale Vertretungen auf ihrem Hoheitsgebiet verfügen.

„Die Einrichtung des neuen Regionalbüros symbolisiert den Willen Polens, sich zunehmend aktiv am europäischen Integrationsprozeß zu beteiligen. Jetzt, wo das Europäische Parlament und die Europäische Kommission ins „Europa-Haus“ eingezogen sind, freue ich mich auf eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Organen und den Millionen Bürgern im Südwesten Polens. Ich bin sicher, daß dieses Büro für die Bürger der Region die erste Anlaufstelle in EU-Fragen sein wird“, sagte Buzek.

„Wir müssen die EU näher an die Menschen heranbringen“, sagte EU-Justizkommissarin Viviane Reding. „Das neue Büro ist ein perfektes Beispiel dafür, was die EU unter Bürgernähe versteht, und wie sie die Menschen in Polen erreichen will. Außerdem hätte der Moment nicht besser gewählt sein können. Ich bin sicher, daß das Büro dazu beitragen wird, Polens EU-Ratsvorsitz erfolgreich zu gestalten. Ich möchte der polnischen Regierung und den Kommunalbehörden für ihre Unterstützung bei der Einrichtung des „Europa-Hauses“ in Breslau danken.“

Die Vertretungen der Kommission und die Informationsbüros des Europäischen Parlaments bieten dem Bürger wie das Europe-Direct-Netz einen direkten Kontakt. Darüber hinaus versorgen sie die EU-Organen mit Informationen aus erster Hand über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten. Die Bediensteten des neuen Büros, das in der Nähe des Marktplatzes und des Rathauses angesiedelt ist, arbeiten eng mit den zentralen

Stellen des Parlaments und der Kommission sowie mit anderen EU-Organen zusammen.

Natalia Szczucka wird die regionale Vertretung in Breslau leiten. Sie hat an der Universität Warschau einen Master-Abschluß erworben und war Exekutivassistentin des Stellvertretenden Hohen Vertreters der EU in Bosnien und Herzegowina. Seit 2004 war sie beim EU-Büro von Amnesty International in Brüssel tätig, zuletzt dort als Direktorin für Organisationsentwicklung in Europa.

Breslau

ist die Hauptstadt Niederschlesiens und die viertgrößte Stadt Polens mit über 630.000 Einwohnern, von denen fast ein Fünftel Studenten sind. Aufgrund seiner multikulturellen Geschichte wird Breslau häufig „die Stadt der Tagungen“ genannt. Während des polnischen Ratsvorsitzes wird Breslau eine wichtige Rolle spielen.

Die Kommission unterhält Vertretungen in den Hauptstädten aller EU-Mitgliedsstaaten. In Ländern mit mehr als 25 Millionen Einwohnern (Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Vereintes Königreich – nun auch Polen) wird die Vertretung in der Hauptstadt von einer oder mehreren regionalen Vertretungen unterstützt. Diese befinden sich in Barcelona, Belfast, Bonn, Cardiff, Edinburgh, Marseille, Mailand, München und nun auch in Breslau.

Es ist bewährte Praxis, die Büros der Kommission und des Parlaments im selben Gebäude unterzubringen, wie dies auch beim „Europa-Haus“ der Fall ist.

Gerne hätten wir Ihnen, liebe LeserInnen, auch die Stellungnahmen von EU-Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso und dem Ständigen EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy anlässlich deren Teilnahme an den Feierlichkeiten in Warschau vermittelt. Doch, leider und wie meist sonst auch, stehen die entsprechenden Pressemeldungen von Kommission und Rat nur in englischer Sprache zur Verfügung. Eine kompetente Übersetzung ist uns aus Kostengründen nicht möglich, weshalb wir darauf verzichten müssen. Da nicht einmal Initiativen mehrerer deutscher Bundesländer dazu geführt hatten, die offiziellen Sprachen der EU-Institutionen von Englisch und Französisch auch auf Deutsch zu erweitern (immerhin sprechen rund 90 Millionen Menschen in der EU Deutsch, rund 60 Millionen Französisch), wird es mit der so oft zitierten „Holschuld“ für EU-Informationen wohl auch künftig nicht leichter für uns werden. MM

Digitale Agenda

Die Europäische Kommission hat einen Fortschrittsanzeiger veröffentlicht, der die Leistung der EU und ihrer Mitgliedsstaaten bei der Verwirklichung der vereinbarten Ziele der Digitalen Agenda für Europa ein Jahr nach Bestehen verdeutlicht.

In Übereinstimmung mit ihrer Strategie für einen offenen Umgang mit Daten hat die Europäische Kommission ihre Datensätze und Statistiken im Fortschrittsanzeiger online öffentlich zugänglich gemacht, damit jedermann die Daten selbst auswerten und seine eigenen Schlußfolgerungen daraus ziehen kann.

Insgesamt sind im ersten Jahr der Digitalen Agenda gute Fortschritte zu verzeichnen, und zwar insbesondere bei der Internetnutzung (65 % der EU-Bevölkerung). In einigen Bereichen sind die Fortschritte allerdings enttäuschend. Dies gilt vor allem für die Einführung superschneller Breitbandnetze, die zu den Hauptzielen der Digitalen Agenda gehört, wenngleich auch hier gewisse Fortschritte beim Ausbau bestehender Fernseh- und Kupferkabelnetze erzielt wurden.

Neelie Kroes, die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission, erklärte dazu: „Ein Jahr nach dem Start der Digitalen Agenda sehe ich gewisse Fortschritte. Aber Mitgliedsstaaten, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Kommission müssen mehr tun, wenn wir das Potential der Agenda für die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit, für die Innovationssteigerung und die Schaffung von Wohlstand und Beschäftigung in Europa bestmöglich nutzen wollen. Daher rufe ich alle Beteiligten auf, an den großen langfristigen Nutzen zu denken, den jetzt ein entschiedenes Vorgehen vor allem beim Breitbandausbau verspricht.“

In der Digitalen Agenda hat sich die EU verpflichtet, 101 konkrete Aktionen durchzuführen (78 für die Kommission, davon 31 Rechtssetzungsvorschläge, und 23 für die Mitgliedsstaaten), die allesamt die Investitionstätigkeit und den Einsatz digitaler Technik steigern sollen. Insgesamt sind 11 Aktionen bereits abgeschlossen, 6 der für 2010 geplanten Aktionen sind verspätet, die übrigen laufen weitgehend nach Plan.

Stand bei den 13 wichtigsten Leistungszielen

- gute Fortschritte in Bezug auf regelmäßige Internetnutzung, Online-Einkauf, elektronische Behördendienste und Nie-

drigenergiebeleuchtung;

- gemischte Fortschritte bei der Verfügbarkeit und Verbreitung von Breitbandanschlüssen;
- unzureichende Fortschritte in Bezug auf grenzüberschreitenden elektronischen Handel, Internet-Präsenz kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Roamingpreise und öffentliche Forschungsinvestitionen.

Die Auswirkungen des Fortschrittsanzeigers wurden am 16. und 17. Juni in Brüssel auf der „Digital Agenda Assembly“ erörtert.

Hier belegt der Fortschrittsanzeiger gute Fortschritte:

- Regelmäßige Internetnutzung: Schneller Anstieg auf 65 % der EU-Bevölkerung (Ziel: 75 % bis 2015). Auch benachteiligte Gruppen wie Personen mit geringerer Bildung oder ältere Menschen nutzen das Internet nun häufiger, ihr Anteil stieg von 42 % auf 48 %. Dadurch rückt das für 2015 geplante Ziel von 60 % in greifbare Nähe. Der Anteil der Nichtnutzer ist von 30 % auf 26 % der Bevölkerung gefallen.
- Online-Einkauf: 40 % der EU-Bürger kaufen nun auch online ein (57 % aller Internetnutzer). In 8 EU-Ländern kauft mehr als die Hälfte der Bevölkerung online ein.
- Elektronische Behördendienste (eGovernment): 41 % der Bürger nehmen elektronische Behördendienste in Anspruch, die Hälfte davon durch Rücksenden ausgefüllter Online-Formulare. Mit Hilfe des eGovernment-Aktionsplans soll bis 2015 erreicht werden, daß 50 % der Bürger und 80 % der Unternehmen elektronische Behördendienste nutzen.
- Förderung der Niedrigenergiebeleuchtung: Der Marktanteil von Festkörperlichtquellen ist von 1,7 % (2009) auf 6,2 % (2010) gestiegen, ein guter Schritt zur Senkung des Energieverbrauchs für Beleuchtungszwecke um 20 % bis 2020.

Gemischte Fortschritte:

- Verfügbarkeit und Verbreitung von Breitbandanschlüssen: Grundlegende Breitbandanschlüsse sind auch in abgelegenen Gebieten zunehmend verfügbar. Die Ein-

führung und Verbreitung sehr schneller Breitbandnetze ist derzeit aber noch auf wenige Gebiete (vor allem städtische Ballungszentren) beschränkt. Die Kommission arbeitet gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten an der Umsetzung der Breitbandstrategie, damit jedem Europäer bis 2013 ein grundlegender und bis 2020 ein schneller oder ultraschneller Breitbandanschluß zur Verfügung gestellt werden kann.

Unzureichende Fortschritte:

- Grenzübergreifender elektronischer Handel: nur ein geringer Zuwachs von 8,1 % auf 8,8 % im Jahr 2010. Ziel der Digitalen Agenda ist, daß 20 % der Bürger 2015 grenzüberschreitend online einkaufen. In einer anstehenden Mitteilung zur eCommerce-Richtlinie wird sich die Kommission mit diesem und anderen Hindernissen befassen, die der Entwicklung des digitalen Binnenmarkts entgegenstehen.
- Internet-Präsenz kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU): 26 % der KMU kaufen online ein, Tendenz steigend, aber nur 13 % der KMU verkaufen auch online (Zuwachs um 2 Prozentpunkte 2010).
- Roamingpreise: Sie sind 2010 um 1,5 Cent gefallen, betragen aber immer noch das Dreifache der Inlandspreise. Die Digitale Agenda zielt darauf ab, die Preisdifferenz zwischen Inlands- und Roaminganrufen innerhalb der EU bis 2015 an Null anzunähern.
- Öffentliche Investitionen in die IKT-Forschung und -Entwicklung: die Ausgaben öffentlicher Stellen kamen nicht über die 5,7 Mrd. € des Vorjahres hinaus. Um das Ziel einer Verdopplung auf 11 Mrd. Euro bis 2020 zu erreichen, ist jedoch ein jährlicher Anstieg um 6 % erforderlich.

Wo steht die Kommission bei der Zielerfüllung?

Insgesamt sind bei der Verwirklichung der 101 Aktionen der Digitalen Agenda gute Fortschritte gemacht worden. Fast 10 % der Aktionen sind abgeschlossen, 80 % laufen planmäßig und die übrigen 10 % sind verspätet. ■

<http://www.europarl.europa.eu/de/>

Arbeitsmarkt widerstand der Krise überraschend gut

Spitzenposition für Deutschland, Österreich und die Niederlande - Ergebnis einer Tagung der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bei der OECD

Die Beschäftigungssituation entwickelte sich in der Wirtschaftskrise 2008/09 international sehr unterschiedlich, teilweise parallel zur Tiefe der Krise, aber auch mit deutlichem Einfluß der Ausgangssituation und der Wirtschaftspolitik in der Krise. Generell reagierte der Arbeitsmarkt in der Krise weniger heftig als aufgrund des Rückganges der Wirtschaftsleistung zu befürchten war.

teil. Das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO präsentierte auf der Konferenz eine Analyse der nach Ländern unterschiedlichen Reaktion des Arbeitsmarktes in der Krise. Ein dafür neu entwickelter Indikator der Arbeitsmarktentwicklung erfaßt Trends von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie der Erwerbsquote. Die Analyse umfaßt 29 Industrieländer einschließ-

Wirtschaftsleistung. Besonders auffallend ist die gute Entwicklung in Deutschland, da hier der Produktionsrückgang überdurchschnittlich war; auch in den Niederlanden und in Österreich reagierte der Arbeitsmarkt schwächer, als der Produktionsrückgang erwarten hätte lassen.

Die schärfste Arbeitsmarktreaktion zeigt der Indikator für Irland, Island, Spanien,

Die Reaktion des Arbeitsmarktes in der Krise und der Erholungsphase

	Arbeitslosenquote						BIP						
	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2007/	2010/	2009	2010	2011	2012	Ø
							2011	2012					2011/1
	In %						Veränderung in Prozentpunkten		Jährliche Veränderung in %				
Deutschland	8,7	7,5	7,8	7,1	6,4	6,0	- 1,6	- 1,1	- 4,7	+ 3,6	+ 2,6	+ 1,9	+ 2,3
Österreich	4,4	3,8	4,8	4,4	4,3	4,2	+ 0,0	- 0,2	- 3,9	+ 2,0	+ 2,4	+ 2,0	+ 2,2
Niederlande	3,6	3,1	3,7	4,5	4,2	4,0	+ 0,9	- 0,5	- 3,9	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,7	+ 1,8
Top 3	5,6	4,8	5,4	5,3	5,0	4,7	- 0,2	- 0,6	- 4,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 1,9	+ 2,1
USA	4,6	5,8	9,3	9,6	8,6	8,1	+ 5,0	- 1,5	- 2,7	+ 2,9	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,6
Portugal	8,1	7,7	9,6	11,0	12,3	13,0	+ 2,9	+ 2,0	- 2,5	+ 1,3	- 2,2	- 1,8	- 2,0
Spanien	8,3	11,3	18,0	0,1	20,6	20,2	+ 11,8	+ 0,1	- 3,7	- 0,1	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,1
Low 3	7,0	8,3	12,3	13,6	13,8	13,8	+ 6,6	+ 0,2	- 3,0	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,6

Q: Eurostat (AMECO, Mai 2011).

Die Beschäftigung steigt in den meisten Ländern, die Arbeitslosenquote geht zurück, liegt jedoch mit Ausnahme von Deutschland über dem Vorkrisenniveau. Die Arbeitslosigkeit der jüngeren Bevölkerungsgruppe steigt überdurchschnittlich, die der älteren unterdurchschnittlich.

Das jährliche Treffen der Wirtschaftsforschungsinstitute in Paris beschäftigte sich mit der Reaktion des Arbeitsmarktes in der Wirtschaftskrise und der Entwicklung in der derzeitigen Erholungsphase. Neben den europäischen Spitzeninstituten nahmen Vertreter aus den USA, aus Brasilien, Mexiko, Neuseeland, Australien, Japan und Kanada

lich Mexikos und der Türkei für die Krisenjahre 2008/2010.

Nach diesem Indikator gehört Österreich gemeinsam mit Polen, Deutschland, der Schweiz und den Niederlanden zu den Top-5-Ländern (und zwar auf Rang 4). Die Arbeitslosenquote stieg 2009 um nur 1 Prozentpunkt auf 4,8% und geht seit 2010 wieder zurück. Die Beschäftigung übertrifft bereits wieder das Vorkrisenniveau, ebenso die Erwerbsquote. Die gute Position Polens und der Schweiz ist nicht überraschend: Polen verzeichnete als einziges EU-Land auch in der Wirtschaftskrise einen Anstieg, die Schweiz einen nur geringen Rückgang der

Portugal und für die USA (diese liegen in bezug auf die Dynamik des Arbeitsmarktes an 26. Stelle unter 29 Ländern, obwohl der Rückgang der Wirtschaftsleistung unterdurchschnittlich war). Während die Entwicklung in Irland und Island mit dem Krisenverlauf übereinstimmt, war der Einbruch der Wirtschaftsleistung in Spanien und Portugal im Krisenjahr selbst relativ gering, allerdings stockt die Erholung wegen der notwendigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

In den USA fiel die Arbeitsmarktreaktion wesentlich heftiger aus als jene der Wirtschaftsleistung:

Wirtschaft

Die Arbeitslosenquote beträgt auch 2011 nach der jüngsten WIFO-Prognose noch 9%, nachdem sie vor der Krise unter 5% gelegen war. Die Beschäftigung wächst in den USA in der Erholungsphase viel schwächer als in früheren Erholungsphasen. Stärker als die Wirtschaftsleistung reagierte der Arbeitsmarkt auf die Krise auch in Australien und Korea.

Die Unterschiede der Arbeitsmarktreaktion werden in hohem Maß durch die Bedingungen vor dem Eintritt der Rezession erklärt. In Ländern mit besserer Außenhandelsposition vor der Krise fiel die Reaktion des Arbeitsmarktes milder aus, in Ländern mit überdurchschnittlichem Kreditwachstum ungünstiger. Budgetsaldo oder Höhe der Staatsschuld liefern keinen Erklärungsbeitrag, ebenso nicht die Landesgröße, das Pro-Kopf-Einkommen oder der Industrieanteil am BIP. Von den länderspezifischen Charakteristika des Arbeitsmarktes hatten einerseits Regulierungen, andererseits auch Elemente der Flexibilität wie Teilzeitbeschäftigung, Ausgaben für Training und Weiterbildung positiven Einfluß auf die Entwicklung. Besonders wichtig war auch die Dynamik des Arbeitsmarktes vor der Krise: In jenen Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit 2007 gesunken war, wurde versucht, verstärkt Beschäftigung zu halten, vermutlich weil die Unternehmen den dauerhaften Verlust von qualifizierten Arbeitskräften vermeiden wollten.

Der Vergleich der Arbeitsmarktentwicklung relativ zur Wirtschaftsdynamik deutet auf den Erfolg von angepassten Doppelstrategien hin. Stark negative Reaktionen des Arbeitsmarktes auf die Wirtschaftskrise blieben aus, wenn einerseits eine angemessene Regulierung der Märkte vorlag und andererseits in der Krise eine maßgeschneiderte Anpassungsstrategie die unmittelbare Krisenwirkung abfederte. Beispiele dafür waren z. B. Kurzarbeitsregelungen und Arbeitszeitkonten, oft auf betrieblicher Ebene verhandelt, aber mit staatlicher Unterstützung kombiniert.

Die Befürchtung, daß die Abfederung der Arbeitsmarktreaktion auf die Wirtschaftskrise („Arbeitskräftehortung“) den Wiederanstieg der Beschäftigung verlangsamen würde, erwies sich nicht als zutreffend: In den Ländern mit der relativ zur Produktion besten Arbeitsmarktentwicklung nahm die Beschäftigung 2011 stärker zu und die Arbeitslosigkeit deutlich ab, während die Erholung in den Ländern mit der stärksten Reaktion des Arbeitsmarktes auch in der

Erholung von Beschäftigung und Produktion zurückbleibt. Dies könnte darauf zurückgehen, daß die Abfederung der Arbeitsmarktreaktion durch die Wirtschaftspolitik die Unsicherheit von Unternehmen und privaten Haushalten verringerte, sodaß diese rascher auf Erholungssignale reagieren.

Rudas: Eindeutiger Beleg für Österreichs erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik

„Die von der Regierung geschnürten Arbeitsmarkt- und Konjunkturpakete haben ihre Aufgabe erfüllt und Wirkung gezeigt. Die Wifo-Zahlen sind der eindeutige Beleg dafür“, sagte SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas. Explizit erwähnt werden von den Autoren auch die positiven Auswirkungen von speziell zur Krisenbekämpfung gesetzten Maßnahmen, wie zum Beispiel staatlich gestützter Kurzarbeit oder verstärkte Investitionen in Aus- und Weiterbildung. „Mit der Reform der Kurzarbeit und zusätzlichen Mitteln für Qualifikation wurde rasch und richtig auf die Auswirkungen der Krise reagiert“, so Rudas.

Österreich sei ein Beispiel für die Lösungskompetenz sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik, so Rudas. „Die Politik hat die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen. Im Schulterschuß mit den Arbeitnehmern und den Unternehmen konnten so die Herausforderungen der Krise erfolgreich bewältigt werden“.

Diese gute Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern sei ein Beleg dafür, „daß es gerade in schwierigen Zeiten wichtig ist, gemeinsam im Interesse Österreichs zu arbeiten“, sagte Rudas.

Haubner: Arbeitsmarktdaten belegen erfolgreichen Regierungskurs

„Die aktuellen Arbeitsmarktdaten des WIFO untermauern erneut den erfolgreichen Kurs der Bundesregierung. So war die Beschäftigungsquote 2009 nur leicht rückläufig und steigt seit 2010 wieder an – somit ist Österreich wieder auf das Vorkrisenniveau zurückgekehrt. Die österreichischen Unternehmer sind bestens aufgestellt, um die hervorragenden Chancen, die sich ihnen nun bieten, zu nützen“, erklärte ÖVP-Wirtschaftssprecher Peter Haubner. „Wir dürfen uns von diesen Zahlen aber nicht täuschen lassen, sondern müssen weiter alle Anstrengungen unternehmen, um uns wichtige Handlungsspielräume zu erwirtschaften, um eine Entlastung der Leistungsträger zu ermöglichen. Erst wenn wir diese erweitert haben, können wir wichtige Projekte, wie et-

wa ein einfacheres und leistungsgerechteres Steuersystem, umsetzen.“

Wieder mehr Vollzeitjobs zum Jahresstart 2011

Während sich die Arbeitslosigkeit zum Jahresstart 2011 nur mehr wenig verbessert hat, gibt es zum ersten Mal wieder einen deutlichen Aufbau bei den Vollzeitjobs, berichtete die Statistik am 16. Juni. Im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres ist die Zahl der Erwerbstätigen erneut um 48.700 gestiegen. Sie hat damit zum dritten Mal seit Beginn der Wirtschaftskrise (im Jahresabstand) zugelegt. Auch die Zahl der offenen Stellen ist um 25.000 gestiegen.

Aktuell gibt es laut Mikrozensus in Österreich 4,072 Millionen Erwerbstätige und 194.200 Arbeitslose (Quartalschnitt). Die größten Beschäftigungszuwächse gab es laut Statistik Austria im Jahresabstand in der Güterproduktion, abgebaut haben dagegen der Tourismus und das Gesundheits- und Sozialwesen.

Zum ersten Mal seit langem hat es zu Jahresbeginn 2011 wieder ein deutlich stärkeres Wachstum von Vollzeitstellen (+34.900) als von Teilzeitstellen (+13.800) gegeben. Knapp 30.000 davon waren angestellt. Somit verteilte sich das Beschäftigungsplus im Bereich der unselbstständig Erwerbstätigen diesmal im Verhältnis 2:1 auf Vollzeit- und Teilzeitarbeit.

Im letzten Quartal 2010 hatte es dagegen „bei den Unselbstständigen im Jahresvergleich noch kaum Zuwächse bei Vollzeitjobs gegeben, die Quartale davor wurden Vollzeitstellen abgebaut“, schreiben die Statistiker. Die Entwicklung bei den Vollzeitstellen ist u.a. für die Finanzierung der Sozialversicherung von besonderer Bedeutung.

Für das Arbeitsmarktservice (AMS) kommt diese Entwicklung nicht überraschend: „Wegen der starken Konjunktur ist die Kapazitätsauslastung der Betriebe gestiegen, das macht sich bei den Vollzeitstellen bemerkbar“, sagte AMS-Experte Marius Wilk zur APA. Der Aufschwung habe Branchen im Produktionssektor erfaßt, in denen es mehr Vollzeitjobs als anderswo gebe. „Allerdings haben wir den massiven Einbruch in der Krise 2009 noch nicht aufgeholt.“

Vor der Krise, im 1. Quartal 2008, hatte es noch 2,655 Millionen Vollzeitstellen gegeben. Bis zum Tiefpunkt zu Beginn 2010 (2,593 Millionen) seien hier rund 60.000 Jobs verloren worden. Im ersten Quartal 2011 wurden wieder 2,612 Millionen Fulltime-Jobs verzeichnet. ■

Österreich hält Wachstumskurs...

... doch Zenit bereits überschritten – Hochstimmung in Industrie läßt nach,
Zuversicht der Konsumenten relativ stabil – Risiken drücken 2012 auf
Dynamik – BIP-Prognose sinkt auf 1,8 Prozent

Die österreichische Wirtschaft hat die Schwungvollste Phase der Erholung endgültig hinter sich gelassen. Nach dem starken Jahresbeginn 2011 hat sich die Wachstumsdynamik mittlerweile spürbar verlangsamt. „Der Bank Austria Konjunkturindikator ist im Mai auf 2,9 Punkte gesunken. Der im Vormonat begonnene Abwärtstrend setzt sich fort. Die heimische Wirtschaft hat den Konjunkturhöhepunkt im Frühling erreicht, über den Sommer ist ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum zu erwarten“, sagt Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

„Der nochmalige Rückgang des Bank Austria Konjunkturindikators und die somit etwas gedämpfteren wirtschaftlichen Aussichten sind vor allem auf die mittlerweile weniger günstigen internationalen Rahmenbedingungen zurückzuführen“, so Bruckbauer. Das mit den österreichischen Handelsanteilen gewichtete europäische Industrievertrauen sinkt bereits den zweiten Monat in Folge relativ deutlich. In beinahe allen Ländern Europas hat die Zuversicht über die weitere Geschäftsentwicklung abgenommen, nur Skandinavien hält dagegen. Zwar ist in den wichtigsten Absatzmärkten der österreichischen Industrie, insbesondere Deutschland, die Stimmung weiterhin sehr gut, die vor kurzem noch herrschende Euphorie hat sich aber gelegt. Die gestiegene Vorsicht in den Hauptmärkten hat sich nun auch auf Österreichs Industrie übertragen. Die Stimmung im heimischen exportorientierten Produktionssektor verzeichnete im Mai den stärksten Einbruch seit Winter 2009. Die nachlassende Dynamik im Neugeschäft und schwächer steigende Auftragsbestände drücken auf die Laune im Sektor. Allerdings ist der für das Industrievertrauen ausgewiesene Wert immer noch so hoch wie im vorigen Herbst, als die österreichische Industrie auf einem soliden Wachstumskurs unterwegs war. „Während die Hochstimmung in der österreichischen Industrie langsam zurückgeht, sind die Konsumenten noch recht zuversichtlich und weiterhin deutlich optimistischer als in den meisten anderen europäischen Ländern“, analysiert Bruckbauer die aktuelle Situation.

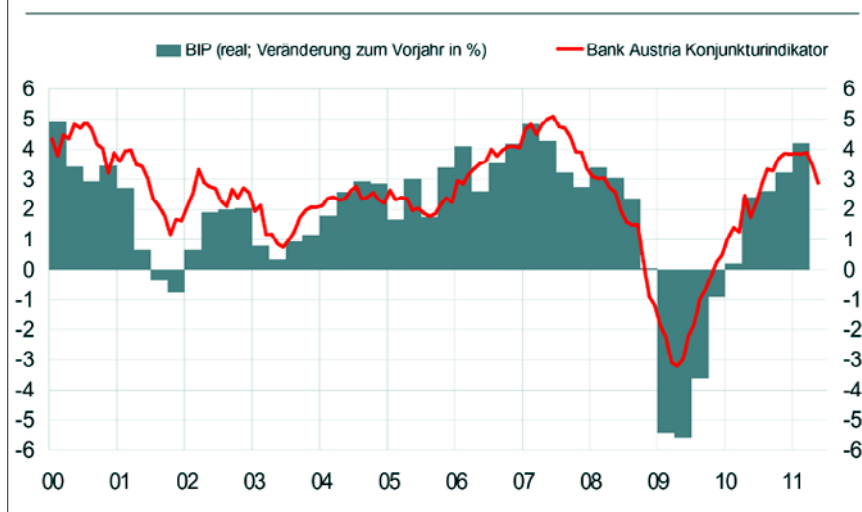
„Nach dem kräftigen Anstieg des BIP zu Jahresbeginn 2011 wird das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal mit 0,5 Prozent zum Vorquartal nur noch halb so stark sein“, so Bruckbauer weiter. Die Exporte, die zu Jahresbeginn noch für fast zwei Drittel der Wachstumsdynamik sorgten, haben seit März an Schwung eingebüßt. Der Aufwärtstrend der Binnennachfrage verläuft dagegen weiterhin stabil.

Die verbesserten Arbeitsmarktdaten und die robuste Umsatzentwicklung im Einzelhandel zeigen eine Fortsetzung des soliden Wachstums des privaten Konsums an. Auch die Investitionen, die sich seit Mitte 2010 im Aufwind befinden, stützen weiter das Wachstum, da aufgrund der bereits über das Vorkrisenniveau gestiegenen Kapazitätsaus-

**Erstes Halbjahr 2011 um
1,8 Prozent mehr Beschäftigte**

Die Konjunkturerholung ist am Arbeitsmarkt angekommen. Im ersten Halbjahr 2011 wird es durchschnittlich fast 60.000 Beschäftigte mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres geben. Das entspricht einem Plus von 1,8 Prozent. „Das hohe Tempo beim Jobaufbau in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011 kann konjunkturbedingt in der zweiten Jahreshälfte nicht ganz gehalten werden. Für das Gesamtjahr 2011 ist mit durchschnittlich über 3,4 Millionen Beschäftigten dennoch ein neuer Rekordstand in Sicht“, so Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl. Auch die Anzahl der Arbeitslosen geht im laufenden Aufschwung kontinuierlich zurück, woran erwartungsgemäß

Bank Austria Konjunkturindikator Österreich



Quelle: Statistik Austria, Wifo, Bank Austria Economics & Market Analysis Austria, eigene Berechnungen

lastung in der heimischen Industrie ein Investitionsnachholbedarf besteht. „Die Binnennachfrage ist nicht stark genug, um das exportgetriebene Erholungstempo vom Jahresbeginn halten zu können. Trotz der auch in der zweiten Jahreshälfte ruhigeren Konjunkturentwicklung wird das Wirtschaftswachstum 2011 erheblich kräftiger ausfallen als im Vorjahr. Wir erwarten weiterhin einen BIP-Anstieg von 3,1 Prozent“, sagt Bruckbauer.

auch die endgültige Öffnung des Arbeitsmarkts für Personen aus den osteuropäischen Beitrittsländern des Jahres 2004 nichts geändert hat. In den ersten sechs Monaten sank die Anzahl der Arbeitslosen um geschätzte 4,5 Prozent. Während die Beschäftigung das Vorkrisenniveau jetzt bereits wieder übersteigt, kann der während des Konjunkturreinbruchs erfolgte Anstieg der Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 2011 noch nicht kompensiert werden. Die Arbeitslosenquote wird

Wirtschaft

im Jahresdurchschnitt 2011 zwar nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria von 6,9 Prozent im Vorjahr auf 6,6 Prozent sinken, damit jedoch noch klar über den 5,9 Prozent des Jahres 2008 zu liegen kommen.

Ausgewogeneres Wachstum in Sicht

„Wir sind optimistisch, daß sich der Aufschwung in Österreich als nachhaltig erweisen wird. Schließlich gewinnt die Erholung gerade an Breite und damit an Stabilität. Die Binnennachfrage trägt stärker zum Wachstum der heimischen Wirtschaft bei. Der Trend zu mehr Ausgewogenheit setzt sich fort und damit werden auch die Wachstumsunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern im Jahr 2011 geringer als im Vorjahr ausfallen“, so Pudschedl. Die starken Industriebundesländer sind aufgrund der kräftigen Exportunterstützung zu Jahresbeginn auch 2011 etwas im Vorteil, mit den besten Aussichten für strukturell breiter aufgestellte Länder, wie Oberösterreich und Vorarlberg. Der Wachstumsspitzenreiter des Vorjahres, die Steiermark, wird 2011 auch wieder zu den besonders dynamischen Bundesländern zählen, die nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria einen Anstieg der Wirtschaftsleistung um rund 3,5 Prozent erwarten können. Wien und das Burgenland werden mit knapp unter der 3-Prozent-Marke zwar 2011 die Wachstumsschlußlichter sein, jedoch gestützt auf die breitere Wachstumsbasis nur wenig hinter dem Österreichdurchschnitt liegen.

Die Erholung der heimischen Wirtschaft bleibt nach Ansicht der Ökonomen der Bank Austria in Schwung. Das Erholungstempo wird durch rohstoffpreisbedingt höhere Inflation, Schuldenabbau der Unternehmen und privaten Haushalte, geringere Risikobereitschaft der Wirtschaftsakteure sowie durch die Auswirkungen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine kontinuierliche geldpolitische Verschärfung gedämpft. „Wenn auch die EZB im Juni noch keine weitere Zinserhöhung vorgenommen hat, für Juli rechnen wir mit einer Anhebung des Leitzinssatzes um 25 Basispunkte auf 1,5 Prozent. Zum Jahresende wird der Refinanzierungssatz bereits bei zumindest 2 Prozent stehen. Das kostet die österreichische Wirtschaft Wachstum, nach unseren Berechnungen bis zu einem Viertelprozentpunkt gegenüber einem unveränderten Zinsniveau“, so Bruckbauer. Die Wachstumsaussichten sind für 2012 mit einem BIP-Anstieg um 1,8 Prozent spürbar zurückhaltender als für das laufende Jahr. ■

4,1 Mrd. Euro für den Sommerurlaub

Mehr als die Hälfte der Österreicher fährt auf Urlaub und rechnet mit Reisekosten um 1000 Euro

Mehr als die Hälfte der Österreicher (55%) plant heuer einen Sommerurlaub und will dafür in Summe rund 4,1 Milliarden Euro ausgeben. Das geht aus einer repräsentativen Umfrage des Marktforschungsinstituts Integral im Auftrag der Erste Bank hervor. Durchschnittlich geben Frau und Herr Österreicher 1.062 Euro für den Urlaub aus. Hauptreiseziel ist Österreich (21 %), gefolgt von Italien (16 %), Kroatien (11 %) und der Türkei (9 %).

Vorzugsweise bezahlen die Österreicher im Urlaub mit Bargeld in Euro (60%) bzw. in der jeweiligen Landeswährung (39 %). Jeder Dritte verwendet seine Kredit- bzw. Bankomatkarte. „Bargeldloses Zahlen wird immer populärer. Dennoch schneidet der Urlauber am besten ab, wenn er die unterschiedlichen Zahlungsmittel kombiniert, d.h. einen geringen Teil an Bargeld bspw. für einen Snack zwischendurch oder das Taxi mitführt, höhere Beträge mittels Kreditkarte bezahlt und Geldabhebungen mit der Maestro-Karte am Bankomat vornimmt“, rät Manfred Bartalszky, Leiter des Produkt- und Channelmanagements der Erste Bank Österreich. Daß Reiseschecks zunehmend an Bedeutung verlieren, bestätigt auch die aktuelle Umfrage, denn lediglich 1 % der Österreicher verwenden dieses Zahlungsmittel.

Fragt man die Österreicher allerdings nach dem besten Zahlungsmittel im Urlaub, schaut das Ergebnis anders aus: Jeder dritte denkt dabei an Bargeld in Euro (32%), jeder vierte an die Kreditkarte (26%), jeder fünfte an Bargeld in der jeweiligen Landeswährung und lediglich 14% sprechen sich für die Bankomatkarte aus. Letztere hat allerdings in den Mitgliedsländern der EU mit Euro als Währung den Vorteil, daß die Bezahlung mittels MaestroCard (klassische „Bankomatkarte“) kostenlos ist. Kunden der Erste Bank und Sparkassen können außerdem an Geldautomaten bei Instituten des Erste Group Konzerns kostenlos Geld beheben.

Mehr als drei Viertel der Bevölkerung wissen über die unterschiedliche Höhe der Spesen bei Geldbehebungen vom Konto oder beim Wechseln von Bargeld in der jeweiligen Landeswährung im Ausland Be-

scheid – 28% nehmen kleine, 48% allerdings große Unterschiede an. Dennoch läuft jeder siebente Österreicher Gefahr in die Spesenfalle zu tappen – 15% wissen davon nämlich nichts. „Urlauber sollten sich bereits vor Reiseantritt über die Zahlungsmodalitäten und Spesen im Urlaubsland erkundigen, um im nachhinein keine bösen Überraschungen auf der Abrechnung zu erleben“, rät Bartalszky.

Auch beim Geldwechsel vor Urlaubsantritt können Kunden sparen. Die Erste Bank Österreich verrechnet bei Kauf über das Kundenkonto nur 1,5 Prozent statt der üblichen drei Prozent Spesen.

Im Ausland warnt der Erste Bank Experte vor Wechselstuben: „Die Konditionen variieren sehr stark, weil es keine einheitlichen Richtlinien gibt. Wechselstuben können die Gebühren selbst festlegen und somit verlangen was sie wollen. Es ist grundsätzlich besser, wenige Behebungen mit höheren Beträgen zu machen, um die Mindestgebühren zu überschreiten.“ Im Urlaubsland selbst sind die Kosten bei der klassischen Bankomatabehaltung mit der BankCard (Bankomatkarte) am geringsten. Bargeldbezug im Urlaubsland am Bankomat mit Visa/Mastercard (Kreditkarte) ist deutlich kostenintensiver – davon raten die Erste Bank Experten auch ab. Vorsicht ist auch geboten bei der Bezahlung mittels Kreditkarte in Euro in Nicht-Euro Ländern. Bartalszky: „Hier sollte unbedingt darauf geachtet werden, daß der Kunde in der Landeswährung bezahlt. Denn würde er in Euro bezahlen, würde er in jedem Fall eine schlechte Kursabrechnung erhalten. Schlechtestes Beispiel für Spesenabzocke ist hier der Londoner Flughafen.“

Die Erste Bank beauftragte INTEGRAL für eine telefonische Befragung zu Zahlungsmittel im Urlaub. In der Zeit von 11. bis 17. Mai 2011 wurden 500 Personen zum geplanten Sommerurlaub – Urlaubsziel, veranschlagtes Budget, verwendete und beste Zahlungsmittel im Urlaub sowie Spesenunterschiede beim Wechseln von Bargeld – befragt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die österreichische Bevölkerung ab 14 Jahren (= 7.090.000 Menschen). ■

Bronze-Medaille für Österreichs Wirtschaft

Deutschland ist nach Berechnungen der Allianz Volkswirte das wirtschaftlich gesündeste Land der Euro-Zone, gefolgt von Luxemburg und Österreich.

Die aktuelle Schuldenmisere in Europa zeige die Notwendigkeit einer umfassenden Krisenvorsorge – mit der Schaffung eines europäischen Anleihenversicherers könnte man die Situation entschärfen, ist man bei der Allianz überzeugt.

„Die aktuellen und langfristigen Probleme sind nicht nur an den Staatsbudgets ablesbar“, erklärt Wolfram Littich, Vorstandsvorsitzender der Allianz Gruppe in Österreich. Es gehe vor allem darum, auch wirtschaftspolitische Entwicklungen zu berücksichtigen. Damit sollen rechtzeitig Gefahren erkannt werden, die ein übertriebenes oder einseitig forciertes Wirtschaftswachstum mit sich bringt.

Europameister bei »Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz«

Um die Ausgewogenheit und Solidität der Konjunkturentwicklung in der Währungsunion zu messen, hat die Allianz einen Indikator entwickelt: Der sogenannte „Euro Monitor“ berücksichtigt neben den Staatsfinanzen etwa auch Exporterfolg, Inlandsnachfrage, Lohnentwicklung, Arbeitslosigkeit und die private Verschuldung. Wirft man einen Blick auf die einzelnen Indikatoren der Studie, so zeigt sich, daß Österreich im internationalen Vergleich gut abschneidet. In den Kategorien „Finanzielle Nachhaltigkeit“ sowie „Verschuldung privater inländischer Sektoren und Nettoauslandsvermögenssituation“ liegt Österreich auf Platz 4, bei der „Wettbewerbsfähigkeit und Inlandsnachfrage“ konnte Platz 2 gefestigt werden. In der Kategorie „Solidität der Staatsfinanzen“ konnte Österreich Platz 6 halten, Spitzenreiter in dieser Kategorie ist Estland, das erst zu Jahresbeginn dem Euro beigetreten ist. Bei „Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz“ ist Österreich „Europameister“. Über alle insgesamt 15 quantitativen Indikatoren gerechnet, bedeutet das für Österreich einen guten dritten Platz hinter Deutschland und Luxemburg. Auf den vier letzten Plätzen befinden sich dagegen Spanien, Portugal, Irland und als Schlußlicht Griechenland. Die nach Deutschland zweit-

größte Euro-Volkswirtschaft Frankreich liegt im Mittelfeld auf Rang acht.

Strukturelle Reformen notwendig

„Die 17 Länder der Eurozone müssen mehr leisten, um die Stabilität ihrer gemeinsamen Währung und deren Glaubwürdigkeit an den Finanzmärkten zu sichern“, erklärt Michael Heise, Chefvolkswirt der Allianz SE. Den Euro-Krisenländern attestiert er „erste Anpassungserfolge“. Es sei aber mehr Zeit nötig, bis die eingeleiteten Strukturreformen griffen. Im Falle Griechenlands warnt er vor einem Schuldenschnitt. Dadurch würde sich die Krise weiter ausbreiten, argumentiert Heise. Demgegenüber halte er das geplante weitere Hilfspaket, flankiert durch eine freiwillige Umschuldung privater Gläubiger und ein strategisches Investitionsprogramm der Europäischen Union, für sinnvoll. Jedes Zögern drohe zu einer Belastung für den Euro zu werden. „Glaubwürdige Konsolidierungsschritte und Reformen müssen in den verschuldeten Ländern schnell eingeführt und umgesetzt werden. Ebenso dringend ist eine Verbesserung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität.“

Krisenprävention durch intensivere Politikkoordination

Dabei sei auch eine Reform des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens sinnvoll: Gegenwärtig sind einige Euro-Staaten ohne bezahlbaren Zugang zum Kapitalmarkt. Hauptursache dafür sei die herrschende Unklarheit über die Solvenzsituation. EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) und ESM (Europäischer Stabilisierungsmechanismus), die für den Notfall als Finanzierungsmechanismen vorgesehen sind, übernehmen immer mehr die Rolle als einzige Finanzierungsquelle. Der politische Widerstand gegen fortgesetzte Zahlungen wächst und Spekulationen übers etwaige „Versiegen der Quelle“ nehmen zu. Als Lösung führen die Allianz Experten die Schaffung eines European Sovereign Insurance Mechanism (ESIM) an: Die bereits für den Euro-Rettungsschirm bereitgestellten Mittel würden

teilweise für die Schaffung eines Anleihenversicherers eingesetzt. ESIM erhielte für die garantierten Anleihen eine jährliche Versicherungsprämie vom staatlichen Emittenten, deren Höhe sich an der Verbesserung der Schuldenkennzahlen bemessen sollte. Investoren erhielten so Klarheit über den maximal möglichen Verlust und könnten entsprechend kalkulieren und preisen. Dadurch würde ein bezahlbarer Zugang zu den Kapitalmärkten für die betroffenen Staaten wieder hergestellt werden.

Aber letztlich liege die Verantwortung bei den Ländern selbst, jetzt zu handeln. Die Autoren des „Euro Monitors“ empfehlen, die von der EU-Kommission befürwortete Gesetzgebung für eine bessere Kontrolle der Finanzpolitik und makroökonomischer Ungleichgewichte schnell und ohne eine weitere Verwässerung einzuführen. Dazu benötige die Eurozone nicht nur ein verbessertes Monitoring, sondern auch klare und verbindliche Regeln für die Mitgliedsstaaten. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt müsste ebenso eindeutige Regeln und wirksame Sanktionsmöglichkeiten erhalten. Den Sparprogrammen in den einzelnen Ländern sollten umgehend strukturelle Reformen folgen.

„Der Euro Monitor 2011“ ist die erste Studie ihrer Art nach der Eurokrise. Herausgegeben von den Volkswirten der Allianz SE analysiert er die 17 Staaten der Eurozone auf Basis von 15 quantitativen Indikatoren in vier Kategorien: Finanzielle Nachhaltigkeit; Wettbewerbsfähigkeit und Inlandsnachfrage; Beschäftigung, Produktivität und Ressourceneffizienz sowie Verschuldung privater inländischer Sektoren und Vermögenspositionen gegenüber dem Ausland. Als makroökonomisches Monitoring- und Frühwarnsystem dient der Monitor dazu, bestehende und neu aufkommende wirtschaftspolitische Fehlentwicklungen aufzudecken. Erstmals werden bei dieser Analyse auch Faktoren wie der demografische Wandel und der Umgang mit natürlichen Ressourcen einbezogen, weil sie aus Sicht der Allianz Volkswirte einen wesentlichen Einfluß auf das nachhaltige Wachstum einzelner Länder haben.“ ■

»Heut is so a schöner Tog«

Tauernautobahn nach Kärnten ab Sommer erstmals durchgehend vierspurig befahrbar – offizielle Inbetriebnahme des zweiten Tunnels am 30. Juni 2011



Foto: LPD/Josef Bodner

Bei der offiziellen Eröffnung am 30. Juni: Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller (im Dirndl), rechts neben ihr Kärntens Landeshauptmann Gerhard Dörfler mit einigen der zahlreichen Ehrengäste und den Vertretern der ASFINAG

Am 30. Juni wurde der zweiröhrig ausgebaute Tauertunnel offiziell in Betrieb genommen, ein historisches Datum für die Geschichte der A 10 Tauernautobahn. Damit ist erstmals nach der Eröffnung der Scheitelsecke am 21. Juni 1975 die gesamte, rund 192 Kilometer lange A 10 von Salzburg bis Villach durchgehend vierspurig bzw. in den Tunneln zweiröhrig ausgebaut.

„Die kilometerlangen Staus gehören endlich der Vergangenheit an“, sagte Kärntens Verkehrsreferent Landeshauptmann Gerhard Dörfler. Die Kinder der Volksschule Flachau haben es für Dörfler mit ihrem Lied „Heut is so a schöner Tog“ perfekt ausgedrückt. Für diese besondere Darbietung bat er die Asfinag, den Kindern 1000 Euro zur Verfügung zu stellen. Seinen Dank richtete der Landeshauptmann an Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller für gute Nachbarschaft: „Wir haben gemeinsam bei sehr viel Gegenwind den Zug aufs Tor gehabt.“

Der Dank des Landeshauptmannes ging auch an Alexander Walcher, Geschäftsführer der ASFINAG Bau Management GmbH, der bei diesem Projekt „oft sehr viel einstecken mußte“ sowie an die ASFINAG-Vorstände Alois Schedl und Klaus Schierhackl für die immer gute Zusammenarbeit. Dörfler dankte dem früheren Infrastrukturminister Hubert Gorbach und Infrastrukturministerin Doris

Bures, die „die Löcher nach Kärnten sehr gerne hat“, wie er launig auf Katschberg-, Tauern- und Koralm-Tunnel verwies. Bedankt wurde von Dörfler zudem Katschberg-Tunnel-Patin Bettina Strobl, die als starke Frau immer zum Projekt gestanden sei, „obwohl oft quergeschossen wurde“.

Für Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, Patin des Tauertunnels, beweist dieses Pro-

jekt einmal mehr, daß der österreichische Tunnelbau ein Qualitätsprodukt sei: „Die Porr hat tolle Leute.“ Nach der Brandkatastrophe im Tauertunnel habe sie sich gemeinsam mit Dörfler verpflichtet, die Nadelöhre zu beseitigen: „Für uns stand die Verkehrssicherheit im Mittelpunkt.“ Burgstaller verlieh das „Große Verdienstzeichen des Landes Salzburg“ an einen Kärntner, nämlich Walcher.



Foto: ASFINAG

Die Mitarbeiter der beauftragten Baufirmen sind in diesem Bild gerade dabei, die letzten Reste der Großbaustelle zu beseitigen.

Auch für Verkehrsministerin Doris Bures war es trotz Regen ein wunderschöner Tag: Dieser Bau sei eine gute Investition, weil er einen Beitrag dafür leiste, daß Katastrophen wie damals mit soviel menschlichem Leid verhindert würden. „Heute bricht ein neues Zeitalter an, mit weniger Stau und mehr Verkehrssicherheit. Das hier war eine Baustelle aus dem Bilderbuch, es waren richtige Profis am Werk“, so Bures.

Bei der feierlichen Verkehrsfreigabe und Tunnelsegnung waren u. a. die früheren Infrastrukturminister Hubert Gorbach und Matthias Reichhold, Katschbergtunnel-Patin Bettina Strobl mit ihrem Mann Fritz Strobl und der Chef der Kärntner Landesstraßenbauabteilung, Volker Bidmon, anwesend. Für die musikalische Umrahmung sorgten die Trachtenmusikkapellen Zederhaus und Flachau sowie als Höhepunkt, wie eingangs erwähnt, die Kinder der Volksschule Flachau mit „Heut is so a schöner Tog“.

Der zweiröhrig ausgebaute Tauern Tunnel – nun offiziell in Betrieb genommen – ist nicht nur innerösterreichisch ein wahrer Meilenstein, sondern international – die A 10 ist neben der Brenner- und der Pyhrn-Autobahn eine der wichtigsten Nord-Süd-Routen im europäischen Verkehrsgeschehen. Umso wichtiger sind die Investitionen in eine sichere Infrastruktur.

Versprochen und umgesetzt

„Der Bau von zweiten Tunnelröhren bildet das nachhaltig wirksamste Mittel, um die Verkehrsriskiken im Tunnel zu minimieren. Zwei getrennte Röhren mit jeweils zwei Fahrspuren führen einerseits zur Entschärfung des unmittelbaren Gefahrenpotentials, welches von Verkehrstunnel mit Gegenverkehr ausgeht und andererseits zu einer wesentlichen Verbesserung der Sicherheit für Verkehrsteilnehmer, unsere Erhaltungsmannschaften und nicht zuletzt der Einsatzkräfte“, betonte ASFINAG Vorstand Alois Schedl. Daher wurde nach dem tragischen Unfall im Tauern Tunnel im Jahre 1999 von seiten der ASFINAG begonnen, bestehende Tunnelanlagen zu erweitern bzw. technisch nachzurüsten. Schedl: „Wir haben Verbesserungen in bezug auf Tunnelsicherheit versprochen und diese auch umgesetzt. Rund 3,7 Milliarden Euro wurden seit Beginn der Tunneloffensive im Jahr 2001 in die Tunnelsicherheit investiert. Bis 2014 investiert die ASFINAG weitere rd. 1,1 Mrd. Euro in die Erhöhung der Tunnelsicherheit. Diese Investitionen beinhalten Tunnelneubauten ebenso wie zweite Tunnelröhren, bauliche und elektromaschi-



Foto: ASFINAG

Ein Blick auf die Flachauer Seite der Tunnelbaustelle der Tauernautobahn

nelle Maßnahmen inklusive Generalerneuerungen sowie den Ausbau der Überwachungszentralen.

Auch für Salzburgs Landeshauptfrau Mag. Gabi Burgstaller ist der Vollausbau des Tauern Tunnels von großer Bedeutung: „Salzburg und der Tauern Tunnel werden in den internationalen Verkehrsmeldungen sicherlich deutlich seltener auftauchen, kilometer- und stundenlange Staus sollten der Vergangenheit angehören.“ Sie zeigte sich „erleichtert und glücklich, daß zwölf Jahre nach dem katastrophalen Brand im Tauern Tunnel eine Sicherheitslücke geschlossen wird, immerhin galt der Tauern Tunnel jahrzehntelang als

„Nadelöhr“. Der erfolgreiche und im Zeitplan erfolgte Abschluß des Projekts hat in verkehrspolitischem, wirtschaftlichem und nicht zuletzt touristischem Sinn enorme Bedeutung für das Bundesland Salzburg und weit darüber hinaus.“

Das Bundesland Kärnten erwartet sich durch den Vollausbau vor allem wirtschaftliche Impulse. Landeshauptmann Gerhard Dörfler: „Der Tauern Tunnel ebenso wie der Katschberg Tunnel sind für Kärnten wichtige Straßenbauprojekte. Die zweiten Tunnelröhren optimieren eine wichtige Verkehrsverbindung und schaffen mehr Sicherheit. Umfassende Lärmschutzmaßnahmen – es han-

Wirtschaft

delt sich um das größte Lärmschutzprojekt Österreichs – schonen Umwelt und Anrainer“, so Dörfler. „Zudem sorgt der Vollausbau für eine bessere Erreichbarkeit Kärntens und damit für eine Aufwertung der Urlaubsdestination und des Wirtschaftsstandortes Kärnten insgesamt. Durch die zweiten Tunnelröhren werden Megastaus der Vergangenheit angehören, was zu einer enormen Umweltentlastung beiträgt“, ergänzte der Landeshauptmann.

Umfangreiche Umweltentlastungsmaßnahmen entlang der A 10

Parallel zum Vollausbau von Katschberg- und Tauerntunnel werden zusätzliche Umweltentlastungsmaßnahmen in Form von Einhausungen, Lärmschutzgalerien und –wänden errichtet. Diese Umweltentlastungsmaßnahmen sind Teil der im Jahr 2004 von Bund, Ländern und der ASFINAG unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung zur Erarbeitung und Realisierung von Umweltentlastungsmaßnahmen entlang der A 10 zwischen Hütt- au (Salzburg) und Lieserhofen (Kärnten)“. „Diese Erklärung umfaßt ein Maßnahmenpaket im Umfang von rd. 300 Mio. Euro für

Einhausungen, Lärmschutzwände und -wälle, welches bis 2020 realisiert werden soll“, erklärt Alexander Walcher, Geschäftsführer der ASFINAG Bau Management GmbH. „Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung gegenüber den Anrainern nach geltenden Standards und Regeln. So wurden viele Lärmschutzmaßnahmen entlang der Tauern Autobahn in den vergangenen Jahren bereits umgesetzt. Unter anderem die Lärmschutzwände im Pongau, Lungau und Liesertal, sowie die Einhausungen Eben, Flachau in Salzburg und Trebesing in Kärnten. Insgesamt wurden bislang netto rd. 77 Mio. Euro in den Lärmschutz entlang der Tauern Autobahn investiert“, betont Walcher.

164 Kilometer im Blick

Im Zuge der Tunneloffensive der ASFINAG wurde auch das Zentralwartungskonzept überarbeitet und „auf neue Beine gestellt“. Gab es bislang 18 Überwachungszentralen für die insgesamt 145 Tunnelanlagen in ganz Österreich, so wurden diese nun zu neun großen Zentralwarten zusammengeschaltet. Die Überwachungszentrale in St. Michael/Lg wurde dazu neu gebaut und ist ein wahres High-

Tech-Center. Rund 164 Autobahnkilometer von Rennweg/Kärnten (A 10) bis zur oberösterreichischen Landesgrenze bei Mondsee (A 1) werden nach Abschluß des Zentralwartungskonzeptes im Herbst dieses Jahres von hier aus überwacht und gesteuert. Darunter Katschberg- und Tauerntunnel, die Einhausungen Flachau und Eben, die Tunnelgruppe Werfen, Ofenauer und Hiefler Tunnel sowie der Tunnel Lieferung in Salzburg. Hier laufen alle sicherheitsrelevanten Daten zusammen. Knapp sieben Millionen Euro hat die ASFINAG hier in die Sicherheit der Autofahrer investiert. Auf der rd. 25 m² großen Videowall mit insgesamt 18 Großbildschirmen sehen die Operatoren Aufnahmen des Verkehrsgeschehens von Kärnten bis zu OÖ. Landesgrenze. Geliefert werden diese Bilder von insgesamt 650 Kameras entlang der freien Strecke und in den Tunneln. 120.000 Datenpunkte müssen von den Rechnersystemen in der ÜZ St. Michael/Lg. bewältigt und verarbeitet werden, dazu gehören etwa Ampelregelungen, Infos der Glatteiswarnanlagen bis hin zu Absetzen von Notrufen. ■

<http://www.asfinga.at>

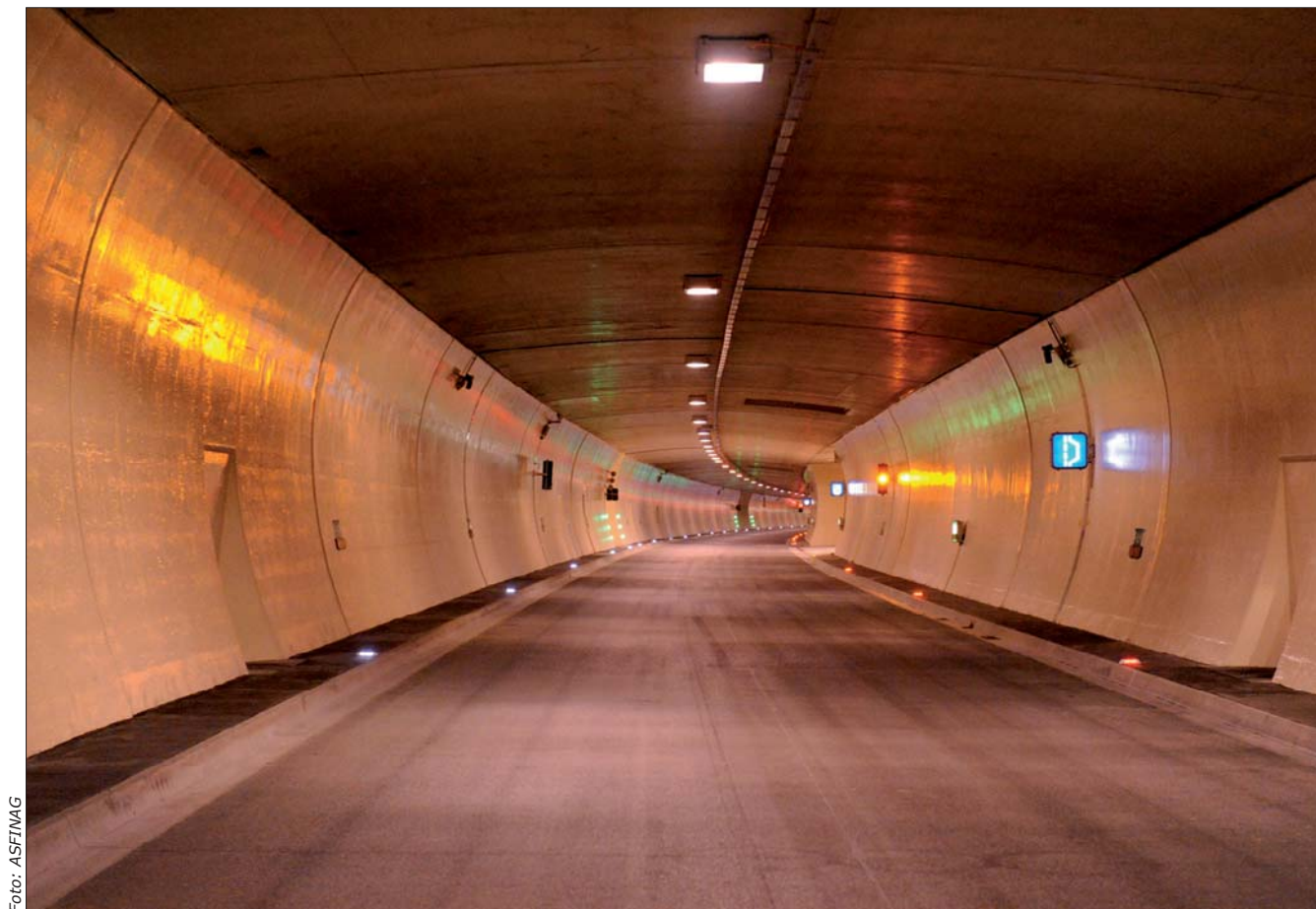


Foto: ASFINAG

Die Tauernautobahn nach Kärnten ist seit 30. Juni 2011 erstmals durchgehend vierspurig befahrbar.

Wieder auf Schiene

Management-Buy-out sichert die Zukunft der Modelleisenbahn Holding –
Bisheriges Management übernimmt 100 Prozent von Fleischmann und Roco

Das Management der Modelleisenbahn Holding GmbH erwirbt von der Model Railway Holding AG in Form eines Management-Buy-outs 100 Prozent der Marken Fleischmann und Roco. Das teilten die drei beteiligten Manager Leopold Heher (CEO), Roland Edenhofer (CFO) und Johannes Steinparzer (COO) am 14. Juni am Unternehmenssitz in Bergheim bei Salzburg mit. Die Übernahme wurde mit 30. Juni 2011 wirksam. CEO Heher sagte, das Management wolle mit der Übernahme der Eigentümerschaft den Sanierungserfolg nachhaltig absichern. Aufgrund der genauen Kenntnisse des Unternehmens und der langjährigen Erfahrung in dieser Branche habe man sich dazu entschlossen und ein entsprechendes Angebot gelegt. „Wir haben als verantwortliche Manager nach dem Erwerb von Fleischmann diese Unternehmensgruppe saniert. Die Bilanz 2010 zeigt folgerichtig erstmals schwarze Zahlen über alle Unternehmen hinweg. Jetzt geht es darum, die vorhandenen Erfolgchancen zu nutzen. Wir fühlen uns dazu auch gegenüber den 740 Mitarbeitern und unseren mehr als 1000 Fachhändlern verpflichtet, die unsere positive Entwicklung erst ermöglicht haben.“ Die dem Raiffeisenverband Salzburg nahestehende UBG Unternehmensbeteiligungs GmbH hat – als alleinige Gesellschafterin der Model Railway Holding AG – die Verhandlungen zu diesem Buy-out geführt. Heher: „Wir freuen uns, daß der Raiffeisenverband Salzburg unser Angebot angenommen hat. Die Bank ist in den vergangenen sechs Jahren zuerst Roco und dann Fleischmann in äußerst schwierigen Situationen unterstützend zur Seite gestanden. Sie wird auch in Zukunft die hauptfinanzierende Bank bleiben und unseren Weg begleiten.“

Im April 2011 hatte die UBG die Anteile von Franz Josef Haslberger an der Haslberger Railway Holding AG übernommen und diese anschließend in die Model Railway Holding AG umfirmiert. Über diese im Einvernehmen durchgeführte Transaktion wurde Stillschweigen vereinbart. Strategisches Investment Heher betonte, daß er mit seinen beiden Kollegen ein strategisches Investment eingegangen sei. Die Branche sei nach wie vor schwierig und die Kernmärkte

schumpfund. Die Modelleisenbahn Holding habe aber im Gegensatz zu anderen internationalen Anbietern die notwendige Restrukturierung bereits erfolgreich durchgeführt. Eigentümer, die nahe am Tagesgeschäft agieren, sind in dieser Situation durch Flexibilität und Entscheidungsgeschwindigkeit ein zusätzlicher Vorteil. „Die Marken Fleischmann und Roco sind nach dieser Übernahme optimal auf die aktuelle Marktlage eingestellt.“



Eine der Neuheiten von Roco 2011: die Elektrolok der ÖBB

Als strategische Zielsetzungen nannte Heher

- das Ankurbeln des weltweiten Exports,
- die Intensivierung des Internetverkaufs in Kooperation mit dem Fachhandel und
- die Repositionierung des Produktes Modelleisenbahn durch Digitalisierung, um neue Spielqualitäten zu erreichen und die Steuerung zu vereinfachen.

Operative Basis bleibt, wie sie ist. Die operativen Grundlagen der Modelleisenbahn Holding, durch die der Sanierungserfolg herbeigeführt worden ist, bleiben auch nach dem Management-Buy-out unverändert.

- Die Modelleisenbahn Holding produziert in internationaler Arbeitsteilung. Die Kernfunktionen Steuerung, Entwicklung und Know-how-intensive Produktion finden in Österreich und Deutschland statt.
- Die getrennt geführten Marken Fleischmann und Roco haben durch ihre Positionierung als hochwertige und innovative Spielware weltweit Entwicklungspo-

tential. Die Modelleisenbahn Holding setzt dabei weiterhin auf die Kooperation mit dem Fachhandel.

- Die Finanzierung des Unternehmens ist sichergestellt: Zinsen und Tilgung können aus dem operativen Ergebnis bedient werden. Operativ wird die Modelleisenbahn Holding 2011 so viele Neukonstruktionen auf den Markt bringen wie niemals zuvor. Technologisch liegt der Schwerpunkt auf den digitalen Effekten (Bewe-

gung, Licht, Geräusch) sowie auf einer Verbesserung der Anlagensteuerung. Der Umsatz 2011 wird bei rund 52 Millionen Euro erwartet, was zu einer weiteren Verbesserung bei EBIT und EGT gegenüber 2010 führen wird. Das Unternehmen Die Modelleisenbahn Holding GmbH mit Sitz in Bergheim bei Salzburg (Österreich) zählt mit den beiden Marken Fleischmann und Roco zu den wichtigsten europäischen Herstellern in ihrer Branche. Sie hat aktuell 740 Mitarbeiter in vier Ländern und erwirtschaftete 2010 50,7 Millionen Euro Umsatz, ein EBIT von 2,3 Millionen Euro und ein EGT von 1 Million Euro. Die Modelleisenbahn Holding GmbH verfolgt die Vision, der Qualitätsspielware Modelleisenbahn durch Innovation, Systemerweiterung und moderne Produktionsstrukturen neue Marktsegmente zu erschließen, um den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg zu sichern. ■

<http://www.modelleisenbahn-holding.com>

Regionalprognosen 2010-2030

Zuwächse der Erwerbspersonen und Haushalte auf Stadtregionen konzentriert

Auf Basis der kleinräumigen Bevölkerungsprognose für die NUTS 3-Regionen und Politischen Bezirke Österreichs (veröffentlicht im Sommer 2010), die von Statistik Austria in Konsistenz mit der Prognose für Österreich und die Bundesländer aus 2009 erstellt worden war, konnten nun die Arbeiten zur Prognose der Erwerbspersonen und zur künftigen Entwicklung der Haushalte erfolgreich abgeschlossen werden. Alle drei Prognosen sind in Band 184 der ÖROK-Schriftenreihe veröffentlicht.

Ergebnisse der Erwerbsprognose

Für die Erwerbsprognose wurden drei unterschiedliche Szenarien über die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung berechnet, wobei das Hauptszenario die plausibelste Entwicklung der alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten abbildet.

Kleinräumige Entwicklung der Erwerbspersonen – Hauptszenario

Die kleinräumige Entwicklung der künftigen Erwerbspersonenzahl wird im wesentlichen dem regionalen Muster der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter folgen. In Regionen, in denen die Zahl der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren stabil bleibt oder noch ansteigt, wird auch die Zahl der Erwerbspersonen weiter zunehmen. Hingegen wirken sich regionale Bevölkerungsverluste auch auf das regionale Angebot an Arbeitskräften aus.

Die größten Zuwächse an Erwerbspersonen wird es demnach nahezu ausschließlich in und um die großen Städte Österreichs geben, wobei die Ostregion das mit Abstand stärkste Wachstum verzeichnen wird. Bis 2050 werden im Wiener Stadtumland um 25% mehr Erwerbspersonen leben als noch im Jahr 2009. Ebenfalls sehr starke Zuwächse werden in und um Graz, in der Bundeshauptstadt Wien selbst, aber auch im Nordburgenland sowie in und um die Städte Sankt Pölten, Linz-Wels und Innsbruck sowie im Rheintal-Bodenseegebiet zu erwarten sein.

Flächendeckend und vergleichsweise starke Einbußen an Erwerbspersonen wird es vor allem in den inneralpinen und südlichen

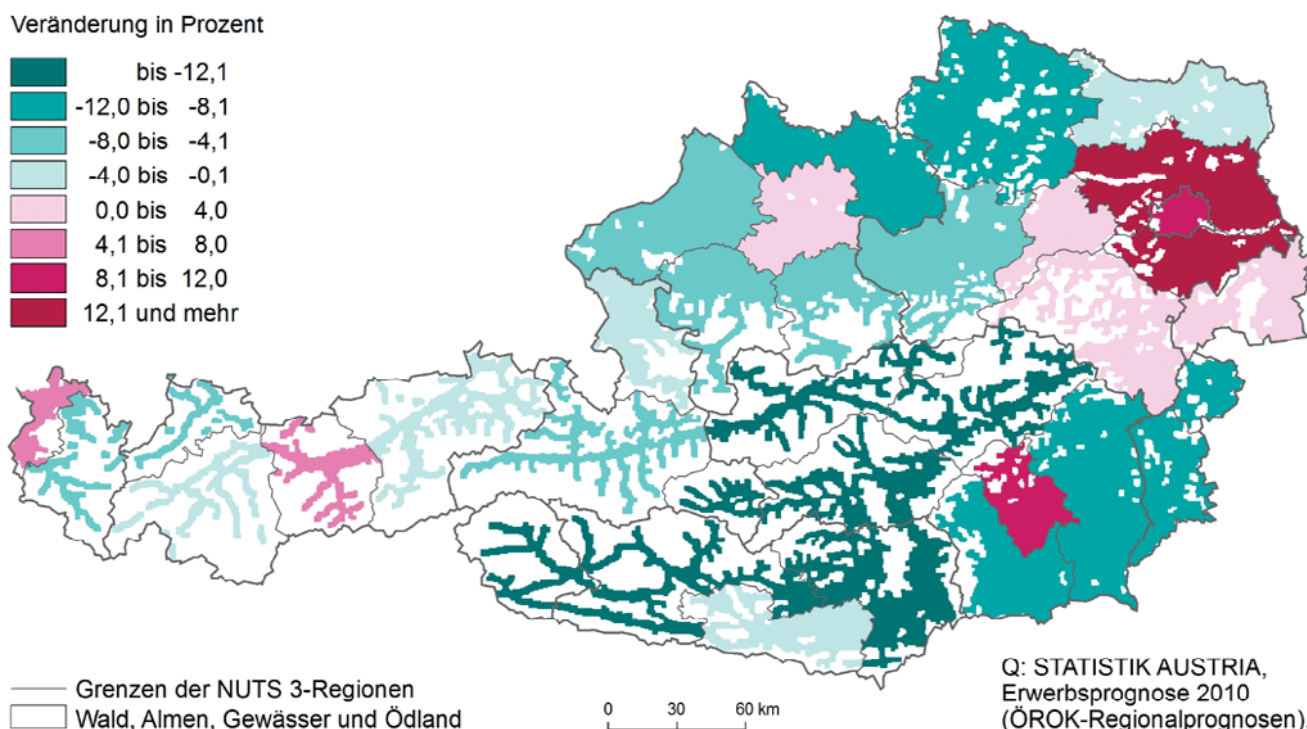
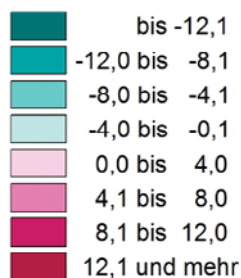
Regionen Österreichs geben, wo mit Ausnahme von Graz und Umgebung die gesamte Steiermark, das Mittel- und Südburgenland, das gesamte Bundesland Kärnten, die Salzburger Regionen Lungau, Pinzgau und Pongau sowie Osttirol betroffen sind. Aber auch andere periphere bzw. strukturschwache Regionen, wie beispielsweise das Mühl- und Waldviertel, der oberösterreichische Voralpenraum, das Tiroler Oberland und der Bregenzer Wald werden eine mehr oder weniger starke Abnahme der Erwerbspersonenzahl verzeichnen.

Ergebnisse der Modellrechnungen zur Haushaltsentwicklung

Auf Basis der Bevölkerungsprognose wurde auch eine kleinräumige Haushaltsprognose in zwei Varianten erstellt. Die Trendvariante basiert auf Extrapolationen der alters- und geschlechtsspezifischen Haushaltsrepräsentantenquoten bis zum Jahr 2021. Die konstante Variante hält die für das Jahr 2009 geschätzten Quoten über den gesamten Projektionszeitraum konstant.

Veränderung der Erwerbspersonen 2009 bis 2030: Hauptszenario nach NUTS 3-Regionen

Veränderung in Prozent

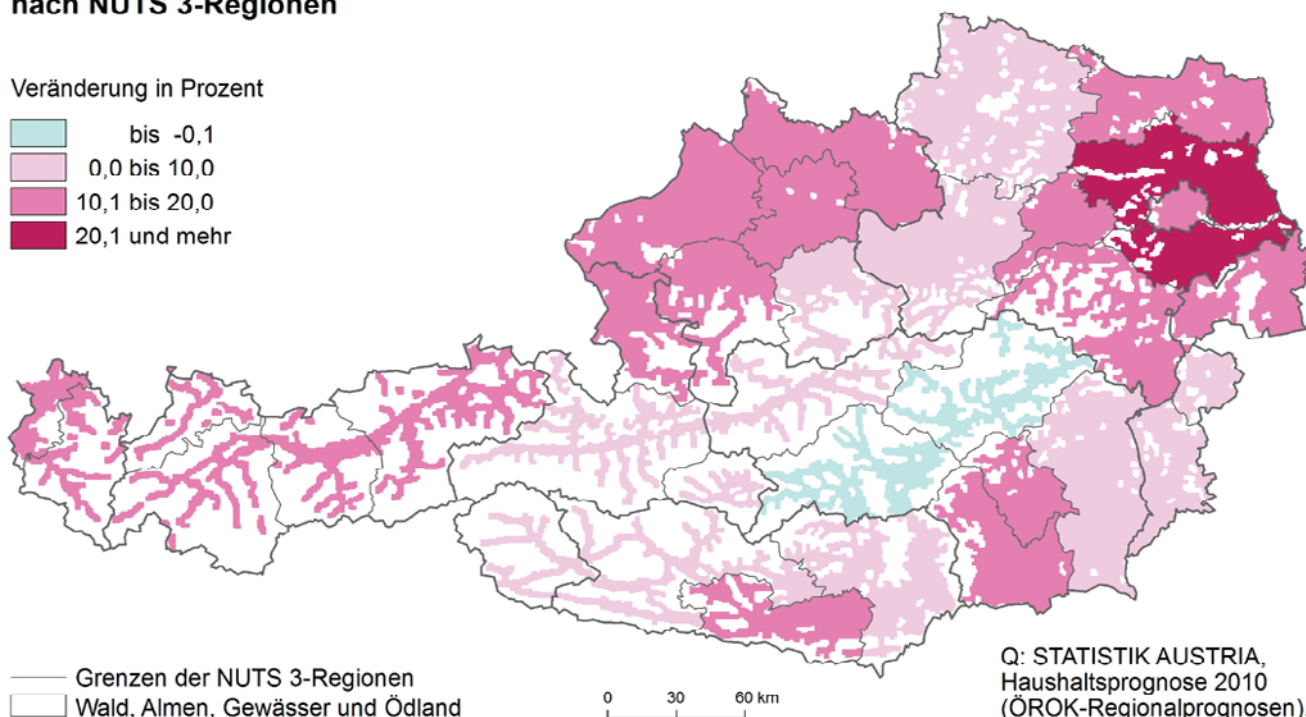
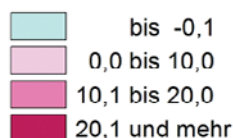


Q: STATISTIK AUSTRIA,
 Erwerbsprognose 2010
 (ÖROK-Regionalprognosen).

Chronik

Veränderung der Haushalte insgesamt 2009 bis 2030: Hauptszenario nach NUTS 3-Regionen

Veränderung in Prozent



Q: STATISTIK AUSTRIA,
Haushaltsprognose 2010
(ÖROK-Regionalprognosen).

Kleinräumige Entwicklung der Haushalte – Trendvariante

Gemäß Trendvariante wird die Zahl der Privathaushalte in Österreich künftig weiter steigen, wobei dies in erster Linie eine Folge der wachsenden Bevölkerungszahlen ist.

Zahl der Haushalte

Bezogen auf die NUTS 3-Regionen sind die stärksten Zuwächse der Zahl der Haushalte in den zentralen Räumen der Bundesländer zu erwarten. Im Jahr 2030 wird die Zahl der Haushalte voraussichtlich im Wiener Umland-Nord (+25%) sowie im Wiener Umland-Süd (+22%) um mehr als ein Fünftel höher sein als 2009. Die stärksten Zunahmen werden für den Prognosebezirk Schwechat mit rund 28% sowie Wien Umgebung mit rund 27% vorhergesagt. Weiters sind in den NUTS 3-Regionen Nordburgenland (+19%), Rheintal-Bodensee (+18%) und in der Region Graz (+17%) künftig substantielle Haushaltszuwächse zu erwarten.

Die größten Rückgänge werden für die Obersteiermark prognostiziert. Hier sollte die Zahl der Privathaushalte im Jahr 2030 um 5% (Östliche Obersteiermark) bzw. 2% (Westliche Obersteiermark) niedriger sein als 2009. Auf Basis der Bezirke werden Judenburg (-4%), Murau (-3%), Bruck an der Mur (-2%), Gmünd (-1,8%) 2030 voraussichtlich weniger Privathaushalte zählen als 2009.

Struktur der Haushalte

Die Zahl der Einpersonenhaushalte steigt sowohl in Regionen stark an, die mit hohen Bevölkerungszuwächsen rechnen können, als auch dort, wo der Alterungsprozess deutlicher ausgeprägt sein wird. Dies erklärt die prognostizierten hohen Zuwächse bis 2030 beispielsweise für das Mühlviertel (+37%), das Innviertel (+36%), das Tiroler Oberland (+34%), das Wiener Umland-Nord (+33%), die Region Rheintal-Bodensee sowie das Nordburgenland (jeweils +32%), Bludenz-Bregenzerwald (+31%), Traunviertel, Lungau und Oststeiermark (jeweils +30%).

In manchen peripheren Regionen, die schon in der Vergangenheit hohe Abwanderung zu verzeichnen hatten wird es hingegen eine Stagnation bzw. nur einen leichten Anstieg an Einpersonenhaushalten geben. In der östlichen Obersteiermark beträgt der Zuwachs an Einpersonenhaushalten bis 2030 bloß 2%.

Die Entwicklung der Zahl der Mehrpersonenhaushalte wird voraussichtlich unterschiedlich verlaufen: In vielen Regionen mit zu erwartenden Bevölkerungsverlusten wird auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte künftig rückläufig sein. So werden in der Östlichen und Westlichen Obersteiermark die Mehrpersonenhaushalte um 9% zurückgehen, in Unter- und Oberkärnten jeweils um 5%.

Dort, wo die Bevölkerungszahl hingegen stark wächst, nimmt auch die Zahl der Mehrpersonenhaushalte deutlich zu. Im Wiener Umland steigt die Zahl der Mehrpersonenhaushalte bis 2030 um ein Fünftel, in der Region Graz und im Nordburgenland jeweils um 15%.

Die ausführlichen Ergebnisse sind unter diesen Adressen abrufbar:

<http://www.oerok.gv.at>

<http://www.oerok-atlas.at>

<http://www.statistik.at>

Methodische Anmerkungen

Die Erwerbs- und Haushaltsprognose werden mittels spezifischer Quotenmethoden berechnet. Als Basis dienen Erwerbs- bzw. Haushaltsrepräsentantenquoten nach fünfjährigen Altersgruppen und Geschlecht, die aus aktuellen Erhebungen (u.a. Volkszählungen und Mikrozensus) abgeleitet sind. Diese werden in die Zukunft extrapoliert und mit einer in gleicher Weise gegliederten und vorab gerechneten Bevölkerungsprognose multipliziert. Dies ergibt, nach Alter und Geschlecht summiert, die prognostizierten Zahlen für Erwerbspersonen bzw. Privathaushalte. Die Haushalte werden in einem weiteren Schritt auf Basis der durchschnittlichen Haushaltsgröße nach den einzelnen Haushaltsgrößen (1-, 2-, 3-, 4- sowie 5+ Personenhaushalte) aufgeteilt. Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Privathaushalten berechnet sich aus der Division der prognostizierten Bevölkerung, die um Personen in Anstalten verringert wird, durch die vorausgeschätzte Zahl der Privathaushalte.

Die Erwerbs- und Haushaltsprognosen werden auf unterschiedlichen regionalen Ebenen (Österreich insgesamt, Bundesländer, Bezirke) erstellt. Ein proportionales Abgleichsverfahren sorgt für die rechnerische Konsistenz der Summen für einzelne Prognoseeinheiten mit der jeweils übergeordneten Region.

G'scheit unterwegs in Wien

Die Stadt Wien hat sich mit der »Smart City-Vision« zum Ziel gesetzt, zukunfts-fähige Antworten für eine Energieversorgung und Mobilität der Zukunft zu geben.

Im Forschungsprojekt „e-mobility on demand“ entwickeln die Wiener Stadtwerke eine neue Form urbaner Mobilität. Künftig können die Wienerinnen und Wiener mit einem durchdachten Mix aus verschiedenen Verkehrsmitteln rasch und umweltschonend von A nach B kommen.

Wiens Bevölkerung wächst rasant. In 20 Jahren werden mehr als zwei Millionen

Menschen in der Bundeshauptstadt leben. Dieses schnelle Wachstum stellt die urbane Infrastruktur vor neue Herausforderungen. „Wenn Wien in 20, 30 oder 50 Jahren weiterhin eine lebenswerte, moderne Metropole sein soll, müssen wir heute darüber nachdenken, wie der Verkehr der Zukunft aussehen soll. Die Wiener Stadtwerke haben dazu eine klare Vision. Mit einem Mix aus verschiede-

nen Verkehrsmitteln soll der Individualverkehr reduziert, und Schadstoffausstoß sowie Lärmbelästigung gesenkt werden“, beschreibt Generaldirektorin Gabriele Payr die neue Form urbaner Mobilität.

Neue Mobilität für eine Milliarde Fahrgäste pro Jahr

Die Stadt Wien hat gemeinsam mit den Wiener Stadtwerken das Ziel, daß 40 Prozent aller Wege in Wien mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden sollen. Dazu tragen neben dem kontinuierlichen Ausbau der Angebote der Wiener Linien auch die Ergebnisse des Forschungsprojekts „e-mobility on demand“ bei. „Mehr als ein Drittel aller Wege werden in Wien bereits mit Bus, Straßenbahn oder U-Bahn zurückgelegt. Durch ein Car-Sharing-Modell für Elektrofahrzeuge soll der öffentliche mit dem individuellen Verkehr optimal vernetzt werden“, erklärt Payr die Idee hinter dem Forschungsprojekt.

„Damit zum Abschluß des Forschungsprojekts im Herbst 2013 praxistaugliche Ergebnisse vorliegen, übernimmt Mobilitätsexperte Michael Lichtenegger die Geschäftsführung der Betreibergesellschaft für dieses zentrale Zukunftsthema der Wiener Stadtwerke“, freut sich Payr. In seiner neuen Funktion zeichnet Lichtenegger für die Umsetzung der Visionen für den Stadtverkehr der Zukunft verantwortlich. Lichtenegger war 21 Jahre für die Wiener Linien tätig, seit 2004 als Geschäftsführer für den betrieblichen Bereich. Lichtenegger ist seit 1997 Kommissionsmitglied im Internationalen Verband für öffentlichen Verkehr (UITP).

Nahtlose Verknüpfung vielfältiger Mobilitätsangebote

2010 waren rund 840 Millionen Menschen mit den Wiener Linien „g'scheit unterwegs“. Das ist ein internationaler Spitzenwert, den die Wiener Stadtwerke weiter mit neuen, intelligenten Mobilitätsangeboten ausbauen wollen“ betont Lichtenegger. „Die Basis für die Erreichung dieses Ziels sind das Netz und die Angebote der Wiener Linien. Innovative Mobilitätsformen werden den öffentlichen Nahverkehr als das Rückgrat der städtischen Mobilität ergänzen.



Foto: Wiener Stadtwerke Holding AG/APA-Fotoservice/Rambauske

Wiener Stadtwerke-Generaldirektorin Gabriele Payr und e-mobility-Geschäftsführer Michael Lichtenegger vor dem Stephansdom

Chronik

Nach dem Motto ‚Weg vom Besitzen, hin zum Nutzen‘ sollen Öffis und Individualverkehr intelligent integriert werden. Wichtige Ansätze dafür sind Mobilitätszentren mit nahtlosen Übergängen, Sharing-Modelle für schadstoffarme Fahrzeuge und damit auch eine Offensive hin zu Elektro-Fahrzeugen, vor allem aber auch integrierte Informationskanäle und Leitsysteme“, so Verkehrsexperte Lichtenegger.

Generaldirektorin Payr sieht die Voraussetzung für eine „Neue Mobilität“ in einer optimalen Vernetzung von Information und Ticketing aller Angebote. „G’scheit unterwegs sein heißt auch, das Verkehrsmittel meiner Wahl einfach und kostengünstig nutzen zu können“, sagt Payr. „Ob ich nun mit einem E-Bike, einem E-Car oder der U-Bahn von A nach B fahren will, ein integriertes Angebot macht mich effizient und umweltverträglich mobil. Mit den Erkenntnissen aus dem Forschungsprojekt wollen die Wiener Stadtwerke nicht nur einen 40-Prozent-Anteil bei öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen, sondern Mobilitätsangebote für 1 Milliarde Fahrgäste pro Jahr schaffen“, prognostiziert Payr.

Die Stadt der Zukunft – Konzernvision Wiener Stadtwerke

Bürgermeister Michael Häupl hat im Frühjahr 2011 die Vision einer „Smart City Wien“ angekündigt. Der Begriff „Smart City“ beschreibt sechs Themenfelder, die Städte vor große Herausforderungen stellen und zugleich die Chance bieten, sich als zukunftsfähige Stadt zu positionieren. Dazu zählen Bevölkerungsentwicklung, Umwelt, Verwaltung, Wirtschaft, Energie und Mobilität. Um der „Smart City“-Vision des Bürgermeisters Taten folgen zu lassen, hat Payr das Team „Konzernvision“ einberufen. „Dieser konzerneigene ‚Think Tank‘ ermöglicht es, zukunftsfähige Antworten am Weg zur ‚Smart City‘ zu entwickeln“, so Payr. Das Team „Konzernvision“ wird sich intensiv mit allen Aspekten rund um das Thema „Smart City“ auseinandersetzen. „Dieser ‚Think Tank‘ ist eine Investition in die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns, die unseren Vorsprung in den nächsten Jahren sichert“, betont Payr weiter. Dafür ist es notwendig, daß der Konzern kurz-, mittel- und langfristig sein Handeln auf das Ziel Smart City ausrichtet. Zahlreiche Maßnahmen der Konzernleitung und der Konzernbereiche bilden die Bausteine am Weg zur Smart City Wien. Eines davon ist das Forschungsprojekt „e-mobility on demand“.



Foto: Wiener Stadtwerke

Mehr als ein Drittel aller Wege werden in Wien bereits mit Bus, Straßenbahn oder U-Bahn zurückgelegt.



Foto: Wiener Stadtwerke

Zum Konzern gehört auch die Wien Energie – im Bild: das Kraftwerk Simmering.

Über die Wiener Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke sind der bedeutendste Infrastrukturdienstleister für den Großraum Wien. Als Wirtschaftsmotor ist Österreichs größter kommunaler Infrastrukturdienstleister mit mehr als drei Milliarden Euro Jahresumsatz eine treibende Kraft für den Wirtschaftsstandort Wien. Rund 92 Prozent seiner Zulieferbetriebe kommen aus dem Großraum Wien. Jeder investierte Euro bringt 1,2 Euro Wertschöpfung in ganz Österreich. Die Wiener Stadtwerke schaffen insgesamt Auslastung für rund 62.000 Arbeitsplätze. Damit stehen hinter jedem der

rund 16.000 MitarbeiterInnen drei zusätzliche Arbeitsplätze bei Zulieferbetrieben und anderen Unternehmen. Mehr als 4 Milliarden Euro investieren die Wiener Stadtwerke in den kommenden fünf Jahren in Wiens Infrastruktur. Damit setzen die Wiener Stadtwerke wichtige Impulse für die Wiener Wirtschaft und schaffen zehntausende Arbeitsplätze in der gesamten Region. Zum Konzern gehören Wien Energie, Wiener Linien, Wiener Lokalbahnen, BMG Beteiligungsmanagement sowie Bestattung und Friedhöfe Wien. ■

<http://www.wienerstadtwerke.at>

Weniger Ehescheidungen...

und deutlich niedrigere Gesamtscheidungsrate im Jahr 2010

Im Jahr 2010 wurden 17.442 Ehen rechtskräftig geschieden, um 1.364 oder 7,3% weniger als im Vorjahr und damit etwa gleich viele wie zuletzt vor zwölf Jahren (1998: 17.884). Das wurde von Statistik Austria auf Basis der Meldungen der zuständigen Gerichte ermittelt. Die Gesamtscheidungsrate (Wahrscheinlichkeit, mit der jetzt geschlossene Ehen bei unverändertem Scheidungsverhalten durch eine Scheidung enden werden) war im Jahr 2010 mit 43,0% so niedrig wie zuletzt im Jahr 2000 (43,1%). Nach dem historischen Höchstwert von 2007 (49,5%) sank die Gesamtscheidungsrate damit zum dritten Mal in Folge. Dieser Rückgang beruht dabei praktisch ausschließlich aus den deutlich gesunkenen Scheidungswahrscheinlichkeiten bei Ehen mit einer Dauer von ein bis unter fünf Jahren. Für das Scheidungsjahr 2010 sind das damit jene Ehen, die nach 2006 geschlossen wurden.

Die Scheidungen des Jahres 2010 erfolgten überwiegend (zu 87,2%) in beiderseitigem Einvernehmen. Insgesamt 19.574 Kinder, davon 13.657 minderjährig, waren von der Scheidung ihrer Eltern betroffen. Die durchschnittliche Kinderzahl (alle Altersstufen) pro geschiedene Ehe lag damit bei 1,12.

Im Jahr 2010 erfolgten 15.216 bzw. 87,2% (2009: 87,3%) aller Scheidungen in beiderseitigem Einvernehmen (§55a Ehegesetz). Wegen Auflösung der häuslichen Gemeinschaft (§55) wurden 993 und wegen sonstiger Gründe (§§ 49, 50, 51, 52 und nach ausländischem Recht) 1.233 Ehen geschieden. Bei den insgesamt 2.226 strittig und nach ausländischem Recht geschiedenen

Ehen war zu 54,7% der Mann Träger des Verschuldens bzw. Grundes, zu 8,7% die Frau sowie bei den restlichen 36,6% beide bzw. keiner von beiden (zu annähernd gleichen Teilen).

Insgesamt blieben 37,8% aller im Jahr 2010 geschiedenen Ehen (6.592 Fälle) kin-

gut die Hälfte davon im Alter von unter 14 Jahren.

Die mittlere Ehedauer (Median) der im Jahr 2010 geschiedenen Ehen war mit 10,5 Jahren um rund vier Monate länger als im Jahr davor. Innerhalb des ersten Ehejahres wurden 1,6% geschieden, weitere 4,6% der

Ehen wurden im Lauf des zweiten Ehejahres geschieden. Insgesamt erfolgte fast die Hälfte aller Scheidungen in den ersten zehn Ehejahren (48,2%), weitere 39,7% nach zehn bis unter 25 Jahren Ehedauer. Etwa jedes achte Ehepaar trat erst nach der Silberhochzeit den Gang zum Scheidungsrichter an, darunter auch 18 Paare nach der Goldenen Hochzeit.

Im Jahr 2010 war das mittlere Scheidungsalter (Median) der Männer 43,4 Jahre, jenes der Frauen 40,8 Jahre. Es lag damit je rund fünf Monate höher als im Jahr davor. Das mittlere Alter bei der Eheschließung lag bei den im Jahr 2010 geschiedenen Männern bei

28,8, jenes der Frauen bei 26,1 und war damit um je 1 Monate höher als im Jahr 2009.

Die Gesamtscheidungsrate war im Bundesländervergleich auch 2010 in Wien mit 49,4% am höchsten und in Oberösterreich mit 36,7% am niedrigsten. In Vorarlberg (47,2%) und in Niederösterreich (46,6%) lag diese Rate über dem Österreichwert (43,0%). Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt war die Rate neben Oberösterreich auch in Tirol (37,8%). In allen anderen Bundesländern lag diese ebenfalls unter dem Durchschnitt. Die Rangfolge lautet dabei: Burgenland (41,8%), Steiermark (39,9%), Kärnten (39,3%) und Salzburg (38,8%). ■



SALON 2011



Foto: ÖWM

Der französische Dreisternekoch Pierre Gagnaire adelte die Sieger-Weine. Im Bild: Die SALON Sieger und einige Auserwählte.

Der SALON Österreich Wein gilt als der härteste Weinwettbewerb des Landes. Hohe Qualitäten und enorme Ansprüche bringen die SALON-Weine zutage, die nicht unbedingt altbekannt, aber in jedem Fall einzigartig ausgezeichnet sind. Beim diesjährigen SALON-Gala-Dinner am 28. Juni in der Aula der Wissenschaften überreichten Bundesminister Nikolaus Berlakovich und ÖWM-Chef Willi Klinger die begehrten SALON-Auszeichnungen. Der Pariser Starkoch Pierre Gagnaire wurde bei seinem denkwürdigen Auftritt beim Gala-Dinner in Wien durch seinen langjährigen Freund Toni Mörwald und die Profis von Do & Co perfekt unterstützt.

Der härteste Weinwettbewerb des Landes – SALON Österreich Wein

Der SALON Österreich Wein wird zu Recht als „härtester Weinwettbewerb des Landes“ bezeichnet. Die scharfen Auswahlkriterien, die zahlreichen Hürden und die kritischen Gaumen der Juroren machen die Sieger des SALON zu Mitgliedern des exklusivsten Weinkreises Österreichs. Eine Nominierung für den SALON aus über 7000 Weinen kann nur der Wein erlangen, der sich durch die Landesprämierung des jeweiligen Weinbaugebiets durchgekämpft hat. Die letzte entscheidende und vielleicht schwierigste Runde für die Weine ist die abschließende Blindverkostung der SALON-Jury. Das Resultat: Die Besten der Besten, die SALON-Weine 2011. Die Erfolgreichsten der insgesamt 16 Kategorien werden zu den begehrten „SALON-Siegern“ erkoren. Direkter, aber nicht leichter, ist der Weg der „SALON-Auserwählten“: Weinfachmagazine, Journalisten und Sommeliers nominieren Spitzen-

weine direkt in den SALON, die Meistgenannten darunter gehören dann zum exklusiven Kreis der SALON-Auserwählten 2011.

„Die SALON-Sieger stehen für die Elite der Winzer in Österreich. Die klar vorgegebenen Wettbewerbskriterien werden zu einer wichtigen Orientierung für unsere Winzer. Damit wird der SALON stilbildend für die Produktion, aber zunehmend auch für die Konsumenten.“, so Klinger, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing (ÖWM).

Pierre Gagnaire und seine Equipe aus Paris begeisterten mit ihrem sensationellen SALON-Gala-Menü die heimischen Winzer und ihre Gäste. Der Meister reiht sich ein in die exklusive Liste der bisherigen „SALON-Köche“: Jörg Wörther (A), Vreni Giger (CH), Joachim Wissler (D) und Wolfgang Puck (USA). Der Starkoch Pierre Gagnaire wurde beim Galamenu, neben seinen Mitarbeitern aus Paris und den Profis von Do&Co auch von seinem langjährigen Freund Toni Mörwald unterstützt, der mit vier Restaurants, zwei Hotels und „Toni M.“, dem exklusiven Catering, seit vielen Jahren in Österreich erfolgreich ist.

Der hochkarätige internationale Gastkoch Pierre Gagnaire gilt seit langem als Legende. Schon praktisch alles wurde über ihn gesagt: ein Mann der klaren Gewissheiten, und auch Zweifler, Genie, Künstler und Forscher, oder neuer Führer und einsamer Vorreiter. Seine Wahrheit ist, daß die Wahrheit viele Gesichter hat. Heute ist er zu Hause angekommen in seinem Haupthaus in der Rue Balzac, gekrönt von drei glitzernden Michelin-Sternen am Firmament der Haute Cuisine. Er selbst beschreibt sich als „Stil-los“ und dass sein Talent auf der soliden Kultur der französischen Küche beruht.

Sein Repertoire kennt keine Beschränkung, und seine Kunst entwickelt sich aus seiner Intuition heraus, seiner Inspiration. Er weiß selbst am besten, „wie weit er gehen kann.“ Vielleicht sind das die Geheimnisse seines weltweiten Erfolgs. Seine Küche ist international geschätzt, er betreibt mehrere Restaurants in Frankreich, London, Hongkong, Dubai, Seoul, Las Vegas, Tokio und seit 2010 in Moskau und Saint Tropez, in denen der österreichische Wein einen Fixplatz auf den Weinkarten hat. Sein Motto: „Open up to emotion“ durften die Gäste des SALON-Gala-Dinners exklusiv und in einer einmaligen Paarung von regionalen Produkten und internationalem Know-How hautnah miterleben.

Alle SALON-Weine in einer Hand: das SALON-Buch

Die anspruchsvolle Qualifikation garantiert unter den 260 SALON-Weinen enorm hohe Qualitäten. Grund genug, alle SALON-Teilnehmer kompakt und übersichtlich in der Pflichtlektüre für Weinliebhaber zusammenzufassen. Das SALON-Buch 2011 ist mit Kurzinformationen zu den Siegerweinen und Winzerbeschreibungen, in Trafiken und im ausgewählten Buchhandel um nur 5 Euro erhältlich.

SALON Österreich Wein 2011 on Tour

Traditionell geht der SALON Österreich Wein nach der Erstpräsentation Ende Juni in Baden dann im Herbst auch auf Tournee durch ganz Österreich, Partner sind die Casinos Austria. Verkosten Sie alle SALON-Weine in ihrem Bundesland. Alle Termine und viele weitere Informationen finden Sie unter <http://www.oesterreichwein.at> ■

»Groß Gold« für B. Frischmuth

Die bekannte steirische Schriftstellerin erhielt bei einem Fest zu ihrem 70. Geburtstag das »Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark«.

Im Rahmen eines Festes zu ihrem 70. Geburtstag erhielt die steirische Schriftstellerin Barbara Frischmuth von Landeshauptmann Franz Voves am Abend des 30. Juni das „Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark“ im Literaturhaus Graz. „Keiner weiß, was wirklich ist“, steht auf der Homepage von Barbara Frischmuth zu lesen, meinte Voves, aber „etwas, das ganz sicher ist, ist die Dankbarkeit und die Hochachtung der steirischen Heimat für ihre große und großartige literarische Tochter“. LH-Stv. Hermann Schützenhöfer wurde von VP-Landesgeschäftsführer Bernhard Rinner vertreten, der Landtag von der Dritten Landtagspräsidentin Ursula Lackner und die Stadt Graz von Kulturstadtrat Edmund Müller. Neben dem Landeshauptmann im Dienst kam auch der Landeshauptmann außer Dienst (so Literaturhausleiter Gerhard Melzer bei der Begrüßung) Josef Krainer und der ehemalige Kulturstadtrat Helmut Strobl.

Schriftsteller-Kollege und Laudator Alfred Komarek zitierte die Jubilarin: „Schreiben ist eine Sucht“, hast du einmal gesagt. Aber Lesen auch. Und du dealst mit verdammtem gutem Stoff.“

Barbara Frischmuth wurde am 5. 7. 1941 in Altaussee geboren. Der Vater, Anton Frischmuth, der 1943 in Rußland fiel, war Hotelier; der Familienbetrieb wurde von ihrer Mutter Maria bis 1956 alleine weiter geführt. Spätestens seit der Aufnahme in den Gründungskreis des legendären „Forum Stadtpark“ im Graz der frühen 60er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts zählt Barbara Frischmuth zum elitären Kreis der künstlerischen Avantgarde Österreichs. Auf Grundlage ihrer besonderen Kompetenz auf den Gebieten Orient, Migration oder Islam gilt Barbara Frischmuth heute als Brückenbauerin zwischen den Welten und läßt das so genannte „Fremde“ auch zunehmend in ihre aktuellen Werke einfließen.

Für ihr großartiges Wirken erhielt die Schriftstellerin bereits zahlreiche Preise und Auszeichnungen, darunter etwa den Anton-Wildgans-Preis, den Franz-Nabl-Preis, oder den Ehrenpreis des österreichischen Buchhandels für Toleranz in Denken und Handeln.

<http://www.barbarafrischmuth.at>



Foto: Landespressdienst / Frankl

LH Franz Voves überreicht Barbara Frischmuth einen Blumenstrauß von Bundespräsident Heinz Fischer.

Die bloße Möglichkeit, einen Garten anzulegen, hat mich die Wirklichkeit der Welt gelehrt, im Guten wie im Bösen. Davor waren lange Jahre des Träumens.“

Wenn eine Autorin dem Garten verfallen ist, kann es nicht ausbleiben, daß sie auch über das schreibt, was ihr beim Gärtnern widerfährt. Und da kein Gartenjahr dem andern gleicht und ein Garten in ständiger Veränderung begriffen ist, erzählt Barbara Frischmuth nun nach dem literarischen Gartentagebuch „Fingerkraut und Feenhandschuh“ ganz neue „Gartengeschichten“. Mittlerweile übrigens haben die Pflanzen vollends begonnen, in ihre Erzählungen

hinüberzuwuchern, und so kann man in zwei vergnüglich versponnenen Geschichten erfahren, daß es zwischen Blumen und Menschen nicht immer nur romantisch zugeht.

Barbara Frischmuth
Löwenmaul und Irisschwert
 192 Seiten, gebunden mit Schutzumschlag;
 2011; ISBN 978-3-351-03354-5



»Goldenes Komturkreuz« für Gregor Henckel Donnersmark

Der ehemalige Abt des Stiftes Heiligenkreuz wurde von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll für seine Verbundenheit zum Land geehrt.

Landeshauptmann Erwin Pröll überreichte am 21. Juni an den ehemaligen Abt des Stiftes Heiligenkreuz, Gregor Henckel Donnersmark, das „Goldene Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“.

Diese Ehrung sei auch ein Dank „für deine Verbundenheit mit dem Land Niederösterreich“, sagte Landeshauptmann Pröll in seiner Laudatio. Henckel Donnersmark sei „eine Persönlichkeit mit einem faszinierenden Lebensweg“, betonte Pröll. Weiters sei diese Auszeichnung ein „Zeichen des Respekts für dein vielfältiges Wirken und für das, was du für dieses Bundesland und in diesem Bundesland geleistet hast“, so der Landeshauptmann zu Henckel Donnersmark. Der Altabt des Stiftes Heiligenkreuz habe das reichhaltige Erbe „sorgsam und umsichtig gepflegt“ und gleichzeitig auch „Verantwortung für das Miteinander der Menschen in der heutigen Zeit“ übernommen, so Pröll.

„Ich habe in Niederösterreich eine Heimat gefunden“, meinte der Altabt in seiner Rede, in der er sich für die hohe Auszeichnung durch das Bundesland Niederösterreich bedankte.

Gregor Henckel Donnersmark wurde am 16. Jänner 1943 in Breslau in Schlesien geboren. Nach der Matura in Klagenfurt besuchte er die Hochschule für Welthandel in Wien. Von 1979 bis 1977 arbeitete er für die Firma Schenker & Co. Am 15. November 1977 trat er in das Zisterzienserkloster Heiligenkreuz ein. Am 1. August 1982 fand seine Priesterweihe statt. In den Jahren 1994 bis 1999 war er Nationaldirektor von Missio Austria, am 11. Februar 1999 wurde er zum 67. Abt des Stiftes Heiligenkreuz gewählt. In den Jahren 2003 bis 2007 war er auch Abtpräses der Österreichischen Zisterzienserkongregation. Am 10. Februar 2011 endete seine zwölfjährige Amtszeit als Abt des Stiftes Heiligenkreuz. In einer Presseaussendung hieß es damals, „zu diesem Zeitpunkt wäre gemäß den Konstitutionen eine Vertrauens-Abstimmung durchzuführen. Er selbst ist dann im aber bereits 69. Lebensjahr und hätte nach relativ kurzer Zeit, bei



Foto: NLK Kaufmann

Gregor Henckel Donnersmark (l.) nimmt von LH Erwin Pröll die Ehrung entgegen.

Vollendung des 70. Lebensjahres, schon wieder den Rücktritt anzubieten.

Seine Amtszeit hat er als gnadenreich und schön aber auch als sehr anstrengend erlebt. Er ist daher der Überzeugung, daß es richtig ist nach vollen zwölf Jahren seinen Dienst als Abt zu beenden.“ Abt Gregor dankte damals seinen Mitbrüdern, den Mitarbeitern und allen Menschen, die ihn in diesen zwölf Jahren begleitet hatten. „Vor allem aber ist er zuinnerst erfüllt von ganz großer, froher Dankbarkeit gegenüber Gott und der Kirche.“

Die zwölfjährige Amtszeit von Abt Gregor von einigen wesentlichen Entwicklungen und Ereignissen geprägt.

- Am 9. Sept. 2007 besuchten der Heilige Vater, Papst Benedikt XVI., am 16. Juni 2004 der Ökumenischen Patriarch Bartholomaios I. und am 14. Juni 2009 der rumänisch-orthodoxe Patriarch Daniel das Stift Heiligenkreuz.
- Unter seiner Führung ist die Zahl der Mönche des Konventes von 53 auf derzeit 88 mit einem derzeitigen Durchschnitts-

alter von 46 Jahren angestiegen. Er konnte 41 Novizen einkleiden, von denen nur 4 das Kloster wieder verlassen haben.

- Die 1802 gegründete Hochschule wurde zur Hochschule päpstlichen Rechtes ernannt, die Zahl der Studierenden an der Phil.-Theol. Hochschule Benedikt XVI. Heiligenkreuz ist von 63 auf 186 gestiegen.
- Abt Gregor hat die Ausbildung von Priesterstudenten aus der Dritten Welt (Vietnam, Nigeria, Syrien usw.) mit all seinen Kräften gefördert; ein besonders Anliegen war ihm ein Gründungsprojekt auf Sri Lanka.
- Abt Gregor hat mit allen Kräften die Pflege des Gregorianischen Choral in der Liturgie nach den Normen des 2. Vatikanums gefördert; er hat die verstärkte öffentliche Wahrnehmung des klösterlichen Lebens in Heiligenkreuz aufgrund des Erfolges der Choral-CD „Chant – Music for Paradise“ wohlwollend und väterlich ordnend begleitet...

<http://stift-heiligenkreuz.org>

Ludwig Hirsch erhielt den Goldenen Rathausmann

Der Erste Präsident des Wiener Landtags, Prof. Harry Kopietz, überreichte in seinem Arbeitszimmer dem Sänger, Liedermacher und Schauspieler Ludwig Hirsch am 28. Juni in Vertretung von Bürgermeister Michael Häupl den Goldenen Rathausmann. Kopietz betonte in seiner Ansprache, Hirsch sei einer der größten Künstler Wiens, auf den Wien und die Wienerinnen und Wiener sehr stolz seien und den er, Kopietz, sehr bewundere und dessen Auftritte er immer wieder sehr genossen hätte. Hirsch bekomme den von Bürgermeister Häupl zuerkannten Rathausmann vor allem auch deshalb, weil Hirsch eine Persönlichkeit mit einer besonderen Symbolkraft sei.

Der frischgebackene Besitzer des goldenen Rathausmannes freute sich sehr über diese Ehrung und meinte, ohne die Unterstützung der Plattenfirma, der Manager, der Produzenten, Arrangeure und Musiker hätte er diese Auszeichnung sicher nicht bekommen. Bei der Übergabe waren u.a. der Entdecker von Ludwig Hirsch, Karl Scheibmaier, der ehemalige ORF-Moderator Ernst Grisseemann, der Komponist und Musikproduzent Christian Kolonovits sowie der Gitarrist, Produzent und Arrangeur von Hirsch, Johann M. Bartl, anwesend.

Hirsch wurde am 28. März 1946 im steirischen Weinberg geboren, wuchs aber im 2. Bezirk auf. Er studierte Grafik an der Hochschule für Angewandte Kunst, wandte sich jedoch letztendlich der Schauspielerei



Foto: Schaub-Walzer / PID

Landtagspräsident Prof. Harry Kopietz (r.) überreichte dem Liedermacher und Schauspieler Ludwig Hirsch den »Goldenen Rathausmann«.

zu. Ende der 70er-Jahre begann seine Laufbahn als Liedermacher mit kritischen, makaber-morbiden Texten, wie z.B. auf der LP „Dunkelgraue Lieder“ aus dem Jahr 1978. Inzwischen hat sich der „typische Wiener“ nicht nur als einer der erfolgreichsten Liederschreiber manifestiert, sondern ist auch seinem Beruf als Schauspieler treu geblieben. So spielte er auf verschiedensten Theaterbühnen wie z. B. bei den Salzburger Festspielen im „Jedermann“, im Wiener Volkstheater im Stück „Einen Jux will er sich machen“, aber auch im Theater Kobersdorf

im Shakespeare-Stück „Was Ihr wollt“. Er spielte auch in bekannten TV-Serien mit.

Mittlerweile sind über 20 „Hirsch-Alben“ erschienen. Hirsch ist ein Geschichtenerzähler. Seine Geschichten handeln von „dunkelgrauen“ Begebenheiten in und rund um Wien. Die jüngste CD „In Ewigkeit Damen“ wurde vor fünf Jahren veröffentlicht. Hirsch wird noch kommenden Juli einige Open Air-Konzerte in Österreich geben, aber auch in München beim TOLLWOOD Festival auftreten. Anschließend wird er sich ein Jahr zurückziehen und an seiner neuen CD arbeiten. ■

Molterer ist neuer Vizepräsident der EIB

Wilhelm Molterer ist zum Vizepräsidenten und Mitglied des Direktoriums der Europäischen Investitionsbank (EIB) bestellt worden. Er tritt sein Amt am 1. Juli 2011 an.

Wilhelm Molterer (ÖVP) war u.a. Landwirtschaftsminister und Vizekanzler (Kabinetts-Gusenbauer) und zuletzt als Abgeordneter im Nationalrat tätig. Er wurde vom Rat der Gouverneure der EIB auf Vorschlag des Finanzministers der Republik Österreich und mit Zustimmung der Ländergruppe Estland, Lettland, Litauen, Finnland und Schweden bestellt. Molterer erklärte anlässlich seiner Bestellung: „Ich freue mich darauf, in einer Institution mitwirken zu dürfen, die ganz entscheidend zur wirtschaftlichen, sozialen und technologischen Entwicklung der Europäischen Union beiträgt.“ ■

Österreicherin wird neue Direktorin der OSHA

Die Österreicherin Christa Sedlatschek wurde am 29. Juni vom Verwaltungsrat der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) zur Direktorin.

Sie war Leiterin des arbeitsinspektionsärztlichen Dienstes für Wien, Niederösterreich und das Burgenland sowie stellvertretende Leiterin der arbeitsmedizinischen Abteilung im Zentral-Arbeitsinspektorat des damaligen Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Seit 2004 ist die gebürtige Kärntnerin stellvertretende Leiterin der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) bei der deutschen Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Baua) in Berlin. Die OSHA wurde 1997 errichtet und hat ihren Sitz in Bilbao. ■

Petra Stolba ist neuerlich ÖW-Geschäftsführerin

In seiner Zuständigkeit als Präsident der Österreich Werbung gab Tourismusminister Reinhold Mitterlehner bekannt, daß die derzeitige Geschäftsführerin der ÖW, Petra Stolba, für weitere fünf Jahre in ihrer Funktion verlängert wurde. Darauf haben sich die Mitglieder der ÖW, Wirtschaftsministerium und Wirtschaftskammer Österreich, nach einem Bewerbungsverfahren, geführt von Egon Zehnder, geeinigt.

Mit der Verlängerung von Stolba ist auch für notwendige Impulse und Innovationen in der österreichischen Tourismuswirtschaft gesorgt. Sie hat in den vergangenen fünf Jahren die Marke „Urlaub in Österreich“ zukunftsgerichtet und wettbewerbsfähig positioniert. Damit führt die ÖW heute weltweit eine der erfolgreichsten Urlaubsmarken. ■

Weichenstellung für den Hochschulbereich

Am 7. Juni wurde im Ministerrat das Qualitätssicherungsrahmengesetz für die qualitätsorientierte Weiterentwicklung des Hochschulbereichs beschlossen.

Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle erklärte im Pressefoyer nach dem Ministerrat, „die Qualitätssicherung NEU ist Ergebnis eines ausführlichen Diskussionsprozesses und bringt ein Mehr an Qualität für die Universitäten, Fachhochschulen und Privatuniversitäten. Nach dem nun beginnenden parlamentarischen Prozeß soll das neue Gesetz mit 1. März 2012 in Kraft treten. Zentral im unter Einbindung der betroffenen Agenturen und Räte bzw. der Hochschulkonferenzen erarbeiteten Gesetz sind Qualitätsaspekte, eine Verwaltungsvereinfachung sowie die verbesserte internationale Vergleichbarkeit. Die drei bis dato tätigen Räte und Agenturen schließen sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammen, eine ‚Ombudsstelle für Studierende‘ wird gesetzlich verankert“, so der Minister.

Künftig wird es mit der „Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria“ eine neue, sektorenübergreifende Einrichtung für die externe Qualitätssicherung im tertiären Bereich geben. Sie bündelt vorhandene Kompetenzen, Expertisen und Ressourcen. Die derzeit bestehenden drei Agenturen (AQA, Akkreditierungsrat, Fachhochschulrat) werden integriert. Als Nachfolge der derzeitigen Studierendenanwaltschaft wird eine „Ombudsstelle für Studierende“ gesetzlich verankert. Ihr kommt ein Informations- und Serviceauftrag zu.

Das Qualitätssicherungsrahmengesetz zielt vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses auch auf die verbesserte internationale Vergleichbarkeit ab. Ein gemeinsames System von Standards, Verfahren und Leitlinien zur Qualitätssicherung soll dabei die Entwicklung der Qualität fördern. Bezüglich grenzüberschreitender Studien wird es künftig eine gesetzliche Regelung geben: Eine verpflichtende Registrierung der Ange-

bote durch das BMWF soll einen Überblick schaffen und eine entsprechende Liste mit Hintergrundinformationen über Bildungsanbieter und die Bildungsangebote sollen der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. „Das



Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle

ist ein wesentlicher Beitrag zu mehr Information und Transparenz“, so Töchterle.

Die Neuregelung im Bereich der Qualitätssicherung erfordert auch Änderungsbedarf im Fachhochschul-Studiengesetz und im Universitäts-Akkreditierungsgesetz. Das Qualitätssicherungsrahmengesetz umfaßt daher das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz (HS-QSG), das Privatuniversitätengesetz (PUG) sowie die Novelle des Fachhochschul-Studiengesetzes (FHStG) und des Bildungsdokumentationsgesetzes.

Das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz für öffentliche und private Universitäten und Fachhochschulen soll durch eine Neuordnung der externen Qualitätssicherung einen wesentlichen Beitrag zur Qualitätssteigerung und Qualitätsentwicklung von Hochschulen und deren Angeboten leisten. Das neue Bundesgesetz über Privatuniversitäten (Privatuniversitätengesetz PUG) gewährleistet eine rechtliche Klarstellung zum

neuen Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz und eine Weiterentwicklung der Privatuniversitäten. Unter anderem werden Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie zur Frauenförderung verankert.

Weiters wird Privatuniversitäten künftig die Teilnahme an kompetitiver Forschungsförderung ermöglicht.

Auch das Fachhochschul-Studiengesetz wurde entsprechend dem Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz adaptiert. Neu sind unter anderem die Durchführung von gemeinsamen Studienprogrammen analog zum Universitätsgesetz (UG) und die gesetzliche Verankerung studienrechtlicher Mindeststandards.

Die Anbieter Lehrgänge universitären Charakters können künftig gemeinsam mit Hochschulen kooperieren, um akademische Grade anzubieten. Denn seit ihrer Einführung haben sich der Hochschulbereich und die Anforderungen an hochschulische Studien deutlich verändert – dieser Entwicklung wird damit Rechnung getragen. Die Anzahl der Anbieter von Lehrgängen universitären Charakters ist bereits jetzt stark rückläufig und der Bedarf wird durch das Angebot der Hochschulen gedeckt.

Die Industrie begrüßte das Gesetz samt Schaffung der Agentur grundsätzlich. „Damit werden die drei bestehenden Agenturen und Gesetze zu einem Gesetz und einer Agentur nach europäischen Standards zusammengeführt, was wesentlich sinnvoller ist“, so der Vize-Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Peter Koren. Beste Qualität in Bildung und Ausbildung müsse das Ziel auf allen Ebenen und in allen Teilbereichen sein, einerseits um Studierenden und Abnehmern aus Industrie und Wirtschaft verlässliche Standards zu gewährleisten und andererseits um die Attraktivität des Hochschulstandortes Österreich international zu erhöhen. ■

Neuer Supercomputer für die Wiener Wissenschaft

Die TU Wien, die Universität Wien und die Universität für Bodenkultur stellen gemeinsam den VSC-2 vor – Österreichs schnellsten Großrechner.

Die Kooperation der drei Universitäten hat sich bewährt: Schon das Vorgängermodell, der Vienna Scientific Cluster, war Österreichs leistungsfähigster Computer und ermöglichte Forschungsgruppen der Technischen Universität Wien, der Universität Wien und der Universität für Bodenkultur beachtliche wissenschaftliche Erfolge. Nun geht der Vienna Scientific Cluster 2 (VSC-2) in Betrieb, der seinen Vorgänger an Leistung noch einmal um etwa das Vierfache übertreffen wird. Offiziell eröffnet wurde der VSC-2 am 21. Juni von Wissenschafts- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle und drei VizerektorInnen der beteiligten Universitäten: Sabine Seidler (TU Wien), Heinz Engl (Uni Wien) und Georg Haberhauer (BOKU).

Von der Materialwissenschaft bis zur Meteorologie – das Einsatzgebiet des neuen österreichischen Spitzencomputers ist vielfältig. Vizerektorin Sabine Seidler (TU Wien) setzt hohe Erwartungen in den VSC-2: „Schon bisher waren leistungsfähige Großrechner ein unverzichtbares Werkzeug für unsere Forschung. Mit dem VSC-2 sind wir weiterhin international ganz vorne mit dabei und werden auch in Zukunft vielbeachtete Forschungsergebnisse erzielen.“ Laut Vizerektor Heinz W. Engl (Universität Wien) zeigt der Erfolg des Projekts, daß die Kooperationen von Universitäten gerade im Infrastrukturbereich zu Fortschritten führt, die eine Universität alleine nicht erreichen kann: „Dieser Weg der Kooperation soll weitergegangen werden.“

Töchterle betont, daß die Investition von Uni Wien, TU Wien und BOKU die Vorteile eines gemeinsamen Vorgehens zeige und zudem ein starkes Signal seitens der Universitäten sei, im Sinne der Wissenschaft und Forschung kooperativ an einem Strang zu ziehen. „Das Projekt ist damit auch ein gelebtes Beispiel für die Philosophie des Hochschulplans, der Universitäten zur Kooperation anregt und bei der Umsetzung zugleich großen individuellen Gestaltungsraum zuläßt“, so Töchterle. Für den Bundesminister hat die Investition auch hohe Symbolkraft: „Diese ist nicht zuletzt auch Ausdruck mei-

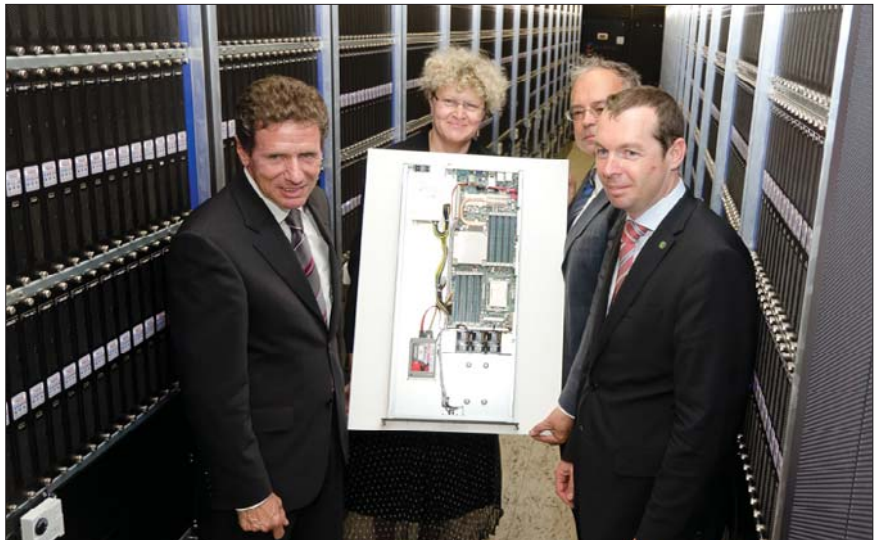


Foto:

Minister Karlheinz Töchterle, Vizerektorin Sabine Seidler (TU Wien), Vizerektor Heinz Engl (Uni Wien), Vizerektor Georg Haberhauer (BOKU)

ner Vorstellung von gelebter Autonomie: Freiheit dazu nutzen, um sich selbst zu entfalten und neue gemeinsame Potentiale zu aktivieren!“

In ersten Tests wurde der neue Rechner bereits bis an seine Grenzen ausgelastet – und mit dem Ergebnis kann man mehr als zufrieden sein: „Der VSC-2 bringt es auf 135,6 TeraFlops – also 135 Billionen Gleitkommaoperationen pro Sekunde“, berichtet der technische Projektleiter, Peter Berger (TU Wien). Damit schafft es der VSC-2 auf den bemerkenswerten 56. Platz auf der TOP-500-Liste der weltweit schnellsten Hochleistungsrechner <http://www.top500.org>. Die gewaltige Rechenleistung kommt nicht durch spezielle Prozessoren zustande – die sind durchaus mit den Prozessoren vergleichbar, die man zuhause im PC findet. Das Erfolgsgeheimnis liegt in der enormen Anzahl von 21024 parallel arbeitenden Prozessorkernen und ihrem effizienten Zusammenwirken. Die Anschaffungskosten von etwa 4,2 Millionen Euro teilen sich die Universität Wien und die TU Wien je zur Hälfte, die BOKU beteiligt sich an den Personalkosten.

Neben der Rechenleistung war die Umweltbilanz bei der Wahl des Gerätes ausschlaggebend: Durch energiesparende Pro-

zessoren und ein effizientes Kühlsystem am Standort der TU Wien im Arsenal ist die Energieeffizienz (die Rechenleistung pro aufgewendeter Energie) des VSC-2 etwa doppelt so hoch wie jene des Vorgängermodells. „Der neue VSC-2 wird in wassergekühlten Schränken mit einer Vorlauftemperatur von 18 Grad arbeiten, anstatt mit sechs Grad kaltem Wasser, wie es bei älteren Systemen üblich war. Damit sind die anfallenden Energiekosten zur Kühlung des Systems deutlich geringer“, so Prof. Herbert Störi (TU Wien), wissenschaftlicher Leiter des Projekts.

Die drei Universitäten entschieden sich für das Angebot der Firma MEGWARE Computer aus Chemnitz, Deutschland. Das System besteht aus 1314 Rechnerknoten (476 beim VSC-1), jeder Knoten verfügt über zwei Prozessoren vom Typ AMD Opteron 6132 HE mit 2,2 GHz Taktrate und je acht Prozessorkernen. Insgesamt wird der VSC-2 somit über 21024 Prozessorkerne verfügen (zum Vergleich: der VSC-1 hatte 3968 Cores). Die Knoten sind mit einem schnellen InfiniBand-Netzwerk mit einem Datendurchsatz von 32 Gigabit pro Sekunde verbunden. Der VSC-1 wird unabhängig von der Neuanschaffung weiter betrieben. ■

Weltweit einzigartiges Mikroskop an der TU Graz

Das Forschungsgerät der Superlative ist mit seinen Messungen mit bisher ungekannter Genauigkeit weltweit einzigartig und bietet damit völlig neue Chancen für die Materialforschung am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Steiermark und darüber hinaus.

Werkstoffe weiter verbessern, neue Pharmazeutika entwickeln oder elektronische Bauteile perfektionieren – die Palette möglicher Anwendungen der Nanotechnologie ist breit. Basis für neue Entwicklungen ist die Nanoanalytik: Hier arbeiten Forscher daran, Strukturen und Eigenschaften von Materialien besser zu verstehen. „Werkzeug“ dazu sind modernste Elektronenmikroskope. Mit ASTEM rückt die Grazer Forschung im Bereich Elektronenmikroskopie in die internationale Spitzenliga auf. „Ausgezeichnete Leistungen braucht adäquate Ausstattung. Mit dem neuen ASTEM gibt es an der TU Graz ab sofort ein Werkzeug der Superlative für die Nanowissenschaften“, zeigt sich TU-Rektor Hans Sünkel stolz.

Das erste Elektronenmikroskop in der Steiermark wurde vor genau 60 Jahren in Betrieb genommen, zum Jubiläum folgt nun ein neuer Meilenstein. „Ein Rastertransmissionselektronenmikroskop ist ein spezieller Typ eines Elektronenmikroskops. Ein Elektronenstrahl fokussiert auf eine dünne Probe und ‚rastert‘ zeilenweise ein bestimmtes Bildfeld ab“, erläutert Ferdinand Hofer, Leiter des Instituts für Elektronenmikroskopie und Feinstrukturforschung und Koordinator des Forschungsschwerpunkts „Advanced Materials Science“ der TU Graz, das Grundprinzip.

ASTEM ermöglicht Messungen von bisher ungekannter Exaktheit: Ein mit 70 Picometern – ein Picometer entspricht einem Milliardstel Millimeter – fast unvorstellbar feiner Elektronenstrahl tastet die Oberfläche des Stoffs ab. Abstände zwischen Atomen von 0,14 Nanometern – ein Nanometer entspricht wiederum einem Millionstel Millimeter – sind so meßbar. Möglich wird das durch ein neues technisches Prinzip: den „Super-X“-Röntgendetektor, der international erstmals an der TU Graz zu finden ist. Mit diesem besonders empfindlichen Röntgendetektor können die Forscher sogar feststellen, aus welchen Elementen sich eine Probe zusammensetzt. „Die atomar aufgelö-

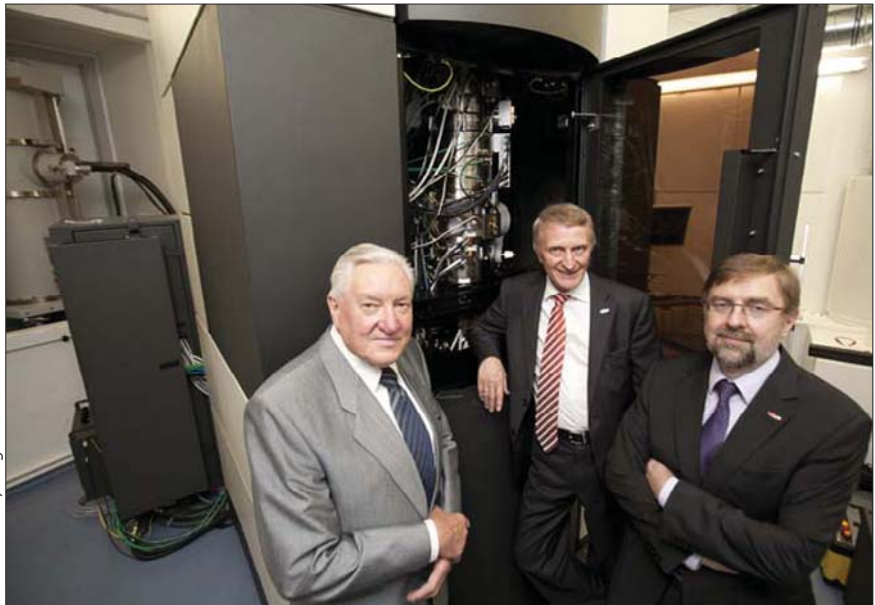


Foto: TU Graz/Lunghammer

Hans Sünkel (M.) freut sich gemeinsam mit dem Vize-Präsidenten des Vereins zur Förderung der Elektronenmikroskopie, Ulrich Santner (l.), und Professor Ferdinand Hofer (TU-Institut für Elektronenmikroskopie und Feinstrukturforschung).

ste Analytik erlaubt uns, die Art eines Atoms zu bestimmen: Atompositionen werden erkennbar, wir können auch die chemische Ordnungszahl zuordnen“, so Hofer.

Der Nutzen für die Forschung: Völlig neue Möglichkeiten, um das Innerste von Materialien, also ihre strukturellen und funktionellen Eigenschaften besser verstehen zu können – eine wichtige Basis um Materialien für alle Bereiche des Lebens und für Anwendungen in Wirtschaft und Industrie erfolgreich weiter zu entwickeln und damit ein Schlüssel für den technologischen Fortschritt. Projekte in Kooperation mit Unternehmen am Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Steiermark sind bereits in der Pipeline: Computerchips zu neuen Spitzenleistungen optimieren und materialschädigende Nano-Ausscheidungen in Stählen vermeiden sind die Themen. Die TU Graz stärkt so ihren Schwerpunkt „Advanced Materials Science“ weiter – das ist eines von fünf definierten Stärkefeldern, die das Profil der Universität in Forschung und Lehre prägen.

Das TU-Institut für Elektronenmikroskopie und Feinstrukturforschung nutzt das neue Großgerät gemeinsam mit dem Zentrum für Elektronenmikroskopie Graz, einem Mitglied der Austrian Cooperative Research (ACR), der Vereinigung der Kooperativen Forschungsinstitute der österreichischen Wirtschaft. Rund zehn Personen arbeiten in der ersten Phase an ASTEM, weitere sollen folgen. Profitieren sollen künftig aber auch Wissenschaftler, die selbst nicht vor Ort sind: Das Gerät kann auch mittels „Fernbedienung“ genutzt werden, lediglich die Probe muss vor Ort sein. Damit eröffnen sich neue, „grenzenlose“ Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Damit das Bild nicht „wackelt“, steht ASTEM streng geschützt vor Schall und Temperatureinwirkung in einem speziell abgeschirmten Raum.

Finanziert wurde das vier Millionen Euro schwere Messinstrument vom Verein zur Förderung der Elektronenmikroskopie, der FFG, dem Land Steiermark, der Steirischen Wirtschaftsförderung und der TU Graz. ■

Innsbrucks Quanten-Nachwuchs erneut erfolgreich

Sebastian Diehl und Peter Rabl erhalten die höchste Auszeichnung für Nachwuchswissenschaftler in Österreich.

Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle und FWF-Präsident Christoph Kratky gaben am 21. Juni in Wien die diesjährigen START-Preisträgerinnen und Preisträger bekannt. Von den ausgewählten Nachwuchswissenschaftlern stammen zwei Preisträger aus dem erfolgreichen Innsbrucker Quantenphysik-Schwerpunkt: Sebastian Diehl und Peter Rabl.

Diehl: Quantenwelt und Vielteilchenphysik rücken näher zusammen

In ultrakalten Gasen treten erstaunliche makroskopische Quanteneffekte auf, die aus dem kohärenten Zusammenspiel einer Vielzahl von Atomen entstehen. Die Forschung konzentrierte sich bisher auf von ihrer Umgebung vollständig isolierte Systeme im thermodynamischen Gleichgewicht. Jüngere Entwicklungen beleuchten aber vermehrt Systeme, in denen zusätzlich zu den kohärenten auch dissipative Effekte auftreten. Dissipation beschreibt in der klassischen Physik beispielsweise den Übergang von Bewegungsenergie in Wärmeenergie durch Reibung. Dabei wird der Grad der Unordnung im System erhöht, typischerweise ein unerwünschter Effekt. Gerade in Quantensystemen können dissipative Phänomene die fragilen Quantenkorrelationen leicht zerstören. Unter bestimmten Umständen aber zeigt sich, daß dieser Effekt umgekehrt und sogar zur wertvollen Ressource für die Erzeugung quantenmechanischer Korrelationen werden kann.

Während die mikroskopische Physik dieser Systeme präzise modelliert werden kann, fehlen derzeit noch effiziente theoretische Werkzeuge, um aus dem mikroskopischen Modell quantitative Vorhersagen für die Makrophysik abzuleiten. „Ich möchte die Gebiete der Quantenoptik und der Vielteilchenphysik dazu näher verknüpfen“, sagt Sebastian Diehl. Ergänzend zu den theoretischen Untersuchungen wird er auch praktische Vorschläge für neue Experimente erarbeiten. „Mit diesen Untersuchungen wollen wir zum sich rapide entwickelnden Feld der Vielteilchenphysik jenseits des thermodyna-

mischen Gleichgewichts beitragen“, sagt Diehl.

Sebastian Diehl, geboren 1979 in Ludwigshafen, Deutschland, studierte in Heidelberg Physik und schloß sein Doktoratsstudium 2006 ab. Danach kam er in die Forschungsgruppe um Prof. Peter Zoller an das



Sebastian Diehl

Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Seit 2009 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Theoretische Physik der Universität Innsbruck.

Rabl: Quantenphysik stößt in die Nanowelt vor

Peter Rabl beschäftigt sich mit neuen theoretischen Ansätzen zum besseren Verständnis der Physik von opto- und nanomechani-

chanik auch anhand von makroskopischen Objekten zu studieren. Dazu analysiert Peter Rabl neue physikalische Effekte, die auf der Quantisierung der makroskopischen Bewegungsfreiheitsgrade basieren, wobei er sich hier sowohl für fundamentale Fragestellungen als auch für potentielle Anwendungen dieser System interessiert. „Um auch langfristige Perspektiven für dieses noch junge Forschungsgebiet zu eröffnen, untersuche ich anhand von konkreten physikalischen Implementierungen – zum Beispiel Fehlstellen in Diamantanstrukturen – wie die Manipulation von makroskopischen Bewegungsfreiheitsgraden für die Verarbeitung von Quanteninformation oder zur Verbesserung von nanomechanischen Sensoren nutzbar gemacht werden könnte“, sagt der Physiker.

Peter Rabl wurde 1978 in Bad Häring geboren und studierte Physik an der Universität Innsbruck, wo er 2006 auch promovierte. Bis 2007 war er Forschungsassistent am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI). Von 2007 bis 2010 forschte Rabl am Institute for Theoretical Atomic, Molecular and Optical Physics (ITAMP) des Harvard-Smithsonian Center for Astrophysics in Cambridge, USA. Seit Herbst 2010 forscht Peter Rabl wieder am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation (IQOQI).

Höchstdotierte Nachwuchsförderung in Österreich

Der START-Preis des österreichischen Wissenschaftsministeriums wird durch den österreichischen Wissenschaftsfonds FWF vergeben und stellt mit bis zu 200.000 Euro pro Jahr die höchstdotierte Förderung von NachwuchsforscherInnen in Österreich dar. Die Preisträger werden von einer internationalen Fachjury ausgewählt. Junge ForscherInnen sollen aufgrund ihrer bisher geleisteten wissenschaftlichen Arbeit die Chance erhalten, in sechs Jahren finanziell weitgehend abgesichert ihre Forschungsarbeiten zu planen und eine eigene Arbeitsgruppe aufzubauen. Nach drei Jahren haben sie sich einer Zwischenevaluierung zu stellen. ■



Peter Rabl

schen Systemen im Quantenregime. Die rasanten experimentellen Fortschritte auf diesem Gebiet werden es in naher Zukunft ermöglichen, die Gesetze der Quantenme-

Venedig – Seemacht, Kunst und Karneval

Ausstellung im Renaissanceschloß Schallaburg bis 6. November



Foto: Wien, Kunsthistorisches Museum, Gemäldegalerie

Ansichten des Markusplatzes mit Blick auf die Basilika zählten zu den beliebtesten Veduten Venedigs und wurden gern auch von Italienreisenden erworben. Das hier gezeigte Gemälde aus dem Umkreis des Francesco Guardi (1712–1793) ist durch eine strenge Komposition und eine kontrastreiche Lichtregie charakterisiert.

Die heurige Ausstellung im niederösterreichischen Renaissanceschloß Schallaburg mit dem Titel „Venedig – Seemacht, Kunst und Karneval“ beeindruckt mit einer spannenden Bandbreite an Inhalten: Von der Gründung der Stadt, dem Aufstieg zur Handelsmacht, dem Kolonialreich über den Kampf gegen die Türken, die österreichische Herrschaft bis zur heutigen Bedeutung der Stadt als Kunst- und Kulturmetropole führt der historische Streifzug. Die Malerei, der Stellenwert des Theaters und der Oper werden thematisiert, wie auch die zeitgenössische Kunst. Das berühmte venezianische Glas, die Architektur, venezianische Villen als auch Gondeln und Schiffe finden in der Ausstellung genauso ihren Platz wie das Leben Casanovas, der Karneval und vieles mehr. Der Spaziergang durch die Geschichte Vene-

digs endet mit der Frage, wie die venezianischen Pfahlbauten für die Zukunft erhalten werden können.

Hochkarätige Kunst aus Wien und Venedig

Die Malerei nimmt einen besonderen Platz in der Ausstellung ein. Insgesamt drei Räume sind berühmten Malern des 16. bis 18. Jahrhunderts gewidmet, unter ihnen Tintoretto, Longhi und Canaletto. Die Konstellation der Gemälde ist einzigartig, denn viele der Exponate werden seit rund 20 Jahren erstmals wieder gezeigt.

„Die Schau ‚Venedig – Seemacht, Kunst und Karneval‘ ist die hochkarätigste Ausstellung, die jemals auf der Schallaburg gezeigt wurde. Mit diesem abwechslungsreichen und spannenden Thema bestärkt die Schallaburg,

als niederösterreichisches Leitprojekt, seinen Platz in der nationalen Ausstellungsszene“, so Landeshauptmann Erwin Pröll.

Die Ausstellung ist ein Kooperationsprojekt der Schallaburg KulturbetriebsGmbH und dem Kunsthistorische Museum. Sie steht unter der Schirmherrschaft der Comune di Venezia und Ateneo Veneto. Die insgesamt 350 Exponate stammen aus verschiedenen Abteilungen des Kunsthistorischen Museums sowie aus der Fondazione Querini Stampalia, der Fondazione Musei Civici Veneziani und dem Museo Storico Navale. Die Kunstwerke finden dank klimatechnischer Verbesserungen optimale konservatorische Bedingungen vor.

„Venedig ist eine spannende Stadt. Ich möchte mit der Ausstellung Venedig von vielen verschiedenen Seiten zeigen. Sie soll

die Pracht der Kaufmannsstadt im Mittelalter wie in der Neuzeit. Sie zeichnet ihren unglaublichen politischen Aufstieg nach, präsentiert den atemberaubenden Reichtum ihrer Kunst und spannt den Bogen bis ins heutige Venedig.

Formvollendet

Mit Millionen von Pfählen auf über 100 Inseln erbaut. Wo Kanäle und Brücken die Bewohner verbinden. Wo moderne Bauprojekte Touristen- und Wassermassen lenken: Es ist die weltweit wohl einzigartige Verbindung von Stadt und Meer. Von Giacomo Casanova über Johann Wolfgang von Goethe und Thomas Mann bis zu den Kultkrimis von Donna Leon. Vom weltberühmten Opernhaus Teatro La Fenice (eröffnet 1792) bis zur Biennale und den Filmfestspielen am Lido: Seit jeher ist Venedig Gegenstand wie Schauplatz von Kunst, die ihre Epoche prägt.

Hier entwickelte sich die Kunst der Glasbläserei auf der Insel Murano zu unerreichter Höhe. Hier entstanden Gemälde und Skulpturen, die heute als epochal und wegweisend gelten. Hier komponierten Monteverdi und Vivaldi. Hier entfaltete sich die venezianische Architektur, die ihre Pracht in Villen, Kirchen und berühmten Brücken offenbart.

Venedig war und ist ein Ort der formvollendeten Schönheit. Die Ausstellung bietet einen repräsentativen Querschnitt der vielfältigen venezianischen Kultur.

La Serenissima

Ist der Venezianer Marco Polo tatsächlich schon im Mittelalter bis nach China vorge-

Foto: Wien, Kunsthistorisches Museum, Gemäldegalerie



Jacopo Robusti, gen. Tintoretto (1519–1594), »Der Doge Sebastiano Venier in Rüstung«. Im Hintergrund ist die Schlacht von Lepanto zu sehen

auch für all jene interessant sein, die Venedig bereits kennen und einen Einblick in die vielfältige venezianische Kultur gewähren“, so Matthias Pfaffenbichler, Kurator der Ausstellung.

Venedig sehen ...

„... und sterben“ wurde zum geflügelten Wort. Woher rührt die mythische Kraft dieser Stadt, die nur sechs Autostunden von der niederösterreichischen Landeshauptstadt trennen und die jedes Jahr etwa 16 Millionen Besucher aus der ganzen Welt anzieht?

Die Schallaburg belebt als einer der renommiertesten Aussteller Niederösterreichs den Mythos der „Stadt im Wasser“ auf eindrucksvolle Weise. Die ausgewählten Schaustücke sind Zeugen der historischen Verbundenheit Österreichs mit Venedig, das für rund ein halbes Jahrhundert Teil des Habsburgerreichs war. Die Ausstellung vergegenwärtigt

Foto: Venedig, Fondazione Querini Stampalla



Gabriel Bella (1730–1799), Einkleidung einer venezianischen Adligen als Nonne. Im 17. und 18. Jahrhundert wurden die Töchter des venezianischen Adels von ihren Eltern häufig ins Kloster geschickt, um nicht durch die bei einer Heirat fällige Mitgift das Familienvermögen zu belasten.

Foto: Schallaburg / Helmut Lackinger



Das Renaissanceschloß Schallaburg ist seit Jahren Ort zahlreicher Ausstellungen und beliebtes Ausflugsziel in Niederösterreich.

drungen? Gewiß ist: Ungezählte Venezianer eroberten im Laufe der Jahrhunderte den Mittelmeerraum bis nach Kreta und Zypern, bauten Handelsnetze bis weit in den asiatischen und afrikanischen Raum auf.

Für rund tausend Jahre verband der Handel über Venedig Westeuropa mit dem Orient. Brachte Luxusgüter wie Seide, Pelze, Gold und Gewürze in den Norden. Und begründete die Macht und die Herrlichkeit der „Serenissima“ (die „Allerdurchlauchtigste“), wie die damalige Republik Venedig bezeichnet wurde.

Ein prunkvoller Harnisch aus 1485, militärische Gerätschaften und berühmte Gemälde von Tiepolo, Tizian, Veronese über Tintoretto bis Canaletto: Das sind nur einige der zahlreichen Zeugnisse, die den Aufstieg Venedigs zur politischen und Handelsgroßmacht der neuzeitlichen Welt veranschaulichen.

Capitano leitet die Jüngsten

Kinder und Jugendliche erwarten eigens entwickelte interaktive Bereiche, die unterhaltsam und lehrreich durch die Ausstellung führen. In einem Handelskontor lernen sie die wichtigsten Handelsgüter kennen, in einem Künstleratelier erforschen die Jüngsten die Welt der Farben. Wie stellte man

diese im 16. Jahrhundert her und woher kamen sie? Warum war gerade Ultramarin so unerschwinglich teuer? Aber auch Masken zum Probieren und Hörproben venezianischer Musik entführen die Jüngsten in die faszinierende Welt Venedigs.

Ausstellungsbezogene kostenlose Rätsel-

hefte für verschiedene Altersgruppen ergänzen das interaktive Programm. Wer das Lösungswort entschlüsselt, darf sich auf eine Urkunde und ein kleines Geschenk freuen. Der „Capitano“, eine Figur aus der Commedia de' ll Arte, dient in der Ausstellung als Orientierungshilfe. Dort wo er auftritt, treffen die Jüngsten auf spezielle Thementexte, interaktive Stationen und knifflige Rätsel.

Venezianisches Flair auf der Schallaburg

Ein abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm im venezianischen Flair macht das Renaissanceschloß Schallaburg zum idealen Ausflugsziel für die ganze Familie. Vom Naturgartenfest, dem Drachensteigfest über das Familienfest und den Tag der „Goldenen Generation“ reicht das Angebot und bietet Spiel, Spaß und Unterhaltung.

Ideale Ergänzung zur Ausstellung ist ein Spaziergang durch den historischen Turniergarten sowie ein interaktiver Burgrundgang. Besucher erleben die Geschichte des Renaissanceschlusses, dazu kommen zwei unterhaltsame Stationen mit Kettenhemd zum Anprobieren und Bogenschießen. Für das leibliche Wohl sorgt das Schloßrestaurant mit venezianischen Schmankerln. ■

<http://www.schallaburg.at>

Foto: Schallaburg / Helmut Lackinger



Der Kleine Arkadenhof

Meisterwerke im Fokus

»Josef Danhauser. Bilderzählungen« – Sommerausstellung von
22. Juni bis 25. September in der Orangerie des Belvedere



© Belvedere, Wien

Josef Danhauser, »Komische Szene im Atelier«, 1829, Öl auf Leinwand, 40,3 x 52 cm, Belvedere, Wien

Josef Danhauser (1805-1845) zählte zu Lebzeiten zu den bedeutendsten Künstlern Wiens, sein Name ist untrennbar mit jener Epoche verbunden, die heute Biedermeierzeit genannt wird. Die Sommerausstellung in der Orangerie präsentiert den Künstler als Erzähler von Geschichten, seine Bilder gewähren einen aufschlußreichen Einblick in das Leben und Denken seiner Zeit. An der Wiener Akademie der bildenden Künste zum Historienmaler ausgebildet, überwand Danhauser bald den akademischen Traditionalismus und reicherte seine geschichtlichen und religiösen Themen mit genrehaften Elementen an. Seine herausragende Fähigkeit lag darin, literarische Texte in eine bildliche Sprache zu übersetzen. Gesten, Mienen und pointierte Bewegungsabläufe sind die „Vehikel“ seiner Bilderzäh-

lungen, dahinter stecken der Mut zur Satire und eine ausgeprägte Beobachtungsgabe. Unter dem Einfluß der Stichfolgen des englischen Malers William Hogarth (1697-1764) sowie der Wiener Straßenszenen von Josef Lanzedelli d. Ä. (1772-1831) und Georg Emanuel Opiz (1775-1841) entwickelte er eine eigenständige Erzählweise.

Danhauser reicherte seine Werke mit einer Vielzahl an informativen und erklärenden Details an, stellte historische und literarische Bezüge her, kombinierte diese und knüpfte so ein dichtes erzählerisches Netz. Seine Bilderzählungen illustrieren eindrücklich die Lebensumstände im frühen 19. Jahrhundert in Wien. Werke wie „Die Schachpartie“ geben eine Vorstellung von den damals beliebten Salons, die Ausstattung vermittelt ein Bild des Zeitgeschmacks. Dan-

hauser integrierte in seine Arbeiten oftmals die neuesten Kreationen aus der Danhauserschen Möbelfabrik, die er gemeinsam mit seinem Bruder Franz Danhauser leitete. Die Beschreibung des Ambientes bildet in diesen Darstellungen jedoch nur den dekorativen Rahmen, im Vordergrund stehen Charakter und Handlungen der Menschen.

Im Œuvre Danhausers nehmen Genreszenen mit einem moralisierenden Anspruch eine wichtige Position ein, wie u. a. in „Der reiche Prasser“, „Die Klostersuppe“, „Der Pfennig der Witwe“ und „Die Testaments-eröffnung“. Die durch Zensur unterbundene Kritik an der Staatsführung wurde durch die Kritik am Mitmenschen substituiert. Außerdem setzte sich Danhauser sein Leben lang mit dem Beruf des Malers auseinander, in zahlreichen Atelierszenen reflektierte er sein

Kultur

Künstlerdasein. Im Sommer 2010 wurde mit Unterstützung des Dorotheums das Institut für die Erstellung von Werkverzeichnissen am Research Center des Belvedere etabliert, um die wissenschaftliche Aufarbeitung und Erforschung österreichischer Künstler und ihrer Oeuvres intensiv voranzutreiben. Belvedere-Direktorin Agnes Husslein-Arco freut sich, „mit der vorliegenden Publikation, die den Auftakt zur Reihe ‚Belvedere Werkverzeichnisse‘ darstellt, die erste umfassende kunsthistorische Beurteilung des Gesamtwerkes von Josef Danhauser präsentieren zu können“. Neben einem monografischen Teil zu Leben und Werk des Künstlers umfaßt der Catalogue raisonné über 500 Positionen von zum Teil bisher unpublizierten Gemälden.

Derzeit wird im Belvedere an den Œuvre-katalogen zu Marc Adrian, Carry Hauser, Hans Makart, Franz Xaver Messerschmidt, Martin van Meytens, Koloman Moser, Otto Rudolf Schatz und Curt Stenvert gearbeitet. Geplant sind darüber hinaus Publikationen

zu Friedrich von Amerling, Tina Blau, Jean Egger und Gerhart Frankl.

Zeitkritik und Reportage

Danhausers Interesse am Menschen war zeitlebens groß und es gelang ihm, seine Beobachtungen in humorvoller Weise zu veranschaulichen. Schon am Beginn seiner Karriere erfaßte er die Eitelkeit seiner Zeitgenossen in der Serie „Verlegenheiten“. Auch dokumentierte er das ungestüme Benehmen der Schaulustigen in Die „Giraffe im Zoo“. Vorbilder für diese Arbeiten waren die Volksszenen von Georg Emanuel Opiz und Josef Lanzedelli d. Ä., die in einer Reihe von lithografischen Blättern das tägliche Leben von Handwerkern und Arbeitern in Wien aufzeigten. Danhauser begnügte sich aber nicht mit dem Schildern, er versuchte, die Situationen anekdotisch anzureichern. Gelegentlich reagierte er auf das Tagesgeschehen, wie etwa 1831 auf die neu eingeführten Enthebungskarten, mittels derer sich der Bürger vor den unangenehmen Bittgängen

notleidender Gratulanten schützen konnte. Ein spätes Beispiel seiner sozialkritischen Ambitionen sind „Die Zeitungsleser“, zwei Fuhrmänner, die aus der Zeitung erfahren, daß sie aufgrund der Veränderungen im Eisenbahnwesen ihre Arbeit verlieren werden.

Die vielen Facetten des Menschseins

Danhauser erkannte sehr bald, daß das bildhafte Aufgreifen einer Situation allein nicht ausreichte, um den Zeitgenossen ihr unbedachtes Benehmen und die Auswirkungen herzlosen Handelns bewußt zu machen. So entwarf der Maler Lehrstücke, in denen zwei gegensätzliche Verhaltensformen einander gegenübergestellt werden. Die Heilige Schrift lieferte ihm hierfür zahlreiche Ideen, so etwa für „Der reiche Prasser“ oder „Der Pfennig der Witwe“. Inspirierend wirkten auch andere literarische Texte, so beziehen sich die beiden Fassungen von „Die Testamentseröffnung“ auf den Roman „Guy Mannering“, oder der „Sterndeuter“ von Sir



© Belvedere, Wien

Josef Danhauser, »Die Schachpartie«, 1839, Öl auf Leinwand, 135 x 175 cm, Leihgabe Goal Arts Foundation, Freeport, Bahamas

Walter Scott, das Gemälde „Wein, Weib und Gesang“ basiert auf dem Sinnspruch: „Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang.“

William Hogarth und Josef Danhauser

Danhausers Verbindung zum englischen Maler William Hogarth wurde bereits von seinen Zeitgenossen erkannt und in mehreren Zeitungsartikeln positiv hervorgehoben. Wie Hogarth versuchte auch Danhauser, den Sittenverfall der Zeit durch die Darstellung von Einzelschicksalen aufzuzeigen. Unverkennbar folgte er ihm auch im Ausloten des menschlichen Charakters, indem er die Verderbtheit seiner Protagonisten mittels ausgeprägter Mimik und Gestik veranschaulichte. Auf diese Weise konnte er Oberflächlichkeit und Heuchelei anprangern und zugleich ein moralisierendes Sittenbild der Zeit schaffen. Bei aller Deutlichkeit in der Beschreibung hat Danhauser aber nie die Schärfe des Vorbildes erreicht, vielmehr ließ er seine Figuren idealtypisch, positiv wie negativ, auftreten.

Die Dichterliebe, oder: Eine Geschichte wird zum Bild

Der aktuelle Aufenthaltsort des Gemäldes „Die Dichterliebe“ ist unbekannt, nur ein zeitgenössischer Stich vermittelt eine Ahnung vom Aussehen des Werks. Dieses Blatt soll gemeinsam mit den fünf präsentierten Vorstudien den Prozeß der Bildfindung illustrieren. Das ursprüngliche Motiv, von Dantes Divina Commedia (Inferno, V, 73-142) inspiriert, wird in den folgenden Skizzen weiterentwickelt – die Protagonisten tragen nicht mehr mittelalterliche, sondern renaissanceartige Kleider. Der lorbeerbekränzte Mann und die Pose des Schreibens erinnern an Torquato Tasso, der von Leonore d'Este mit dem Lorbeer bekrönt wird. Über die historische Unvereinbarkeit setzte sich Danhauser im fertiggestellten Gemälde mit dem erklärenden Beisatz „Lebensbild aus dem 16. Jahrhundert Italiens“ hinweg.

Religiöses und Historisches

Danhauser wurde an der Wiener Akademie der bildenden Künste zum Historienmaler ausgebildet und darauf geschult, literarische Texte in eine bildliche Form zu bringen. Er wandte diese Vorgehensweise aber nicht nur bei historischen Themen an, sondern auch in der Genremalerei, und steigerte so die Aussagekraft des Bildes. Das Historienbild wiederum wird bei Danhauser zum genrehaft aufgefaßten Geschichtsbild. So



Josef Danhauser, »Der reiche Prasser«, 1836, Öl auf Leinwand, 84 x 131 cm



Josef Danhauser, »Der Augenarzt«, 1837, Öl auf Leinwand, 94 x 125 cm



Josef Danhauser, »Das Kind und seine Welt«, 1842, Öl auf Holz, 34,8 x 38,5 cm



Josef Danhauser, »Samson und Delila«, 1835, Öl auf Holz, 50 x 41 cm

verdeutlichen etwa die Tränen der Protagonistin in Abraham verstoßt Hagar und Ismael den Sachverhalt auch in emotionaler Hinsicht. Diese psychologische Durchdringung kennzeichnet auch drei Bilder, die eine Frau am Meeresstrand zeigen. Dem Meer kommt hier eine den Inhalt erweiternde Funktion zu, denn es unterstreicht symbolhaft den Seelenzustand der Frau vom Meer, greift tragisch in das Familienglück der Frau des Fischers ein und bedroht das Leben der Schiffbrüchigen.

The Rake's Progress von William Hogarth – ein Vorbild

Die Stichfolgen des englischen Malers William Hogarth waren spätestens durch die ausführlichen Erklärungen Georg Christoph Lichtenbergs bekannt geworden, die von 1784 bis 1796 im Göttinger Taschen-Calender abgedruckt wurden. Das ausgeprägte In-

teresse am Realismus, das Einbeziehen von Gemälden, die den Inhalt kommentieren, sowie die Fähigkeit, mit geringem Aufwand die Aussage einer Szene auf den Punkt zu bringen, waren beiden Malern gleich. Danhauser versuchte bereits als junger Künstler, diese Elemente in seine Werke einzubinden, und erreichte damit besonders in den Atelierdarstellungen »Das Scholarenzimmer« und »Komische Szene im Atelier« eine komprimierte und humorvolle Bildaussage.

Der Künstler im Atelier

Zeit seines Lebens setzte sich Danhauser auch in seinen Werken mit dem Beruf des Malers auseinander. Er bildete sich dabei allerdings nie selbst ab, sondern ließ andere das vollführen, was ihm erzählenswert erschien. Es geht immer um den Konflikt der künstlerischen Scheinwelt mit der Realität, wobei die Wirklichkeit des Lebens von aus-

sen eindringt. Oftmals konfrontierte Danhauser den Maleralltag mit dem instinktgeleiteten Tun von Tieren. So griff er auch, als er seine Bilder von Journalisten ungerechtfertigt kritisiert sah, auf das Atelierthema zurück und malte eine Gruppe von Hunden beim Zerreißen von Zeichnungen. Das Gemälde Romanlektüre zeigt dagegen einen der intimsten Momente des Künstlerlebens: die kreative Phase der Themenfindung. Interessant wirkt hier das Nebeneinander der Kunstwelt des Malers mit ihren »wertlosen« Requisiten und einer anderen, künstlich geschaffenen »Scheinwelt«, nämlich der des Bürgertums.

Bilder vom Salon

Danhauser verkehrte als künstlerischer Leiter der Danhauserschen Möbelfabrik in den Kreisen des Adels und des gehobenen Bürgertums. Mit seinen Designideen bestimmte er den Einrichtungsgeschmack der Zeit. Die Ausstattungen der Räume in seinen Bildern sind als authentische Zeitdokumente zu verstehen, Danhauser integrierte hier seine eigenen Möbelentwürfe. »Die Schachpartie« ist in diesem Zusammenhang von besonderer Bedeutung, stellt sie doch die früheste Darstellung eines Salons in der europäischen Malerei des 19. Jahrhunderts überhaupt dar. Erwähnenswert ist auch die abgebildete Geschichte: der Sieg einer Dame in einem Spiel, das von einer Dame dominiert wird. Wie dieses Gemälde geben auch die weiteren Szenen eine Idee von den gesellschaftlichen Zusammenkünften, von der Musikbegeisterung der Zeit, aber auch von Zügellosigkeit und Ausschweifung.

Späte Genredarstellungen

Eine kurze Reise durch Deutschland, Holland und Belgien im Sommer 1842 brachte Danhauser mit der lokalen Malerei des 17. Jahrhunderts in Kontakt. Nach seiner Rückkehr wanderte der Maler durch die Wiener Vororte und hielt Volksszenen fest, die vor allem von der Beschaulichkeit des Alltags bestimmt sind. Anders als in den frühen Genreszenen dominiert nun eine atmosphärische Stimmung. Die Erzählung wird nebensächlich, das Sujet soll aus sich selbst heraus wirken. Ein weiteres Motiv, das Danhauser in seinen letzten Lebensjahren beschäftigte, waren seine Kinder. Deren unschuldiges Spiel regte ihn zu zahlreichen Bildschöpfungen wie u. a. »Das Kind und seine Welt« an, die er aufgrund ihrer Beliebtheit mehrfach wiederholte. ■

<http://www.belvedere.at>

Weltrekord für einen Schiele

»Häuser mit bunter Wäsche« wurde bei Sothebys versteigert und erlöste mehr als 27 Millionen Euro.

Wie erwartet erzielte das Top-Los der Sothebys Frühjahrskauktion in London, Egon Schieles »Häuser mit bunter Wäsche« am Abend des 22. Juni einen Rekordpreis: 27,635.665 Euro (24.681.250 Pfund Sterling) war einem anonymen privaten Bieter das herausragende Landschaftsbild von Egon Schiele (1890-1918) wert. Das bedeutet Weltrekord für den Expressionisten und liegt über dem unteren Schätzpreis von 25,300.000 Euro. Der bisherige Rekord lag bei rund 22,5 Mio. US-Dollar (2006). Die Leopold Museum-Privatstiftung hatte das Werk zur Auktion frei gegeben, um die Kosten für den Vergleich in der »Causa Wally« (Vereinigte Staaten von Amerika gegen Bildnis Wally, ein Gemälde von Egon Schiele) abzudecken. Die Entscheidung war laut Elisabeth Leopold, Witwe des Sammlungsgründers Prof. Rudolf Leopold, schmerzlich, »aber sie wurde für eine richtige und gerechte Sache getroffen«.

Erlös von »Häuser mit bunter Wäsche« für Abdeckung des »Wally-Kredites«

„Man wird mit dem Weltrekordpreis von über 27 Mio. Euro nun die kompletten Kosten des für ‚Wally‘ aufgenommenen Kredites abdecken können und auch weitere Vergleiche finanzieren, wir sind sehr zufrieden damit“, erläuterte Leopold Museum-Managing Director Peter Weinhäupl. Das 1914 entstandene Werk war der Star des Abends in London. Das Los Nummer 9 zierte auch das Cover des Auktionskataloges. In derselben Auktion wurden auch Werke von Renoir, Cézanne, Picasso, Giacometti und anderen Meistern des Impressionismus und der Klassischen Moderne versteigert.

Werk aus Sammlung Böhler - Rudolf Leopold: intensive Farbigkeit als Sinnbild von Jugend

Das Bild »Häuser mit bunter Wäsche (Vorstadt II)« stammte aus der Sammlung des Industriellen Heinrich Böhler. Prof. Rudolf Leopold hatte das Werk in 1952 von Böhlers Witwe Mabel erworben. Das Gemälde zeigt zwei Häusergruppen. Während im Hintergrund beige-graue Felder und in der Ferne Bergketten zu sehen sind, besticht im Vordergrund die intensive Farbigkeit der



Foto: Leopold Museum / Manfred Thumberger

Egon Schiele »Häuser mit Wäsche (Vorstadt II)«, 1914 Öl auf Leinwand 100 x 120,7 cm

mit bunter Wäsche behängten Leinen und der vereinzelt Boote am Flußgestade. Leopold hatte angesichts der großartigen Häuserlandschaft eine brillante Assoziation: „Mit der bunten, im Vergleich zum übrigen viel bewegter anmutenden Wäsche, sind vielleicht Kinder und junge Menschen gemeint in ihrem noch unbekümmerten Dasein. Altgeworden wohnen sie in ihren Behausungen, auf engem Raum zusammengepfercht“, schrieb der Kunstsammler in seiner 1972 erschienenen Schiele-Monographie (Egon Schiele. Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen).

Krumauer Eindrücke und Seelenlandschaft

Das Bild steht in engem Zusammenhang mit den Krumauer Landschaften des Künstlers. Unter dem Eindruck der Aufenthalte Schieles und Wallys in der böhmischen Stadt Krumau entwickelte der Künstler seine nahezu allegorischen Landschaften. Es sind keine reinen Stadtlandschaften, sondern viel eher Porträts von alten Häusern. Laut Elisabeth Leopold ist das Kunstwerk „nicht weni-

ger als die Darstellung einer Seelenlandschaft mit ihrem Werden und Vergehen“.

Leopold Museum: Größte Schiele-Sammlung der Welt

Das Leopold Museum mußte sich zwar mit diesem Werk von einem äußerst wichtigen Bild trennen, ist aber in der glücklichen Lage, mehrere herausragende Stadtlandschaften Schieles zu besitzen. Die Sammlung Leopold im Leopold Museum enthält die größte Schiele Sammlung der Welt. Mit 41 Gemälden und ca. 190 Arbeiten auf Papier ist sie die umfassendste aber auch qualitativste Schiele-Sammlung, mit Schwerpunkt auf dem Zeitraum 1910 bis 1915. Das Museum, berühmt für seine Sammlungen zu Wien 1900 (Gustav Klimt, Kolo Moser, Wiener Werkstätte), des Expressionismus (Gerstl, Kokoschka, Schiele) und der österreichischen Klassischen Moderne ist mit über 350.000 Besuchern das meistbesuchte Haus im Wiener Museumsquartier (MQ) und ein wahrer »Tempel« der österreichischen Kunst des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. ■

<http://www.leopoldmuseum.org>

Fünf Räume

Das Österreichische Kulturforum bringt junge KünstlerInnen aus Österreich nach New York



Alle Fotos: David Plakke, davidplakke.com

Zenita Komad & Michael Kienzer: »The empty mirror« (2011), eine Installation im Österreichischen Kulturforum in New York von 16 verspiegelten Stühlen. Courtesy Galerie Krinzinger, Wien

Das Motto der Sommerausstellung 2011 des Kulturforums in New York lautet „Fünf Räume“, in deren Rahmen NachwuchskünstlerInnen aus Österreich das New Yorker Publikum mit vielfältigen und gänzlich unterschiedlichen Rauminstallationen konfrontieren. „Fünf Räume“ wurde vom New Yorker Kurator David Harper und dem Direktor des Kulturforums Andreas Stadler kuratiert und wird bis 5. September 2011 in der Galerie des Österreichischen Kulturforums in Midtown Manhattan zu sehen sein.

Mit dieser Ausstellung bietet das Kulturforum New York jungen österreichischen KünstlerInnen eine Bühne, um ihre Arbeit dem New Yorker Publikum vorzustellen und je einen vorgegebenen Raum nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Dies soll dem Publikum die Möglichkeit geben, einerseits die Einzigartigkeit jedes Werkes zu erleben

aber auch gleichzeitig Einblick in die Vielschichtigkeit des Schaffens österreichischer KünstlerInnen zu gewinnen.

Die Ausstellung umfaßt im Rahmen der Installationen Malerei, Skulpturen sowie eine Multimedia-Arbeit. Des weiteren thematisieren die KünstlerInnen die einzigartige Architektur des Gebäudes und eröffnen dadurch neue Perspektiven für die Betrachter.

Der in Kanada geborene Künstler Daniel Domig unternimmt mit seinen Zeichnungen, Malereien und Installationen einen Versuch, die menschliche Seele darzustellen. Seine Arbeit „The eyes are not here, there are no eyes here“ umfaßt Figuren, die im ständigen Konflikt miteinander stehen und gefangen zwischen zivilisiertem und primitivem Antrieb verharren. Clemens Hollerer, 1975 in Bruck an der Mur geboren, zeigt seine In-

stallation mit dem Titel „On the Other Side“. Diese Arbeit, die sich mit der Eingrenzung von Territorien auseinandersetzt, soll den Betrachter anregen, Grenzen im urbanen Raum kritisch zu reflektieren.

Die Künstlerin Zenita Komad, 1980 in Klagenfurt geboren, hat den Künstler Michael Kienzer eingeladen, mit ihr gemeinsam eine Arbeit für das Kulturforum zu gestalten. Für die Ausstellung „Fünf Räume“ haben die beiden mit „The empty mirror“ eine Installation von 16 verspiegelten Stühlen geschaffen, die unter anderem an die beliebige Positionierung von Schachfiguren erinnern. Die begleitende Videoarbeit beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Sprache und Wirklichkeit.

Der 1982 in Graz geborene Valentin Ruhry zeigt zwei neue Arbeiten. „Adaptation“ wurde durch die einzigartige Architektur und

Kultur

Bauweise des Hauses und seiner Strom- und Kommunikationsinfrastruktur inspiriert. Mit „Untitled (Hello World)“ setzt sich der Künstler mit fast 5000 beleuchteten orangen Kippschaltern mit der Thematik „altmodischer“ Technologie und der visuellen Sprache des Minimalismus auseinander.

Die 1974 in Südtirol geborene Künstlerin Esther Stocker dekonstruiert geometrische Formen und Gebilde mit Hilfe von Gitterstrukturen und Linien, die sie an Böden, Decken und Wänden anbringt und dadurch zu dreidimensionalen Gebilden werden lässt. Mit den Mitteln der Regelmäßigkeit und ihrer Unterbrechung, der Symmetrie und ihrer Störung schafft sie visuelle Klangwelten, die sich dem Betrachter für lange Zeit unverwechselbar einprägen. Für „Fünf Räume“ gestaltet Stocker zwei neue standortspezifische Installationen, die an vorangegangene Arbeiten angeschlossen und an die architektonischen Gegebenheiten des Gebäudes angepasst werden.

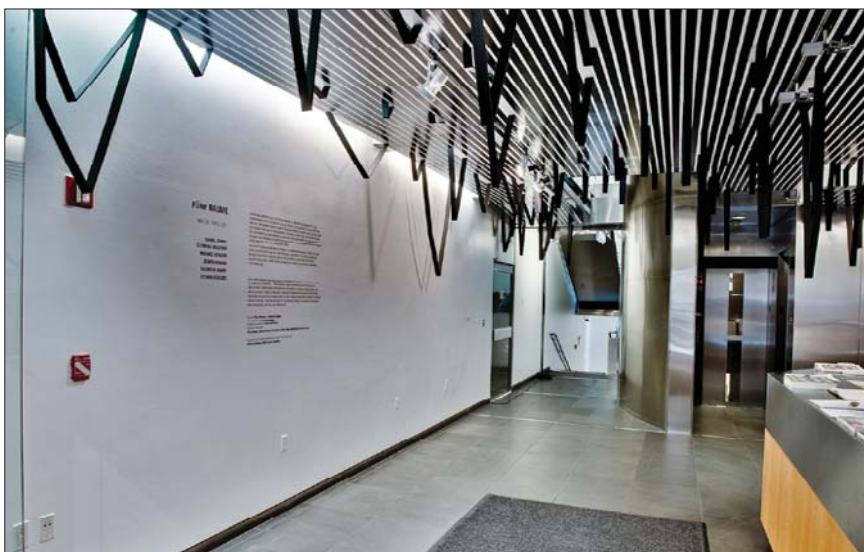
Das Kulturforum hat sich in der New Yorker Kunstszene mit thematischen Gruppenausstellungen einen Namen gemacht, in denen sowohl internationale als auch österreichische KünstlerInnen präsentiert werden.

„Fünf Räume“ ist die neueste Ausstellung einer thematisch offenen Serie, die alle zwei Jahre von Direktor Andreas Stadler und seinem Team produziert wird und NachwuchskünstlerInnen aus Österreich lanciert. Viele KünstlerInnen der ersten, 2009 stattgefundenen Ausstellung „Open Space: Creative Migration“ sind mittlerweile auf der amerikanischen Kunstszene äußerst erfolgreich. Jede Ausstellung wird mit einem umfangreichen Katalog dokumentiert. ■

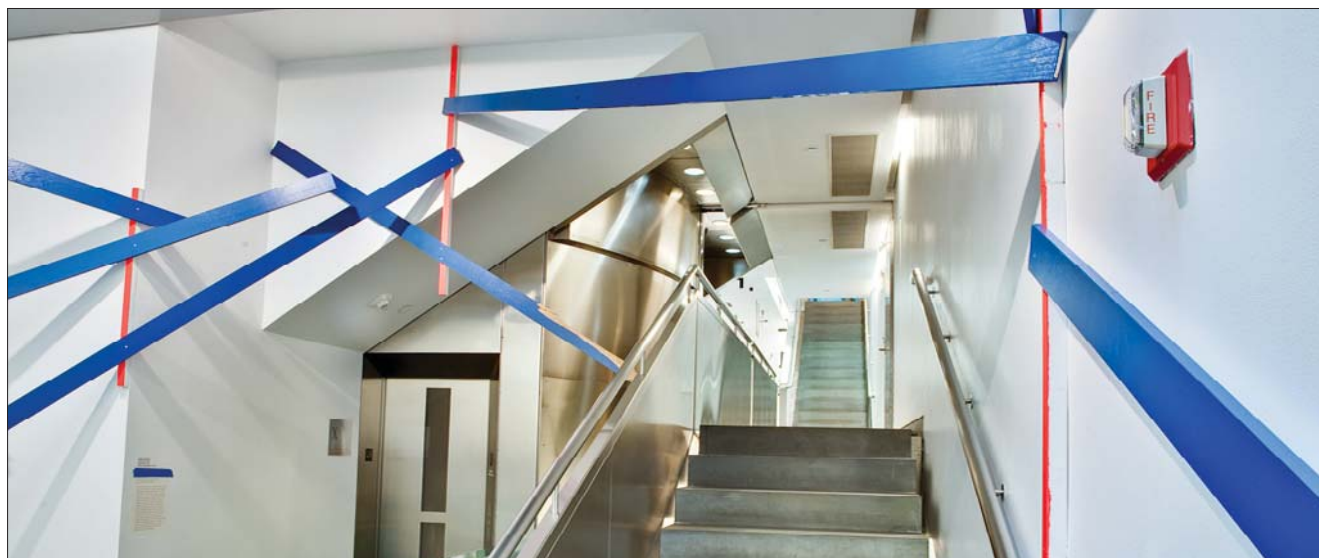
<http://www.acfny.org/>



Daniel Domig, »The eyes are not here, there are no eyes here« (2011)



Esther Stocker, »Untitled« (2011), Masking tape and foam core



Clemens Hollerer, »On the other side« (2011) Enamel paint on wood, Courtesy Galerie Winiarczyk, Wien

ANSICHTSSACHEN.Menschenbilder

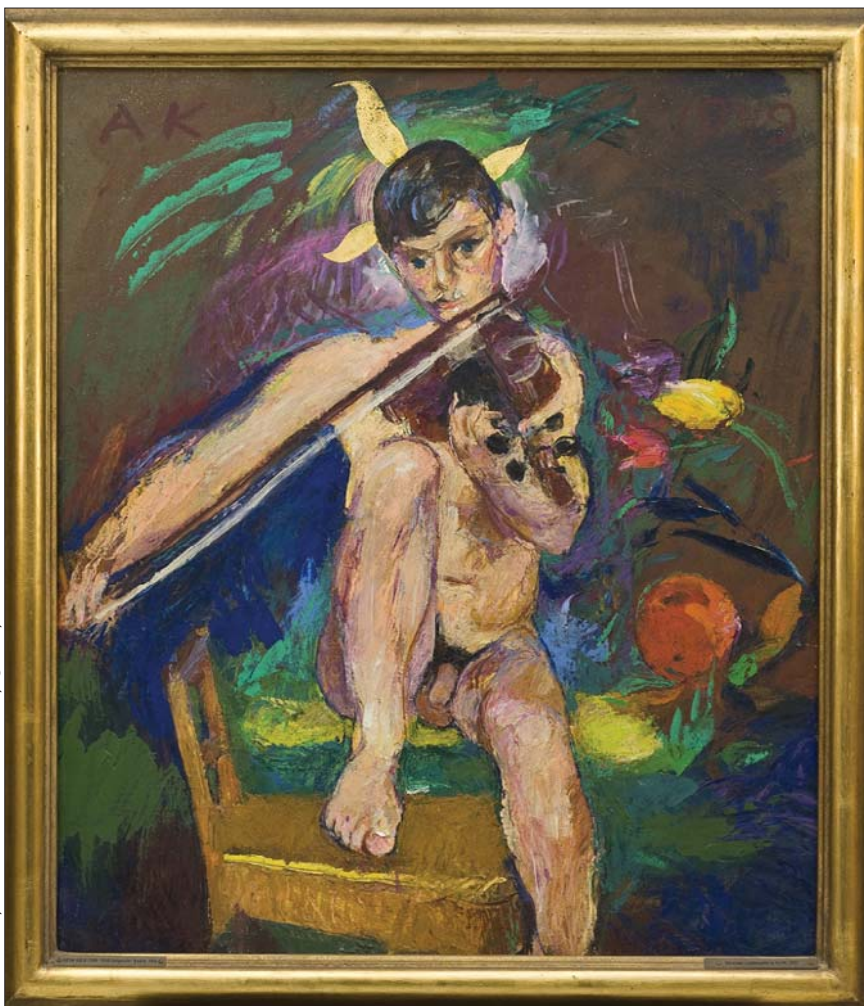
Ausstellung mit Werken aus eigener Sammlung des
Museums Moderner Kunst Kärnten von 9. Juni bis 4. September

Unter dem Titel „ANSICHTSSACHEN. Menschenbilder“ wird von 9. Juni bis 4. September 2011 die zweite Ausstellung der Reihe „fokus sammlung“ im Museum Moderner Kunst Kärnten (MMKK) gezeigt. Insgesamt sind rund 150 Werke von 66 KünstlerInnen zu besichtigen.

Kulturreferent LR Harald Dobernig betonte anlässlich der Eröffnung, daß bereits im Vorjahr damit begonnen worden sei, Werke aus der eigenen Sammlung des Landes zu zeigen. „Seit 1933 wurden über 5000 Werke angekauft und gesammelt. Es freut mich besonders, daß es sich zum überwiegenden Teil um Werke von Kärntner Künstlern handelt. Mir ist es wichtig, daß diese Werke auch nach und nach der Öffentlichkeit gezeigt werden“, so der Kulturreferent des Landes Kärnten,



Alina Kunitsyna, *Aus Jemen-alt*, 2005, Öl auf Leinwand, 200 x 135 cm (seitlich beschnitten, Anm.)



Anton Kolig, *Geigender Knabe*, 1949, Öl auf Faserplatte 85 x 73 cm

der der Direktorin des MMKK, Christine Wetzlinger-Grundnig, für die thematische Aufarbeitung der Werke und der Auswahl der Schwerpunkte dankte.

Die Ausstellung selbst wurde in einzelne Themenbereiche aufgespaltet. So werden Kinderportraits über die Familie, Männer und Frauen, den urbanen Menschen, Menschen bei verschiedenen Tätigkeiten oder Menschen in ihrem Leid und im Tod gezeigt. Aber auch Selbstportraits der Künstlerinnen und Künstler finden ihren Platz. „Das Konzept der Ausstellung ermöglicht es uns, auch Bilder aus unserem Depot zu zeigen, die sonst nicht so im Focus stehen“, betonte Wetzlinger-Grundnig.

Zu sehen sind unter anderem Werke von

Maria Lassnig, Gudrun Kampl, Ilse Haider, Kiki Kogelnik, Theres Cassini, Herbert Boeckl, Anton und Cornelius Kolig, Werner Berg, Jean Egger, Albin Egger-Lienz, Arnold Clementschitsch, Alois Mosbacher, Franz Wiegele oder Wolfgang Walkensteiner.

Begleitprogramm

Parallel zur Ausstellung im MMKK wird in der Burgkapelle unter dem Titel „KOPF. ÜBER“ eine raumbezogene Arbeit der Künstlerin Lisa Huber gezeigt. Außerdem gibt es wieder ein umfangreiches Begleitprogramm und Kooperationen mit der Landesausstellung in Fresach und „Positionen 0 11“, einer Plattform für zeitgenössischen Tanz.

<http://www.mmkk.at>

Celestina

»Wer frivol lebt, stürzt ins Verderben« – Kunstaussstellung auf Hochosterwitz von 1. Juli 2011 bis 15. September 2011

Die zwischen 1499 und 1502 entstandene Tragikomödie „Celestina“ beschreibt die Liebesgeschichte zweier Menschen, die durch falsche „Beratung“ einer „Liebesexpertin“ in die falsche Richtung geht. Statt einem ethisch und moralisch vertretbaren Verlauf der Liebesgeschichte, entsteht ein wildes Zusammenspiel aus Sex, Verführung, Intrige Mord und Totschlag. Die Komödie endet als Drama und Verzweiflung. Das von Fernando de Rojas geschriebene Werk zählt, neben Romeo und Julia von Shakespeare oder Don Quijote von Cervantes, zu einem der großen Werke der Renaissancezeit.

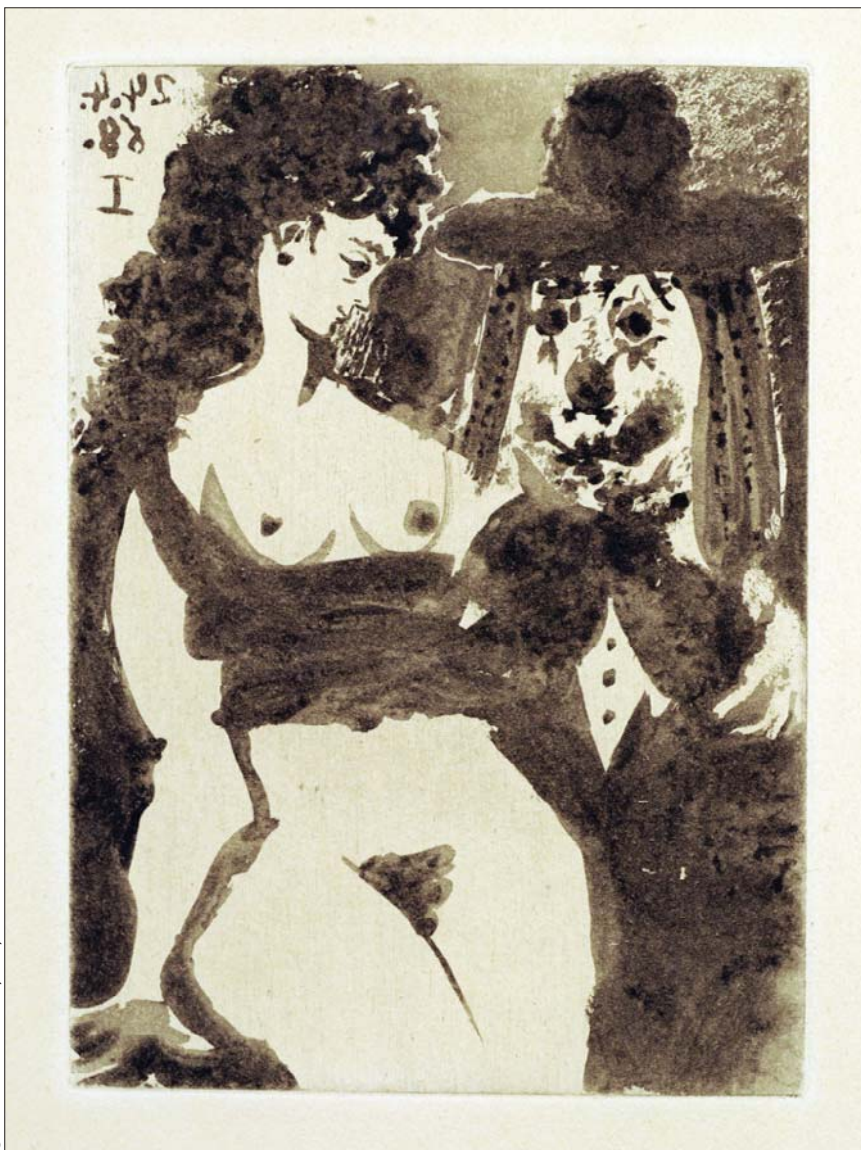
Fernando de Rojas hat dieses Werk als Kritik an eine Zeit geschrieben, in der religiöse Verwirrungen und Verfall von Moral und Ethik zur Reformation in Mitteleuropa geführt haben, die anschließend zu großen, auch kriegerischen, Auseinandersetzungen geführt haben.

Das Thema Celestina hat seit über 500 Jahren, bis in die heutige Zeit, seine Aktualität behalten, da diese Schwächen der Menschheit immer dann aktuell werden, wenn übermäßiger Wohlstand und Reichtum die Menschen prägen.

Gerade ist der letzte Film des spanischen Filmregisseurs Pedro Almodovar „Los abrazos rotos“ („Die zerbrochenen Umarmungen“) erschienen, mit dem unter der Hauptdarstellung von Penelope Cruz genau das Thema der Celestina wiedergegeben wird. Ein verworrene Liebe, wo alle leiden, wo Sex und Drogen, Mord und Totschlag alles dominiert. Wo am Ende der deprimierende letzte Schrei des Dramas Celestina durchklingt: „...warum läßt du mich zurück in diesem schrecklichen Jammertal...“

Dieses Dramatische Werk hat über die Jahrhunderte die Menschen fasziniert. Theaterregisseure, Filmemacher, Maler und Bildhauer, haben das Thema immer wieder aufgegriffen: Maler wie Jan Vermeer van Delft, Francisco de Goya, Jan Hermansz Van Bijlert, David Teniers, Michels Sweers, Jose Rivera, Julio Romero de Torres bis hin zu Pablo Picasso haben sich des Themas angenommen.

Pablo Picasso hat bereits am Ende seiner blauen Periode 1903 sein erstes Celestina-Bild gemalt. Eine einäugige alte Hexe, die



© Succession Picasso/VBK, Wien 2011

Pablo Picasso, »Celestina«, 1968, 21 x 17 cm

die jungen Liebenden verhext und zum Schlechtsein verführt.

In den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts erstellte Picasso seinen letzten großen Zyklus „Celestina“. In 66 Radierungen zeigt er karikaturmäßig die 16 Akte des Dramas. 62 der 66 Exemplare wurden von einem privaten Sammler gesammelt und werden nun in der kommenden Ausstellung auf der Burg Hochosterwitz gezeigt. Die aus dem Vorjahr bekannten zeitgenössischen Maler Rafael Ramirez Maro, sein Vater Antonio Maro, Alejandro Decinti und unser Bildhauer aus

St. Georgen Lorenz Fridrich, haben sich des Themas angenommen und eigene Interpretationen der Celestina geschaffen. Neben den 62 Werken von Pablo Picasso sollen auch diese Werke die Ausstellung abrunden.

Ziel der Ausstellung ist nicht nur die Darstellung der zum Teil kräftigen Bilder, sondern das Vermitteln der brandaktuellen Botschaft „Memento Mori“ oder „Irgendwann kommt das Ende! Bedenke, daß Du dann Rechenschaft über Dein Leben ablegen mußt!“

<http://www.burg-hochosterwitz.com>

Revolution am Bodensee

Umberto Giordanos André Chénier auf der Seebühne – Judith Weirs
»Achterbahn« startet Reihe von Auftragswerken im Festspielhaus



Ein Toter in der Badewanne, den man doch schon irgendwo einmal gesehen hat: So präsentiert sich die neue Seebühne für André Chénier am Bregenzer Bodenseeuf. Wer aber ist dieser Tote? Und warum liegt er nicht mehr in einer Badewanne? Unser Bild zeigt das »Richtfest« des Revolutionsgemäldes »Der Tod des Marat« als Bühneninspiration für »André Chénier«.

André Chénier“, das berühmteste Werk des italienischen Komponisten Umberto Giordano, gleichermaßen packend als leidenschaftliches Liebesdrama und als historischer Krimi, ist in den Sommern 2011 und 2012 erstmals auf der Bregenzer Seebühne zu sehen. Den Anfang im Reigen neuer Kompositionen im Festspielhaus macht die Oper „Achterbahn“ der bekannten britischen Komponistin Judith Weir, deren Werk unter dem Titel „Schöpfung“ auch der Schwerpunkt des Festspielsommers 2011 gewidmet ist.

Gezeichnet vor dem Hintergrund der Französischen Revolution ist „André Chénier“, uraufgeführt 1896 an der Mailänder Scala, ein historisches Drama von brillanter Schärfe und eine menschliche Tragödie von erschütternder Intensität. Zentrale Gestalt der Oper ist der gleichnamige französische

Dichter, eine historische Figur, der in den Wirren der Revolution vom glühenden Anhänger zum erbarmungslos Verfolgten wird und am Ende selbst auf der Guillotine endet. Premiere des Spiels auf dem See ist am 20. Juli 2011.

Eine junge Frau zwischen Glück und Unglück, zwischen Schicksalsschlägen und unerwarteten Wendungen: Die Oper „Achterbahn“ von Judith Weir ist das erste in einer Reihe von Auftragswerken, die in den kommenden Sommern jeweils als Oper im Festspielhaus gezeigt werden. Achterbahn ist eine Geschichte über das Schicksal, eine Art Gleichnis über das Auf und Ab des Lebens. Basierend auf einem sizilianischen Märchen zeigt die Oper, daß sich uns die Beurteilung diverser Daseinsprüfungen in dem Moment, in dem sie passieren, oft entzieht. Premiere ist am 21. Juli 2011.

Ein Spiel mit Täuschungen und Sinnesverwirrungen, angesiedelt irgendwo zwischen Traum und Wirklichkeit: Judith Weirs Kammeroper „Der blonde Eckbert“ versetzt die Zuschauer im Theater am Kornmarkt in ein Wechselbad zwischen Wahn und Waldesrauschen. Was beginnt wie ein scheinbar harmloses Märchen, entpuppt sich als verstörendes Psychodrama, in dem die Grenzen zwischen Einbildung und Wirklichkeit verschwimmen. Premiere ist am 6. August 2011.

In den „Orchesterkonzerten“ feiern die Bregenzer Festspiele in diesem Jahr Schöpfer und den schöpferischen Akt und stellen eine ganze Reihe von Menschen musikalisch in den Mittelpunkt, deren wacher Geist, überbordende Fantasie und einzigartige Kreativität Kunst, Literatur und Musik der vergangenen Jahrhunderte geprägt haben.

Dazu gehören nicht nur Künstler wie Byron und Goethe, Shakespeare und Michelangelo, sondern auch diejenigen Komponisten, die 2011 und 2012 im Zentrum des Programms stehen: Judith Weir und Detlev Glanert. Einer der Höhepunkte der Konzertreihe ist das Gastspiel des Hallé Orchestra unter der Leitung von Sir Mark Elder. Eine Fortsetzung findet nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr die Reihe Musik & Poesie im Seestudio.

Das Deutsche Theater Berlin bringt im Rahmen der Schauspielreihe 2011 nicht nur zwei bemerkenswerte Stücke – das von der Kritik gefeierte Gorki-Werk „Kinder der Sonne“ und Roland Schimmelpfennigs „Peggy Pickit sieht das Gesicht Gottes“ in der Inszenierung des österreichischen Regiestars Martin Kušej – nach Bregenz. Mit Nina Hoss, Norman Hacker, Ulrich Matthes und Sophie von Kessel steht auch eine beachtliche Reihe von Theatergrößen auf der Bühne am Kornmarkt. Neu im Bund ist 2011 das Schauspielhaus Wien, das sich in den letzten Jahren einen Namen als Werkstatt für junge Autoren der Gegenwart gemacht hat. Es gastiert mit dem 2009 entstandenen Stück „Waisen“ von Dennis Kelly im Theater Kosmos.

Was hat Singen mit Frust zu tun, wo liegt der Zusammenhang zwischen Libido und Kreativität, und was wird in der heutigen High-Tech-Welt eigentlich aus unserem Körper? Diesen Fragen geht „Kunst aus der Zeit 2011“ auf der Werkstattbühne und am Vorplatz auf den Grund: mit dem ersten Bregenzer Beschwerdechor, mit „Home Work“, einem neuen Musiktheater des Franzosen François Sarhan, und mit „As if Stranger“, einer intermedialen Performance des amerikanischen Tänzers Richard Siegal.

Die Jugendreihe „crossculture“ bietet jungen Menschen die Chance, in und außerhalb der Festspielzeit ihre Kreativität zu entfalten und herauszufinden, was ihnen Spaß macht und wo ihre Talente liegen. Neben den Klassikern „crossculture night“ und „fest des Kindes“ findet 2011 auch eine Neuauflage der „crossculture week“ statt. Das „familienkonzert der magische klang und die schurken“ zeigt, wie man seine größten Ängste musikalisch überwinden kann und so zitternde Knie mit Rhythmus in den Griff bekommt.

Revolutionsgemälde als Inspiration

Regisseur Keith Warner und Bühnenbildner David Fielding wählten „Der Tod des Marat“, das bekannteste Gemälde des Revo-



Seit Mitte Juni wird auf den 154 Stufen des Bühnentorsos das neue Spiel auf dem See »André Chénier« von den Künstler aus aller Welt intensiv geprobt.

lutionsmalers Jacques-Louis David, als Basis, Inspiration und Symbol für ihre Inszenierung von „André Chénier“, Umberto Giordanos leidenschaftliche Oper rund um das Schicksals des gleichnamigen Dichters. Erstmals ähnelt das Bühnenbild das Spiel auf dem See somit einer historischen Darstellung.

Wer aber war dieser Marat – und was hat er mit André Chénier zu tun?

Jean-Paul Marat (1743-1793) war Arzt, Verleger und Journalist. Er gilt als einer der radikalsten Führer der Französischen Revolution auf seiten der Jakobiner und als Befürworter politischer Gewalt. Marat litt an einer Hautkrankheit, die er mit häufigen Bädern zu lindern versuchte.

Nachdem die gemäßigten Girondisten ab 1792 von den radikalen Jakobinern verdrängt wurden, entschied sich Charlotte Corday, eine Anhängerin der Girondisten, das Blutregime der Jakobiner zu beenden und die Hauptverantwortlichen der Schreckensherrschaft zur Rechenschaft zu ziehen. Am 13.

Juli 1793 besorgte sich Corday ein 20 Zentimeter langes Küchenmesser und erstach Jean-Paul Marat in seiner Badewanne. Corday wurde bereits am 17. Juli 1793 guillotiniert. Ihre Tat hatte zwar Marats Leben beendet, ihn aber gleichzeitig zu einem Helden gemacht. Corday selbst erlangte durch den Mord den Status einer Märtyrerin der Konterrevolution.

Der reale André Chénier war tatsächlich eine historische Gestalt der Französischen Revolution, der Charlotte Corday, der Mörderin Jean-Paul Marats, eines seiner Gedichte widmete und 1794 während Robespierres Schreckensherrschaft seinen Kopf verlor.

Ein Männertorso im Bodensee

14 Meter hoch, 16 Meter breit und insgesamt 60 Tonnen schwer ist allein der Kopf des Torsos, der in den vergangenen Monaten am Bodensee entstanden ist und schon jetzt einige Ähnlichkeit mit Davids Gemälde aufweist.

<http://www.bregenzerfestspiele.com>

91. Salzburger Festspiele

Eröffnung am 27. Juli – Festveranstaltung in der Felsenreitschule – Joachim Gauck hält die Festrede



Foto: Salzburger Festspiele Archiv

Der Festspielbezirk: Blick über in die Hofstallgasse mit dem Großen Festspielhaus auf den Dom und die Feste Hohen Salzburg.

Im 91. Jahr ihres Bestehens sind die Salzburger Festspiele mehr denn je ein Magnet. Drei Dinge machen den besonderen Zauber aus, der allsommerlich 230.000 Gäste aus 36 Ländern in die Mozart-Stadt zieht:

Zum ersten bieten die Salzburger Festspiele ein umfassenderes künstlerisches Angebot als jedes andere Festival: 190 Aufführungen in 35 Tagen an 14 Spielorten in den Sparten Oper, Konzert und Schauspiel. Von Mozart bis zur Moderne, von der klassischen Deutung bis zum theatralen Experiment. Eines aber ist immer oberstes Gebot: die Qualität.

Zum zweiten kann der Besucher hier Kunstgenuß mit Urlaub verbinden. Tagsüber laden die Seen des Salzkammerguts zu Ausflügen und abends genießt man die barocke Altstadt.

Zum dritten bieten die Salzburger Festspiele ein bestimmtes Flair. Die Hofstallgasse und die gesamte Stadt sind gleich einem hochkulturellen Laufsteg – den Eintritt dazu erwirbt man mittels Festspielkarten.

Dieses Aufrütteln der Sinne, dieses Anrühren der Seele verleiht den Festspielen ihre wahre Kraft.

Die Festspielgäste wählen täglich zwischen fünf und neun Veranstaltungen. Welche Höhepunkte erwarten sie von 27. Juli bis 30. August?

Das Dream-Team Riccardo Muti und Peter Stein bringt „Verdis Macbeth“, Christian Thielemann und Christoph Loy schaffen mit Richard Strauss’ „Frau ohne Schatten“ einen weiteren Opernhöhepunkt dieser Saison.

Erstmals im Großen Festspielhaus ist Leoš Janáček’s Oper „Die Sache Makropulos“ zu sehen. In der Titelrolle ist Angela Denoke in der Regie von Christoph Marthaler zu erleben. Die Wiener Philharmoniker spielen unter Esa-Pekka Salonen.

Ein Mozartschwerpunkt, wie man ihn sonst nur in den Mozart-Jubeljahren genießen konnte, ist für 2011 geplant. Dieser wird mit drei Orchestern besetzt: Das Orchestra of the Age of Enlightenment übernimmt unter dem jungen Briten Robin Ticciati „Le nozze di Figaro“. Les Musiciens du Louvre

spielen unter ihrem Gründer Marc Minkowski „Cosi fan tutte“. Die Wiener Philharmoniker widmen sich unter der Leitung von Yannick Nézet-Séguin „Don Giovanni“.

Das programmatische Herzstück der Konzerte 2011 bilden die Reihen „Der Fünfte Kontinent“ und die „Mahler-Szenen“. Die Kontinente stellen im fünften Jahr exemplarische Kompositionen der letzten Jahrzehnte einander gegenüber.

Im Schauspielprogramm 2011 inszeniert Nicolas Stemmann beide Teile von „Goethes Faust“ als Marathonvorstellungen an vier Wochenenden auf der Perner-Insel Hallein.

Die Uraufführung „Immer noch Sturm“ ist vielleicht Peter Handkes persönlichstes Werk. Dimer Gotscheff führt Regie.

Thomas Ostermeier kehrt mit der Inszenierung von Shakespeares „Maß für Maß“ nach Salzburg zurück. In den Hauptrollen sind Gert Voss und Lars Eidinger zu sehen.

Das schönste Bühnenbild der Welt hat seit 1920 der Jedermann auf dem Domplatz.

Roland Schimmelpfennig, dessen „Die vier Himmelsrichtungen“ uraufgeführt wird,

Kultur

sagt: „Gelungene Stücke nehmen ihre Zuschauer mit, sie machen neugierig, sie stören Gewohnheiten, es entstehen neue Blickrichtungen. Diese Stücke entwickeln einen Sog, sie sind unberechenbar und – unwiderstehlich.“ Die Salzburger Festspiele sind sicher, daß das Programm 2011 einen solch unwiderstehlichen Sog entwickeln wird.

Eröffnung am 27. Juli

Mit einer Festveranstaltung in der Felsenreitschule werden die Salzburger Festspiele 2011 am 27. Juli um 11.00 Uhr eröffnet. Nach der Begrüßung durch Festspielpräsidentin Helga Rabl-Stadler, dem 4. Satz (Allegretto: Ulice – die Straße) aus Leoš Janáček's „Sinfonietta“, gespielt vom Mozarteum-orchester Salzburg unter der Leitung von David Afkham und Grußworten von Landeshauptfrau Gabi Burgstaller, wird die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur, Claudia Schmied sprechen. Im Anschluß daran wird Bundespräsident Heinz Fischer die 91. Salzburger Festspiele eröffnen.

Musikalisch geht es weiter mit „Drei Orchesterliedern“ von Richard Strauss („Waldseligkeit op. 49/1“; „Ruhe, meine Seele op. 27/1“; „Cäcilie op. 27/2“), gesungen von der Sopranistin Angela Denoke. Es folgt die

Festrede von Joachim Gauck. Den musikalischen Abschluß bildet der 4. Satz aus der Symphonie Nr. 4 G-Dur von Gustav Mahler („Wir genießen die himmlischen Freuden“ aus „Des Knaben Wunderhorn“) in einer Bearbeitung für Kammerensemble und Sopran von Erwin Stein in der Besetzung Christiane Karg (Sopran), Renaud Capuçon, Katja Lämmermann (Violine), Antoine Tamestit (Viola), Clemens Hagen (Violoncello), Alois Posch (Kontrabass), Albrecht Mayer (Oboe), Sebastian Manz (Klarinette), Magali Mosnier (Flöte), Herbert Schuch (Klavier), Gereon Kleiner (Harmonium), Martin Grubinger und Leo Schmidinger (Schlagzeug) sowie die Landeshymne und die Europahymne.

Bei der Gründung des Festivals standen für Max Reinhardt und die anderen Gründerväter das Friedenswerk und der Glaube an Europa im Mittelpunkt. Es sei gelungen, mit Joachim Gauck eine spannende Persönlichkeit für die Eröffnungsrede zu den Salzburger Festspielen zu gewinnen, so Landeshauptfrau Gabi Burgstaller: „Er hat sich in seinem gesamten Wirken für die Freiheit und Einheit der Menschen, für politische Aufklärung und für Versöhnung eingesetzt.“ Joachim Gauck, den „Reisenden Demokratie-

lehrer“, in Salzburg zu Gast zu haben, sei besonders in einer Zeit großer politischer Umbrüche besonders erfreulich.

Gegen Vergessen und für Demokratie

Joachim Gauck wurde 1940 in Rostock geboren und war nach dem Studium der Theologie von 1958 bis 1989 als Pastor tätig. Europaweite Bekanntheit erlangte er, als er 1989 eines der führenden Mitglieder des „Neuen Forums“, der Bürgerbewegung der DDR, wurde. Von 1990 bis 2000 war er erster Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde, auch „Gauck-Behörde“ genannt. Die deutsche Presse würdigte ihn für die herausragende Ausübung dieses Amtes als „Organisator der Wahrheitsfindung“ und als „Herrn der Akten und Hüter der Regeln“.

Seit 2003 ist Gauck Vorsitzender des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“. Der Verein setzt sich für Toleranz und Demokratie und gegen die Ausgrenzung von Minderheiten, politischen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit ein. 2010 wurde Gauck als Kandidat für die Wahl des neuen Bundespräsidenten in Deutschland nominiert und unterlag erst im dritten Wahlgang dem Gegenkandidaten Christian Wulff. ■

<http://www.salzburgerfestspiele.at>



Foto: Salzburger Festspiele / Oskar Anrather

Die Felsenreitschule faßt 1437 Zuschauer (1412 Sitzplätze und 25 Stehplätze) und entstand an der Stelle, wo in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts Konglomerat für den Dombau gebrochen wurde.

»Jedermann« hoch über Salzburg

Theaterfest auf der Festung Hohensalzburg geht mit neun Aufführungen in die 13. Spielsaison. Premiere ist am 28. Juli



Alle Fotos: Wildbild

Weit über dem Salzburger Festspielbezirk, auf der Festung Hohensalzburg, ist eine der schönsten Spielstätten zu finden.

A bseits des hektischen kulturellen Treibens in der Festspielstadt Salzburg ist die Festung Hohensalzburg ein Zufluchtsort für alle, die in Ruhe einen eindrucksvollen Theaterabend genießen wollen. Wenn die Rufe nach „Jedermann“ verhallen, dann wird dem Publikum bewußt, in einer der schönsten Spielstätten weit über dem Salzburger Festspielbezirk zu sein. Mit der Schauspieltruppe rund um Regisseur Ingo Neise werden Buhlschaft (Bettina Ullrich) und Jedermann (Gerhard Mohr) dem Stoff „Jedermann“ feinfühlig und wahrhaftig nahe kommen.

Ingo Neise: „Wir haben eine internationale Theatertruppe geformt, die einen spielfreudigen, komödiantischen und doch eindringlichen ‚Jedermann‘ für den Menschen von heute darstellt. Schauen wir alle, die ‚Jedermann‘ Hofmannsthals, auf die Probleme unserer Welt, leben wir für uns alleine oder für das Gesamte, glauben wir an einen

Gott oder sind wir Gott vielleicht schon selbst? Können wir ruhigen Gewissens diese Welt verlassen, wenn es soweit ist? Nur der Glaube hat zu allen Zeiten jedem Menschen geholfen.“

In den letzten zwölf Jahren haben über 55.000 Menschen den „Festungsjedermann“ erlebt und sind sich darin einig, daß das Schauspiel im Burghof Hohensalzburg jene emotionale Nähe bringt, die sein Schöpfer Hugo von Hofmannsthal dem Stück mitgegeben hat. Neid, Haß, Gier oder Wollust, aber auch Vergebung, Erlösung und Gottesfürchtigkeit werden durch die Eindringlichkeit der Darbietung erlebbar und spürbar. Diese Nähe zum menschlichen Leben ist ein Teil des Erfolges von Jedermann, der seit Jahrzehnten sein Publikum packt und begeistert.

Die Aufführungen auf der Burg Hohensalzburg haben 1999 als Experiment des Theatervereins „Burg.spiele“ begonnen und konnten sich seither klar neben der Fest-

spielaufführung des „Jedermann“ am Domplatz etablieren.

Regisseur Ingo Neise als Tod

Neise erlernte nach seinem Jurastudium den Beruf des Schauspielers und Regisseurs an der staatlichen Folkwang-Hochschule in Essen bei Professor Werner Kraut. Nach Engagements in Düsseldorf und Krefeld zog es ihn 1980 nach New York an die berühmte Actors-School von Lee Strasberg, wo er als erster Europäer auch inszenieren durfte. Er hat seitdem in 28 Jahren an vielen Theatern große Rollen wie den „Faust“ zwei Jahre im Theater St. Pölten, den Präsidenten in „Kabale und Liebe“, den Claudius in „Hamlet“ im Theater Regensburg gespielt und auch inszeniert. Freilichterfahrung sammelte er an der Seite namhafter Schauspieler 1996 und 1997 bei Professor Jürgen Wilke in Wien im „Wallenstein“ und „Sommernachtstraum“, den er auch schon selbst inszeniert hat. Er

Kultur

hat in beliebten Fernsehserien wie „Soko“, „Derrick“, „Der Fahnder“ und „Schwurgericht“ gespielt, zwei Spielfilme gedreht. Seit 1999 gehört er zum Tournée-theater „Ensemble Ellen Schwiars“, seit 2005 ist er auf der Festung Hohensalzburg im „Jedermann“ als Tod zu sehen und ab dem Festspielsommer 2006 übernahm er zusätzlich die Regie.

Gerhard Mohr als Jedermann

Der Weg des gebürtigen Würzburger führte ihn über das Studium der Theaterwissenschaften in Köln zu seiner Berufung an die neue Münchner Schauspielschule. Mohr hatte Engagements am Niedersächsischen Staatsschauspiel Hannover, dem Basler und dem Ulmer Theater, dem Badischen Staatstheater Karlsruhe unter Intendant Pavel Fieber oder dem Schloßparktheater unter Intendant Heribert Sasse. Er spielte Rollen unter der Regie von Heinz Trixner, Ernst Stankovski, Katharina Rupp, Peter Schroth oder Frank-Lorenz Engel und spielte in Fernsehserien wie „Liebling Kreuzberg“ oder „Frauenarzt Dr. Markus Merthin“. Neben seiner Arbeit an verschiedenen Rundfunkanstalten mit Lesungen verlieh er auch Hollywood Star, Kevin Spacey in „Outbreak“ (Dustin Hofmann in der Hauptrolle) seine Stimme. Er spielt heuer zum vierten Mal die Titelrolle.

Bettina Ullrich als Buhlschaft

Bettina Ullrich studierte Schauspiel und klassischen Gesang unter anderem an der Hochschule für Musik in Köln. Nach Engagements in Bonn, Hannover und München ist Bettina Ullrich seit 2003 Ensemblemitglied im Kammertheater Schwabing. Zu ihren wichtigen Rollen zählen unter anderem: Maria in Schillers „Maria Stuart“, Elektra in Hofmannsthals „Elektra“, Antigone und Cassandra in „Best of War“, Frau in „Orgia“ von Pier Paolo Pasolini, Gertrud in „Hamlet der Däne“ (Müller/Shakespeare), Frau Tod in „Mein Kampf“ von George Tabori. Weiters spielte sie in verschiedenen Fernsehrollen wie in „Vater wider Willen“ (Bavaria Film mit Christian Quadflieg und Lambert Hamel) und gibt eigene szenische Liederabende wie beispielsweise „Brecht und die Schlager der zwanziger Jahre“ (aktuell im Kammertheater Schwabing). 2006 ist Ullrich Mitbegründerin und Sängerin des „Trio LaDiva“ und Mitbegründerin des Ensembles „Cantago“ (Tangos von Astor Piazzolla). 2009 spielt Bettina Ullrich erstmals die Buhlschaft auf der Festung Hohensalzburg. ■

<http://www.jedermann.at>



v.l.: Ingo Neise (Tod), Bettina Ulrich (Buhlschaft) und Gerhard Mohr (Jedermann)



Eva Röder gibt den Teufel im »Jedermann« auf der Festung Hohensalzburg,

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In dieser Folge portraitiert er

Fritzi Scheff

Sängerin



Fotos: Archiv Ulrich

Fritzi Scheff

Fritzi (Friederike) Scheff, als Tochter des k.u.k. Regimentsarztes Gottfried Scheff und der Opernsängerin Anna Jäger am 30. August 1879 in Wien geboren, erhielt in München und am Hoch'schen Konservatorium in Frankfurt am Main eine Gesangsbildung, bei vornehmlicher Ausrichtung ihres Sopran-Talents auf italienische und französische Opern. Temperament, Stimmmaterial sowie künstlerisches Können in Tanz und Spiel prädestinierten sie indes auch als Soubrette. Nach dreijährigem Engagement an der Münchner Hofoper ab 1897, einem Jahr am Theater an der Wien und triumphalen Auftritten an der Covent Garden Oper in London, darunter eine Command Performance vor Queen Victoria und dem Hofstaat, akzeptierte die Künstlerin 1900 einen Amerikakontrakt. Fritzi Scheff war in den folgenden drei Spielzeiten in über 30 Rollen an der „Met“ in

New York erfolgreich, gab jedoch 1904 ihre Karriere an der Opernbühne auf und wandte sich der leichten Muse zu.

Die hübsche Wienerin, von Ignaz Jan Paderewski als „little devil of the opera“ bezeichnet, begann am Broadway in den musikalischen Komödien „Babette“ und „Two Little Roses“, 1905 erreichte sie als „Fifi“ in Charles Dillinghams Inszenierung der Victor Herbert-Operette „Mlle. Modiste“ einen Karriere-Höhepunkt. Ein Part, mit dem man sie mehr als 40 Jahre identifizierte und dessen Hauptsong „Kiss Me Again“ zu ihrer überragenden Signation wurde.

Auf einer glanzvollen Amerikatournee 1913 bis 1918 in allen wichtigen Städten des Landes mit der Maurice Grau Company, avancierte „Miss Scheff“ zu einer der gefeiertsten Operetten- und Vaudeville-Künstlerinnen der USA. Die Diva gastierte bis 1929 in Shows und Musicals, zog sich aber danach weitgehend aus dem Metier zurück. Sie arbeitete nur noch sporadisch, am Radio, in Cabarets, bei einer Billy Rose-Präsentation während der Weltausstellung 1939 in New York oder in einzelnen Gastvorstellungen. Ende 1948 war sie



Die aparte Künstlerin um 1920

Serie »Österreicher in Hollywood«



Fritzi Scheff war in ihrer Glanzzeit auch eine begehrte Werbe-Ikone.

im New Yorker Lyceum Theatre neben den Emigranten Oskar Homolka und Lili Darvas nochmals in einer kurzlebigen Aufführungsserie des Edna Ferber-Stücks „Bravo!“ zu sehen.

Hollywood und der Film boten der Doyenne der Musical-Comedy kein großes Betätigungsfeld. Als Hobart Bosworth für

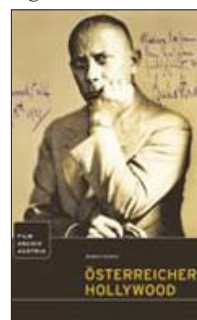
Paramount 1915 „Pretty Mrs. Smith“ nach dem gleichnamigen Bühnenwerk von Oliver Morosco und Elmer Harris in die Lichtspielhäuser brachte, konnte Fritzi Scheff in der Titelrolle ihren Broadway-Erfolg vom Vorjahr wiederholen. 1943 stand sie in „Follies Girl“, eine in der New Yorker Bronx entstandene burleske Independent

production, in einem Cameo-Auftritt zum zweiten und letzten Mal vor der Filmkamera. Sie war häufiger Gaststar in TV Shows wie „We, The People“, „Starlite Time“ und „The Kate Smith Hour“, 1949 und 1952 interpretierte sie in der Ed Sullivan Show „Toast of the Town“ ihren immer noch prestigeträchtigen, von Victor Herbert einst für sie speziell geschriebenen Hit „Kiss Me Again“. 1951 wirkte sie bei NBC in einer Fernseh-Adaptierung von „Mlle. Modiste“ mit, allerdings nicht mehr in der einstigen Paraderolle.

Die Künstlerin, die auch Tiefen erlebte, seit 1908 US-Bürgerin, dreimal verheiratet, mit dem deutschen Baron Fritz von Bardeleben, dem Autor John Fox Jr. und dem Schauspieler George Anderson, wurde 1954 als zentrale Figur des TV-Spotlights „This Is Your Life“ nochmals einem breiteren Publikum vorgestellt, ehe sie vier Wochen später, am 8. April 1954 in New York starb. Fritzi Scheff, im heutigen Österreich so gut wie unbekannt, ruht im Kensico Cemetery (Valhalla) in Westchester County, New York. ■

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
„Österreicher in Hollywood“; 622 Seiten,
zahlreiche Abb., 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, 2004; ISBN 3-901932-29-1;
<http://www.filmarchiv.at>



Fritzi Scheff in der Titelrolle neben Owen Moore (Mitte) in der Verfilmung der Komödie »Pretty Mrs. Smith« (1915).

Imperiales Wien

Ein Spaziergang durch Wien ist wie eine Zeitreise in die imperiale Vergangenheit. An jeder Ecke finden sich wertvolle Kulturgüter und Reminiszenzen kaiserlicher Pracht.



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Doppeladler und Kaiserkrone thronen auf der Neuen Hofburg, die heute die Österreichische Nationalbibliothek beherbergt.

Über 640 Jahre hindurch regierten die Habsburger von Wien aus. Das heutige Stadtbild Wiens wurde vor allem im Barock, besonders während der Regentschaft von Kaiserin Maria Theresia, geprägt. Kaiser Franz Joseph I. ließ 1857 die Stadtmauern schleifen und die Ringstraße anlegen. Ein Rundgang über diesen Prachtboulevard ist Sightseeing der besonderen Art, denn der Ring ist von repräsentativen Bauwerken und schönen Parks gesäumt.

Die Hofburg im Zentrum der Altstadt war von 1278 bis 1918 die Residenz der Habsburger-Kaiser und Schaltzentrale einer Weltmacht. Heute beherbergt die weitläufige Anlage neben bedeutenden Museen auch Repräsentationsräume der Republik.

Die einstige Sommerresidenz der Habsburger ist heute Wiens beliebteste Sehenswürdigkeit. Im Schloß Schönbrunn standen der Kaiserfamilie 1441 Räume zur Verfü-

gung, viele davon können auch heute noch besichtigt werden. Im Schloßpark warten architektonische Schmuckstücke wie das Palmenhaus oder der Tiergarten, der älteste Zoo der Welt, der 1752 unter Kaiserin Maria Theresia erbaut wurde. Bei der Erneuerung des Tiergartens in unserer Zeit wurde mit viel Geschick die barocke Bausubstanz erhalten.

Kaiserin Maria Theresia war übrigens ihrem Ehemann Franz I Stephan von Lothringen so verbunden, daß sie mit ihm die letzte Ruhestätte in einem Doppelgrab in der Kapuzinergruft, der Grabstätte der Habsburger, teilt. Religiöser – aber auch heimlicher geographischer – Mittelpunkt Wiens ist der Stephansdom. Wenn zu Silvester die große Glocke, die Pummerin, schlägt, wird das im Fernsehen übertragen.

Gefeiert wird auch in der Ballsaison, dann heißt es im Redoutensaal der Hofburg

oder in einem der vielen Palais: „Alles Walzer!“ Auch im Alltag lassen die Wiener die gute alte Zeit hochleben – mit einem herzhaften Biß in eine Kaisersmell, oder wenn sie einen mit Zucker bestreuten Kaiserschmarrn genießen.

Die Hofburg

Die Ausgestaltung der Wiener Hofburg zu der bedeutendsten Residenz der Habsburger erfolgte zwischen dem 13. Jahrhundert und dem Ende der habsburgischen Herrschaft 1918 in mehreren Etappen. Der gotische Ursprungsbau um den heutigen Schweizerhof wurde in der Folge stetig erweitert, wobei die Schwerpunkte der Entwicklung in der Barockzeit und im 19. Jahrhundert liegen. Es entstand ein weitläufiger, aus verschiedenen Trakten gebildeter Baukomplex, der das Erscheinungsbild der Wiener Altstadt maßgeblich prägt. Heute beherbergt die

Hofburg unter anderem die Österreichische Nationalbibliothek, das Museum für Völkerkunde und die Schatzkammer, die Silberkammer, die Kaiserappartements und das Sisi-Museum sowie die Spanische Hofreitschule.

Schloß Schönbrunn und der Tiergarten

Das im Westen Wiens in Hietzing gelegene Schloß Schönbrunn gehört zu den bedeutendsten Palast- und Gartenanlagen der Welt. Nachdem die älteren Vorgängerbauten der Wiener Türkenbelagerung 1683 zum Opfer gefallen waren, wurde die von Johann Bernhard Fischer von Erlach entworfene großzügige Neukonzeption für Schönbrunn zur Projektionsfläche der Großmachtsambitionen der Habsburger. Die ab 1696 errichtete Schloß- und Gartenanlage wurde unter Maria Theresia nach 1743 grundlegend umgestaltet. Auf die maria-theresianische Epoche, die als Glanzzeit habsburgischer Macht galt, bezogen sich auch die neobarocken Veränderungen des 19. Jahrhunderts. Nach 1918 im Staatsbesitz ist Schönbrunn heute das meistbesuchte Kulturdenkmal Österreichs und ein wichtiger städtischer Erholungsraum.

Kapuzinergruft (Kaisergruft)

Die Kapuzinergruft, als Teil des Kapuzinerklosters am Neuen Markt in der Altstadt gelegen, ist die bedeutendste Grabstätte der

Der »Macht zu Lande«-Brunnen Ecke Schauflegergasse/Herrengasse mit Blick auf den Michaelertrakt der Hofburg.

Unten: Blick über eine der unzähligen Alleen auf das Schloß Schönbrunn



Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer



Foto: Schloß Schönbrunn Kultur- und Betriebsges.m.b.H. / ÖJ / Michael Mössmer

Foto: Österreich Journal / Michael Mössmer



Oben: Das 133 Meter lange Palmenhaus im Schloßpark Schönbrunn als Meisterleistung des Späthistorismus

Links: Die Augustinerkirche, in der zahlreiche Habsburger einander das Ja-Wort gaben.

Familie Habsburg und ein symbolträchtiger Ort habsburgischer Geschichte. Hier liegen sämtliche Kaiser aus der Dynastie der Habsburger seit dem Beginn des 17. Jahrhunderts begraben (mit Ausnahme Rudolfs II., Ferdinands II. und Karls I.). Insgesamt ruhen hier an die 150 Personen. Die Gruft geht auf eine habsburgische Stiftung zurück und wurde über die Jahrhunderte mehrmals erweitert. Die kunsthistorisch bedeutenden Sarkophage und Grabmonumente sind geprägt von religiösen Motiven und Symbolen der Endlichkeit weltlicher Macht. Die habsburgische Familiengruft steht nach wie vor unter der Obhut des katholischen Ordens der Kapuziner und ist öffentlich zugänglich.

Augustinerkirche und Herzgruft

Die Hofpfarrkirche St. Augustin war Ort zahlreicher Trauungen des Kaiserhauses. Hier heirateten Maria Theresia und Franz Stefan von Lothringen, Franz Joseph und Elisabeth, Kronprinz Rudolf und Prinzessin Stephanie und hier fand die Hochzeit per Stellvertreter (eine oft geübte Praxis, bevor die Braut die Reise zu ihrem Bräutigam und der eigentlichen Hochzeit antrat) zwischen dem französischen Kaiser Napoleon und der habsburgischen Erzherzogin Marie Louise statt. In der Augustinerkirche befindet sich auch die so genannte Herzgruft, wo 54 Herzen der Habsburger in silbernen Urnen verwahrt wer-

Foto: Augustiner-Vikariat Wien / Österreich Journal / Michael Mössmer



den (Besichtigung nur nach Voranmeldung und sonntags nach dem Hochamt/gegen 12.30 Uhr; bis circa Mai 2011 wegen Renovierungsarbeiten geschlossen).

Der Stephansdom

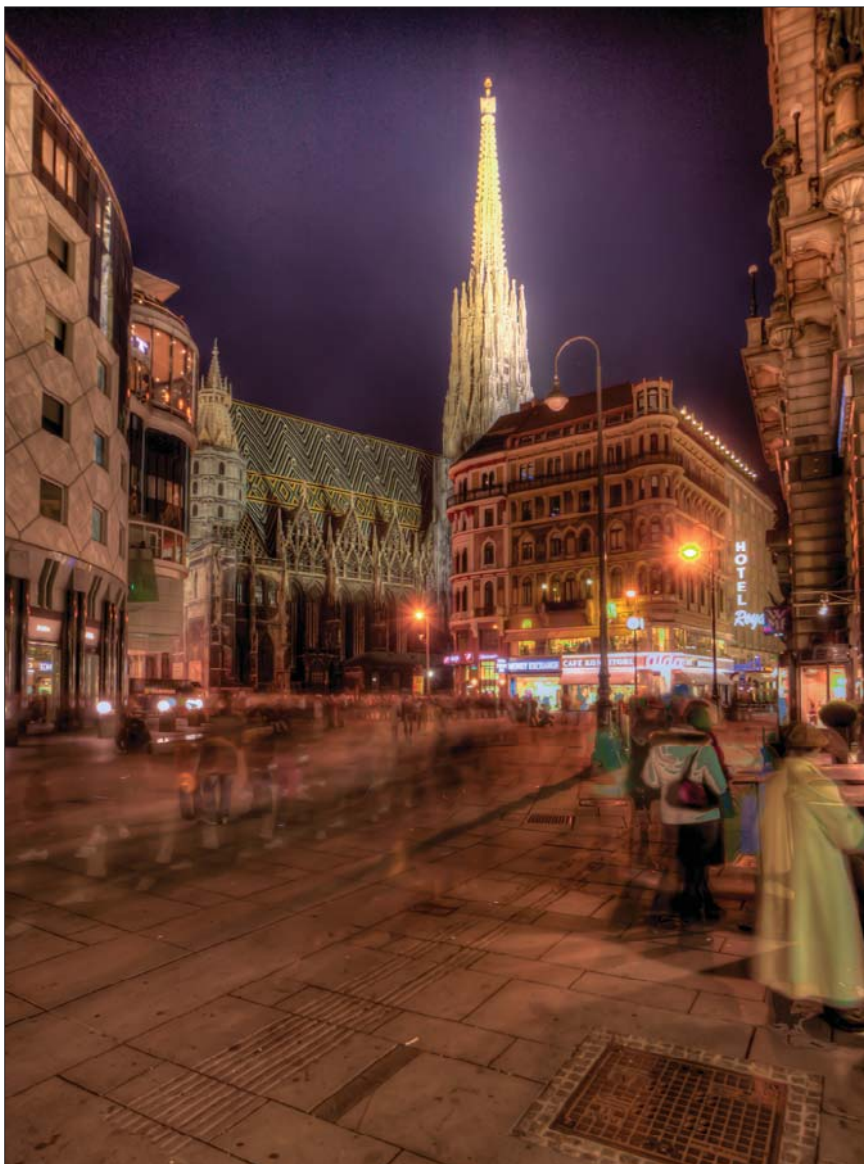
Der Stephansdom gilt als das bedeutendste Bauwerk der Gotik in Österreich und ist das wichtigste Wahrzeichen Wiens. Die dem Heiligen Stephanus, dem ersten christlichen Märtyrer, geweihte Kirche ist seit 1469 Sitz des Bischofs bzw. seit 1722 Sitz des Erzbischofs von Wien. Das heutige Erscheinungsbild des Domes ist von Bauteilen aus dem 12. bis zum frühen 16. Jahrhundert geprägt. Die Habsburger hatten bedeutenden Anteil an der Gestaltung des Domes, wobei Herzog Rudolf IV. eine besondere Rolle zufällt, da er einen groß angelegten Ausbau der Stephanskirche veranlaßte. Die Herzogsgruft war bis ins 16. Jahrhundert die wichtigste Grablege der habsburgischen Landesfürsten. Kunsthistorisch bedeutend ist auch der Kenotaph Rudolfs IV. sowie das Hochgrab Kaiser Friedrichs III.

Die Karlskirche

Die Karlskirche im 4. Bezirk gilt als ein Hauptwerk des Barock in Europa, dessen symbolisches Programm unter Verwendung antiker Architekturelemente den habsburgischen Anspruch auf das universelle Kaiser-

Der Stephansdom als Wahrzeichen der Stadt gilt als bedeutendstes Bauwerk der Gotik in Österreich.

Unten: Die Ringstraße mit der Oper und dem Hotel Bristol und einem Blick in die Kärntnerstraße



tum dokumentiert. Mit ihrer Errichtung wurde 1714 nach Plänen von Johann Bernhard Fischer von Erlach begonnen. Nach dessen Tod vollendete sein Sohn Joseph Emanuel den Bau im Jahre 1739.

Die Ringstraße

1857 wurden die Stadtmauern mit ihren Bastionen geschleift, auf dem frei gewordenen Areal entstand eine der größten Baustellen Europas. Rund um das Stadtzentrum wuchs in den folgenden Jahren im Baustil des Historismus die Ringstraße mit ihren repräsentativen öffentlichen Bauwerken, privaten Palästen, Parkanlagen und Denkmälern: unter anderem Otto Wagners Postsparkasse, das Museum für angewandte Kunst, der Stadtpark, die Staatsoper, die Hofburg, das Kunst- und das Naturhistorische Museum, das Parlament, das Burgtheater, die Universität und die Börse.

Kunsthistorisches und Naturhistorisches Museum

Bei der Errichtung der Wiener Ringstraße entstanden als Denkmäler der kaiserlichen Sammeltätigkeit zwei Museumsbauten, das Kunsthistorische und das Naturhistorische Museum. Sie waren Teil des nicht vollendeten „Kaiserforums“ und im Stil des Historis-

Die beiden berühmten Häuser am Ring, das Kunsthistorische und das Naturhistorische Museum, sind einzigartig: Ersteres (rechts) zählt zu den größten und bedeutendsten Museen der Welt, dasselbe Prädikat kann die mineralogisch-petrographische Sammlung des NHM (unten) für sich beanspruchen.

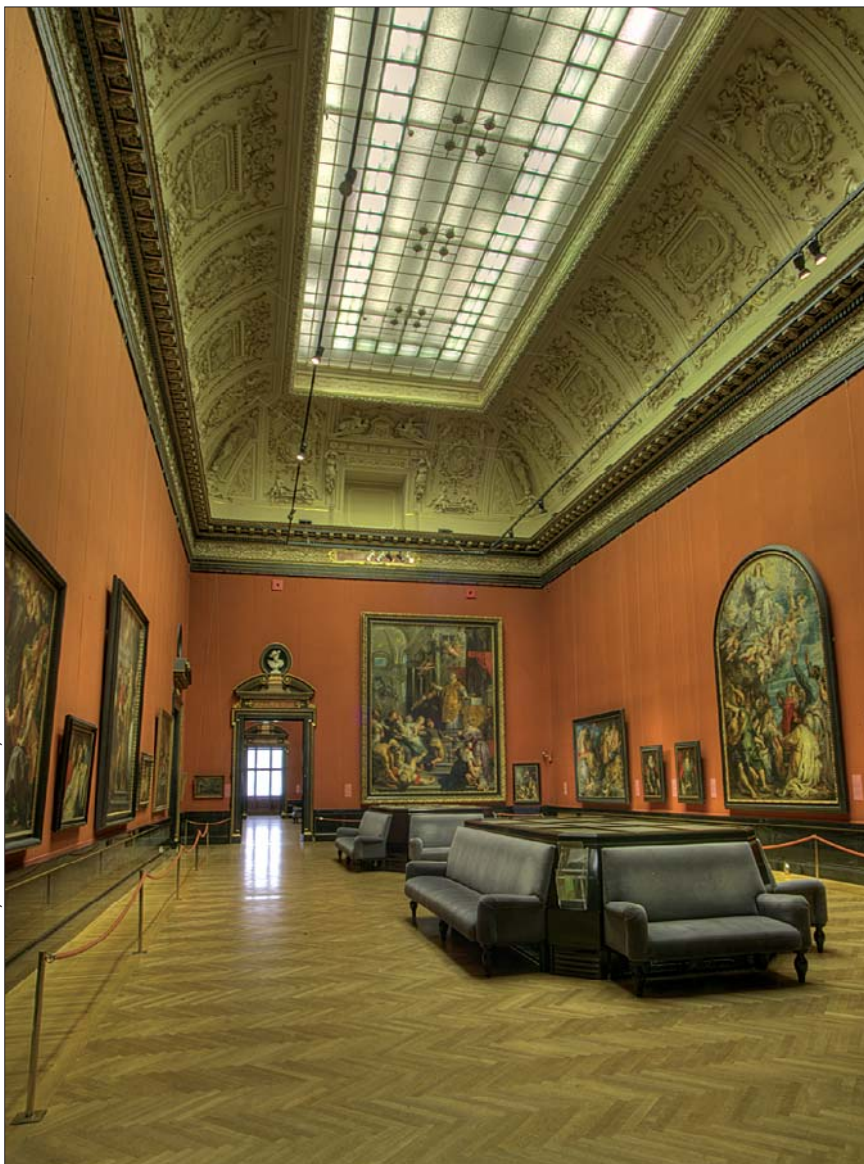


Foto: Kunsthistorisches Museum / Österreich Journal / Michael Mössmer



Foto: Naturhistorisches Museum / Österreich Journal / Michael Mössmer

mus gestaltet. Die 1891 und 1889 eröffneten Gebäude beherbergten die reichen kaiserlichen Kunst- und Naturaliensammlungen, die zuvor in der Hofburg untergebracht waren und nun einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Der Augarten

Der Augarten im 2. Bezirk ist eine im Kern auf das 17. Jahrhundert zurückgehende und später mehrfach veränderte kaiserliche Gartenanlage im ehemaligen Augebiet der Donau. Das aus dem frühen 18. Jahrhundert

stammende Saalgebäude war ein wichtiger Schauplatz der Musikkultur der Wiener Klassik und beherbergt heute die Wiener Porzellanmanufaktur. Das so genannte Augartenpalais geht auf ein adeliges Gartenpalais zurück, das 1780 von Kaiser Joseph II. erworben wurde und heute als Heim der Wiener Sängerknaben dient. Nach diesem Habsburger, der den Augarten besonders schätzte und 1775 die Anlage für die Allgemeinheit öffnen ließ, ist auch das Josephsstöckl, die private Sommervilla des Kaisers, benannt.

Der Prater

Der Prater im 2. Bezirk hat seinen Ursprung als kaiserliches Jagdgebiet in den Donauauen. Der Name „Prater“ wird auf das lateinische Wort für Wiese oder Flußau „pratium“ (bzw. spanisch: „prado“ oder italienisch „prato“) zurückgeführt. Diese Auwiesen prägen zusammen mit den Alleen den Charakter der Parkanlage. Die Prater Hauptallee wurde bereits im 16. Jahrhundert als Kastanienallee angelegt, unter Joseph II. wurde das Alleensystem um den Praterstern erweitert und das Lusthaus als Blickpunkt errichtet. Nachdem Kaiser Joseph II. 1766 den Prater der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hatte, entwickelte er sich zum wichtigsten Erholungs- und Vergnügungspark der Stadt. ■

<http://www.wien.info>

Hofburg

<http://hofburg.wien.info>

Österreichische Nationalbibliothek

<http://www.onb.ac.at>

Museum für Völkerkunde und die

Schatzkammer <http://www.khm.at>

Kaiserappartements und Sisi-Museum

<http://www.hofburg-wien.at>

Spanische Hofreitschule

<http://www.srs.at>

Schloß Schönbrunn

<http://www.schoenbrunn.at>

Tiergarten Schönbrunn

<http://www.zoovienna.at>

Kapuzinergruft

<http://www.kaisergruft.at>

Augustinerkirche

<http://www.augustinerkirche.at>

Stephansdom

<http://www.stephanskirche.at>

Kunsthistorisches Museum

<http://www.khm.at>

Naturhistorisches Museum

<http://www.nhm-wien.ac.at>

Porzellanmanufaktur Augarten

<http://www.augarten.at>

Der Prater

<http://www.prater.at>



Foto: Österreich Journal / Michael Mössner

Eine Fahrt mit dem Riesenrad, dem zweiten Wahrzeichen der Stadt, bietet einen bezaubernden Blick über Wien und den Prater.